

D7426E

AIB

DIE DRITTE-WELT-ZEITSCHRIFT

Nr.1-2. Jan./Feb. 1986

17. Jahrgang

5 DM

31927



Libanon Rückt der Frieden näher?

Nikaragua-RGW
Kolumbien
Südafrika

Inhalt

Kommentar

Warum scheut Bonn die Antifolterkonvention? 3

Libanon

Die Umverteilung der Macht
Programm der Front der Nationalen
Allianz (FAN) 4 6

Israel/Palästina

Interview mit Felicia Langer 11

Argentinien

Grenzen der Demokratisierung 13

Kolumbien

Friedensprozeß am Ende? 16

Interview mit Braulio Herrera (FARC) 17

AIB-Register 1985

19

SÜDAFRIKA-SONDERTEIL

21

Die Aufgaben der Apartheidgegner 22

Interview mit Alfred Nzo (ANC) 23

Wie reformbereit ist das weiße 25

Lager? 25

Südafrika - Daten 26

Was ist Apartheid? 28

Ausbau der südafrikanischen 29

Militärmacht 29

ANC/UDF auf dem Vormarsch 32

Grundsatzklärung der UDF 33

ANC: Appell an die internationale 34

Gemeinschaft 34

Freiheitscharta Südafrikas 36

Kommuniqué der 2. Nationalen 38

Konsultativen Konferenz des ANC 38

Die Arbeiterbewegung formiert sich 43

Westmächte und Sanktionsfrage 45

Die Geschäftemacher mit der 46

Apartheid 46

Enge Kollaboration BRD - Südafrika 49

BRD-Verstöße gegen das 51

Rüstungsembargo 51

Rock gegen Apartheid 54

Sportboykott gegen Südafrika 55

Material- und Aktionsspiegel 57

Aktionsbeispiel Bankenblockade 59

Angola

Interview mit Iko Carreira 63

Thailand

US-Aufrüstung 65

gegen die vietnamesische 65

„Bedrohung“ 65

Sowjetunion und Dritte Welt

Nikaragua 67

und das sozialistische Lager (I) 67

Diskussionsforum Sowjetunion - 73

3. Welt 73

Kultur

23. UNESCO-Generalkonferenz 74

Rezension

Frauenhandel - 76

der neue Sklavenmarkt 76

BRD-Informationsdienst 76

Kurzinformationen

Südasiens, Philippinen, Zypern, 78

Mittelamerika, Guyana, Honduras, 78

Guatemala, Chile, Ägypten - Malta, 78

Zimbabwe - UdSSR 78



Libanon

S. 4

Knapp 2 Jahre nach der Austreibung der NATO-Streitmacht herrscht noch immer Bürgerkrieg im Land der Zedern. Dennoch zeichnet sich nach den Dreiergesprächen von Damaskus (Nationalprogressive, Phalange, Syrien) erstmals eine tragfähige und reformtrüchtige Verhandlungslösung ab. Der Schlüssel hierfür liegt in der Konsolidierung der neugegründeten Nationalen Allianzfront, deren Plattform wir dokumentieren.

Sonderteil Südafrika

S. 21

Die Volkserhebungen in Südafrika wollen nicht enden. Im Dezember 1985 entstand der Gewerkschaftsdachverband COSATU, der wie die Befreiungsbewegung ANC und die mit ihr verbündete Front UDF den Sturz des Apartheidregimes ansteuert. Wir bilanzieren und dokumentieren den Volkswiderstand. Wir untersuchen die Risse im weißen Lager, die Wirkungen des internationalen Sanktionsdrucks. Wir stellen die Beziehungen BRD-Südafrika bloß und Aktionsfelder der hiesigen Apartheidgegner dar.

Nikaragua/sozialistisches Lager S. 67

Die sandinistische Revolutionsregierung greift in ihrem Bemühen, der US-Destabilisierungspolitik standzuhalten und eine neue Gesellschaft aufzubauen, vermehrt auf das sozialistische Lager zurück. Wie weit sind diese Beziehungen gediehen? Welche Bereiche umfassen sie? Inwiefern schaden oder nutzen sie dem befreiten Nikaragua?

Diesen Fragen geht eine mehrteilige Studie Marc Edelmanns nach.

Impressum

AIB (Antimperialistisches Informationsbulletin) - Die Dritte-Welt-Zeitschrift, gegr. 1970, erscheint monatlich

Anschrift von Redaktion und Vertrieb: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Telefon 0 64 21/2 46 72

Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Wolfram Brönnner, Prof. Günter Giesenfeld, Thomas Harms, Mechthild Jansen, Herbert Lederer, Heinz-Jürgen Nieth, Birgit Radow, Elisabeth Thölke, Peter Wahl, Prof. Erich Wulff

Redaktion: Wolfram Brönnner (Chefredakteur), Nico Biver (stellvertretender Chefredakteur), Georg Diedrichs, Pia Grund, Ute Kampmann, Marianne Kolter, Andreas Krajczek, Ulrich Rupp, Hans-Erich Schäfer, Petra Sittig

Ständige Mitarbeiter: Joachim Becker, Asia Ebtehaj, Rainer Falk, Klaus D. Fischer, Peter Garcia, Alfonso Gonzales, Dr. Lothar A. Heinrich, Ivesa Lübbers-Pistofidis, Fiaza Makumbi-Kidza, Katja Maurer, Hans Mayer, Nima Mina, Jürgen Ostrowsky, Ricardo Ribera, Ludger Schmitz, Ulrich Schnell, Peter Schütt, Christoph Sodemann, Dr. Rainer Werning

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Titel und Zwischenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion. Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.

Weitere Mitarbeiter dieser Ausgabe: A. J. Arndt, A. Armgort, H. Ballauf, M. Fey, C. Köwe, H. Paschla, I. Rein, E. Schneider

Redaktionsschluss: 12. 12. 1985

AIB-Sonderhefte sind als **Nebenblätter** einmal im Vierteljahr beigefügt.

Jahresabonnement: Inland 29 DM (zzgl. 4 DM Porto); Ausland normal 29 DM (zzgl. 10 DM Porto); Luftpost 29 DM (zzgl. 25 DM Porto); Förderabos 50 DM oder mehr. Einzelheft: 3 DM, Doppelheft: 5 DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung. Bestellungen unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (möglichst in Briefmarken), zuzüglich 0,60 DM Porto je Heft.

Kündigungen nur zum Jahresende. Spätester Termin: 15. November.

Adressenänderung bitte rechtzeitig bei der Redaktion in Marburg und bei der Post bekanntgeben.

Konten: AIB-Weltkreis-Verlag, Postgiro Frankfurt/M., Konto-Nr. 312 093-607, oder Marburger Volksbank, Rudolphsplatz (BLZ 533 900 00), Konto-Nr. 9660

Verlag: WeltkreisVerlags GmbH, Dortmund

Druck: Plambeck & Co., Neuss

Anzeigen: Solishop 3. Welt, Weltkreis Verlag, Edition Nahua, sub rosa Frauenverlag, Sozialismus, Pahl Rugenstein Verlag, AAB, Magazin Verlag, Dialog, AG SPAK, IKA,

Fotonachweis: Arbeiterfotographie Bremen, W. Seehafer, Afrapix, AIB-Archiv, De Waarheid, IDAF, ANC, Der Spiegel, R. Brückner, A. Petersen, South, El Pais, NBI, Kommentar, Afrique Asie

Kommentar: Warum scheut Bonn die Antifolterkonvention?



Im Vorfeld des „Tages der Menschenrechte“, des 10. Dezember 1985, hat CDU-Generalsekretär Heiner Geisler sein Herz für Menschenrechte und Moral entdeckt. Wie einst US-Präsident Jimmy Carter (1977-80) schwang er sich zum Moralwächter der Weltpolitik auf, indem er das sandinistische Nicaragua übelster Menschenrechtsverletzungen bezichtigte und die Friedensnobelpreis-Verleihung an die Internationale Vereinigung der Ärzte zur Verhütung des Atomkriegs (IPPNW) attackierte.

Mit den Angriffen auf den sowjetischen IPPNW-Kopräsidenten Tschasow (wegen seiner Kritik am Dissidenten Sacharow) rief Geisler in Erinnerung, daß er selbst als erster die Weltraumrüstung „moralisch“ gerechtfertigt hatte – um damit der Phalanx der weltweiten Friedenskräfte die Moral abzuspochen.

Andererseits fiel auf, daß die von Geisler eingeläutete CDU/CSU-Moralkampagne gerade El Salvador und Guatemala auspartete. In diesen Ländern aber, und nicht im benachbarten Nicaragua, gehören die krassesten Menschenrechtsverletzungen, d.h. Massenmorde und Folterungen an Zehntausenden durch Staatsorgane, zum Alltag.

Abgesehen davon sind es nun einmal die prowestlichen Regimes Südafrikas, Israels, Chiles und der Türkei, welche in den letzten Jahren von den Vereinten Nationen der größten Menschenrechtsverstöße überführt wurden.

Amnesty international kommt in seinem Jahresbericht 1985 zu der fast deckungsgleichen Erkenntnis, daß in Sachen Exekutionen bzw. systematische Folter Südafrika, Chile und die Türkei die Weltspitze halten.

Gerade am hochbrisanten Beispiel Südafrika, wo die Übergriffe des Apartheidregimes gegen die Volkserhebung im Vorjahr 900-1.000 Todesopfer forderten, hätten die Bonner Konservativen eine moralische Aufladung ihrer Außenpolitik am nötigsten. Als wichtigste wirtschaftlich-militärische Stütze des Apart-

heidregimes neben den USA und Großbritannien könnte die Regierung Kohl/Genscher mit den von der UNO geforderten Sanktionen viel bewirken.

Stattdessen bleibt sie selbst hinter den Sanktionsansätzen der Regierung Reagan zurück, ja deckte sie unlängst noch die MBB-Lieferung von Hubschraubern an die Aufstandsbekämpfer in Pretoria. Außer ihm gehören auch die Folterregimes der Türkei und Chile zu den Vorkunden der bundesdeutschen Rüstungsexporteure, denen Bonn weitere Erleichterungen in Aussicht stellte.

Die Menschenrechtsbekenntnisse der CDU/CSU/FDP-Koalition erweisen sich als noch hohler, besieht man sich ihren Umgang mit den Antifolterkonventionen der Vereinten Nationen und des Europarates.

In einer ai-Erklärung zum „Tag der Menschenrechte“ wurde die „zögernde Haltung der Bundesregierung“, der bereits im September 1983 von der beratenden Versammlung des Europarats beschlossenen „Europäischen Antifolterkonvention“ endlich zuzustimmen, als „vollkommen unerklärlich“ bemängelt.

Die Konvention, die dem Ministerkomitee des Europarats zur Verabschiedung vorliegt, war im übrigen vom Bundestag im Januar 1985 gutgeheißen worden. Jetzt aber blocken die CDU/CSU-regierten Bundesländer und das Bonner Kabinett die Entschließung.

Verbot der Auslieferung

Da auch in Europa, voran in der Türkei, systematisch gefoltert werde, sei ein mit der Konvention verankerter „vorbeugender Schutz gegen die Folter“ umso dringlicher, erklärte ai. Zudem sieht das westeuropäische Abkommen erstmals ein Kontrollsystem vor, demzufolge bei Tatverdacht eine unabhängige internationale Delegation jederzeit vor Ort Untersuchungen anstellen kann.

Zugleich forderte ai die Bundesregierung auf, die von der UN-Vollversammlung im Dezember 1984 angenommene „Konvention gegen die Folter“ (Resolution 39/46) zu unterzeichnen und zu ratifizieren. Die Mitte 1985 von über 30 Staaten signierte Konvention (darunter die Skandinavien, Frankreich, Nicaragua, Afghanistan) erklärt die Folter zum Verbrechen nach internationalem Recht.

Sie verpflichtet die Beitrittsstaaten zur strafrechtlichen Verfolgung von Folterern. Und sie verbietet die Aushändigung gefährdeter Personen an Folterländer. Genau an diesem Punkt aber macht sich der Widerstand der Unionsparteien ge-

gen die Antifolterkonvention der UNO fest. Sie drängten im vergangenen Jahr in Bonn darauf, das im Grundgesetz (Artikel 16) verankerte Grundrecht auf Asyl für politisch Verfolgte zu beschneiden. Durch die Verlängerung von Verfahren, Begrenzung des Bleiberechts auf 2 Jahre, Zwangsaufenthalte in Sammellagern, Arbeitsverbote, u.a.m. sollen noch mehr Asylsuchende gerade aus der Dritten Welt von einer Antragsstellung abgeschreckt werden.

Dabei ist die BRD bei der Zahl der Asylgesuche und aufgenommenen Flüchtlinge (seit 1953 rund 90.000) ohnehin das Schlußlicht in Zentraleuropa.

Aufhorchen lassen auch die kürzlichen Grundsatzentscheide bundesdeutscher Verwaltungsgerichte, daß die in der Türkei beheimateten Kurden und die aus Sri Lanka stammenden Tamilen nicht als politisch verfolgte Volksgruppen anzusehen seien.

Das Asyl wird ihnen demnach erst einmal verwehrt und in den 1-2jährigen Überprüfungsverfahren der Nachweis denkbar schwergemacht, daß sie persönlich einer politisch motivierten, lebensbedrohlichen Verfolgung ausgesetzt sind.

Wehe dem türkischen Demokraten, dessen Fall etwa dem Oberverwaltungsgericht Lüneburg in die Hände gerät. Es lehnte im September 1985 den Asylantrag eines jungen Kurden mit der Begründung ab, „auch durch den Einsatz der Folter in strafrichterlichen Ermittlungsverfahren erhält die Verfolgung der Staatsschutzdelikte keine politische Qualität.“ Es liege kein Asylanspruch vor, selbst wenn der Antragsteller von türkischen Sicherheitskräften mehrfach inhaftiert und gefoltert worden war.

Schon machten sich zum Jahresende die Ausländerbehörden daran, Präzedenzfälle für die Auslieferung hochgefährdeter Asylanten zu schaffen: die Kurden Demirkol und Akkaya sowie den Chilenen Gaston Figueroa-Gonzales nahm man in Abschiebehaft.

Natürlich ist es für die bundesdeutschen Kapitalinteressen förderlich, wenn man die Folterregimes auf diese Weise bei Laune hält. Die Unterzeichnung der Antifolterkonventionen verträge sich nun einmal schwer mit Vorhaben, deren Opponenten ans Messer zu liefern – um auf diese Weise lukrative Rüstungsaufträge, Liefergeschäfte und Investitionsbegünstigungen mit abzuschließen.

So gesehen war es eben kein Zufall, daß sich Heiner Geisler bei seinem Moralisiereplädoyer zur Bonner Außenpolitik ausgerechnet das Thema Antifolterkonventionen verkniff. **Wolfram Brönnert**

Ivesa Lübben-Pistofidis Die Umverteilung der Macht

Nach 10 Jahren Bürgerkrieg, angesichts der mehr als 100.000 Toten – die meisten von ihnen Zivilisten –, angesichts Hunderttausender von Flüchtlingen im eigenen Land, angesichts einer durch Krieg, Bürgerkrieg und Kapitalflucht völlig ruinierten Wirtschaft, sehnt sich das Gros der Libanesen heute nach Frieden und einem Leben in Ruhe und Sicherheit.

Aber wie kann eine Lösung aussehen in einem Land mit 150 bewaffneten Gruppen und Milizen, in einem Land, das, obwohl sich jede politische Kraft gegen eine Kantonisierung wehrt, doch faktisch in Kantone gespalten ist: in Ost- und Westbeirut, Saida, Jezzín, den Nordlibanon, die Bekaa-Ebene, die Schufberge sowie in den Südlibanon und den immer noch von Israel besetzten Grenzstreifen? Wie kann eine Lösung aussehen in einem Land, in dem die Gewalt so alltäglich geworden ist, daß oft nichtige Anlässe genügen, um ganz Beirut in ein Schlachtfeld zu verwandeln?

„Jeder kämpft gegen jeden“ – das ist die verzweifelte Antwort selbst vieler Libanesen auf die Frage, was in ihrem Land geschieht.

Der heroische Widerstand der Libanesischen Widerstandsfront (FRNL, ausführlich in: AIB-Sonderheft 2/1985, S. Xff.) gegen die zionistischen Besatzer im Süden und gegen ihre libanesischen Kollaborateure von der sog. Südlibanesischen Armee (SLA) wird immer wieder von Kämpfen der verschiedenen Milizen untereinander um größere Einflusssphären überschattet.

Auch die Regierung in Damaskus ist entschlossen, das „libanesishe Dossier“ zu schließen. Seit Monaten frequentieren alle einflußreichen libanesischen Persönlichkeiten in regelmäßigen Abständen das Büro des syrischen stellvertretenden Präsidenten Khaddam, der seinerseits versucht auszuloten, auf welcher Grundlage eine Lösung möglich ist und mit welchen Kräften eine solche durchgesetzt werden kann.

Unter den hier skizzierten Bedingungen begannen Mitte September 1985 unter syrischer Schirmherrschaft Dreiergespräche zwischen Walid Junblatts Sozialistischer Fortschrittspartei (PSP), der schiitischen Amal-Bewegung und den phalangistischen Forces Libanaises (rechtschristliche Libanesishe Streitkräfte).

Patrouille der FAN im Südlibanon, den sie heute klar beherrscht



Dem vorausgegangen war der spektakuläre Besuch des Führers der Forces Libanaises, Elie Hobeika, am 2. September 1985 in Damaskus. Die Dreierkommission erarbeitete ein Lösungsprojekt, das die völlige Abschaffung des Konfessionalismus im Libanon vorsah – die Hauptforderung der libanesischen patriotischen Bewegung seit vielen Jahren.

Obgleich Hobeika am 2. November 1985, als das Projekt schon unterschriftsreif auf dem Tisch lag, einen Rückzieher machte, bleibt das Dokument Diskussionsgrundlage jeglicher weiterer Verhandlungen und soll deswegen kurz skizziert werden.

Während einer Übergangsphase von 5 Jahren soll vom Parlament eine neue laizistische Verfassung ausgearbeitet werden. Für diese Zeit sollen die Parlamentsabgeordneten so weit aufgestockt werden, daß Moslems und Christen im Verhältnis 1:1 vertreten sind.¹

Neues Verfassungsprojekt

Die Befugnisse des Präsidenten, der bislang durch die Möglichkeit des Erlasses von Präsidialdirektiven fast unumschränkte Exekutivgewalt innehatte und sowohl Regierung wie Parlament umgehen konnte, sollen weitgehend eingeschränkt und dem Ministerrat übertragen werden. Das ist deswegen nicht nur eine juristische Finesse, als bislang die maronitische Bourgeoisie, der nach der politischen Tradition des Landes automatisch der Präsidentenposten zufällt, gerade mittels der quasi unumschränkten Vollmachten des Staatsoberhauptes versuchte, dem ganzen Land seine politische Hegemonie aufzuzwingen.

Unter Aufsicht syrischer Offiziere soll die Armee neu strukturiert, sollen die Milizen aufgelöst und teilweise in die Armee integriert werden.² Nach dieser Übergangszeit tritt die neue Verfassung inkraft, die die völlige Annullierung des Konfessionalismus vorsieht. Eine parlamentarische Repräsentation findet dann nur noch auf Basis der politischen Repräsentation statt.

Außerdem sieht das Projekt eine völlige Neuordnung der Beziehungen zu Syrien vor: wirtschaftliche und kulturelle Integration und Koordination der Außen-, Verteidigungs- und Sicherheitspolitik, so daß die Beziehungen zwischen beiden Ländern fast den Charakter einer Konföderation annehmen.

Die Dreierverhandlungen in Damaskus haben allerdings eine ganze Reihe kritischer Fragen aufgeworfen:

- Ist es überhaupt möglich mit einem Faschisten wie Hobeika, einem der Hauptverantwortlichen der Massaker

von Sabra und Schatila (September 1982), zu verhandeln und einen Kompromiß zu finden?

- Führt nicht die konfessionelle Repräsentanz während der Dreierverhandlungen das ganze Ziel der Verhandlungen, nämlich gerade die Dekonfessionalisierung des Libanon, ad absurdum?

- Hat sich nicht die libanesische Linke mit der Anerkennung der Rolle Syriens in den Verhandlungen und der Zustimmung zum Konföderationsprojekt völlig dem Willen der Regierung in Damaskus unterworfen?

Erosion des christlichen Lagers

Würde das in der Dreierkommission verhandelte Projekt tatsächlich verwirklicht, käme das einer faktischen Bankrotterklärung der Phalangisten und einer Absage an ihre bisher gehegten Hegemonialansprüche gleich.

Allein die Tatsache, daß sich Hobeika überhaupt auf Verhandlungen mit nationaldemokratischen Kräften und auf eine Diskussion über die Abschaffung des Konfessionalismus eingelassen hat, ist auf die ganze Kette von Niederlagen, die die Phalangisten seit 1982 haben einstecken müssen, zurückzuführen. Sie haben die Diskussion nicht gewollt, sondern diese Diskussion ist ihnen faktisch durch das Kräfteverhältnis aufgezwungen worden.

Dafür gaben drei Faktoren den Ausschlag:

- Ihre wichtigsten internationalen Helfershelfer, nämlich Israel (1985) und die NATO-Truppen in Form der multinationalen „Friedens“truppen (1984), wurden durch die Schläge der patriotischen Kräfte, durch die FRNL, aus dem Lande getrieben.

- Innenpolitisch mußten sie erkennen, daß sie dauerhaft nicht in der Lage waren, ihren Herrschaftsbereich über die von ihnen kontrollierte Enklave hinaus auszudehnen.

- Und schließlich bröckelt ihre Basis unter den christlich-maronitischen Massen langsam ab. Die Christen stellen sich immer dringlicher die Frage, was ihnen das Bündnis mit Israel und den USA gebracht hat. Sie fragen sich, warum sie in die politische Sackgasse geraten sind und wer die Verantwortung dafür trägt.

Verschiedene Anzeichen deuten auf das Entstehen einer nationaldemokratischen Strömung im christlich-maronitischen Lager hin, die allerdings bislang noch keinen organisatorischen Ausdruck gefunden hat. Verschiedene maronitische Einzelpersonlichkeiten haben das Grundsatzprogramm der Front der Nationalen Allianz (FAN, siehe weiter unten) unterzeichnet. Immer mehr

Die Nationalprogressiven – Gewinner von Tripoli

Die Reaktion der libanesischen Rechtskräfte auf die Gründung der Front der Nationalen Allianz (FAN) bestand in der Eskalation des bewaffneten Terrors, mit dem das ganze Land überzogen wurde und dem Hunderte von Bewohnern dichtbesiedelter Gebiete zum Opfer fielen.

Ein Musterbeispiel hierfür war die Zuspitzung der militärischen Auseinandersetzung zwischen der sunnitisch-fundamentalistischen Tauhid-Bewegung („Islamische Einigkeit“) und den nationalprogressiven Organisationen in der nordlibanesischen Hafenstadt Tripoli Anfang September 1985.

Die extrem antikommunistische, von Sheik Shaaban geführte Tauhid hatte in der Stadt einen regelrechten Kreuzzug gegen alle fortschrittlichen Menschen entfaltet. Es kam zu massenhaften Verhaftungen und bewaffneten Übergriffen, Linkskräfte wurden ermordet. In Tripoli herrschte ein unerträglicher Zustand: Angst und Terror grassierten.

Tauhid-Willkür à la Khomeini

Bereits im September 1983 hatte die Tauhid, die enge Verbindungen zu den syrischen Moslembrüdern und dem iranischen Khomeini-Regime unterhält, die faktische Kontrolle über Tripoli übernommen.

Systematisch durchgeführte „Säuberungs“-aktionen, ein Massaker unter führenden Mitgliedern der Kommunistischen Partei (PCL) und der Arabischen Nationalen Sozialen Partei, dem 70 Kader dieser Organisationen samt ihren Familien zum Opfer fielen, waren die ersten Folgen dieser Herrschaft.

Gleichzeitig zwang Shaaban die Stadt rücksichtslos unter das Gesetz des Koran: Für Frauen wurde die vollständige Kopf- und Körperbedeckung für obligatorisch erklärt, Cafés und Restaurants geschlossen und beschlagnahmt. Für Schiffe, die im Hafen landeten, wurde eine Zwangssteuer eingeführt.

Diese Gesetze und der Terror der bewaffneten Milizen Shaabans hatten das Leben für die Einwohner Tripolis schon früh recht schwer gemacht: 200.000 Menschen verließen innerhalb der vergangenen 2 Jahre die Stadt.

Das neuerliche Anheizen der Spannungen war eine Reaktion auf die gewachsene Stärke und Einheit der libanesischen Linkskräfte. Etwa 1.000 Moslembrüder und bedauerlicherweise auch der Vorsitzende der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), Yassir Arafat, standen Seite an Seite mit Shaaban.

Bereits im Oktober 1983 hatte die PCL dem PLO-Vorsitzenden vorgeworfen, eng mit der

Tauhid zusammenzuarbeiten und ihr finanzielle, militärische und politische Unterstützung zu gewähren. Damals machte sie Arafat für die Massaker an Kommunisten in Tripoli persönlich verantwortlich.

1985 sorgte er als Vermittler für die Lancierung von riesigen Waffentransporten auf ägyptischen Schiffen für die Tauhid. Die Gegner Shaabans in Tripoli forderten angesichts der katastrophalen Lage eine vollständige Entwaffnung aller Milizen.

Über 15 Verhandlungsrunden wurden seither mit der Tauhid geführt, die alle an ihrem Widerstand scheiterten.

Den nationalprogressiven Kräften blieb kein anderer Weg als die bewaffnete Aktion. In einer großangelegten Septemberoffensive, die von Syrien unterstützt wurde, gelang es nun den Milizionären der Arabischen Demokratischen Partei, der Nationalen-Sozialen Partei, der PCL und der Baath-Partei die Tauhid-Kämpfer und die sie unterstützenden Arafat-Einheiten aus ihren Stellungen zu verdrängen und nahezu die Hälfte von Tripoli zu besetzen.

Die Positionsgewinne dieser „Front“ führten innerhalb kurzer Zeit zu einem Ende aller Kampfhandlungen.

Abgeschlossen wurde eine Waffenstillstandsvereinbarung, die neben einer sofortigen Waffenruhe den Abzug aller Milizen von den Straßen sowie die Übergabe ihrer Stellungen und schweren Waffen an die syrischen Truppen vorsah. Diese bleiben in der Nähe der Stadt stationiert und für die Einhaltung der Vereinbarung verantwortlich. Gemeinsam mit Einheiten der libanesischen Armee und Polizei sollen die Syrer die Waffenruhe absichern.

Syrisch garantierte Waffenruhe

Die Bestimmungen der Vereinbarung gingen ganz klar zu Lasten der Tauhid und beendeten ihre bisherige dominierende politisch-militärische Machtstellung in Tripoli.

Der Erfolg der „Front“ ist ein wichtiger Beleg für den Kräftezuwachs, den die national-progressiven Kräfte des Libanon gegenüber der einheimischen Reaktion erlangten. Die Aktion der „Front“ von Tripoli kann ein Beispiel für den gesamten Libanon abgeben. Denn was das bedrückte Land in nächster Zeit in allererster Linie braucht, ist Ruhe und Frieden, ist ein Ende des Bürgerkriegs und die Wiederherstellung der Einheit des libanesischen Staates, die es de facto nicht mehr gibt.

Dann mag es wohl auch effektiver gelingen, den Kampf um demokratische Veränderungen voranzutreiben. **K. Ulrich Schnell**

Christen verweigern den obligatorischen Militärdienst in den phalangistischen Milizen, und Aktionen der libanesischen Gewerkschaftsbewegung stoßen inzwischen auch in den von der Forces Libanaises und der Phalangepartei (Kataeb) kontrollierten Gebieten auf Widerhall. Diese Faktoren haben zu einer taktischen Neubestimmung der Phalangisten geführt. Sie versuchen zu retten, was zu retten ist: Kompromisse auf innerlibane-

sicher Ebene, die außenpolitische Orientierung auf Syrien. Allerdings verlief dieser Prozeß nicht geradlinig und ohne Widersprüche innerhalb des faschistischen Lagers.

Es war zunächst Präsident Gemayel, der nach der Konferenz von Lausanne im März 1984 unter dem Druck Syriens und der libanesischen patriotischen Kräfte das 10 Monate zuvor mit Israel geschlossene Kapitulationsabkommen kündigte.

Er hatte der Bildung einer „Regierung der nationalen Einheit“ unter Einschluß Junblatts und Berris als Repräsentanten der patriotischen Kräfte zugestimmt und schließlich im März 1985 nach dem Bikfaya-Gipfel die Abschaffung der Präsidialdekrete verkündet.³

Gegen diese Linie Gemayels putschen am 12. März 1985 die Forces Libanaises, unter Samir Geagea, der militärische Arm der Kataeb, was den offenen Bruch zwischen Partei und Miliz zur Folge hatte.

Aber auch Geagea und seine Rebellen mußten sehr schnell einsehen, daß sie weder von Israel etwas zu erwarten hatten noch in der Lage waren, sich außerhalb des von ihnen kontrollierten Kernbereichs Ostbeirut und Umgebung zu etablieren. Nach dem israelischen Rückzug aus Saida versuchten sie, die Kontrolle über die geräumten Gebiete zu übernehmen. Sie mußten aber eine empfindliche Niederlage einstecken und sich schließlich auf den Druck der patriotischen Kräfte hin vollkommen aus dem Süden zurückziehen. Zudem stießen sie auf wenig Gegenliebe bei der ortsansässigen christlichen Bevölkerung.

Am 9. Mai 1985 putschte Elie Hobeika innerhalb der Forces Libanaises gegen die Linie Geageas und löste diesen als Vorsitzenden des Exekutivkomitees ab. In seiner ersten Stellungnahme billigte Hobeika Syrien eine zentrale Rolle im Libanon zu und rief alle libanesischen Kräfte zum Dialog auf. Die Krise könne nur bereinigt werden, wenn „die Libanesen sich auf eine neue Formel einigen, die die Einheit, Souveränität und Unabhängigkeit des Libanon garantiert“.⁴

NATO-Intervention „nicht auszuschließen“

Inzwischen sind es paradoxerweise gerade die Forces Libanaises, die Amin Gemayel und der Kataeb vorwerfen, die Annäherung an Syrien obstruieren zu wollen. Diese nämlich hatten nach Beginn der Dreierverhandlungen ihrerseits Angst bekommen, daß sie bei einer Verhandlungslösung zu wenig mitzureden hätten und zunehmend kritische Distanz gegenüber Hobeikas Annäherung an Damaskus bezogen. Der Konflikt zwischen Kataeb und Forces Libanaises gip-

felte schließlich in der gewaltsamen Schließung von Al-Amal, dem Sprachrohr der Kataeb.

Aber heißt das nun, daß das phalangistische Lager sein Projekt ein für allemal aufgeben hätte? Heißt das, daß die USA und Israel ein für allemal im Libanon ausgespielt hätten? Mitnichten.

Israel versucht zur Zeit alle möglichen Kräfte im Libanon zu ermuntern, eine Lösung zu Fall zu bringen:

- durch die fortgesetzte Besetzung des Grenzstreifens im Südlibanon und seine Marionette Lahad;
- durch die Wiederbelebung der politischen Rolle Camille Chamouns und seines Sohnes Dany, dem Präsidenten der Nationalliberalen Partei, einer mit den Forces Libanaises und der Kataeb in der sog. Front Libanaise verbundenen faschistischen Splittergruppe, die engste Beziehungen zum zionistischen Staat unterhält;
- indem es seine unmittelbaren Agenten innerhalb der Forces Libanaises und der Kataeb ermuntert, die Führung in den Organisationen zurückzuerobern, mit dem Ziel, diese auf die proisraelische Linie zurückzubringen.

Programm der Front der Nationalen Allianz (FAN)

Das hier dokumentierte Programm der Front der Nationalen Allianz (FAN) des Libanon wurde am 6. August 1985 auf ihrer Gründungskonferenz in Chtaura verabschiedet. Diese bislang breiteste Koalition anti-imperialistischer Kräfte des Landes umfaßt das nationalprogressive Spektrum der Nationalen Demokratischen Front (gebildet im Oktober 1984, zählt 15 Mitgliedsorganisationen), darunter die Sozialistische Fortschrittspartei (PSP, Vorsitz W. Junblatt), die Kommunistische Partei (PCL), die Syrische Nationale Soziale Partei, und die Baath-Partei, sodann die schiitische Amal-Bewegung (Vorsitz N. Berris), die in Saida dominierenden Nasseristen und mehr als 30 Einzelpersonlichkeiten auch aus dem christlich-orthodoxen Lager.

Das Gründungsprogramm erhält ein besonderes Gewicht einmal dadurch, daß es die erste gemeinsame Aktionsplattform von Linkskräften und Amal darstellt. Zum anderen ist es politisch hochbrisant, da es in einer Situation des Kräftezuwachses der FAN-Koalition eine demokratische Reformalternative zum konfessionellen Regime verkörpert bzw. einen nationaldemokratischen Lösungsweg für die libanesischen Krise unterbreitet.

Die libanesischen Patrioten haben gegen die israelische Besatzung, ihre Militärmaschinerie, ihre Agenten sowie gegen die Präsenz der Atlantischen Allianz, ihrer Flotte und ihrer multinationalen Streitkräfte ruhmreiche Kämpfe geführt. Sie widersetzten sich dem parteilichen und konfessionellen Hegemonieplan der Phalangisten innerhalb und außerhalb der Machtorgane.

Sie errangen wichtige Siege gegen diese feindlichen Kräfte, erzwangen den Fall des Abkommens vom 17. Mai (1983; d. Red.) und führten

Anschläge auf bestimmte starke Stellungen der hegemonialen Kräfte durch. Dies entspricht ihrem legitimen Ziel, daß Territorium zu befreien und es auf der Grundlage des arabischen Charakters des Libanon zu vereinigen, sowie Perspektiven einer demokratischen Entwicklung und der Vervollendung der nationalen Unabhängigkeit zu schaffen. (...)

Um den Erfordernissen des nationalen Kampfes gerecht zu werden, ist das Wesen der aktuellen Verhältnisse auf der Grundlage der gleichbleibenden nationalen Forderungen zu erkennen, die die Verbundenheit zur Einheit des Libanon, seines Territoriums, seines Volkes und seiner Institutionen umfassen. Diese Verhältnisse erfordern eine qualitative Veränderung in den politischen Aktivitäten. Dies muß auf der Basis eines globalen nationalen, nicht-konfessionellen Programms geschehen. Wir lassen uns von der Geschichte unseres langen Kampfes leiten, von allen Erfahrungen, die wir gemacht haben und von den Prinzipien des heldenhaften Kampfes, den unser Volk fortführt, um dem Komplott, der Besetzung und der Hegemonie eine Niederlage zu bereiten und nationale Lösungen für die Probleme des Libanon als Gesellschaft, Vaterland und Staat zu finden. Dies tun wir, indem wir an den gleichbleibenden nationalen Forderungen festhalten, wie der Einheit des Libanon, seines Volkes und seiner Institutionen, seines arabischen Charakters, der Bestätigung der bevorzugten Beziehungen zu Syrien, der Konkretisierung dieser nationalen Beziehungen auf allen Gebieten und der Achtung der Rechte aller Libanesen, insbesondere ihres Anspruchs auf Gerechtigkeit, Gleichheit und Freiheit unter einem wirklich demokratischen Regime.

Es ist nunmehr offensichtlich, daß das konfessionelle System zerrütet ist und daß es nicht mehr möglich ist, irgendeine Reform im Rah-

men dieses Systems durchzuführen. Zudem sind die Illusionen bezüglich eines interkonfessionellen Arrangements zunichte gemacht. Die einzige Lösung der libanesischen Krise ist die nationaldemokratische Lösung.

Um diese Aufgabe zu bewältigen, sind die Parteien, die nationalen Kräfte und Persönlichkeiten zu mobilisieren, die jede konfessionelle Aufteilung und jede Trennung der Gemeinschaften ablehnen und die an einen unabhängigen, arabischen, geeinten und demokratischen Libanon glauben, im Rahmen einer einheitlichen Aktion, der Front der Nationalen Einheit.

Auf dieser Basis lädt die Front der Nationalen Einheit die libanesischen Massen ein, an ihren Aufgaben mitzuwirken, um folgede Ziele zu erreichen:

1. Über die Befreiung des Libanon

1.1. Fortführung des Widerstandes gegen den Feind, die israelische Besatzungsmacht und Vernichtung seiner direkten oder indirekten Präsenz, in Ablehnung aller Art von „Sicherheitsmaßnahmen“ und aller suspekten Instrumente.

1.2. Sicherstellen, daß alle Möglichkeiten von offizieller Seite und vom Volk zur Unterstützung der Front des Nationalen Libanesischen Widerstandes, die unsere zeitgenössische Geschichte ehrt und deren Kampf ohne jeden Zweifel die authentische Basis zur Wiedervereinigung des Libanon darstellt, ausgenutzt werden.

1.3. Für die Anwendung der Resolution Nr. 425 und der anderen Beschlüsse des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen wirken, die den totalen und bedingungslosen Abzug der israelischen Besatzung fordern.

2. Über die Einheit des Libanon

2.1. Unterstützung der Einheit des Libanon und Beendigung jeder Art des Konfessionalis-

Und die USA „raten ihren Freunden und Agenten zu Erpressungsversuchen mit dem Ziel, die gegenwärtige Entwicklung zu untergraben und Zeit zu gewinnen. Sie versprechen ihren Freunden, daß Änderungen auf der arabischen und internationalen Ebene bevorstünden, welche es ihren Agenten ermöglichen werden, von den Konzessionen abzusehen, die ihnen durch das gegenwärtige Kräfteverhältnis aufgezwungen sind“.⁵ Diese Befürchtungen Georges Hawis sollten sich bewahrheiten.

Genau an dem Tag, an dem die Unterzeichnung des 6 Wochen lang in Damaskus ausgehandelten Vertrages anstand, meldeten die Forces Libanaise Vorbehalte gegen die essentiellen Bestandteile des Projekts, die Beschränkung der Vollmachten des Präsidenten und die Abschaffung des Konfessionalismus, an. Der plötzlichen Verweigerung der Unterschrift war das erste offizielle Treffen zwischen dem US-Botschafter im Libanon Bartholomew und Elie Hobeika vorausgegangen.

Genau eine Woche später drohte der französische Außenminister Roland Dumas, unter Hinweis auf die besonderen Beziehungen Frankreichs zu den

libanesischen Christen und der „Offenheit der Christen gegenüber der französischen Kultur und den französischen Wertvorstellungen“ mit einer erneuten Intervention der Westmächte.

Die Kämpfe um Saïda und in Iglim Al-Kharoub hätten bewiesen, daß das Leben der Christen in Gefahr sei: „Die Intervention der internationalen Gemeinschaft wäre die beste Lösung... Auch wenn die Bedingungen im Moment für eine internationale Lösung noch nicht reif sind, so sehen wir uns in Ermangelung jeder anderen Lösung gezwungen, diese Möglichkeit nicht auszuschließen.“⁶

Breiteste Front der Patrioten

In den Dreiergesprächen sind sowohl die Stärke als auch die Schwächen und Widersprüche innerhalb des patriotischen Lagers deutlich geworden.

Am 6. August 1985 wurde in Chtaura, in der syrisch kontrollierten Bekaa-Ebene, die Gründung der Front der Nationalen Allianz (FAN, Plattform siehe Kasten) angekündigt. Ihr gehören nicht nur die

Organisationen an, die schon die Nationale Demokratische Front (gegr. 1984, siehe AIB-Sonderheft 2/1985, S. VI-VII) gebildet haben, wie die Kommunistische Partei (PCL), die PSP, die Syrische Nationale Soziale Partei u.a.

In ihr vertreten sind auch die Amal, der Nasseristische Rat Saidas, die wohl wichtigste Organisation in der drittgrößten Stadt des Libanon, und mehr als 30 Einzelpersonlichkeiten, auch aus dem christlichen Lager. Sie stellt damit die breiteste Front in der Geschichte des Libanon dar.

Das gilt, wenngleich an der Front solche Persönlichkeiten wie Ex-Präsident Franjeh und führende sunnitische Notable fehlen, die sich nach dem israelischen Einfall 1982 und der Stationierung der multinationalen Truppen noch auf die Seite der patriotischen Kräfte gestellt hatten. Diese Kräfte fürchten angesichts der immer entschiedeneren Forderungen nach Abschaffung des Konfessionalismus und nach demokratischen Reformen um die Pfründe der Bourgeoisie als ganzes.⁷

Besonders Franjeh ist ein entschiedener Verfechter des Konfessionalismus. Er

mus, der Differenzierung und der Zerstückelung, Ablehnung von suspekten Plänen, die sich auf Pluralismus und religiöse Gemeinschaften, die besondere Gebräuche, Kulturen und eine andere Zivilisation haben, beziehen. Die Pläne der Teilung und Dezentralisierung (Föderalismus, Konföderalismus, Kantonisierung usw.) sind gegen die Einheit des Libanon. 2.2. Wiedererlangung der Einheit des Libanon und deren Konsolidierung durch die Befreiung, die demokratische Lösung, die umfassende nationale Sicherheit, die Rückkehr aller Flüchtlinge, die Freilassung aller Entführten und die Errichtung eines gerechten Staates.

1. Über den arabischen Charakter des Libanon

Daß der Libanon arabisch ist, ist eine unabänderliche Realität. Die Schlacht zur Befreiung des Territoriums vom Feind und die Zurückweisung der zionistischen Pläne hat diese Frage endgültig entschieden. Der Staat muß diese historische Tatsache auf allen Gebieten und ohne Ausnahme konkretisieren.

3.a. Über die nationalen Beziehungen zu Syrien

Der wirkliche Ausdruck des arabischen Charakters des Libanon besteht in seinen vorteilhaften Beziehungen zu Syrien, die auf den gemeinsamen Interessen und auf dem gemeinsamen nationalen Schicksal gründen.

Diese Verbindungen beruhen auf gemeinsamen lebenswichtigen Interessen und einem gemeinsamen Schicksal. Sie wurden bestärkt während der Schlacht zur Befreiung des Libanon vom zionistischen Feind und von den imperialistischen Kräften und dank der nationalen Politik Syriens unter der Führung von Hafez el Assad, die eine Politik der Konfrontation mit dem Feind und der Unterstützung des nationalen libanesischen Widerstandes ist. Die syrische Initiative zielt auf die Realisierung einer nationalen und demokratischen Lösung der libanesischen Krise.

Aus all diesem folgt, daß es im Interesse des Libanon ist, diese bevorzugten Beziehungen

mit Syrien in Kooperationsverträge zu fassen, die verschiedene Fragen, insbesondere die Verteidigung, die Sicherheit, die Außenpolitik, die Erziehung und die Wirtschaft umfassen. Dies würde die nationale Schicksalsgemeinschaft konkretisieren. Es müssen ad-hoc-Institutionen eingerichtet werden, um das Vorgenannte durchzuführen.

3.b. Über die Kampfbeziehungen zum palästinensischen Volk

Das libanesische Volk und seine nationalen Kräfte haben einen sehr teuren Preis bezahlt für die Verteidigung der palästinensischen Sache und die Unterstützung der PLO (Palästinensische Befreiungsorganisation; d. Red.) in ihrem gerechten und legitimen Kampf zur Wiedererlangung der nationalen Rechte des palästinensischen Volkes, seines Rechtes auf Selbstbestimmung und auf Errichtung eines unabhängigen Staates. Deshalb ist die Front der Nationalen Einheit der Meinung:

3.b.1. Die Auseinandersetzung mit dem expansionistischen zionistischen Plan beinhaltet die Verurteilung der Verzichtspolitik von Camp David (Separatabkommen Ägypten, Israel, USA vom September 1978; d. Red.), der Vereinbarungen vom 17. Mai 1983, des Abkommens von Amman (zwischen Jordanien und PLO-Führer Arafat vom Februar 1985; d. Red.) und der Arafat-Politik, die auf die Liquidierung der palästinensischen Sache durch liquidatorische und separate Lösungen abzielt. Die Front der Nationalen Einheit stellt fest, daß die Allianz zwischen den nationalen libanesischen Kräften, der Front der Nationalen Palästinensischen Errettung (Zusammenschluß der palästinensischen Linken, ausgenommen die Kommunistische Partei, mit Abu Musas Fatah-Rebellen, Jibrils Generalkommando u.a.; d. Red.) und Syrien verstärkt werden muß, um der Verzichtspolitik zu begegnen.

3.b.2. Die Vereinbarung von Damaskus vom 17. Juni 1985 ist eine annehmbare Plattform zur Organisierung brüderlicher und Kampfes-

beziehungen zwischen dem libanesischen und palästinensischen Volk.

4. Über demokratische Reformen

Die Durchführung demokratischer Reformen erfordert die Verurteilung der Kollaborateure Israels, das Ende der Ein-Parteien-Herrschaft, die Verurteilung der verantwortlichen Zivilisten und Soldaten für Verbrechen, die sie begangen haben und die Erarbeitung einer neuen Verfassung und neuer Gesetze, deren wichtigste Ziele wären:

4.a. Die Verwirklichung der Einheit des Libanon und die Bestätigung seiner arabischen Identität sowie die Festigung seiner arabischen Rolle;

4.b. die Schaffung eines demokratischen Libanon, indem der Konfessionalismus in allen Bereichen, sowohl in der Politik als auch in den Bereichen Verwaltung, Armee und Justiz, beseitigt sein würde;

4.c. Erarbeitung des Rahmens einer wirklichen sozialen Gerechtigkeit zwischen den Bürgern, die gleiche Rechte und Pflichten haben werden. Anwendung der Prinzipien der Chancengleichheit und wirtschaftlich-sozialen Gerechtigkeit. Festigung des Prinzips der öffentlichen und individuellen demokratischen Freiheiten und Feststellung, daß die wirtschaftlich-sozialen Rechte der Bürger (Arbeit, soziale Sicherheit usw.) ein untrennbarer Bestandteil der Grundrechte des demokratischen Systems sind;

4.d. Verwirklichung eines echten Gleichgewichtes in den Vorrechten der vollziehenden und der gesetzgebenden Gewalt, und Garantieung der Unabhängigkeit der Justiz im Rahmen eines republikanischen, parlamentarischen, demokratischen und nichtkonfessionellen Systems.

Die vollziehende Gewalt wird in den Händen des Ministerrats liegen, der die allgemeine Politik des Staates bestimmen und der allein vor der Kammer und vor dem Volk verantwortlich sein wird. Der Präsident des Ministerrats wird von der Versammlung gewählt. Diese gibt oder

versucht angesichts der Zerrissenheit des maronitischen Lagers, die verschiedenen Fraktionen von Kataeb über die Forces Libanaises bis zu Chamoun zu versöhnen.

Die FAN hätte zweifellos bei den Verhandlungen in Damaskus eine noch gewichtigere Rolle spielen und dem patriotischen Lager ein weitaus größeres Gewicht verleihen können als Junblatt (PSP) und Berri (Amal) alleine.

Dem Beginn der Dreierverhandlungen waren heftige Straßengefechte in Westbeirut zwischen Milizen der PSP und Amal vorausgegangen. Dieses Paradoxon läßt sich nur aus dem spezifischen Charakter der politischen Organisationen im Libanon erklären, die wohl mit Ausnahme der PCL alle an eine der vielen Religionsgruppen im Libanon gebunden sind, und selbst wenn sie ein laizistisches Programm haben, den Auseinandersetzungen immer wieder einen religiösen Anstrich verleihen.

Schon immer versuchten die verschiedenen Fraktionen der herrschenden Klassen im Libanon ihre jeweiligen Glaubensgenossen über alle Klassengrenzen hinweg und unter dem Vorwand, daß die

Interessen der jeweiligen Religionsgruppe insgesamt auf dem Spiel stünden, zu mobilisieren, um so ihre eigene Position gegenüber den anderen Fraktionen der Bourgeoisie stärkeres Gewicht zu verleihen. Dies hat zur Entstehung von „populistischen Bewegungen“ auf religiöser Basis geführt, die aufgrund ihrer heterogenen Klassenzusammensetzung politisch sehr schwankend sind.

Gefechte Amal - PSP

Davon sind auch die PSP und Amal nicht ausgenommen. Beide haben einerseits ein laizistisches Programm, können sich andererseits aber nicht vollständig von den jeweiligen Partikularinteressen ihrer jeweiligen Religionsgemeinschaft der Drusen bzw. Schiiten, zugunsten einer in sich konsistenten patriotisch-demokratischen politischen Praxis lösen. Beide versuchen, die Kontrolle über bestimmte Regionen des Landes zu nutzen, um ihren eigenen Interessen mehr Gewicht zu verleihen. Nur so ist es zu erklären, daß sie, obwohl inzwischen in einer Front vereinigt, doch erbitterte Konkurrenten

sind.

Das gilt in ganz besonderem Maße für die Amal, ein Sammelbecken aller möglichen politischen Strömungen. Die Amal versucht zum einen verbissen, ihren Alleinvertretungsanspruch unter den Schiiten gegen die islamisch-fundamentalistische Hezbollah, aber auch gegen marxistische Einflüsse zu verteidigen. Zum anderen strebt sie an, im überwiegend von Schiiten bewohnten Süden eine autokratische Alleinherrschaft zu errichten.

Das erschwert erheblich den Widerstandskampf der Libanesischen Nationalen Widerstandsfront (FRNL), die ihre Aktionen gegen die israelische Besatzungsmacht und ihre Kollaborateure oft unter faktisch illegalen Bedingungen vorbereiten muß.⁸

Obwohl die Amal auf der Propagandalebene einen Monopolanspruch auf die Widerstandsbewegung gegen die Israelis erhebt, bleibt doch Fakt, daß das Gros der Widerstandsaktionen im Süden von laizistischen Organisationen, vor allem von der PCL, der Syrischen Nationalen Sozialen Partei und der Baath-Partei getragen werden.

entzieht der Regierung ihr Vertrauen. Ein Hohes Verfassungsgericht sowie ein Oberster Gerichtshof zur Beurteilung von Präsidenten und Ministern werden eingerichtet. Die für das Funktionieren dieser Gerichte notwendigen Gesetze müssen erlassen werden. Die Fristen für die Bekanntmachung der Dekrete und Gesetze oder ihre Neuverhandlung im Parlament werden festgelegt. Verordnungen, die vom Ministerrat erlassen werden, müssen innerhalb eines Monats veröffentlicht werden;

4.e. Ausarbeitung eines neuen Wahlgesetzes, das die beste Repräsentativität des Volkes auf der Basis der Verhältniswahl vorsieht. Der Libanon bildet einen einzigen Wahlkreis. Die „Front der Nationalen Einheit“ wird sich als Einheitsblock mit dem nationalen Plan als Wahlprogramm an den Wahlen beteiligen;

4.f. Die staatlichen Institutionen müssen reformiert werden, sich ergänzen und zusammenarbeiten. Entwicklungsprojekte müssen ausgearbeitet, die Verwaltung gesäubert und die Kriterien der Kompetenz und Integrität angewendet werden;

4.g. Erarbeitung eines neuen Gesetzes über die Staatsangehörigkeit und Regelung von Fällen die in der Schwebe sind. Es sind Sondergerichte einzusetzen um diese Probleme in festgelegten Fristen zu regeln. Außerdem muß der Eintrag der Religionszugehörigkeit aus dem Personalausweis gestrichen werden.

5. Über die Verteidigungspolitik und die Armee

Im Lichte der gleichbleibenden nationalen und patriotischen Forderungen ist die Armee vollständig neu aufzubauen, sowohl was die Gesetzgebung als auch was die Organisation der Struktur, die Ausbildung, die Ausrüstung und die Vorbereitung angeht, um sie schlagkräftig zu machen und sie gleichzeitig von den internen politischen Konflikten fernzuhalten.

Die Armee muß auf jeden Fall der Autorität der libanesischen Regierung unterstellt werden und sich den nationalen Orientierungen unterordnen, die sich in einer eindeutigen Verteidigungspolitik und Strategie des Kampfes gegen den zionistischen Feind ausdrücken und gleichzeitig den Konfessionalismus ablehnen. Der Militärdienst wird Pflicht sein. Der Wiederaufbau der Armee wird auf der Grundlage der gemeinsamen nationalen Aufgaben und der Zusammenarbeit in Verteidigungsangelegenheiten mit der arabischen syrischen Armee geschehen.

6. Über die Außenpolitik

Der Libanon wird in der Außenpolitik einen nationalen, panarabischen Weg gehen und die Abhängigkeit vom Imperialismus ablehnen. Er bekämpft die zionistischen Pläne und verfolgt die Linie der Nichtpaktgebundenheit in seinen internationalen Beziehungen, an der Seite der Befreiungsbewegungen in aller Welt. Er unterhält Beziehungen der Freundschaft und Zusammenarbeit mit allen Nationen, die mit unserer nationalen und panarabischen Sache sympathisieren, insbesondere mit den sozialistischen Ländern.

7. Über die wirtschaftliche Umgestaltung

7.1. Es ist notwendig, eine Politik des Wiederaufbaus und der Entwicklung im Rahmen einer zusammenhängenden und allgemeinen

Planung zu verfolgen, deren Ausführung der Staat am Anfang zu überprüfen hätte. Dies setzt eine schnelle Reform der öffentlichen Verwaltung voraus, deren Leistungsniveau oder das Aktionsfeld der bestehenden Dienste erweitert wird. Die Sanierung der Wirtschaft muß in vollkommener Harmonie in den verschiedenen Sektoren erfolgen: die Modernisierung der Landwirtschaft, der Industrie sowie des Dienstleistungsbereichs und darunter des Durchgangshandels sind notwendig.

7.2. Den Gebieten, die unter dem Krieg zu leiden hatten und die seit Jahrzehnten vom Staat vernachlässigt wurden, wie dem Süden, den Bergregionen, der südlichen Vorstadt, der Bekaa, dem Norden und Beirut ist besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Es ist eine bessere Verteilung der Einkommen und des Reichtums zwischen den Bürgern und den verschiedenen Gebieten zu sichern. Dies erfordert eine wirtschaftlich-soziale Reform, die vor allem von der Notwendigkeit der Entwicklung der nationalen Wirtschaft und von den lebenswichtigen Interessen des libanesischen Volkes ausgeht und die Umwelt achtet und schützt.

FAN-Gründer (v. l. n. r.) Berri (Amal), Junblatt (PSP), Hawi (PCL)



Von daher bleibt für die libanesische Linke die Festigung der Allianzfront – wie G. Hawi unterstreicht – der Schlüssel für jedes weitere Vorankommen im Veränderungsprozeß des Libanon: „Umfassende Umgestaltungen sind nicht möglich ohne die weitere Festigung der Einheit der national-patriotischen Kräfte, ohne den Zusammenschluß ihrer Hauptabteilungen – der PCL, der Sozialistischen Fortschrittspartei und der anderen nationalen und fortschrittlichen Parteien. Diesen Kräften können sich all jene anschließen, die mit dem Kurs der Avantgarde der libanesischen Widerstandsbewegung einverstanden sind.

Eine solche Entwicklung würde es ermöglichen, den konfessionellen Charakter der Sozialistischen Fortschrittspartei abzuschwächen, der zunehmenden Betonung der Rolle der Religionsgemeinschaften erfolgreich entgegenzuwirken und einen Aufschwung des nationalen und demokratischen Kampfes herbeizuführen.

Im Rahmen der Front der Nationalen Allianz halten wir es für wichtig, die Zusammenarbeit mit der Amal-Bewegung zu festigen, die sich auf die Volksmassen

stützt und im Kampf gegen die israelische Okkupation und das Eindringen der USA, gegen die Macht der Phalange-Partei an Ansehen gewonnen hat. Diese Bewegung vereint Arbeiter und Bauern, die an einer grundlegenden politischen, sozialen und ökonomischen Reform interessiert sind. In ihr wirken aber auch Kräfte, die von verschiedenen negativen Faktoren, so auch vom Antikommunismus, beeinflusst sind und in einigen prinzipiellen Fragen eine sektiererische, religiös motivierte Haltung einnehmen. Die Schaffung eines breiten Bündnisses mit der Amal-Bewegung ist eine langfristige Aufgabe, die gelöst werden kann und muß.“⁹

Syrisches Kalkül

Der libanesischen Linken ist während der Verhandlungen in Damaskus von verschiedenen Seiten vorgeworfen worden, sich zu sehr dem syrischen Willen unterworfen zu haben. Syrien hat nach dem erzwungenen Rückzug der NATO-Truppen und der Israelis immer mehr Einfluß im Libanon gewonnen und stellt dort

heute einen entscheidenden Machtfaktor dar.

Wenn heute von vielen Seiten gesagt wird, die syrische Seite wolle sich den Libanon aus regionalen Hegemonialinteressen einverleiben und durch die Ausweitung ihres eigenen Einflusses im Libanon die eigene Verhandlungsposition bei einer zukünftigen Nahostlösung stärken, so ist das m.E. eine zu oberflächliche und verkürzte Sichtweise. Und auch wenn die libanesischen patriotischen Kräfte von der strategischen Notwendigkeit des Bündnisses mit Syrien sprechen, so ist das mehr als nur ein Lippenbekenntnis.

Zum einen war die syrische Unterstützung der Nationalen Widerstandsfrent ein wichtiger Faktor bei der Befreiung des Südens, zum anderen gibt es objektive, durchaus berechnete Interessen, die sich mit denen des patriotischen libanesischen Lagers decken. Wiederholt in der Geschichte hat der Imperialismus versucht, die relative Schwäche und innere Zerrissenheit des Libanon auszunutzen, um das Land der Zedern in eine Aggressionsbasis gegen die syrische Befreiungsbewegung und gegen den antiimperialistischen Kurs des Landes zu verwan-

Diese Reform erfordert ein neues, gerechteres Steuersystem, mit einer wirksamen Beteiligung des Staates, der eine allgemeine Kontrolle ausüben muß, das Prinzip der Privatinitiative und des Eigentums achtet, aber die Monopole und die Ausbeutung beseitigt.

7.3. Erarbeitung von Gesetzen zum Schutz der Rechte der Arbeiter, der Lohnabhängigen, der Bauern und aller Benachteiligten, deren rechtmäßige Errungenschaften zu bewahren sind durch schnelle Lösungen für brennende Fragen, wie z.B. das Wohnungsproblem, die Bildung und das Gesundheitswesen. Die Rentenversicherung und die kostenlose medizinische Versorgung müssen garantiert werden.

7.4. Entwicklung und Verstärkung der wirtschaftlichen und Handelsbeziehungen auf gesunder Basis zu den arabischen Ländern, was zum Wirtschaftsaufschwung beitragen wird, und insbesondere zu Syrien, wo zahlreiche gemeinsame Entwicklungsprojekte möglich sind.

8. Über die Reform des Bildungswesens

Entwurf eines nationalen Erziehungsprogramms, auf der Basis der Förderung und Verallgemeinerung des obligatorischen öffent-

lichen Schulsystems, dessen Niveau verbessert werden und das kostenlos sein muß.

Die Schulbücher und pädagogischen Richtlinien aller nationalen und ausländischen Schulen sollen vereinheitlicht werden. Die Bildung soll sich am Bedarf der Produktion im Rahmen der Entwicklungspläne orientieren.

9. Über das Flüchtlingsproblem

Es ist eine radikale Lösung des Flüchtlingsproblems zu finden, in dem das Recht aller Flüchtlinge seit 1975 auf Rückkehr zu ihrem Land, ihrem Heim und ihrer Arbeit anerkannt wird. Gesetze, die das Recht auf Rückkehr garantieren und die entsprechende Mittel für den Wiederaufbau vorsehen, sind zu erlassen.

10. Über die Verfassunggebende Versammlung

Der beste Weg, diese umfassenden Reformen des Systems zu organisieren, ist die Anerkennung des Willens der Mehrheit des Volkes, vertreten durch eine verfassunggebende Versammlung, die auf einer nichtkonfessionellen Basis geschaffen wird und die die politischen Strömungen und die nationalen Vereinigungen

des Volkes widerspiegelt. Die verfassunggebende Versammlung hat die erforderliche Reform einzuleiten und Verfassungsgesetze oder Erlasse zur Durchführung der Reform einzuführen.

Zur Durchführung dieser Ziele ist es nach Meinung der Front erforderlich:

10.a. ein organisatorisches Konzept für das Handeln der erweiterten nationalen Strömung unter Berücksichtigung der Erfahrungen aus der Vergangenheit zu bewerkstelligen, um die Wirkung ihrer politischen Rolle und ihre tatsächliche Vertretung auf allen Gebieten des gemeinsamen Kampfes gegen die zionistische Besetzung und die Pläne der sektiererischen Hegemonie zu sichern, auf der Basis des Einsatzes für die Befreiung, für die Einheit und den demokratischen Wechsel. Dies würde den wichtigsten nationalen Fraktionen erlauben, die konfessionelle Zersplitterung zu überwinden und den Anforderungen der grundsätzlichen Ziele gerecht zu werden;

10.b. ein Programm der nationalen Konfrontation und einen Organisationsrahmen zu entwickeln, welche die Wirkungskraft der politischen und demokratischen Entscheidungen durch die Respektierung der gemeinsamen einheitlichen Aktion garantieren können.

In diesem Zusammenhang unterstreichen wir die Bedeutung der Front der Nationalen Allianz und die Notwendigkeit, daß sie allen Patrioten, Persönlichkeiten, politischen, sozialen und gewerkschaftlichen Kräften offensteht für die Realisierung des Projektes der nationalen Konfrontation. Zu diesem Zweck unterbreiten wir dieses Dokument für die politische und nationale Arbeit und hoffen, daß dies ein erster Schritt auf dem Weg der nationalen und demokratischen Lösung und ein Sprungbrett für den Neubeginn der Initiative bei den Volksmassen zur Realisierung eines arabischen, demokratischen und geeinten Libanon darstellt.

(Quelle: Le Liban en Lutte, Paris, Nr. 24, September 1985, S. 21-26)

FAN-Miliz in den Schufbergen, mit Blick auf Beirut



deln.

Die aktuelle faktische Bürgerkriegssituation erleichtert es dem Imperialismus, Israel und der arabischen Reaktion, Vorwände für die Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Libanon zu schaffen bis hin zu möglichen Interventionen. Das Interesse Syriens dies zu verhindern, deckt sich vollkommen mit dem Interesse der libanesischen Linken an der Stabilisierung der bislang errungenen Siege – allerdings unter der Bedingung demokratischer Reformen auf innerlibanesischer Ebene. Letzteres spielt im syrischen Kalkül nur eine zweitrangige Rolle.

Allerdings ist das Verhältnis zwischen Syrien und den demokratisch-patriotischen Kräften des Libanon keine Einbahnstraße. Es hat sich gezeigt, daß analog zur Entwicklung der Kräfteverhältnisse im Libanon selber auch die syrische Position gewissen Modifizierungen unterworfen war und ist.

Ende des Konfessionalismus?

Demn wenn Syrien eine Stabilisierung des Libanon will, so muß es notwendigerweise die Kräfteverhältnisse in seinem Nachbarland in sein eigenes Kalkül mit einbeziehen. In der ersten Phase nach der Kündigung des Abkommens vom 17. Mai 1983 zeigte die Führung in Damaskus noch Bereitschaft, in Zusammenarbeit mit dem libanesischen Präsidenten eine Lösung zu finden.

Dann versuchte Syrien Kompromisse unter all denjenigen Kräften der libanesischen Bourgeoisie zu finden, die sich die syrische Option zu eigen gemacht hatten – Kompromisse allerdings, die nichts anderes als eine Umverteilung der Macht auf konfessioneller Grundlage bedeutet hätten.

Mit den Positionsgewinnen des demokratischen Lagers hat sich auch Damaskus Schritt für Schritt die Forderung nach demokratischen Veränderungen und Abschaffung des Konfessionalismus zu eigen gemacht, wie sich an dem von Damaskus abgesetzten Plan der Dreierkommission ablesen läßt.

Die libanesische Linke hatte sich keine Illusionen über die Möglichkeit der Verhandlungslösung der libanesischen Krise gemacht, die ohnehin nur eine Etappe des Kampfes um einen demokratischen und fortschrittlichen Libanon und die völlige Befreiung des Landes darstellen kann. Durch die Bereitschaftserklärung der Linken zu verhandeln, sollen die Differenzen im feindlichen Lager vergrößert und diese so insgesamt geschwächt werden.

Auch wenn das schon unterzeichnungsreife Abkommen nun nicht unterzeichnet wurde, so bleibt es doch nach An-

sicht des demokratisch-patriotischen Lagers die einzige Grundlage jeder möglichen zukünftigen Lösung, das Minimum hinter das die patriotischen Kräfte nicht mehr zurückzugehen bereit sind.

Die demokratischen Kräfte stehen heute vor der dringenden Aufgabe, die FAN wirklich mit Leben zu erfüllen, um sie zum Kristallisationspunkt der gesamten libanesischen demokratisch-patriotischen Kräfte zu machen. Es ist dringend geboten, daß diese Front in Zukunft allen konfessionell motivierten Praktiken ein für allemal den Rücken kehrt. Nur so sind auch die christlichen Massen im Libanon davon zu überzeugen, daß nur eine Abkehr von jeglichen Gruppenprivilegien einen Ausweg aus der Sackgasse weist. Denn es ist die Furcht vieler Christen davor, daß die christliche Hegemonie durch eine moslemische Hegemonie ersetzt werden könnte, die den phalangistischen Kräften bis heute eine – wenn auch abbröckelnde – Massenbasis sichert und die Herausbildung einer einflußreichen demokratischen Strömung innerhalb des maronitischen Lagers bremst.

Durch eine Stärkung und Vereinheitlichung des progressiven Lagers, will die Linke noch mehr Druck auf das gegnerische Lager ausüben, um die Forces Libanaises doch noch an den Verhandlungstisch zurückzuzwingen. Sollte das nicht möglich sein, so werden ihnen die patriotischen Kräfte das von ihnen selbst mit ausgehandelte Programm mit Gewalt aufzwingen müssen.

Anmerkungen:

- 1) Während der Übergangsperiode soll die Anzahl der Parlamentsabgeordneten von jetzt 99 auf 194 aufgestockt werden (97 Christen, 97 Moslems). Bislang waren Christen und Moslems im Verhältnis 6:5 vertreten. Dabei sollen die neuen Abgeordneten nicht wie bislang aus notablen Repräsentanten der Bourgeoisie und semifeudalen Landaristokratie ohne jegliche politische Massenbasis rekrutiert werden, sondern aus den „real existierenden politischen Kräften“, also aus politischen Parteien, Massenorganisationen und Vertretern der verschiedenen Milizen, so daß das Parlament eine größere politische Repräsentanz erhält.
- 2) Die Armee soll sich ein für allemal aus dem politischen Leben zurückziehen. Die obligatorische Proklamation des Militärdienstes soll der Armee eine größere politische Repräsentanz verleihen. Die innere Sicherheit obliegt den inneren Sicherheitskräften in Zusammenarbeit mit der syrischen Armee, die zudem überall dort stationiert werden kann, wo sie es für den Kampf gegen Israel für notwendig erachtet.
- 3) Mit Hilfe dieser Gesetzesdekrete hatte die Kataeb unmittelbar nach dem Krieg von 1982 versucht, dem Libanon ihre Alleinherrschaft aufzuzwingen, sich den Zugriff auf die Staatsfinanzen zu verschaffen und den politischen Handlungsspielraum der Linken weitgehend einzuschränken.
- 4) Monday Morning, Beirut, 3.-19.5.1985
- 5) Georges Hawi in der Sonderausgabe von An-Nida, Beirut, 3.11.1985

6) L'Orient Le Jour, Beirut, 11.11.1985

7) So macht Junblatt in einer Pressekonferenz auch erstmals die moslemische Bourgeoisie für das Desaster im Libanon mitverantwortlich: „Die traditionellen christlichen und die traditionellen moslemischen Kräfte haben sich zusammengetan... Sie sind es, die das Land in die Zerstörung und an den Rand des Abgrundes geführt haben und jeder Vorbehalt ihrerseits (gegenüber den Dreierverhandlungen) ist unannehmbar.“ In: L'Orient Le Jour, 11.11.1985

8) Danach sind Gerüchte entstanden über ein Stillhalteabkommen zwischen der Amal und Israel, „wonach Israel es zuläßt, daß die Amal Schritt für Schritt die Kontrolle in der von Israel unterstützten Südlibanesischen Armee übernimmt... Israelische Militärs sagen, die Spielregeln dabei wären folgende: Man erlaubt der Amal, SLA-Positionen innerhalb der Sicherheitszone anzugreifen, um nicht das Gesicht als Avantgarde des Kampfes der Schützen gegen die israelische Militärpräsenz zu verlieren. Jedoch wird nicht zugelassen, daß die Amal Stellungen in Nordisrael oder der 400-500 israelischen Berater und Soldaten angreift, die noch in der Sicherheitszone stationiert sind.“ International Herald Tribune, Paris/Zürich, 5.9.1985

Darüber hinaus soll die Amal verhindern, daß andere Organisationen vom Südlibanon aus gegen israelische Ziele operieren. Israel seinerseits werde sich dafür bei Vergeltungsschlägen auf palästinensische Basen und auf Stellungen der der Libanesische Widerstandsfront unterstützenden Organisationen beschränken.

Unabhängig davon, ob es eine derartige Absprache gibt oder nicht, die, selbst wenn es sie gäbe sicher nicht von der Mehrheit innerhalb der Amal unterstützt würde, so bleibt doch festzuhalten, daß die heterogene Zusammensetzung der Bewegung sie zum Ziel aller möglichen Infiltrationsversuche macht.

9) Zit. nach: Probleme des Friedens und des Sozialismus, Prag, Nr. 11/1985, S. 1466f.

ASK - Libanon

Um Mithilfe beim Aufbau eines Mutter- und Kinderschutz-Zentrums der Libanesischen Volkshilfe in Tyrus bittet das Antimperialistische Solidaritätskomitee (ASK).

Das vorgesehene Zentrum umfaßt 14 Ortschaften, in denen fast 70.000 Einwohner leben. In der Region, in der sich das Zentrum befindet, sind weder Krankenhäuser noch Sanitätsstellen vorhanden.

Das Ziel des Zentrums ist es, die Frau ständig zu betreuen, medizinische Überwachung während der Schwangerschaft sowie optimale Bedingungen für die Geburt zu gewährleisten, ebenso wie Grundlagen für Präventivmedizin (Vorbeugung) zu schaffen und die Betreuung von Neugeborenen zu sichern.

Das Zentrum stellt sich ferner die Aufgabe, die Bevölkerung der Umgebung zu versorgen, und sie in die Schutzmaßnahmen für die Bevölkerung und in die Entwicklung der medizinischen Versorgung in Schulen einzubeziehen. Die Abteilungen für Gynäkologie und Kinderheilkunde sollen u.a. einen Kreißsaal, einen Operationssaal, 16 Zimmer, eine Kinderkrippe, ein Labor, einen Röntgenraum und eine Apotheke umfassen. Der Kostenvorschlag für das Bauvorhaben beträgt 1.875.000 Libanesischer Pfund (LL, 1 LL = 0,35 DM).

Das ASK bittet um Spenden für das Projekt auf: Sonderkonto Prof. Erich Wulff, Postgriamt Frankfurt/M., Konto-Nr. 527 055-602, Kennwort „Libanon-Hilfe“.

Gespräch mit Felicia Langer

Verschärfte Besatzerpolitik unter Peres



Felicia Langer, Rechtsanwältin und Vizepräsidentin der Israelischen Liga für Menschen- und Bürgerrechte, hat angesichts der jüngsten Verfolgungswelle in den okkupierten palästinensischen Gebieten alle Hände voll zu tun. Zu den ohnehin laufenden Verfahren vor israelischen Militärgerichten ist im zweiten Halbjahr 1985 ein Bündel neuer Fälle hinzugekommen. Über die aktuelle Verschärfung der Besatzerpraktiken in der Westbank und dem Gazastreifen sprachen für das AIB Klaus D. Fischer und Wolfram Brönner mit der prominenten Verteidigerin palästinensischer Gefangener.

AIB: Frau Langer, Sie haben seit der israelischen Besetzung der Westbank und des Gazastreifens vom Juni 1967 zahllose politisch verfolgte und inhaftierte Palästinenser verteidigt, wobei die Erfolgsquote naturgemäß nicht hoch liegen konnte. Zermürben Sie dieser Dauerzustand und die Schikanen der Behörden allmählich?

F. LANGER: Meine Arbeit ist natürlich nicht leicht. In New York bekam ich eine Morddro-

hung, zu Hause gab es Schmierereien an meiner Tür. „Die Stunde Deines Todes ist nah“ haben sie auf meine Türe gesprüht. Ohne persönlichen Schutz kann ich nicht mehr ausgehen. Ich habe inzwischen auch einen Leibwächter.

Durch die Militärgesetzgebung ist eine Verteidigung in den besetzten Gebieten natürlich noch schwerer als in Tel Aviv. Wir sind 10 Anwälte, die sich hier engagieren. Wir versuchen eben unser Bestes. Die Resultate sind oft minimal: Besuche ermöglichen, Folter beenden. Aber die Menschen brauchen jemanden, der solidarisch mit ihnen ist.

AIB: Wie sehen Sie die generelle Lage in den seit 1967 okkupierten Gebieten?

F. LANGER: Die okkupierten Territorien stehen seit fast 18 Jahren unter Militärgesetzgebung, die aus 1.200 Verordnungen besteht. Alle Lebensbereiche werden davon bestimmt.

So gibt es keine Versammlungsfreiheit, kein Recht auf freie Rede, kein Recht auf freie Bildung an den Universitäten, kein Recht gedrucktes Material ohne Genehmigung in diese Gebiete zu bringen. Parteien und Vereinigungen sind ver-

boten, ebenso politische Zeitungen. Mehr als 1.000 Bücher stehen auf dem Index – selbst Klassiker wie Shakespeare. Die palästinensische Fahne ist verboten. Bilder in ihren Farben (Rot, Weiß, Schwarz, Grün) dürfen nicht gemalt werden.

Land wird nur als Besitz anerkannt, wenn es als solcher registriert ist. Doch solche Register gibt es kaum. Der Besitz liegt im Wohnheitsrecht der Familien. Auf diese Weise sind 52% des Landes auf der Westbank in die Hände der israelischen Besatzer gelangt. Israel hat dort inzwischen mehr als 100 Ansiedlungen gegründet.

AIB: Aber hat es seit der Ablösung der konservativen Likud-Regierung 1984 durch die Koalition Peres/Schamir (siehe AIB 9 und 11-12/1984) nicht insgesamt eine Lockerung des Besatzerdruckes gegeben? Schließlich dominiert die sozialdemokratische MAPAI, mit Shimón Peres als Premier und Yitzhak Rabin als Verteidigungsminister, die Regierungsgeschäfte...

F. LANGER: Nein, diese Annahme ist trügerisch.

100 neue Siedlungen und mehr in der Westbank



Die extremistischen Siedler bekommen von der Regierung Peres/Rabin, was immer sie wollen. Es geht ihnen sogar besser als unter der Likud-Regierung. Diese Regierung betreibt eine planmäßige Politik der Zerstörung der nationalen Identität der Palästinenser.

Als Premierminister Peres von seinem Auftritt vor der UN-Vollversammlung, wo er Friedensliebe zur Schau gestellt hatte, zurückkam, wurden zum ersten Mal seit 5 Jahren Befehle zur Deportation von Palästinensern erlassen. Drei stammen aus der Westbank, einer aus

rem eigenen Land in Abschiebehaft sitzen, befindet sich ein Mitglied des Exekutivkomitees des Arbeiter-Gewerkschaftsbundes der Westbank und des Gazastreifen, Ali Abu Hilal.

AIB: Wie erklären Sie es sich, daß dieses verschärfte Vorgehen gegen die Palästinenser gerade unter einer sozialdemokratisch geführten Regierung eintritt?

F. LANGER: Die Erklärung dafür, daß die Regierung Peres/Rabin schlimmer ist als die der Likud, liegt in der drastischen Rechtsentwicklung der israelischen Gesellschaft.



Transport palästinensischer Gefangener

Gaza.

Wieder werden Menschen durch die Wüste geschickt (es handelt sich um die Wadi Araba südlich des Toten Meeres, das Grenzgebiet zu Jordanien; d. Red.), weit weg von ihrer Heimat, ihrem Zuhause, ihren Familien, von heute auf morgen völlig enturzelt.

Dies geschieht unter dem Vorwand, sie würden die „Sicherheit“ der Territorien gefährden.

AIB: Worauf zielen diese Deportationen Ihres Erachtens vorrangig ab? Und wen traf die aktuelle Repressionswelle besonders?

F. LANGER: Zunächst einmal sind die Deportationen Teil der planmäßigen, systematischen Zerstörung der nationalen palästinensischen Identität.

Die im Herbst 1985 eröffnete Repressionswelle richtete sich im Grunde gegen alle, die nicht zur Kollaboration oder zum „freiwilligen“ Verschwinden bereit sind, in erster Linie gegen Gewerkschafts-, Gemeinde- und Studentenvertreter. Die meisten der rund 100 Palästinenser, die gegenwärtig in Vorbeugehaft sitzen – übrigens wird diese auch zum ersten Mal seit 5 Jahren wieder angewandt – sind Gewerkschafter.

Unter den vier Palästinensern, die in ih-

Die Arbeiterpartei wirbt um die Sympathie der Extremisten. Auch auf dem Felde der Lohnkämpfe hat die Regierung Peres/Rabin einen Präzedenzfall geschaffen: erstmals wurden Streiks mit Notstandsmaßnahmen unterbunden. Hinzu kommt, daß die zionistische Ideologie den Chauvinismus sehr tief in den Köpfen der jüdischen Israelis, auch unter Sozialdemokraten, verwurzelt hat.

AIB: Welche Spielräume bleiben angesichts der verschärften Besatzerpraktiken noch für quasilegale Widerstandsaktivitäten?

F. LANGER: Faktisch keine. Weil alles verboten ist, kann ein politisches Leben nur im Untergrund geführt werden.

Ein Palästinenser zu sein in den besetzten Gebieten, bedeutet, daß du ausgeht und nicht weißt, ob du wieder nach Hause kommst, ob dich Polizei oder Militär nicht einfach verhaften. Man kann insgesamt 18 Tage festgehalten werden, ohne einem Richter vorgeführt zu werden. Dann kommt man vor ein Militärgericht, das einen ohne Urteil für 6 Monate einsperren kann.

Eine andere, jetzt besonders gern eingesetzte Waffe ist die Administrativhaft für 6 Monate, die immer wieder um 6 Monate verlängert werden kann. Es ist eine Art

Vorbeugehaft aus „Sicherheits“gründen. Oder es stehen ein paar Menschen demonstrierend zusammen. Israelische Soldaten entscheiden, daß es gefährlich aussieht und schießen. Hunderte wurden so getötet. Und sie haben keine Namen und keine Geschichte...

Dennoch wissen die Menschen, daß sie einen Überlebenskampf um ihr Land führen. Die Politik der Deportationen, der Folterung von Gefangenen, der Massenverhaftungen, der Kollektivstrafen, der willkürlichen Ermordung von Zivilisten, der Demütigungen und Erniedrigungen ist sehr hart zu ertragen, aber sie hat die Menschen nicht brechen können. Ich verteidige jetzt die zweite Generation von Palästinensern. Eine Tatsache, die allein schon Symbol ist für ihren Widerstandswillen. Neben die Ordner mit den Akten der Väter muß ich in letzter Zeit immer häufiger neue für die Verfahren der Söhne stellen. Der Widerstand ist eben wirklich beständig.

Ihr Nationalgefühl duldet keine Kollaboration. Ob alt, ob jung, sie können und wollen die Besatzung und die Demütigungen nicht hinnehmen.

AIB: Wie steht die Bevölkerungsmehrheit der Westbank, Gazas heute zur Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO)? Hat ihr Verhältnis durch die PLO-Krise und das Amman-Abkommen Arafats mit Jordaniens König Hussein gelitten?

F. LANGER: Sie identifizieren sich nach wie vor mit der PLO – aber nicht mit allem, was die PLO tut. Die Mehrheit ist gegen das Amman-Abkommen. Sie mögen König Hussein so wenig wie unseren Ministerpräsidenten Peres. Sie hassen beide.

Der Ammankurs wirkt lähmend

Mein Eindruck von der Stimmung in den besetzten Gebieten ist der: Jene, die aktiv gegen die Besatzung kämpfen, die die Hauptlast des Kampfes auf den Schultern tragen, sind nicht einverstanden mit dem Abkommen von Amman, das Arafat und Hussein vereinbarten. Sie weisen es zurück, ganz gleich mit welcher politischen Richtung sie sympathisieren. Und unter ihnen sind viele Fatah-Anhänger.

Die palästinensische Bourgeoisie dagegen war immer projordanisch. Das ist nichts Neues. Das Volk aber wird keine andere Lösung als einen unabhängigen Staat akzeptieren. Es wird sich nicht mit weniger abfinden.

Leider hat das Amman-Abkommen auf einige Aktivisten und auch Organisationen lähmend gewirkt. Das ist wirklich tragisch. Das Abkommen wird meiner Meinung nach zu nichts führen und niemandem helfen.

Ute Kampmann Grenzen der Demokratisierung

2 Jahre nach dem Ende der Militärdiktatur fanden in Argentinien am 3. November 1985 die ersten Neuwahlen statt. Über 18 Mio Argentinier waren aufgerufen, die Hälfte der Abgeordneten des Parlaments, der Provinzial- und Stadträte zu wählen.

Die regierende Radikale Bürgerunion (UCR) unter Präsident Raúl Alfonsín ging aus diesen Wahlen, an denen sich über 80% der Wahlberechtigten beteiligten, gestärkt hervor. Obwohl sie einen Stimmenrückgang von 49% auf rund 43% hinnehmen mußte, gelang es ihr, ihre absolute Mehrheit im Parlament weiter auszubauen. Mit einem Zugewinn von einem Sitz stellt sie jetzt 130 der 254 Abgeordneten.

Vor allem in den Provinzen, die vorher als peronistische Hochburgen galten, erzielte die UCR gute Ergebnisse. Alfonsíns Wahlerfolg ist u.a. auch darauf zurückzuführen, daß die Peronisten zerstritten und gespalten vor die Wähler traten. Ihr Stimmenanteil ging insgesamt von 39% auf 34% zurück, so daß sie jetzt nur noch 103 statt bisher 111 Abgeordnete im Parlament stellen.¹

Innerhalb der peronistischen Bewegung schnitt die offizielle, rechtsgerichtete Fraktion unter Herminio Iglesias besonders schlecht ab. Die von ihm geführte Justizialistische Front der Befreiung



Alfonsín bleibt populär

(FREJULI), der auch einige kleinere Oppositionsparteien angehören, erreichte in der Provinz Buenos Aires nur knapp 10% der Stimmen.

Dagegen konnte die für eine Demokratisierung und Erneuerung des Peronismus kämpfende Erneuerungsfrente (Frente Renovador) unter dem früheren Wirtschaftsminister der peronistischen Regierung, Antonio Cafiero, dort fast 27% der Stimmen auf sich vereinigen. Einige

Linksperonisten hatten mit der Kommunistischen Partei Argentiniens (PCA) und der trotzkistischen Bewegung zum Sozialismus (MAS) die Volksfront (Frente del Pueblo) gebildet, die aber knapp an der 3%-Klausel scheiterte.

Dagegen konnte die linke Intransigente (Unversöhnliche) Partei sowohl den Prozentsatz ihres Stimmenanteils als auch ihre Abgeordnetensitze von 3 auf 6 erhöhen. Leichte Zugewinne erhielten außerdem die konservative Union des Demokratischen Zentrums (UCD), die die Zahl ihrer Abgeordnetensitze um einen auf drei erhöhen konnte.

Das relativ gute Abschneiden Alfonsíns überraschte zwar nicht, ist aber dennoch erstaunlich.

Denn mit seinem am 14.6.1985 verkündeten rigiden Sparprogramm, dem sog. „plan austral“, mutet er den Argentinern erhebliche wirtschaftliche Opfer zu. Vorrangigstes Ziel des „plan austral“ war die drastische Reduzierung der Inflation, die im Juni 1985 eine jährliche Rate von über 1000% erreicht hatte.

Wahlerfolg trotz Lohnabbau

Als neue Währung wurde der „Austral“ eingeführt, bei dem im Verhältnis zum alten Peso 3 Nullen gestrichen wurden. Doch damit allein war es nicht getan: Das Programm sieht ferner einen unbefristeten Lohn- und Preisstopp, die Beseitigung des Haushaltsdefizits, die Privatisierung öffentlicher Unternehmen, einen Einstellungsstopp und Lohnkürzungen im öffentlichen Dienst, Preiserhöhungen für öffentliche Dienstleistungen sowie die Effektivierung der Steuereinzahlung vor.

Bei der peronistischen Gewerkschaft CGT stieß dieses Sparprogramm auf heftigen Widerstand. Vor allem wurde das Einfrieren der Löhne kritisiert, mit dem Alfonsín sein Wahlkampfversprechen des beständigen Reallohnzuwachses gebrochen hatte.

Tatsächlich sind die Reallöhne seit der Anwendung des „plan austral“ laut offiziellen Statistiken um 17% gesunken.² Denn zwar konnte der Lohnstopp konsequent eingehalten werden, nicht jedoch die Durchsetzung und Kontrolle des Preisstopps. So sind z.B. im Oktober 1985 die Preise für Kleidung um mehr als ein Viertel gestiegen und einige Lebensmittel sind sogar um 50% teurer geworden.³ Die öffentlichen Dienstleistungen unterlagen sowieso keiner Preiskontrolle.

Allerdings gelang es der Regierung durch die Bildung nachbarschaftlicher oder gewerkschaftlicher Einkaufsgemeinschaften, dem Zwischenhandel und der Spe-

Die Angehörigen der Verschwundenen fordern die Bestrafung der verantwortlichen Militärs



kulation einen Schlag zu versetzen. Das Antiinflationprogramm kann unbestreitbar Erfolge aufweisen. Die monatliche Inflationsrate, die im Juni 1985 noch 30% überschritten hatte, konnte auf 1,9% im Oktober heruntergedrückt werden. Somit konnte die jährliche Inflationsrate von über 1.000% auf 530% Ende Oktober gesenkt werden.

Daß die Argentinier in die neue Währung Vertrauen setzten, zeigt auch die Tatsache, daß die meisten Sparer ihre Bankguthaben erneuert haben und der befürchtete Run auf den Dollar ausblieb. Doch der Erfolg bei der Inflationsbekämpfung hat auch seine Kehrseite. Seit Beginn des Sparprogramms ging die Industrieproduktion dramatisch zurück. Die Arbeitslosigkeit stieg innerhalb von 3 Monaten von 6,3% im Mai 1985 auf rund 10% Ende Juli. Wahrscheinlich liegt die tatsächliche Arbeitslosigkeit sogar bei 30%. Nach Schätzungen der Gewerk-



Keine Amnestie

schaft sind durch die Sparmaßnahmen rund 270.000 Arbeitsplätze gefährdet.⁴ Trotzdem wurde der von der CGT für den 29.8.1985 ausgerufene Generalstreik (der dritte seit der Amtsübernahme Alfonsins) nur zum Teil befolgt. Während in der Industrie die Arbeit weitgehend niedergelegt wurde, lief der öffentliche Nahverkehr normal, Rundfunk und Fernsehen sendeten wie gewohnt und die Geschäfte hatten durchweg geöffnet.⁵

Auf der Abschlußkundgebung in Buenos Aires, an der über 100.000 Menschen teilnahmen, forderte der Generalsekretär der CGT, Saul Ubaldini, die Regierung auf, sich an ihre Wahlversprechen zu halten und sich nicht dem Diktat des Internationalen Währungsfonds (IMF), dessen Handschrift der „plan austral“ eindeutig trägt, zu unterwerfen.

Doch auf die dort erhobenen Forderungen

wird Alfonsin sich kaum einlassen. Das gilt, obgleich er selbst in den vergangenen Monaten immer wieder beteuert hat, daß das argentinische Volk seine Auslandsschuld, die sich auf über 48 Mrd Dollar beläuft, nicht mit Hunger und Armut bezahlen wird.

Zu Beginn seiner Regierungszeit hatte er noch mit der internationalen Unterstützung beim Wiederaufbau der Demokratie gerechnet, was u.a. eine großzügige Regelung der Bezahlung der von den Militärs ererbten Auslandsschuld bedeutet hätte. Bald aber mußte er einsehen, daß das Interesse der Gläubiger an einer reibungslosen Abwicklung des Schuldendienstes stärker war.

Die in diesem Jahr fälligen Zinszahlungen belaufen sich auf 6 Mrd Dollar. Dagegen wird der Exportüberschuß nur etwa 3,5 Mrd Dollar betragen. D.h. zur Bezahlung der Auslandsschulden müssen neue Kredite aufgenommen werden.

Das ist aber nur möglich, wenn eine Vereinbarung mit dem IMF über die künftige Wirtschaftspolitik getroffen wird. Denn auch die privaten Banken machen bei unsicheren Kunden ihre Kreditvergabe meist von einem Abkommen mit dem IMF abhängig.

Alfonsin hatte sich wiederholt für eine globale, politische Verhandlung über das Schuldenproblem eingesetzt (siehe: AIB 9/1984, S. 41ff.). Doch den westlichen Gläubigerbanken und dem IMF gelang es bisher, durch eine geschickte Politik des „teile und herrsche“ eine Schuldnerfront zu verhindern: Länder, die sich weiterhin zu den gewohnten, bilateralen Verhandlungen bereit zeigten, – so die beiden größten Schuldnationen Lateinamerikas, Mexiko und Brasilien – erhielten vergleichsweise günstige Kreditbedingungen.

Angesichts der mangelnden lateinamerikanischen Einheit und des wachsenden innenpolitischen Drucks sah sich schließlich auch die Regierung Alfonsin gezwungen, den Forderungen des IMF nachzugeben.

Die Handschrift des IMF

Nach monatelangen, immer wieder vom Scheitern bedrohten Verhandlungen einigte sich der argentinische Wirtschaftsminister Juan Sourrouille am 11.6.1985 – 3 Tage vor Verkündigung des „plan austral“ – in Washington mit dem IMF über die Auszahlung eines Bereitschaftskredits in Höhe von 1,4 Mrd Dollar. Der Kredit war bereits im Dezember 1984 gewährt worden, wurde jedoch nach einer ersten Auszahlung gestoppt, da Argentinien nicht allen Forderungen des IMF nachgekommen war.

Das argentinische Sparprogramm wurde prompt belohnt. Noch vor der Einigung

mit den Gläubigerbanken über ein neues Kreditpaket in Höhe von 4,2 Mrd Dollar, das Ende August 1985 unterzeichnet wurde, erhielt Argentinien von 12 Ländern einen Überbrückungskredit in Höhe von 483 Mio Dollar.⁶

Obwohl Alfonsin bei seinem Bemühen um eine politische Verhandlungslösung in der Schuldenfrage kein Erfolg beschieden war, hat die demokratische Regierung international und vor allem in Lateinamerika selbst einiges Ansehen wiedergewonnen.

So wurde z.B. der Streit um die Grenzziehung im Beagle-Kanal zwischen Argentinien und Chile, der 1979 beinahe zu einem Krieg zwischen den beiden Ländern geführt hätte, durch die Unterzeichnung eines Grenzabkommens im November letzten Jahres beigelegt (siehe: AIB 1/1985, S.54). Die dabei eingegangenen Konzessionen wurden in einem Volksentscheid von der Mehrheit der Argentinier akzeptiert.

Auch in der Mittelamerikakrise – Argentinien gehört zusammen mit Brasilien, Peru und Uruguay einer Unterstützungsgruppe der Contadora-Initiative an – und auf internationaler Ebene – Argentinien ist einer der sechs Unterzeichner der Deklaration von Delhi (Wortlaut in AIB-Sonderheft 4/1985, S. XXIV) – hat sich Argentinien für eine friedliche Konfliktlösung und weltweite Entspannung eingesetzt.

Für friedliche Konfliktlösungen

Dagegen ist man bei der Auseinandersetzung mit Großbritannien um die Malwinen noch keinen Schritt weitergekommen. Das liegt jedoch vor allem an der Weigerung der britischen Premierministerin Margaret Thatcher, über die Souveränität der Inseln zu verhandeln. Am 17.11.1985 forderte die UN-Vollversammlung erneut zu Verhandlungen auf (mit einem Rekord von 107 Fürstimmen) und lehnte Anträge Großbritanniens, das Selbstbestimmungsrecht der britischen Inselbewohner zu bekräftigen, ab.

In seiner Rede vor der UNO sagte Außenminister Dante Caputo: „Argentinien befindet sich nicht in einem Konflikt mit Großbritannien, sondern mit der Regierung von Mrs. Thatcher. Die konservative Regierung verweigert weiterhin ernsthafte Verhandlungen und versucht nur, eine anachronistische koloniale Situation auf der umstrittenen Insel aufrechtzuerhalten.“⁷

Mit dem militärischen Angriff auf die Malwinen 1982 versuchte die damalige argentinische Militärdiktatur von den wachsenden innenpolitischen Schwierigkeiten abzulenken. Die Niederlage in diesem Krieg hat jedoch den Niedergang der



Die Generäle vor Gericht

Diktatoren beschleunigt.

Wegen des Krieges müssen sich jetzt 16 Offiziere, darunter die drei Mitglieder der letzten Militärjunta, Leopoldo Galtieri (Ex-Präsident), Basilio Lami Dozo und Jorge Isaac Anaya, vor einem Militärgericht verantworten. Diese drei standen zudem mit sechs weiteren Angehörigen der früheren Militärjunta, darunter die zwei Ex-Präsidenten Jorge Videla und Roberto Viola vor einem Zivilgericht.

Dort mußten sie sich wegen des „schmutzigen Krieges“ im eigenen Land, wegen der ungeheuerlichen Menschenrechtsverletzungen unter ihrer Terrorherrschaft verantworten. Es war das erste Mal in Lateinamerika, daß eine Militärdiktatur wegen ihrer Verbrechen von der nachfolgenden bürgerlich-demokratischen Regierung vor Gericht gestellt wurde.

Nachdem der Oberste Militärgerichtshof dieses Verfahren monatelang hingeschleppt und sich schließlich als nicht zuständig erklärt hatte, übertrug die Regierung den Prozeß einem Zivilgericht. Die Generäle wurden als Hauptverantwortliche für das „Verschwindenlassen“, die Folterung und Ermordung von ca. 30.000 Oppositionellen angeklagt.

Auf der Grundlage von 709 Einzelfällen wurde über die Beteiligung und Verantwortung der Angeklagten verhandelt. Der Staatsanwalt Julio Cesar Stassera beschuldigte sie in seinem Plädoyer des „größten Völkermords in der jungen Geschichte Argentiniens“ und forderte für fünf der Angeklagten lebenslange Haft und in jeweils zwei Fällen 15 bzw. 12 Jahre Gefängnis.

Jedoch verhängte das Gericht am 10.12.1985 lediglich gegen General

Videla und Admiral Massera lebenslängliche Gefängnisstrafen. Drei weitere Angeklagte wurden zu Haftstrafen von 17, 8 und 4 1/2 Jahren verurteilt. Vier Offiziere, darunter die drei Mitglieder der letzten Militärjunta, wurden freigesprochen.

Vor allem die Freisprüche lösten Empörung und Proteste bei Menschenrechtsorganisationen, den Angehörigen der Verschwundenen und Linksparteien aus.

Die Diktatur vor Gericht

Bereits Anfang September 1985 hatten in Buenos Aires rund 70.000 Menschen für die Bestrafung nicht nur der Militärspitze sondern aller an der Repression Beteiligten demonstriert. Auch Hebe Bonafini, Vorsitzende der „madres de plaza de mayo“, der Mütter der Verschwundenen, warnte vor den Amnestieplänen der Regierung für die unteren Chargen: „Wenn diejenigen, die gestohlen, vergewaltigt, gefoltert und getötet haben, heute nicht verurteilt werden, werden sie die Generäle von morgen sein.“⁸

Die Regierung indes begründete ihre Zurückhaltung bei der Bestrafung aller Folterer mit einer drohenden Putschgefahr und betonte, daß man die Institution der Streitkräfte als solche nicht schwächen will.

Seit dem Beginn des Prozesses gegen die Generäle im April 1985 hat eine Serie von Attentaten und Bombendrohungen, die auf das Konto von Rechtsradikalen geht, beängstigende Ausmaße angenommen.

Am 22. Oktober 1985 reagierte die Regierung mit der Verhaftung von 12 Per-

sonen – sowohl Militärs als auch Zivilisten, allesamt jedoch bekannt als ultra-rechte Terroristen –, die sich z.T. sogar öffentlich als Nazis bekennen. Juristisch waren diese Verhaftungen allerdings umstritten. Einige Richter gaben daher bei sieben von ihnen den Habeas-Corpus-Gesuchen nach und ließen sie frei.

Daraufhin verkündete Innenminister Troccoli am 25.10.1985 für 60 Tage den Ausnahmezustand, unter dem solche Verhaftungen möglich sind. Er wurde aber schon vorzeitig am Tage der Urteilsverkündung wieder aufgehoben. Die linken Parteien und Gewerkschaften hatten zwar gegen den nur 9 Tage vor den Wahlen verhängten Ausnahmezustand protestiert, jedoch vor allem weil sie eine Beschränkung ihrer politischen Aktivitäten fürchteten.

Aber weder die individuellen Bürgerrechte noch der Wahlkampf der Parteien wurde in irgendeiner Weise eingeschränkt. Auch im westlichen Ausland war der Ausnahmezustand kein Anlaß zur Kritik wie etwa eine kurz vorher getroffene ähnliche Maßnahme in Nikaragua.

Bei den Argentinern stieß dieses konsequente Vorgehen gegen die Anhänger der früheren Diktatur auf allgemeine Zustimmung. Dies dürfte mit zum guten Abschneiden der Partei Alfonsins beigetragen haben.

Anmerkungen:

- 1) Ergebnisse nach: La Razón, Buenos Aires, 5.11.1985
- 2) Siehe: Le Monde, Paris, 14.11.1985
- 3) Ebenda
- 4) Siehe: South, London, November 1985
- 5) Vgl. El País, Madrid, 2.9.1985
- 6) Siehe: Süddeutsche Zeitung (SZ), 18.6.1985
- 7) South, November 1985
- 8) SZ, 31.7.1985

**BRD und
«Dritte Welt» 9**

Außenhandel

Außenhandel
Wieviel verdient die BRD in und an Mittelamerika, was importiert und exportiert sie, welches sind ihre Interessen und die Konsequenzen für die Außenpolitik?
48 Seiten, 4,- DM

**BRD und
«Dritte Welt» 14**

**Wende in der
Entwicklungspolitik**

**Wende in der
Entwicklungspolitik**
Die Anfänge der Entwicklungspolitik unter Adenauer, unter den Hallstein-Doktrin, unter Eppler, Schlei, Bahr – jetzt die „Fälle“ Nicaragua und El Salvador – was heißt hier Wende?
48 Seiten, 4,- DM

**BRD und
«Dritte Welt» 20**

Nicaragua - Solidarität

Nicaragua - Solidarität
Die Entstehung der Nicaragua-Solidarität 1977/78, der Sieg in Nicaragua, Solidarität mit der „FSLN an der Macht“, dann der Miskito-Konflikt – wie reagierten die Komitees?
48 Seiten, 4,- DM

DIE BRD IN MITTELAMERIKA

3 HEFTE ZUSAMMEN 10 MARK

Jedes Jahr 10 Hefte, jeweils 48 Seiten, 4,- DM. Jahresabo 28,- DM (30 % Rabatt).

Titel - Liste anfordern! Magazin Verlag, Königsweg 7, 2300 Kiel 1

Peter Garcia Friedensprozeß am Ende?

Fassungslos verfolgte die Mehrzahl der Kolumbianer am 7.11.1985 die Erstürmung des Justizpalastes auf ihren Fernsehschirmen.

Man stellte immer wieder dieselben Fragen: Warum dieses brutale Vorgehen der Militärs? Warum hat die Regierung nicht verhandelt? Und was hatten sich die Guerilleros der Bewegung 19. April (M-19) von der Besetzung des Justizpalastes versprochen?

Die Armee wollte das Massaker

Berechtigte Fragen. Denn bei der Militäraktion vom 6. und 7. November 1985 verloren im Kugelhagel und in den lodern den Flammen 112 Menschen das Leben, unter ihnen 11 oberste Richter und 55 Guerilleros.

Das Militär hatte gestürmt, obwohl der Vorsitzende des Obersten Gerichtshofes, Alfonso Reyes Echandía, telefonisch aus dem Palast versucht hatte, Präsident Belisario Betancur zu einer Einstellung des Angriffs zu überreden. Die Intervention war erfolglos. Im Gegenteil, die Armee setzte nun sogar noch Panzer, Granatwerfer und Panzerfäuste ein. Auch Reyes Echandía wurde ein Opfer der Erstürmung.

Am nächsten Tag legten die Beschäftigten in 450 Justizämtern des Landes die

Arbeit bis zur Klärung der Ursachen für den blutigen Militäreinsatz nieder. Die Verwandten der ermordeten obersten Richter und ihre noch lebenden Amtskollegen protestierten gegen den Befehl zum Sturm des Justizpalastes auf ihre Weise: Sie blieben den regierungsoffiziellen Begräbnisfeierlichkeiten demonstrativ fern.¹

Dann begann die Zeit der Rechtfertigungslügen. Die Regierung ließ verlauten, die Guerilleros hätten im Auftrag der Rauschgiftmafia belastende Dokumente vernichten wollen.

Außenminister Ramirez Ocampo ließ sich sogar dazu herab, dies in aller Welt zu verbreiten.² Diese Behauptung ist mehr als unsinnig. Werden doch gerade die paramilitärischen Terrorbanden, die Hunderte von Guerilleros und deren Sympathisanten auf dem Gewissen haben, von den Rauschgifthändlern finanziert.

Dann ließ die Regierung die Meldung verbreiten, die 11 obersten Richter seien nicht bei der Erstürmung umgekommen, sondern schon vorher von den M-19-Leuten durch Genickschüsse getötet worden. Als Zeuge dafür wurde einer der überlebenden Richter angeführt, Umberto Murcia Ballén. Dieser dementierte jedoch die Behauptung in der kolumbianischen Zeitung *El Tiempo* umgehend. Derselbe Richter stellte auch noch ein-

mal klar, daß der M-19-Plan zur Besetzung des Justizpalastes bereits 1 Monat vorher bekannt war!³

Was war nun wirklich der Grund, warum es nicht zu Verhandlungen kam? Präsident Betancur hatte zwar anschließend alle Verantwortung auf sich genommen, aber der frühere Außenminister Alfredo Vásquez Carrizosa, ebenfalls Mitglied der Konservativen Partei, sagte kurz nach der Erstürmung des Justizpalastes: „Betancur war zum Dialog bereit und hat in diesem Sinn Anweisungen erteilt.“⁴

Wenn das so ist, wer hat dann die Fäden beim Angriff auf den Justizpalast gezogen?

Es bleibt nur das Militär. Und dem ist das Verhalten der kolumbianischen Justiz schon lange ein Dorn im Auge.

In der zweiten Augushälfte 1985 schlug die Nachricht wie ein Blitz ein, daß das Oberste Gericht erstmalig kolumbianische Generäle wegen einer Folteraffäre für schuldig befunden hat. Unter ihnen: Verteidigungsminister Manuel Vega Uribe, der noch vor dem Amtsantritt des jetzigen Präsidenten erklärt hatte: „Dieser Betancur ist ein Feind der Armee.“ Vega Uribe ist Vertrauensmann der rechten Unternehmer-Clique Calis, der Großgrundbesitzer und der US-Botschaft.

Nachdem er 3 Jahre lang alle Kabinettsumbildungen unbeschadet überstanden hatte, schien jetzt für diesen ultrarechten Foltergeneral die Stunde zu schlagen.

Folterer als Verteidigungsminister

Aber noch bevor Betancur seinen Rücktritt fordern konnte, rotteten sich mehrere Generäle zusammen und drohten Betancur im Fall einer solchen Forderung mit Befehlsverweigerung. Und der Präsident gab – wieder einmal – den rechten Militärs nach.⁵

Betancur steht heute völlig ohne Unterstützung da. Die angekündigten sozialen Reformen verschwanden zwischen den Mahlsteinen der Auflagen des Internationalen Währungsfonds (IMF). Die versprochene Agrarreform ist weiter entfernt denn je. Seine Politik der Aussöhnung mit den Guerilleros wurde vom Militär und den paramilitärischen Terrorbanden sabotiert (siehe AIB 11-12/1984, S. 67ff.).

In der letzten Zeit sah sich Betancur zu immer mehr Zugeständnissen an die Uniformierten gezwungen.

Im August 1985 mußte er der Aufstellung einer Anti-Guerilla-Spezialeinheit aus 1.000 freiwilligen Berufssoldaten zustimmen. Der Verteidigungshaushalt wurde um 58% erhöht. Und schließlich vereinbarten die Heere Kolumbiens, Perus und Brasiliens im September 1985 in Manaus einen Pakt zur gemeinsamen

FARC-Führer bei der Unterzeichnung der Waffenruhe: Jacobo Arenas, Präsidentschaftskandidat der UP (l.v.l.) und Manuel Marulanda, Kommandeur der FARC (3.v.l.)



Guerilla-Bekämpfung.⁶

Die kolumbianischen Militärs scheuten keine Anstrengungen, um Betancurs Friedensbemühungen zu torpedieren. In dieses Schema paßt auch das gnadenlose Verhalten der Soldaten bei der Erstürmung des Justizpalastes.

Es ist nicht auszuschließen, daß die Generäle hiermit der kolumbianischen Justiz eine Lehre erteilen wollten. Dies zum einen aus Rache für den Schuldspruch vom August, zum anderen dafür, daß sich der Vorsitzende des Obersten Gerichtshofs, der bei der Erstürmung ums Leben kam, persönlich für die Amnestie vieler Guerilleros eingesetzt hat. Gleichzeitig hatte dieser Richter die konsequente Bestrafung der Mitglieder der rechten paramilitärischen Gruppen gefordert, die sich zum großen Teil aus Angehörigen der Streitkräfte zusammensetzen. Und schließlich konnte auf diese Weise bequem alles belastende Material in den Archiven des Justizpalastes vernichtet werden.



Ein Panzer bricht das Eingangstor des Justizpalastes auf

Neben diesen „persönlichen“ Motiven der Militärs sollte die Erstürmung und das dabei entstandene Blutbad ein weiterer Schlag gegen die Friedenspolitik Betancurs sein.

3 Tage nach diesen Ereignissen gab M-19-Comandante Alonso auf einer geheimen Pressekonferenz zu, daß seine Organisation die Lage falsch einge-

schätzt hatte: „Wir hatten uns keinen Moment lang vorgestellt, daß die Regierung den Obersten Gerichtshof angreifen würde. Sonst hätten wir ihn nicht besetzt.“

Nach seinen Worten war das Ziel der Aktion, Betancur als Verletzer der Waffenstillstandsvereinbarung symbolisch vor Gericht zu stellen. Zu diesem Zweck

Interview mit Braulio Herrera (FARC) Die Reformen bleiben aus

Am 28.11.1985 wurde das Waffenstillstandsabkommen zwischen den Revolutionären Streitkräften Kolumbiens (FARC) und der Regierung, das am 28.5.1984 abgeschlossen worden war, auf unbegrenzte Zeit verlängert. Trotzdem gehen die Anschläge und Übergriffe der Armee und der Todesschwadronen gegen Angehörige der FARC, der mit 12.000 Mann größten Guerilla-Organisation des Landes, und der im März 1985 mit anderen Linkskräften gegründeten Patriotischen Union (UP) weiter.

Braulio Herrera, Koordinator der UP und Mitglied des Generalstabs der FARC, mußte deshalb in den Untergrund gehen. In diesem Interview erläutert er die aktuelle Lage nach dem Massaker im Justizpalast sowie die Politik der FARC und der UP.

FRAGE: Die Guerilla besteht in Kolumbien seit 30 Jahren. Was sind die Gründe dafür?

B. HERRERA: Die Guerilla wurde aus den Kämpfen der Bauern für Boden geboren. Die Besitzer antworteten mit dem Gewehr, indem sie die „Todesschwadronen“ organisierten. Unser bewaffneter Kampf ist die Antwort auf die Gewalt, die die herrschenden Klassen zur Institution erhoben haben.

Eine eingeschränkte Demokratie

Der jetzige Verteidigungsminister Vega Uribe, wurde vom Obersten Gerichtshof wegen der Anwendung der Folter verurteilt. Dieses Gericht wurde ausgemerzt (während dem Sturm der Armee auf den Justizpalast), aber Vega Uribe ist immer noch Minister. Der mit den Todesschwadronen der MAS (Tod den Entführern) in Verbindung stehende Premierminister hat Kommunisten im Departement Boyaca umgebracht. Das kolumbianische politische Regime ist eine eingeschränkte Demokratie, in der sich

seit jeher Konservative und Liberale die Macht teilen. Es gibt keine Ausdrucksmöglichkeiten für Millionen Menschen. (...)

FRAGE: Warum haben sie den Waffenstillstand unterzeichnet?

B. HERRERA: Wir führen den Krieg nicht zum Vergnügen, sondern aus Notwendigkeit: Wir kämpfen für eine demokratische Öffnung.

Wir fordern die Agrarreform, die Demokratisierung der Wahlen, um mit dem Zweiparteiensystem Schluß zu machen, die Verstaatlichung der nationalen Reichtümer, die sich in den Händen der Multinationalen befinden. Wir verlangen auch die Aufhebung des Ausnahmezustands, das Einstellen der Militäroperationen, die Auflösung der Todesschwadronen und die Beendigung der Entführungen und der Folterungen. Am Tag, an dem diese Reformen Wirklichkeit werden, werden wir uns der demokratischen Debatte beugen.

FRAGE: Was sind die Ziele der Patriotischen Union?

B. HERRERA: Der Friedensprozeß hat große Hoffnungen ausgelöst. Die Patriotische Union ... ist dazu bestimmt, eine große Massenvereinigung zu werden. Sie fordert diese Reformen, ohne die der Frieden nicht zu verwirklichen ist. Die UP zählt 500 Komitees. Eine halbe Million Kolumbianer haben an unseren Versammlungen und Kundgebungen teilgenommen.

Eine Massenorganisation ist im Entstehen begriffen. Die traditionellen Parteien und die Militärs haben Angst davor. Deshalb wollen sie den Waffenstillstand beenden.

Die Sitze der UP werden in die Luft gesprengt. Während der letzten 6 Monate wurden 70 ihrer Kämpfer ermordet. Wir werden unsere Waffen nicht ohne Reformen und demokratische Garantien abgeben.

FRAGE: Die Gewalt nimmt zu, was werden die FARC tun?

B. HERRERA: Präsident Betancur spricht von Frieden, aber seine Regierung hat den Ausnahmezustand aufrechterhalten und die Fortsetzung des Terrors gestattet. Keine der versprochenen Reformen wurde verwirklicht.

Diese Periode geht mit dem Gemetzel des Justizpalastes zu Ende. Wir haben die Aktion der M-19 verurteilt, aber noch mehr das Blutbad, das die Armee veranstaltet hat.

Wir haben die Existenz von zwei Verschwörungen aufgedeckt, die bereits im Gange sind. Die „Operation 85“ befiehlt die Ermordung von Jacobo Arenas, Kommandant der FARC und Kandidat der UP zu den Wahlen im Mai 1986. Er mußte Bogota verlassen. Dieses Projekt beinhaltet auch den Angriff auf den Generalstab der FARC.

Wettlauf mit der Zeit

Der „Plan Condor“ sieht die Ermordung der Führer der Kommunistischen Partei und der Patriotischen Union vor. Im Augenblick besteht in diesem Land ein Plan zum Krieg und zur Ausrottung der Kräfte, die für den Frieden, die Reformen und die Demokratie kämpfen.

Die FARC werden ihrerseits den Waffenstillstand nicht brechen. Unsere Fronten ziehen sich zurück, um die Einkreisung und die Konfrontation zu vermeiden. Wir wissen allerdings, daß die Militärs schwere Unruhen vorbereiten.

Trotz der Eskalation der Gewalt blieb der Friedensprozeß bis jetzt bestehen, denn die UP wächst. Eine Dynamik ist entstanden. Trotz der Drohungen, stellt der Kongreß der UP, an dem vor 15 Tagen in Bogota (16./17. November 1985; d. Red.) 500 Delegierte teilnahmen, einen sehr wichtigen Erfolg dar. Er fand nur wenige Tage nach dem Massaker des Justizpalastes statt. Noch ist nichts endgültig entschieden. Aber der Wettlauf mit der Zeit hat begonnen. Das Einhalten der Waffenruhe, das Anwachsen der UP und der Massenkämpfe für die Reformen und den Frieden, das ist unser Programm.

(Quelle: L'Humanité, Paris, 30.11.1985)

Neu



Beer/Rimmek
FRIEDENSHORIZONTE
Zu Friedensbewegung
und Friedenszerziehung
in fünf Kontinenten
192 Seiten
M 66 DM 20,-

Die internationale Gerechtigkeit
als Gegenstand der Friedensdiskussion.

Den Aspekt der Internationalen Gerechtigkeit als
Gegenstand von Friedensbewegung und Friedens-
zerziehung mehr in den Blickpunkt zu rücken, ist
das Anliegen dieses Buches.

Dazu müssen wir diese Welt
als eine Welt begreifen!

Der erste Teil ist einer Auseinandersetzung mit
Chancen, Funktionen und Grenzen der (Friedens-
Bewegung in den verschiedenen Teilen der Welt
gewidmet.

Der zweite Teil befaßt sich mit den Fragen: Was
heißt lernen für den Frieden hier und in der Drit-
ten Welt? Welche Rolle spielt der jeweilige ge-
sellschaftliche und kulturelle Kontext für Erzie-
hung und Frieden? Gibt es einen gemeinsamen
Zugang zum Lernen für den Frieden in Nord und
Süd? Diese Fragen werden anhand von Darstel-
lungen einzelner Elemente der Friedenszerziehung
und ihrer konkreten Praxis behandelt.

Der dritte Teil "Friedenszerziehung in der Erwach-
senbildung und Hochschule in Ost und West"
enthält eine Reihe von Beiträgen, die einen Über-
blick über das Selbstverständnis von Institutionen
sowie das Verhältnis von institutioneller Erwach-
senbildung und Friedensbewegung geben.



Here-Martin
Große-Detringhaus
**Jeder ein Lehrer
Jeder ein Schüler**
Emanzipatorisches
Lernen
in Afrika
AG SPAK 1157
287 Seiten
M 57 DM 24,-

Es gibt auch Ansätze, in denen Afrikaner ver-
suchen, Bildung als Motor für gesellschaftliche
Emanzipation anzusehen. Sie versuchen das
alte von den Metropolen übergestülpte Bil-
dungssystem abzuschütteln und ein "emanzi-
patorisches Lernen" dagegenzusetzen, das sich
an ihren eigenen Erfahrungen und Bedürf-
nissen orientiert.

In diesem Buch werden einige dieser Versuche
dargestellt.

Ariel Dorfmann
**KULTUR UND
WIDERSTAND
IN CHILE**

33 Seiten
IDAC 1 DM 3,50

Heinz Schulze (Hg.)
**VOLKERZIEHUNG IN
LATEINAMERIKA**
Von der Theorie Paulo Freires
zur politischen Praxis der
Unterdrückten

264 Seiten
M 33 DM 16,-

Hejo Heussen
**WELTMARKT UND
SOZIALE NOT**
Über die Unsicherheit
sozialer Sicherheit
in der Dritten Welt

408 Seiten
M 44 DM 28,-

Heinz Knapp
**KLASSENKAMPF ALS
VOLKERZIEHUNG**
Geschichte der
Kulturrevolution
in China

288 Seiten
M 36 DM 18,-

AG SPAK - Publikationen, Kistlerstr. 1, 8 München 90

AG SPAK

hatte die M-19 für die Richter ein fünf-
zigseitiges Dokument mit zahlreichen
Beweisen zusammengestellt.⁷

Die M-19 hatte sich schon am 21.6.1985
durch die fortwährenden Übergriffe der
Armee und der Polizei gezwungen gese-
hen, den bewaffneten Kampf wiederauf-
zunehmen. Kurz zuvor, Ende Mai, war
das Mitglied der Nationalen Leitung,
Antonio Navarra Wolf, von Beamten des
Militärischen Sicherheitsdienstes schwer
verletzt worden. Das war kein Einzelfall.
Es häuften sich die Überfälle auf die
M-19-Büros in den Städten, die den Auf-
bau einer legalen politischen Organisa-
tion vorbereiten sollten.

In den Elendsvierteln der Großstädte
Cali und Bogotá waren „Camps für Frie-
den und Demokratie“ eingerichtet wor-
den, um die Bewohner zur Selbsthilfe
anzuleiten. Auch diese Camps wurden
wiederholt von den Militärs überfallen
und zerstört. Dazu kamen gezielte Mor-
de an M-19-Mitgliedern. Nach dem 21.
Juni 1985 begann die M-19, in denselben
Elendsvierteln Milizen aufzustellen, teils
mit Jugendlichen ab 13-14 Jahren.

In einem Elendsviertel Bogotás stahlen
12 M-19-Milizionäre in diesem Alter ei-
nen Milchtankwagen, um die Milch
kostenlos zu verteilen. Unglücklicher-
weise wurden sie von Soldaten aufge-
spürt.

Die Kinder mußten sich auf den Boden
legen und wurden eins nach dem anderen
erschossen. Als die Armee die Toten mit
einem Schußwechsel zu rechtfertigen
suchte, wies selbst der Generalstaatsan-
walt diese Version im Fernsehen zu-
rück.⁸

Am 28.8.1985 wurde der M-19-Coman-
dante Ivan Marino Ospina, der 1 Jahr
zuvor den Waffenstillstand unterschrie-
ben hatte, mit seinem 16jährigen Sohn
und zwei Begleitern in einer Wohnung
von Soldaten ermordet.⁹ Das alles sind
Beispiele, die verdeutlichen, warum die
M-19 nicht mehr an eine friedliche Lö-
sung glaubt.

Auf der anderen Seite steht aber die Tat-
sache, daß in Kolumbien Militärs und
Guerrilleros schon seit über 35 Jahren
gegeneinander kämpfen, ohne daß eine
der beiden Parteien jemals einem ent-
scheidenden Sieg wirklich nahe war.

Von den vier Guerillaorganisationen, die
vor ca. 1 Jahr den Waffenstillstand mit
Betancur unterschrieben hatten, halten
sich zur Zeit nur noch zwei an die Ab-
machungen: die Revolutionären Streit-
kräfte Kolumbiens (FARC), die größte
der vier Organisationen, und die Arbei-
terselbstverwaltung (ADO). Nach dem
Mord an ihrem politischen Sprecher
Oscar William Calvo Ende November
1985 hatte auch das Volksbefreiungs-
heer (EPL) die Waffen wiederaufgenom-
men.

Was die FARC betrifft, so machen die

Morde auch vor ihr nicht halt: Bis Okto-
ber 1985 wurden etwa 100 FARC-Mit-
glieder und 70 Mitglieder der von den
FARC am 30.3.1985 gegründeten politi-
schen Organisation Patriotische Union
(UP) umgebracht.

Trotzdem halten sich die FARC weiter-
hin an die Feuerpause. FARC-Führungs-
mitglied Braulio Herrera, der gleichzeitig
Nationaler Organisator der Patriotischen
Union ist, gibt dazu folgende Begrün-
dung: „Wir haben in 2 Jahren politischen
Kampfes mehr Sympathisanten gewon-
nen, als in 20 Jahren bewaffneten Kamp-
fes.“ (siehe auch Interview)¹⁰

Auf jeden Fall beabsichtigt die UP, an
den nächsten Wahlen teilzunehmen. Aus
Angst vor einer Niederlage bei den Kom-
munalwahlen, bei denen traditionell die
Risikobereitschaft der Wähler höher ist,
haben liberale und konservative Abge-
ordnete allerdings vorerst einmal be-
schlossen, das neue Gesetz über die
Direktwahl der Bürgermeister erst 1988
und nicht schon jetzt in Kraft treten zu
lassen. Dazu kommt in den Medien eine
Kampagne, die die UP als kommunisti-
sche Tarnorganisation und verlängerten
Arm Moskaus verteufelt.

Rechter Präsident in Sicht

Ob die UP unter diesen Umständen
schon bei den Präsidentschaftswahlen im
Mai 1986 das traditionelle Zwei-Par-
teien-Denken der Kolumbianer durch-
brechen kann, ob sie die Hürde des „Ab-
stencionismo“ – der Nichtteilnahme an
den Wahlen von über 60% der Wahlbe-
rechtigten – überwinden kann, ist zu-
mindest fraglich.

Kommt bei Uneinigkeit unter den Libe-
ralen wieder ein konservativer Präsident
an die Macht, dann wird das der bereits
vom konservativen Parteikongreß ge-
wählte und von Militärs, Großgrundbe-
sitzern und Industriellen unterstützte
Kandidat Alvaro Gómez Hurtado sein.
Er war 1964 für die Bombardierung der
Guerrilleros mitverantwortlich. Und er
hat erklärt, daß er den Dialog mit den
Guerrilleros nicht fortsetzen wird.
Nicht zuletzt auch deshalb halten die
FARC weiterhin 27 Einheiten mit
11.000 Mann unter Waffen.¹¹

Anmerkungen:

- 1) Siehe: Granma, Havanna, 17.11.1985
- 2) Vgl. Le Monde (LM), Paris, 13.11.1985
- 3) Vgl. LM, 28.11.1985 und International
Herald Tribune, Paris/Zürich, 11.11.1985
- 4) El País (EP), Madrid, 8.11.1985
- 5) Siehe: Afrique-Asie, Paris, 21.10.-3.11.
1985
- 6) Vgl. Veja, São Paulo, 9.11.1985
- 7) Vgl. LM, 12.11.1985 und Granma,
17.11.1985
- 8) Siehe: LM, 9.11.1985
- 9) Vgl. EP, 30.8.1985
- 10) LM, 9.11.1985
- 11) EP, 11.7.1985 und LM, 9.11.1985

Register AIB 1985

Das vorliegende Register umfaßt alle Veröffentlichungen des Jahres 1985, einschließlich der Kommentare (K), Kurzinformationen (KI), BRD-Infodienst-Meldungen (ID), Lesermeinungen (LM), Buch- und Filmrezensionen. Es ist untergliedert in ein

- **Länderregister**, das Artikel aufführt, die ausschließlich ein Land behandeln; in ein
- **Regionenregister**, das Beiträge enthält, deren Inhalt über ein Land hinausgeht; Beiträge, die gleichzeitig wesentliche Aspekte zu einer Region und zu einem Land enthalten, finden sich sowohl unter dem Länder- als auch unter dem Regionenstichwort;
- **Stichwortregister**, das neben Artikeln, die ausschließlich das Stichwortthema zum Inhalt haben, auch Länder- und Regionenbeiträge, die wesentliche Informationen zu einem Stichwort enthalten, berücksichtigt.

Hinter den Einzelbeiträgen ist vor dem Schrägstrich die Heftnummer, dahinter die Seitenzahl angegeben.

Länder

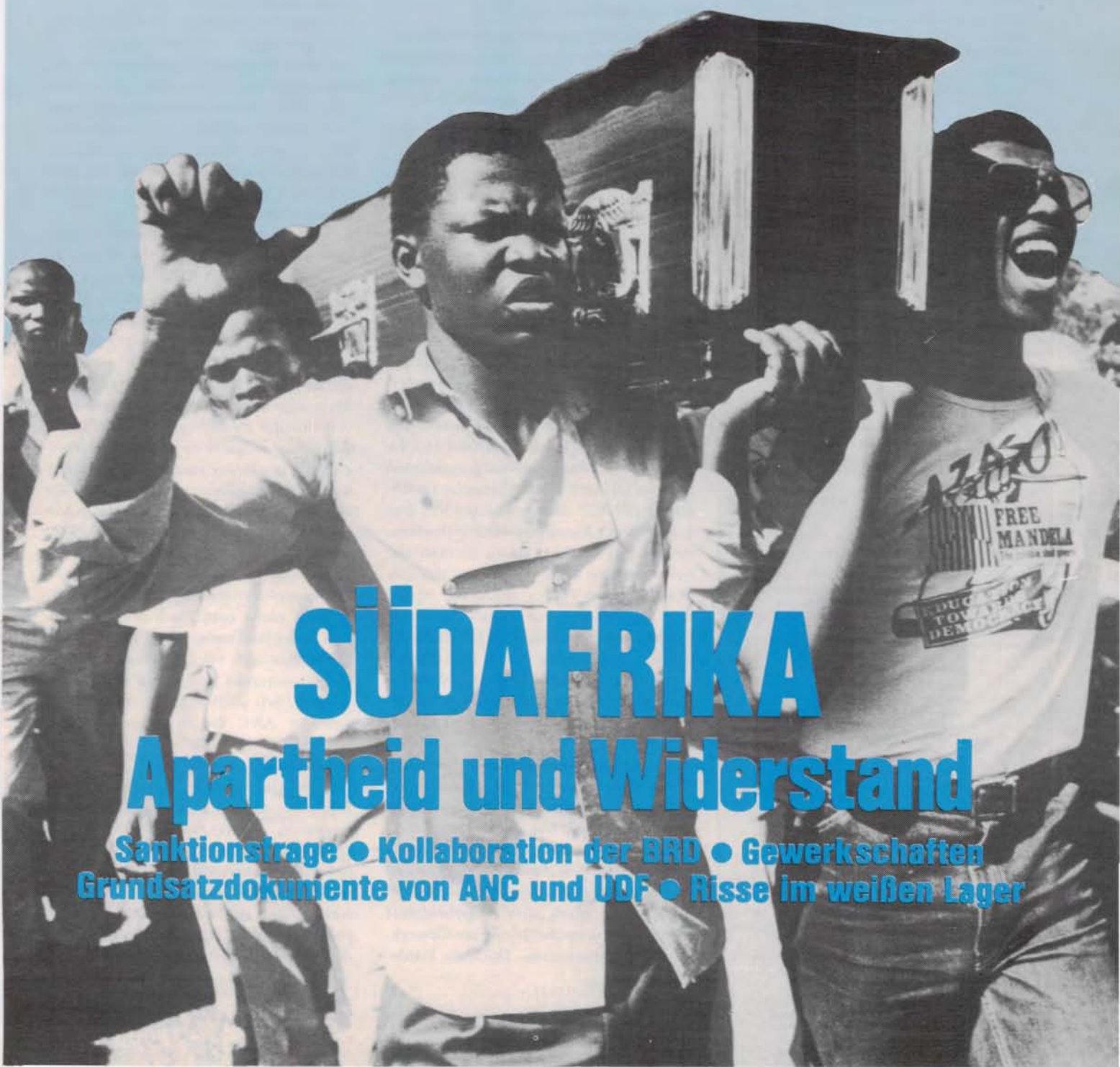
Äthiopien			
J. Ostrowsky, Ein gefundenes Fressen (K)	1/ 3		
J. Ostrowsky, 10 Jahre sind eine kurze Zeit	1/ 4		
Die Hungerkatastrophe	1/ 8		
J. Oppau, Umsiedlung unzulässig?	6/48		
Kurzinformation	2/43		
Afghanistan			
W. Bröner, US-Kongreß eskaliert den „guten Krieg“	12/ 7		
Gespräch mit Anahita Ratebzd (PDPA)	12/10		
Angola			
A. Conchiglia, Alternative zum Namibia-„Linkage“	2/32		
Brief von J.E. dos Santos an J. Peres de Cuellar	2/34		
A. Conchiglia, Westliche Arbeitsteilung mit der UNITA und dem RNM	4/10		
J. Becker, 10 Jahre Unabhängigkeit	11/ 4		
P. Garcia, Savimbis UNITA	11/ 8		
Roman zu Angola: „Mayombe“	11/48		
Kurzinformationen	1/55, 6/54, 7/43		
Argentinien			
Kurzinformationen	1/54, 6/55, 8–9/70, 11/51		
Infodienst	7/41		
Bangladesh			
U. Rupp, Das Militär bleibt am Ruder	6/10		
Kurzinformationen	4/54, 7/42		
Belize			
Kurzinformationen	2/42		
Bolivien			
M. Schuck, Die Wahl des „kleineren Übels“	10/45		
M. Schuck, Die Armut wird festgeschrieben	11/19		
Kurzinformationen	1/54, 5/51		
Brasilien			
A. Gonzales, Neves setzt sich durch	3/32		
P. Garcia, Brasilien nach Neves	7/ 4		
Kurzinformationen	2/42, 5/50, 6/55		
Chile			
V. Molina, Pinochet setzt auf Terror	1/23		
V. Teitelboim, Pablo Neruda	2/37		
G. Blank, Die Salvadorisierung Chiles	5/12		
Grundsatzprogramm der MDP	5/14		
Gespräch mit dem Maler Pato Madeira	8–9/64		
K. Maurer, Demokratisierung mit Pinochet?	12/23		
China			
R. Ward, Heimliche Allianz China-USA	6/ 7		
Kurzinformation	2/43		
Elfenbeinküste			
Gespräch mit Jean-Marie Adiaffi	3/38		
El Salvador			
Gespräch mit C. Martinez: Duarte Wahlerfolg – Votum für den Dialog	5/40		
U. Kampmann, Bonn und die Mittelamerikakrise	6/15		
G. Aquilera, Mittelamerika – Bilanz und Perspektiven	6/17		
W. Bröner, Duarte im Zugzwang	6/33		
H. Oqueli, Zum Dialog gibt es keine Alternative	6/35		
J. Villalobos, Die FMLN änderte ihre Strategie	6/36		
R. Zamora, „Wir möchten, daß das aufhört“	6/38		
FMLN: Eine Ohrfeige für das Regime	8–9/53		
FMLN: Für eine revolutionäre Einheitspartei	10/47		
R. Ribera, Die Zeit ist unser Verbündeter	12/16		
„Sackgasse“ der FMLN?	12/18		
BRD-Infodienst	10/57, 8–9/69		
Kurzinformationen	1/54, 3/42		
Französisch-Polynesien			
G. Diederichs, „Testet die Bombe in Frankreich!“	8–9/24		
G. Diederichs, Bomben gegen einen atomwaffenfreien Südpazifik	8–9/16		
N. Biver, Frankreichs Ambitionen im Südpazifik	11/22		
Grenada			
M. Haun, Wahlsieg der Besatzer	2/14		
Manifest der MBPM	2/15		
Kurzinformation	1/54		
Guadeloupe			
Kurzinformationen	5/50, 10/58		
Guatemala			
A. Aquilera, Mittelamerika – Bilanz und Perspektiven	6/17		
D. Boris, Zuspitzung der Krise	6/39		
Erklärung der URNG			6/40
Kurzinformation			12/51
Haiti			
G. Pierre-Charles, Die Furcht besiegt	2/17		
Infodienst	5/49		
Kurzinformation	10/58		
Honduras			
Kurzinformationen	2/42, 5/50		
Indien			
G. Diederichs/A. Krajczek, Indien nach Indira	1/40		
T. Jungwirth, Gandhis Wahltriumph	2/26		
G. Diederichs, Die Giftgaskatastrophe von Bhopal	2/27		
Kurzinformationen	5/51, 10/59, 11/51		
Indonesien			
R. Werning, 20 Jahre „Neuordnung“	11/24		
Kurzinformation	8–9/70		
Irak			
N. Mina, Die Ausschaltung der Ölinsel Kharg	11/35		
Infodienst	3/41		
Kurzinformation	5/50		
Iran			
Krieg Iran-Irak, siehe Länder: Irak			
N. Mina, Folterstätten als „Universitäten“	8–9/17		
Bericht eines politischen Gefangenen	8–9/18		
Appell zur Lage der politischen Gefangenen	8–9/19		
Kurzinformationen	10/59, 12/50		
Israel			
W. Bröner, Israels erzwungener Libanon-Rückzug	3/ 4		
T. Toubi, Was gefährdet die PLO?	3/14		
Internationale Untersuchungskommission: Israels Besatzerpraktiken	5/29		
Politische Gefangene	5/31		
Das Massaker von Zrariych	5/32		
G. Stuby, Besatzerwillkür gegen die Palästinenser	5/34		
P. Gingold, Was jüdische Antifaschisten so betroffen macht	5/36		
K. Hamdan, Militarisierung Israels	8–9/20		
V. Waltz, Verhaftungswelle in Beit Sahour	11/32		
BRD-Infodienst	6/53		
Kurzinformationen	2/43, 11/51		

Jamaika		Moçambique		W. Bröner, Die „jordanische Option“ im Werden? 7/ 9
Kurzinformationen	3/42, 6/55	A. Conchiglia, Westliche Arbeitsteilung mit der UNITA und dem RNM 4/10		I. Lübben-Pistofidis, Jordaniens palästinensische Karten 7/13
Jordanien		J. Becker, Die bitteren Früchte von Nkomati 7/26		V. Waltz, Verhaftungswelle in Beit Sahour 11/32
I. Lübben-Pistofidis, Jordaniens palästinensische Karten	7/13	Beziehungen BRD-Moçambique Kurzinformationen 8-9/71, 11/51		K.U. Schnell, Ist das Amman-Abkommen passé? (K) 12/ 3
Gespräch mit Menschenrechtlern „Special Forces“ in Jordanien	7/14 7/17			BRD-Infodienst 6/53
Kampuchea		Namibia		Kurzinformationen 1/54, 8-9/70, 10/58 11/51, 12/50
Interview mit Hun Sen	2/19	A. Conchiglia, Alternative zum Namibia-„Linkage“ 2/32		Pakistan
G. Giesenfeld, Wende in der Kampucheafrage?	4/31	Brief von J.E. dos Santos an J. Peres de Cuellar 2/34		Kurzinformationen 2/43, 4/54
Kampuchea-Film „Schreiendes Land“	4/51	Morengafilm: nebulöse Kolonialgewalt M. Kolter, „Interne Lösung“ 7/30		Panama
Kurzinformationen	3/42, 5/51, 7/42, 10/59	S. Nujoma: Das Doppelspiel der BRD BRD-Infodienst 11/49		Kurzinformation 11/50
Kolumbien		Kurzinformationen 1/55, 5/50, 8-9/71		Paraguay
Kurzinformation	12/51			U. Rupp, Stroessners Tage sind gezählt 3/28
Korea		Nepal		Ein Diktator steht ins Haus 3/30
R. Werning, Korea in der „neuen Pazifikära“ 1/43		Kurzinformation 8-9/71		U. Rupp, Stroessner verschont Bonn (K) 7/ 3
M. Schuck, Abstimmung gegen die Diktatur 4/46		Neukaledonien		BRD-Infodienst 5/49, 12/49
Kurzinformationen	3/43, 7/42	J.M. Becker, Kanaken fordern Unabhängigkeit 2/29		Peru
Kostarika		Was ist die FLNKS? 2/30		J. Reinowski, Wahlchancen der geierten Linken 4/47
Verlust der Neutralität 8-9/56		N. Biver, Frankreichs Ambitionen im Südpazifik 11/22		Interview mit Alfonso Barrantes (ID) 4/48
Kuba		Kurzinformationen 1/55, 6/54, 11/50		Kurzinformationen 5/50, 7/43
Interview mit Fidel Castro	1/19	Nigeria		Philippinen
P. Garcia, Kubas Nikaraguhilfe am Ende? 6/24		Kurzinformation 10/59		R. Werning, Konstanter Druck auf Marcos 3/18
F. Castro, Die Schulden sind unbezahlbar! 11/38		Nikaragua		R. Werning, Aufstandsbekämpfung 7/19
Akte von Havanna 11/41		R. Lechleiter, Die stärkste Waffe ist das Volk 1/16		BRD-Infodienst 7/41
Kurzinformationen	2/42, 7/42	Gespräch mit Sergio Ramirez Interview mit Fidel Castro 1/19		Kurzinformationen 11/51, 12/50
Kuweit		N. Biver, Psychologische Kriegführung V. Blumenthal, Brigadisten machen Druck 3/34		Singapur
Kurzinformation	4/55	N. Biver, Reagans Besuch - der Gipfel (K) 4/ 3		Kurzinformation 2/43
Libanon		U. Kampmann, US-„Friedens“initiative zu Nicaragua? (K) 5/ 3		Sri Lanka
I. Lübben-Pistofidis, Die Verhandlungen von Naqoura 1/37		R. Falk, Der getrübe Reagan-Besuch (K) 6/ 3		N. Biver/U. Rupp, Dialoglösung im Tamilenkonflikt? 8-9/49
W. Bröner, Israels erzwungener Rückzug 3/ 4		Nikaraguanische Contras - Reagans Vorzeitterroristen 5/45		Erklärung der Linksparteien 8-9/50
Sonderheft 2/1985: Libanon - Besatzung und Widerstand	5/15	U. Kampmann, Bonn und die Mittelamerikakrise 6/14		Kurzinformationen 2/42, 7/42, 10/59
K.D. Fischer, Nahost-Solidarität ist alles andere als exotisch 5/16		G. Aguilera, Mittelamerika - Bilanz und Perspektiven 6/17		Sudan
I. Lübben-Pistofidis, Israels Libanon- Politik der „Eisernen Faust“ 5/18		B. Graul, Boykott und Krise 6/21		L.A. Heinrich, Neuanfang 5/6
Plattform der NDF 5/20		D. Jordan, Umsiedlungen unter Zwang? 6/22		Daten 5/ 8
W. Bröner, Die FRNL 5/22		P. Garcia, Kubas Nicaragua-Hilfe am Ende? 6/24		Kurzinformationen 4/55, 6/54, 11/51
Interview mit Ali Hoseini (Amal) Das Beispiel Libanon 5/24	5/23 5/24	D. Ortega, Die Träume von Sandino N. Biver, Der US-Krieg hat viele Gesichter 6/31		Südafrika
Internationale Untersuchungs- kommission: Israels Besatzerpraktiken 5/29		K.H. Schrömgens, Eine Revolution, die fröhlich bleibt 11/15		W. Geisler, Militärische Zusammen- arbeit BRD-Südafrika 1/11
Das Massaker von Zrariyeh 5/32		Gespräch mit Tomas Borge BRD-Infodienst 1/53, 3/41, 7/41		M. Kolter, Neue Stufe des Widerstands 1/14
P. Gingold, Was jüdische Antifa- schisten so betroffen macht 5/36		10/56, 12/48, 12/49		A. Conchiglia, Westliche Arbeits- teilung mit der UNITA und dem RNM 4/10
Material- und Aktionspiegel 5/37		Kurzinformationen 2/42, 7/43, 10/58, 11/50		Botschaft Nelson Mandelas 4/12
K.D. Fischer, Wem nutzt der Bruderkrieg? 7/ 7				J. Becker/M. Kolter, Aufstand in den Vorstädten 5/ 4
W. Bröner, Der „andere“ Terrorismus (K) 8-9/ 3				Bankenboykott: „Kein Geld für Apartheid“ 6/50
Kurzinformationen 4/55, 6/54, 8-9/70, 12/50				R. Brückner, Anpassen oder Sterben 8-9/ 4
Liberia		Palästina		ANC: Das Land unregierbar machen! 8-9/ 6
Kurzinformation	12/50	G. Stein, Der Nationalrat von Amman Interview mit Abu Jihad 1/35		Ergebnisse der 2. Nationalen Beratenden Konferenz des ANC 8-9/ 9
Libyen		T. Toubi, Was gefährdet die PLO? Demokratische Allianz, Erklärung zum Arafat-Hussein-Abkommen 4/13		Aktionen in den USA, Westeuropa 8-9/10
Kurzinformation	1/54	Das Arafat-Hussein-Abkommen 4/14		ANC: Einheit ist unsere wichtigste Waffe! 8-9/12
Marokko		Internationale Untersuchungskommission: Israels Besatzerpraktiken 5/29		M. Kolter, Südafrikasanktionen - kein Thema für Bonn? (K) 10/ 3
L.A. Heinrich, Marschiert Hassan gegen Algerien? 2/23		Politische Gefangene 5/31		C. Sodeman, Die belagerte Volkserhebung 10/ 4
P. Schütt, Weltliteratur aus Marokko 7/38		G. Stuby, Besatzerwillkür gegen die Palästinenser 5/34		Interview mit Allen Boesak 10/ 6
Mauretanien		P. Gingold, Was jüdische Antifa- schisten so betroffen macht 5/36		O. Tambo, Antwort auf Bothas Unnachgiebigkeitserklärung 10/ 8
Kurzinformation	2/43	Interview mit Amel B. Krishah, Gefah- ren des „jordanischen Weges“ 6/45		Gespräch mit Alfred Nzo (ANC) 10/12
Mexiko		Suleiman Mansour - Maler Palästinas 6/51		C. Sodemann, Risse im weißen Lager 11/11
Kurzinformationen	5/51, 10/58			J. Frederikse, Buthelezi Kollaboration 12/29

AIB

Sonderheft 1/86

2,50 DM



SÜDAFRIKA Apartheid und Widerstand

Sanktionsfrage • Kollaboration der BRD • Gewerkschaften
Grundsatzdokumente von ANC und UDF • Risse im weißen Lager

Inhalt

Die Aufgaben der Apartheidgegner	II
Interview mit Alfred Nzo (ANC)	III
<i>Joachim Becker</i> Wie reformbereit ist das weiße Lager?	V
Südafrika - Daten	VI
Was ist Apartheid?	VIII
<i>Julia Kühnert</i> Ausbau der südafrikanischen Militärmacht	IX
<i>Marianne Kolter</i> ANC/UDF auf dem Vormarsch	XII
Grundsatzklärung der UDF	XIII
ANC: Appell an die internationale Gemeinschaft	XIV
Freiheitscharta Südafrikas	XVI
Kommuniqué der 2. Nationalen Konsultativen Konferenz des ANC	XVIII
<i>Christoph Sodemann</i> Die Arbeiterbewegung formiert sich	XXIII
<i>Rainer Falk</i> Westmächte und Sanktionsfrage	XXV
Die Geschäftemacher mit der Apartheid	XXVI
<i>Wolfram Brönner/Helmut Paschlau</i> Enge Kollaboration BRD-Südafrika	XXIX
BRD-Verstöße gegen das Rüstungsembargo	XXXI
<i>Luke Smith</i> Rock gegen Apartheid	XXXIV
<i>Georg Diederichs</i> Sportboykott gegen Südafrika	XXXV
Material- und Aktionsspiegel	XXXVII
<i>Arno Armgort</i> Aktionsbeispiel Bankenblockade	XXXIX

Impressum

AIB (Antimperialistisches Informationsbulletin) - Die Dritte-Welt-Zeitschrift, gegr. 1970, erscheint monatlich

Anschrift von Redaktion und Vertrieb: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Telefon 0 64 21/2 46 72

Redaktion: Wolfram Brönner (Chefredakteur), Nico Biver (stellvertretender Chefredakteur), Georg Diederichs, Pia Grund, Ute Kampmann, Marianne Kolter, Andreas Krajczek, Ulrich Rupp, Hans-Erich Schäfer, Petra Sittio

Jahresabonnement: Inland 29 DM (zzgl. 4 DM Porto), Ausland normal 29 DM (zzgl. 10 DM Porto), Luftpost 29 DM (zzgl. 25 DM Porto); Förderabos 50 DM oder mehr. Einzelheft: 3 DM, Doppelheft: 5 DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung. Bestellungen unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (möglichst in Briefmarken), zuzüglich 0,60 DM Porto je Heft.

Konten: AIB-Weltkreis-Verlag, Postgiro Frankfurt/M., Konto-Nr. 312 093-607, oder Marburger Volksbank, Rudolphsplatz (BLZ 533 900 00), Konto-Nr. 9660

Verlag: WeltkreisVerlags GmbH, Dortmund

Druck: Plambeck & Co., Neuss

Redaktionsschluss: 12. 12. 1985

Anzeigen: Sollshop 3, Welt, Weltkreis Verlag, AAB, sub rosa Frauenverlag

Fotonachweis: De Waarheid, Arbeiterfotographie Bremen, W. Seehafer, Afrapix, IDAF, ANC, Der Spiegel, R. Brückner, AIB-Archiv

Die Verantwortung der Apartheidgegner



Eines der Kampfmittel gegen die Herrschenden in Südafrika ist die weltweite Isolierung des Apartheidstaates. Dies betonte jüngst auch der südafrikanische Bischof und Apartheidgegner Desmond Tutu vor der internationalen Presse, wobei er namentlich die USA, Großbritannien und die BRD wegen ihrer Stützung der Apartheid anklagte.

Doch die wirtschaftliche und militärische Kollaboration der führenden NATO-Staaten, Japans und Israels stützen weiterhin die Apartheid.

Das völkerrechtlich verbindliche Rüstungsembargo gegen Südafrika wird immer wieder unterlaufen, wie etwa im Falle der 5 Hubschrauber von MBB, die im Frühjahr 1985 geliefert wurden. Damit wird die ohnehin stärkste und aggressivste Militärmacht auf dem afrikanischen Kontinent noch weiter aufgerüstet.

Die Regierung Kohl/Genscher hält an dem 1962 geschlossenen Kulturabkommen fest, das Südafrika den Zugriff auf wissenschaftliche Erkenntnisse bundesdeutscher Forschungseinrichtungen ermöglicht, bis hin zur militärischen nutzbaren Forschung. Südafrika und die rassistischen Propagandaorganisationen wie die Deutsch-Südafrikanische Gesellschaft (DSAG) dürfen ungehindert ihre Lügen in der Bundesrepublik verbreiten. An diesen Punkten setzt die Solidaritätsbewegung mit dem Widerstand des südafrikanischen Volkes gegen die Apartheid an. Aber gerade in der Bundesrepublik, deren Kontakte zu Südafrika besonders stabil sind, fehlt noch immer eine breitgefächerte Kampagne gegen die Kollaboration mit den Rassisten auf allen Ebenen, wie sie etwa in den USA besteht.

Noch werden die Kontakte zwischen Bonn und Pretoria nicht ernsthaft gefährdet. Es fehlen Beschlüsse z.B. der Gewerkschaften, wie sie jetzt in skandinavischen Staaten gefallen sind, etwa keine Schiffe aus Südafrika zu entladen oder Diskussionen, eventuell einen Telefonboykott gegen den Apartheidstaat durch die Fernmeldearbeiter-Gewerkschaft zu organisieren. Doch die Forde-

rungen nach Stopp der Beziehungen zu Südafrika sind in der Solidaritätsbewegung zumindest allgemein anerkannt. Anlässlich der bundesweiten Demonstration gegen die Apartheid vom 25.9.1985 brach eine Kontroverse zu der Frage des Verhältnisses der Solidaritätsbewegung zum Afrikanischen Nationalkongress (ANC) und anderen Organisationen des Widerstandes in Südafrika auf. Eine ganze Reihe von Organisationen und Personen der Solidaritätsbewegung versuchten, die Solidarität unterschiedslos auf alle Organisationen des Widerstandes in Südafrika zu richten; ein Bestreben, das mit dem erst einmal sehr eingängigen Argument begründet wurde, man müsse dem Pluralismus des Widerstandes in Südafrika Rechnung tragen und dürfe keinen Alleinvertretungsanspruch einer Organisation zulassen.

In dieser Frage spitzte sich eine Auseinandersetzung zu, die teils von allen Seiten sehr emotional geführt wurde. Bis heute sind die Fragen nicht geklärt und Teile der Solidaritätsbewegung gehen jetzt davon aus, daß in der Bundesrepublik zwei nebeneinander bestehende Strömungen arbeiten könnten. An einer solchen Entwicklung kann es nicht das geringste Interesse geben.

Letztendlich hätten nur die Machthaber in Pretoria Grund, sich die Hände zu reiben, wenn in der BRD, die so wichtig für die Rassisten ist, die Solidarität mit dem Widerstand in Südafrika durch eine solche Auseinandersetzung geschwächt würde.

Es kommt jetzt darauf an, trotz aller Meinungsverschiedenheiten Gespräche miteinander zu führen und gemeinsame Aktionen möglich zu machen. Gespräche, die in offener und solidarischer Diskussion von allen zu führen sind. Wir sollten die Fähigkeit entwickeln, handlungsfähig zu bleiben, auch wenn nicht immer sofort eine Kompromißformel in allen Fragen gefunden werden kann.

Die komplizierten Fragen der Solidarität können nicht vom Tisch gewischt werden in der Hoffnung, damit allen Auseinandersetzungen aus dem Wege zu gehen. Der Standpunkt eines Teils der Solibewegung, den auch wir unterstützen, ist, daß der ANC die entscheidende und führende Kraft des Befreiungskampfes in Südafrika ist.

Der ANC entspricht den wichtigsten Kriterien, die u.E. an eine Befreiungsbewegung angelegt werden müssen: programmatisch und politisch-strategisch hat er ein Konzept, das einen Weg in eine demokratische Zukunft Südafrikas weist. Seine aktive Rolle im Befreiungsprozeß weist den ANC als führende Kraft des Widerstandes aus.

Dabei ist der ANC natürlich nicht die einzige Kraft gegen die Apartheid innerhalb Südafrikas. Es gibt die Kirchen, die in wachsendem Maße in den Widerstand eingreifen, ebenso wie die Gewerkschaftsbewegung, die mit der Gründung eines Dachverbandes im Dezember 1985 einen vorläufigen Höhepunkt des Vereinheitlichungsprozesses in ihren Reihen gefunden hat.

Und selbstverständlich richten gesellschaftliche Organisationen der BRD, etwa die Kirchen, ihre Solidarität auf die entsprechenden Organisationen in den Grenzen des Apartheidstaates.

Politische Organisationen wie etwa die AZAPO oder auch versprengte Reste des Panafrikanischen Kongresses (PAC) sind Bestandteil des Widerstandes in Südafrika. Wichtig ist jedoch, die Grunderfahrung anderer Befreiungskämpfe, wie jene in Vietnam, Angola oder El Salvador, zu beachten, daß ein erfolgreicher Kampf nur auf der Basis eines klaren nationaldemokratischen und anti-imperialistischen Konzepts geführt werden kann. Diese Bedingung erfüllt heute in Südafrika nur der ANC.

Und angesichts der Tatsache, daß das hochgerüstete Apartheidregime letztlich nicht ohne militärische Gegenwehr gestürzt werden kann, ist die Fähigkeit zur bewaffneten Aktion für den Widerstand mit entscheidend. Diese Fähigkeit besitzt in Südafrika ebenfalls allein der ANC.

Die Erfahrungen zeigen auch, daß die Gegenseite versucht, Uneinigkeit in den Widerstand zu tragen, um so die Befreiungsbewegung zu schwächen. M.E. ist es ein Schlüsselproblem für den Befreiungskampf, den Prozeß der Vereinheitlichung auf der Basis der genannten Prinzipien zu fördern, ein Vorgehen, das der Widerstand in Südafrika selbst heute schon mit den Gesprächen zwischen Vereinigter Demokratischer Front (UDF) und Nationalem Forum (NF) in Gang gebracht hat.

Es kann nun nicht Aufgabe der Solidaritätsbewegung sein, Unterschiede und Meinungsverschiedenheiten in den Vordergrund zu rücken. Aufgabe der gegenwärtigen Anti-Apartheid-Politik in der BRD muß es sein, errungene Positionen zu halten. Das ist einmal der Kampf gegen die Kollaboration von BRD-Regierung und -Wirtschaft mit dem Apartheidstaat. In den Fragen zum Verhältnis zwischen Befreiungsbewegung und Solidaritätsbewegung ist eine Diskussion entstanden, die mit möglichst viel Ruhe geführt werden und den Kerngedanken der grundsätzlichen Solidarität mit den Apartheidgegnern in Südafrika wahren wollte.

Marianne Kolter



Interview mit ANC-Generalsekretär Alfred Nzo Das Land unregierbar machen !

In einem Interview mit Augusta Conchiglia erläuterte Alfred Nzo, der Generalsekretär des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC), die gegenwärtige Krisenlage in Südafrika und die strategischen Schlußfolgerungen des ANC.

FRAGE: Wie schätzen Sie die gegenwärtige Situation ein?

A. NZO: Die Lage in Südafrika ist äußerst ernst, in politischer wie in wirtschaftlicher Hinsicht. Und am Anfang dieser Krise stand der verstärkte Kampf unseres Volkes.

Risse im herrschenden Lager

Die Mächtigen bleiben nicht länger ausgespart. Risse zeigen sich innerhalb der herrschenden Klasse.

Was die Geschäftskreise betrifft, so sind sie zum Schluß gekommen, daß es derart nicht weitergehen kann. Sie haben ein Komitee geschaffen mit dem Ziel, Druck auf die Staatsmacht auszuüben, um die Aufhebung des Ausnahmezustands und den Beginn von Gesprächen mit denen durchzusetzen, die sie als die von der südafrikanischen Bevölkerung „anerkannten Führer“ bezeichnen.

Auf die Frage, ob diese Formel auch den ANC einschließt, haben sie geantwortet: „Ganz gewiß.“ Deswegen haben sie auch die Freilassung von Nelson Mandela verlangt. Bei einem Treffen zwischen diesem Komitee und der South African Foundation im letzten März (1985; d. Red.) wurde klar ausgesagt, daß die gegenwärtige politische Krise das Resultat des Apartheidsystems ist.

FRAGE: Wie schätzen Sie die Haltung

gewisser westlicher Länder ein hinsichtlich der Anwendung von Sanktionen?

A. NZO: Das ist etwas Positives. Die Hauptsache ist der Beweis, daß man Südafrika isolieren kann.

In diesem Sinn ist für uns das Beispiel Frankreichs sehr bedeutsam. Australien und Kanada sind Frankreich gefolgt, andere sind im Begriff, ähnliche Maßnahmen zu ergreifen. Die Auswirkungen auf die südafrikanische Minderheit, die sich an der Macht befindet, ist enorm, allein schon in psychologischer Hinsicht.

Das Aufkommen der Bewegung für Sanktionen in den Vereinigten Staaten hat dem Regime zu schaffen gemacht. Heute kann es geschehen, daß die westlichen Staaten ihre Botschafter in Südafrika zurückberufen.

Aber wenn die wichtigsten Partner des Regimes, Großbritannien und die Vereinigten Staaten, sich für Veränderungen aussprechen, unter der Bedingung, daß sie friedlich geschehen sollen, und wenn sie zugleich direkt oder indirekt ihre Unterstützung für Pretoria fortsetzen, machen sie sich verantwortlich für die Verlängerung der Leiden unseres Volkes.

Bothas Spielraum eingengt

Das Apartheidregime hat der Welt bewiesen, daß friedliche Veränderungen nicht machbar sind. Nicht diese „Liebe für das schwarze Volk“, die sie vorschoben, steckt hinter der Weigerung der Briten und Amerikaner, Sanktionen anzuwenden, sondern die Wahrung ihrer Interessen. Die Abschaffung der Apartheid würde eine erhebliche Minderung ihrer Profite in Südafrika bedeuten.

FRAGE: Was erwarten Sie vom Regime in Pretoria in nächster Zukunft?

A. NZO: Tatsächlich sollte man meinen, daß es sich selbst die Frage stellt: Was tun?

Sein Spielraum ist überaus eingeengt. Die Unterdrückten, d.h. die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung, haben der Reihe nach alle vorgeblichen Reformen des Regimes zurückgewiesen, von der Verfassung bis zu den lokalen Räten, die das Volk zurecht als Werkzeuge zur besseren Kontrolle seiner Bewegungen betrachtet.

Seit langem versucht das Regime eine Art Mittelstand in der schwarzen Gemeinschaft zu schaffen, nämlich um die Volkswut abzulenken.

Auch wenn Pretoria jede Reform ablehnt, ist es sich der Tatsache bewußt, daß die Situation nicht bis in alle Ewigkeit aufrechterhalten werden kann. Die Alternative, die sich am Horizont abzeichnet, ist das Bündnis mit Individuen vom Schlage Gatscha Buthelezis. Letzterer ist ein bedingungsloser Anhänger des Regimes geworden. Er greift nur noch die UDF (Vereinigte Demokratische Front; d. Red.) und den ANC an. Er ist ein unverhüllter Verbündeter des Regimes, auch wenn er behauptet, gegen die Apartheid zu kämpfen. Er bietet das Bild eines Muzorewa (Kollaborateur des früheren Smith-Regimes in Rhodesien; d. Red.), eines Verräters.

FRAGE: Wozu ist er Anfang August (1985; d. Red.) nach Israel gereist?

A. NZO: Wir wissen nicht mit Bestimmtheit, was er den Israelis hat sagen oder von ihnen wollen können.

Aber sich in ein Land zu begeben, das den Terrorismus in internationalem Maßstab betreibt und der Meister in der Unterdrückung der Befreiungskämpfe ist, spricht schon allein für sich. Buthelezi hat vielleicht eine Art militärischen Beistand von Israel erreicht.

Denn wenn er sich heute weigert, an die Spitze des Bantustan KwaZulu zu treten, dann nur um später andere Verantwortungen zu übernehmen...

FRAGE: Inzwischen herrscht in Südafrika die wütende Repression...

A. NZO: In seinem verzweifelten Versuch, den Kampf gegen die Apartheid zu zerschlagen, hat das Regime eine Repression entfesselt, die alle Maßstäbe übersteigt, besonders gegen die UDF.

Während es die öffentliche Meinung der Welt zu überzeugen sucht, daß es nur diejenigen unterdrückt, die Gewalt anwenden, hält es sich gerade an die UDF, speziell an fast alle ihrer nationalen Führer. 16 von ihnen sind wegen Hochverrats angeklagt. Aber die UDF hat niemals Gewalt gepredigt, ihr Programm fußt auf der Anwendung friedlicher Mittel.

In Wahrheit will das Regime jeden Widerstand ersticken. Es fällt über die Führer der UDF her, denn es ist ihm unmöglich, die Hunderte von Organisationen zu zerstören, die ihr angehören. Diese letzteren sind aus der unmenschlichen Situation geboren, mit der die Bevölkerung konfrontiert ist. Sie können nicht verschwinden, selbst wenn das Regime sie für vogelfrei erklärt.

Wenn Führer verhaftet werden, werden andere sofort an ihre Stelle treten. Es ist eine Illusion, zu glauben, eine immer weiter gesteigerte Repression könne mit der Bewegung fertigwerden. Man hat es bei der Verhängung des Ausnahmezustandes gesehen: die Volkswut hat nur noch zugenommen.

Und im Fernsehen hat man Kinder von 7 oder 8 Jahren gesehen, die von der Polizei verhaftet wurden unter dem Vorwand, daß sie die Sicherheit des Regimes „bedrohten“!

FRAGE: Was ist die Haltung des ANC in diesem Zusammenhang?

A. NZO: Unsere Aufgabe ist es, dem

Volk zu zeigen, daß es notwendig ist, sich am Kampf mit allen Mitteln zu beteiligen.

Es gilt so zu handeln, daß das Land unregierbar wird. Und das erfordert die Einigkeit der Kräfte, die gegen das Regime kämpfen. Wir, der ANC, werden den bewaffneten Kampf verstärken, mit immer mehr aktiven Kämpfern und immer mehr Massenunterstützung.

Für die, die kämpfen, kommt es darauf an, die politische Aktivität mit den bewaffneten Aktionen zu verbinden. Das ist möglich, und das ist unsere Strategie.

FRAGE: Kann man sie als eine Strategie bezeichnen, die den Aufstand zum Ziel hat?

A. NZO: Ja, das südafrikanische Volk wird sich immer mehr an der bewaffneten Konfrontation beteiligen. Wir werden Aktionen unternehmen, die man „bewaffnete Propaganda“ nennen könnte, und die dem Volk beweisen werden, daß es bei diesem Kampf mitmachen kann und muß.

„Umkhonto We Sizwe – ja!“

Der Erfolg dieser Strategie ist schon sichtbar, und die Parole heißt gegenwärtig: „Südafrikanische Streitkräfte – nein, Umkhonto We Sizwe – ja!“

FRAGE: Besteht die Möglichkeit einer Krise in der südafrikanischen Armee?

A. NZO: Kürzlich meldete der südafrikanische Rundfunk, daß 47 einberufene Wehrpflichtige aus dem Oranje-Freistaat verschwunden sind.

Nun, manche sind gekommen und haben sich uns angeschlossen. Seit die allgemeine Wehrpflicht eingeführt ist und seit die Armee in den Townships gegen eine wehrlose Bevölkerung eingesetzt wird, nimmt die Zahl der Deserteure zu.

Sicherlich hat auch die Repression in Namibia zu Widersprüchen innerhalb der Armee geführt. Und diese zwangsweise Einberufung von Namibiern dient ebenfalls dazu, die Ausfälle durch Desertion in der südafrikanischen Armee selber zu verschleiern.

FRAGE: Man sagt oft, die Vereinbarungen von Nkomati (zwischen Moçambique und Südafrika vom 16.3.1984, Wortlaut in: AIB 5/1984, S. 6-7; d. Red.) seien der Anfang einer Intensivierung des Kampfes im Innern des Landes gewesen, und darum seien sie etwas Positives gewesen...

A. NZO: Was geschehen ist, war in der Entwicklung unseres Kampfes vorgesehen.

Nkomati hat lediglich bewiesen, daß diese Versuche zur Isolierung des ANC zu nichts führen. Der Kampf findet im Innern statt. (...)

(Quelle: Afrique-Asie, Paris, Nr. 359/21.10.1985, S. 29-30)

Begräbnisdemonstrationen für Apartheidopfer zeichnen sich durch zunehmende Militanz aus



Joachim Becker

Wie reformbereit ist das weiße Lager?

„Man könnte sagen, daß die herrschenden Klassen, die auf den Tiger des rassistischen Kapitalismus gestiegen sind, nun herausfinden, daß sie ihn weder alles in allem bequem reiten noch leicht von ihm absteigen können.“

John S. Saul und Stephen Gelb¹

Tatsächlich befindet sich Apartheid-Südafrika seit Mitte der 70er Jahre in einer tiefen Krise – politisch, wirtschaftlich und ideologisch. Im Laufe dieser Krise treten Risse in der Klassenallianz von nationalem und transnationalem Kapital, weißem Kleinbürgertum und weißer Arbeiterschaft immer deutlicher zu Tage.

Im Laufe der starken Kapitalzentralisation sind Staatsunternehmen, burische Geschäftsinteressen, anglo-südafrikanisches und transnationales Kapital immer mehr zu einem Big Business verschmolzen² – dieses Big Business drängt auf Korrekturen im System, um allzu weitgehende Veränderungen zu verhindern und die eigenen Profite zu sichern. Weiße Arbeiter, Angestellte und Kleinkapitalisten fürchten jede Veränderung.

Mehr als Ehe-, Hotel-, Strandverbot

Letzteren gehen „Reformen“ wie die Aufhebung des Verbots gemischtrassischer Ehen (1985), Öffnung einiger Strände oder Hotels für Schwarze schon zu weit.

Diese „Reformen“ gehen jedoch am Kern der Apartheid vorbei. Sehr viel grundlegender sind die Fragen des Aufenthaltsrechts für Schwarze in den Städten, der getrennten Wohngebiete (Group Areas Act), des Arbeitsrechts und insbesondere die Gretchenfrage nach der Beteiligung der Schwarzen an politischen Entscheidungen.

Vor allem das Industriekapital, aber auch Teile des Kapitals im Bergbau und in der Dienstleistungswirtschaft sind aufgrund der Natur ihrer Arbeitsprozesse an einer stabileren und besser qualifizierten schwarzen Arbeiterschaft interessiert. Das Gewicht von Kapitalen mit einer derartigen Interessenlage hat im Rahmen von Industrialisierung und immer kapitalintensiverer Produktion deutlich zugenommen. So beklagte sich der Wirtschaftsmagnat Harry Oppenheimer 1978: „Die nationalistische Politik macht eine vernünftige Nutzung schwarzer Arbeitskraft unmöglich.“³

Der südafrikanische „Arbeitsmarkt“ ist vor allem auf eine Versorgung der Wirtschaft mit billigen, unqualifizierten schwarzen Arbeitern, meist Wanderarbeitern, ausgerichtet. Die Lohnhöhe orientiert sich am Existenzminimum für eine Person – die Familie soll sich in den sog. Heimatländern (Homelands, 13,7% der Landesfläche) mit der Subsistenzproduktion irgendwie durchbringen, was jedoch kaum möglich ist.

Der Zufluß der schwarzen Arbeitskräfte wird durch sog. Arbeitsbüros reguliert und kontrolliert. Für weniger konkurrenzfähige Farmen und Minen mit geringen Anforderungen an die Qualifikation der Arbeiter ist dieses System Existenzgrundlage. Schwarze Facharbeiter gibt es wegen der die weißen Arbeiter schützenden Job Reservation kaum – die Folge ist ein gravierender Facharbeitermangel für die Industrie.

In diesen Bereichen setzten die ersten „Reform“überlegungen der Regierung an. In ihr setzten sich 1978 mit der Gruppe um Pieter W. Botha Kräfte durch, die innerhalb der staatstragenden Nationalen Partei (NP) als mit dem Militärapparat, dem weitgehend staatlichen burischen Kapital und den mit dem transnationalen Kapital verflochtenen Kapitalgruppen verbunden galten.⁴ Seit 1979 stellt die Regierung Überlegungen zum Aufenthaltsrecht der Schwarzen in den Städten an.

Bisher liefen diese „Reform“überlegungen auf eine Verbesserung der Situation für diejenigen Schwarzen, die bereits ein ständiges Aufenthaltsrecht in den Städten haben, und auf eine noch stärkere Kontrolle der Wanderarbeiter hinaus.

Der jüngste Vorschlag einer Kommission des Präsidialrats spricht sich zwar immerhin für eine Abschaffung der Paßgesetze aus, macht jedoch zugleich klar, daß der Zuzug in die schwarzen Wohnghettos beschränkt bleibt.⁵

Der Group Areas Act, der getrennte Wohngebiete vorschreibt, ist für die NP-Spitze – wie Botha kürzlich unterstrich – „nicht verhandelbar“.⁶

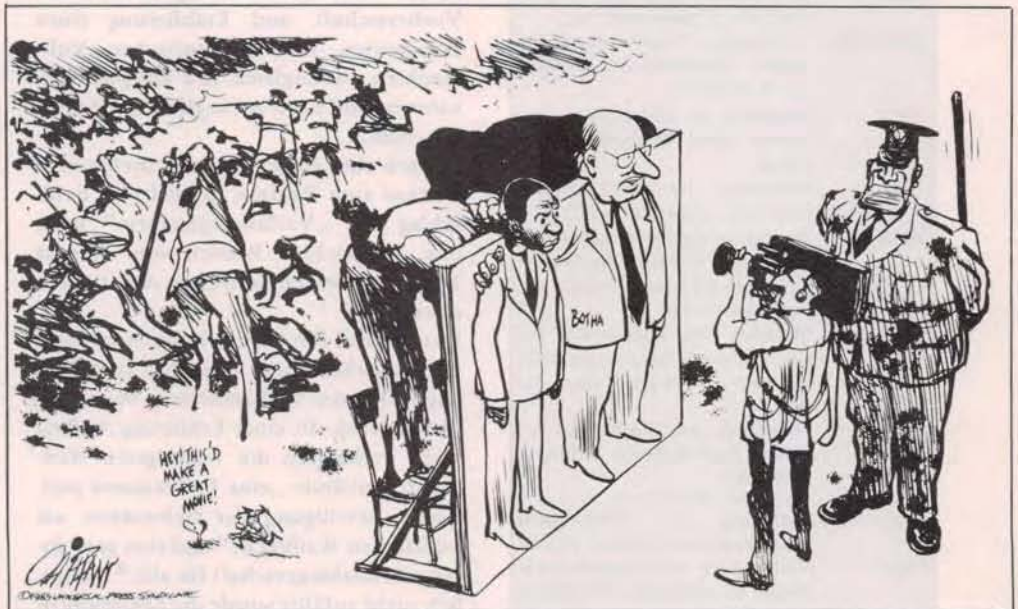
Big Business für Strukturwandel

Seit 1979 ist erstmals gesetzlich die Möglichkeit einer Lehrlingsausbildung für Schwarze gegeben. Gleichzeitig wurde aber sichergestellt, daß aus dieser Neuregelung den weißen Arbeitern keine Nachteile entstehen (1983 waren von 9.867 registrierten Lehrlingen 741 Schwarze).⁷

Die weißen Gewerkschaften konnten auch durchsetzen, daß durch Closed-Shop-Abkommen, die für bestimmte Tätigkeiten die Mitgliedschaft in einer weißen Gewerkschaft zur Voraussetzung machen, auch nach dem Wegfall der gesetzlichen Job Reservation diese durch die Hintertür erhalten bleibt.

Aber der zunehmende Personalbedarf des Militärs – so das Londoner Internationale Institut für Strategische Studien – wird den Mangel an Facharbeitern noch verschärfen,⁸ so daß auf diesem Gebiet vermutlich weitergehende Änderungen kommen dürften.

Am weitesten sind noch die „Reformen“ auf dem Gebiet der Gewerkschaften ge-



Südafrika-Daten

Territorium: 1.221.037 qkm (fünffache Fläche der BRD)

Bevölkerung: 33 Mio (1985); 73,0% Schwarze, 15,2% Weiße, 8,9% Mischlinge, 2,9% Asiaten

Hauptstadt: Pretoria, 739.000 Einwohner
Sprache: Englisch, Afrikaans (Amtssprachen); Bantusprachen

Währung: Rand (R); 1 R = 1,04 DM (Sept. 1985)

Staatsordnung: In Südafrika besteht ein rassistisches Regime der weißen Bevölkerungsminderheit. Staatspräsident ist Pieter W. Botha. Seine Nationale Partei (NP) verfügt über die Mehrheit der 178 Sitze des Parlaments, das nur von Weißen gewählt wird. Im Parlament sind außerdem die Progressive Föderale Partei (PFP), die Konservative Partei (CP), die Neue Republikanische Partei (NRP) und die Reformierte Nationale Partei (HNP) vertreten. 1984 wurden zwei Parlamente für Mischlinge und Inder eingerichtet, die jedoch über geringe Kompetenzen verfügen. Die Wahlen zu diesen Kammern wurden mehrheitlich boykottiert.

Führende Kraft der Apartheidgegner ist die Befreiungsbewegung Afrikanischer Nationalkongreß (ANC) und ihr bewaffneter Arm Umkhonto we Sizwe (Speer der Nation). Der ANC ist seit 1960 verboten. Die größte legale Anti-Apartheid-Organisation ist die Vereinigte Demokratische Front (UDF).

Wirtschaft/Soziales: Südafrika ist ein kapitalistischer Agrar-Industriestaat. Das Land ist mit 40% an der Industrie- und Bergbauproduktion Afrikas beteiligt. 1983 betrug das Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt 2.490 Dollar. Anteile am Bruttoinlandsprodukt (1980): 7% Landwirtschaft, 53% Industrie (inklusive Bergbau), 40% Dienstleistungen. Ca. 10% der gesamten Wirtschaft befinden sich unter ausländischer Kontrolle.

Hauptausfuhrungsgüter sind mineralische Rohstoffe, darunter vor allem Gold, Diamanten, Kohle, Eisenerz und Uranerz. Wichtigste Handelspartner sind Großbritannien, die USA, die BRD und Japan. Die Auslandsverschuldung betrug 1984 ca. 20 Mrd Dollar.

Inflation: 17% (1984). **Arbeitslosigkeit:** 3 Mio (darunter kaum Weiße). **Analfabeten:** 43% (1976)

Geschichte:

- 1659 Beginn der Eroberung durch die Niederlande
- 1806 Großbritannien besetzt die holländische Kapkolonie
- 1899-1902 Burenkrieg. Unterwerfung der Buren (holländische Siedler) durch die Briten
- 1910 Gründung der Südafrikanischen Union unter britischer Oberhoheit
- 1912 Gründung des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC)
- 1948 Die Nationale Partei kommt an die Macht. Ausdehnung der rassistischen Gesetzgebung auf alle Lebensbereiche
- 1960 Massaker von Sharpeville. Bei einer Demonstration werden 69 Schwarze ermordet. Verbot des ANC
- 1961 Gründung des Umkhonto we Sizwe. Ausrufung der Republik Südafrika
- 1976 Aufstand von Soweto
- 1983 Gründung der Vereinigten Demokratischen Front (UDF)
- 1985 Verhängung des Ausnahmezustands in mehreren Distrikten

diehen. Als sich nach den Streiks von 1973 die unabhängigen Gewerkschaften immer stärker durchsetzten, konnte das „aufgeklärtere“ Kapital die Regierung davon überzeugen, daß allein Verhaftungen und Bannungen keine ausreichende Reaktion seien.

Mit den Arbeitsgesetzen von 1979 und 1981 wurden schwarze Gewerkschaften zwar legalisiert, gleichzeitig aber einer scharfen Regierungskontrolle unterworfen.

Bothas Versprechungen von Ende der 70er Jahre, zumindest einigen Schwarzen einen größeren materiellen Anteil am System zu verschaffen, haben sich kaum erfüllt.

Die Ansätze zur Schaffung einer schwarzen kollaborationsbereiten Mittelklasse, an der Südafrikas Industrielle wegen der damit verbundenen Nachfrageausweitung auch wirtschaftlich interessiert wären, sind kläglich stecken geblieben. Reaktionäres weißes Kleinbürgertum, weiße Arbeiteraristokratie und Kleinkapitalisten, die traditionelle Basis der NP, haben sich den wirtschaftlichen und sozialen Anpassungsmaßnahmen widersetzt. Das Ergebnis ist wirtschaftliche und soziale „Reform“ im Schnecken-tempo.

Alternative Nationalkonvent?

Noch ermüthender ist für das Big Business allerdings das politische Krisenmanagement des Regimes seit 1984. Bei der Carlton-Konferenz (1979) und der Good-Hope-Konferenz (1980) hatten sich die Konzernbosse noch hinter Bothas Konzept der „totalen Strategie“ zur Sicherung der weißen Minderheits-herrschaft gestellt. Und 1983 hatten sie auch die „Verfassungsreform“, d.h. die Schaffung eines Dreikammerparlaments für Weiße, „Coloured“ (Farbige) und Inder unter Beibehaltung der weißen Vorherrschaft und Etablierung eines Präsidenten mit diktatorischen Vollmachten, wengleich mit einigen Ausnahmen und nach anfänglichem Zögern, unterstützt.

Danach aber gingen sie auf zunehmende Distanz zum Regime, als sich der Fehlschlag der „Verfassungsreform“ nach den mißglückten Wahlen vom August 1984 und den landesweiten Aufständen erwies.

Das Kapital fürchtet, mit der Apartheid unterzugehen, und versucht, sich jetzt angesichts der Volkserhebung von ihr zu distanzieren. In einer Erklärung Anfang 1985 verlangten die wichtigsten Wirtschaftsverbände „eine bedeutsame politische Beteiligung der Schwarzen am politischen Wahlrecht“ und eine gemeinsame Staatsbürgerschaft für alle.⁹ Sicherlich nicht zufällig wurde die Erklärung in



Apartheidalltag: Schwarze Slumbewohner bei Kapstadt werden im Morgengrauen von der Russistenpolizei in ein Homeland abtransportiert

der Zeit des Besuchs des US-Kongreß-abgeordneten Edward Kennedy in Südafrika abgegeben.

Genausowenig ist es Zufall, daß die gemeinsame Erklärung der Wirtschaftsverbände – Vereinigung der Handelskammern (ASSOCOM), Verband der Industrie (FCI) und Zusammenschluß der schwarzen Handelskammern (NAFCOC) – just zum Zeitpunkt des Besuchs mehrerer EG-Außenminister abgegeben wurde. Darin wurden als erste Schritte zu den „notwendigen strukturellen Veränderungen“ Verhandlungen mit den schwarzen Führern, auch wenn diese im Gefängnis seien, ohne Vorbedingung oder zeitliche Terminierung (vgl. AIB 11/1985, S.11).

Nicht nur die südafrikanische Regierung, die zu weitergehenden Schritten bewegt werden soll, sondern auch die internationale Öffentlichkeit ist Adressat solcher Erklärungen. Mit ihrer Eigendarstellung als progressiver Kraft der Veränderung versucht das Monopolkapital den Sanktionsforderungen die Spitze zu nehmen. Das Monopolkapital versucht, wie auch die ihm nahestehende Progressive Föderale Partei (PFP), sich verschiedene Optionen offenzuhalten, um seine Zukunft in Südafrika zu sichern. Am 13. September 1985 führten Konzernbosse erstmals öffentlich Gespräche mit dem Afrikanischen Nationalkongreß – ANC (vgl. AIB 11/1985, S. 11ff.).

Am 12. Oktober 1985 fand ferner ein erneutes Treffen zwischen Vertretern des ANC und der PFP, die etwa 20% der weißen Wählerschaft repräsentiert, statt.¹⁰ Diese Treffen gingen freilich bisher über einen Meinungs-austausch nicht hinaus.

Der ANC ist allerdings nicht die einzige Kraft, zu der Big Business und PFP Kontakte aufzubauen versuchen.

Am 21. September 1985 fand in Johannesburg eine Versammlung statt, auf der beschlossen wurde, eine Allianz mit dem Ziel der Einberufung eines Nationalkonvents zu gründen. Er wird schon seit eini-

ger Zeit vom ANC als irrelevant abgelehnt. Träger dieses Versuchs sind die PFP, Buthelezi Inkatha (vgl. hierzu AIB 12/1985, S.29-30) und Vertreter der Wirtschaft – die Konzernbosse, welche die Gespräche mit dem ANC führten, waren auch in Johannesburg wieder dabei.¹¹

Das Interesse von Wirtschaft und PFP an Inkatha ist nicht überraschend. Inkatha scheint durchaus bereit, Vorschläge zu unterstützen, die zwar ein Ende der exklusiven weißen Vorherrschaft bedeuteten, aber doch den Weißen – wahrscheinlich im Rahmen einer föderalen Lösung – einen sehr weitgehenden Minderheitenschutz garantieren und die Veränderungsmöglichkeiten stark beschneiden würden.

Batsha Buthelezi, der Inkatha-Führer: „Das schwarze Südafrika hat Generationen lang das Ideal eines allgemeinen Stimmrechts ('one man – one vote') in einem einheitlichen Staat hochgehalten... Ich bin zu diesem Zeitpunkt bereit, (dieses) Ideal hintanzustellen, wenn Verhandlungen zwischen Schwarz und Weiß aufgenommen werden können, um einen Kompromiß zu finden.“¹²

Vor diesem Hintergrund finden auch die Vorschläge der Buthelezi-Kommission von 1982, vermehrtes Interesse. Sie laufen darauf hinaus, eine gemeinsame Regierung der Provinz Natal und des „Heimatlands“ Kwa Zulu zu bilden mit einem universellen Wahlrecht, aber auch einem begrenzten Vetorecht und einer

begrenzten Gruppen-Repräsentation, um „Minderheitenrechte“ zu schützen.¹³

Diese – so die südafrikanische Sunday Times vom 11.8.1985 – könnten auch ein Modell für die angekündigten Regionalräte, noch unterhalb der Provinzebene, sein.¹⁴

Während die Vorschläge Buthelezi auch in der NP auf Interesse stoßen,¹⁵ lehnt die NP-Spitze Kontakte zum ANC ab und verurteilt die ANC-Kontakte anderer Gruppen auf das Schärfste. Die momentanen Vorstellungen der NP-Spitze charakterisiert das US-Magazin Time (14.10.1985) als „Apartheid mit anderem Namen“.

Überdauert die Marktwirtschaft?

Zwar sprach Präsident P.W. Botha in seiner Rede in Port Elisabeth davon, die NP sei dem Prinzip eines geographisch geeinten Südafrika, einer gemeinsamen Staatsbürgerschaft – für die Bürger der für „unabhängig“ erklärten „Heimatländer“ allerdings eine Doppelstaatsbürgerschaft¹⁶ – und des allgemeinen Wahlrechts verpflichtet.¹⁷ Was die Schwarzen wählen können sollen, verrät er allerdings nicht.

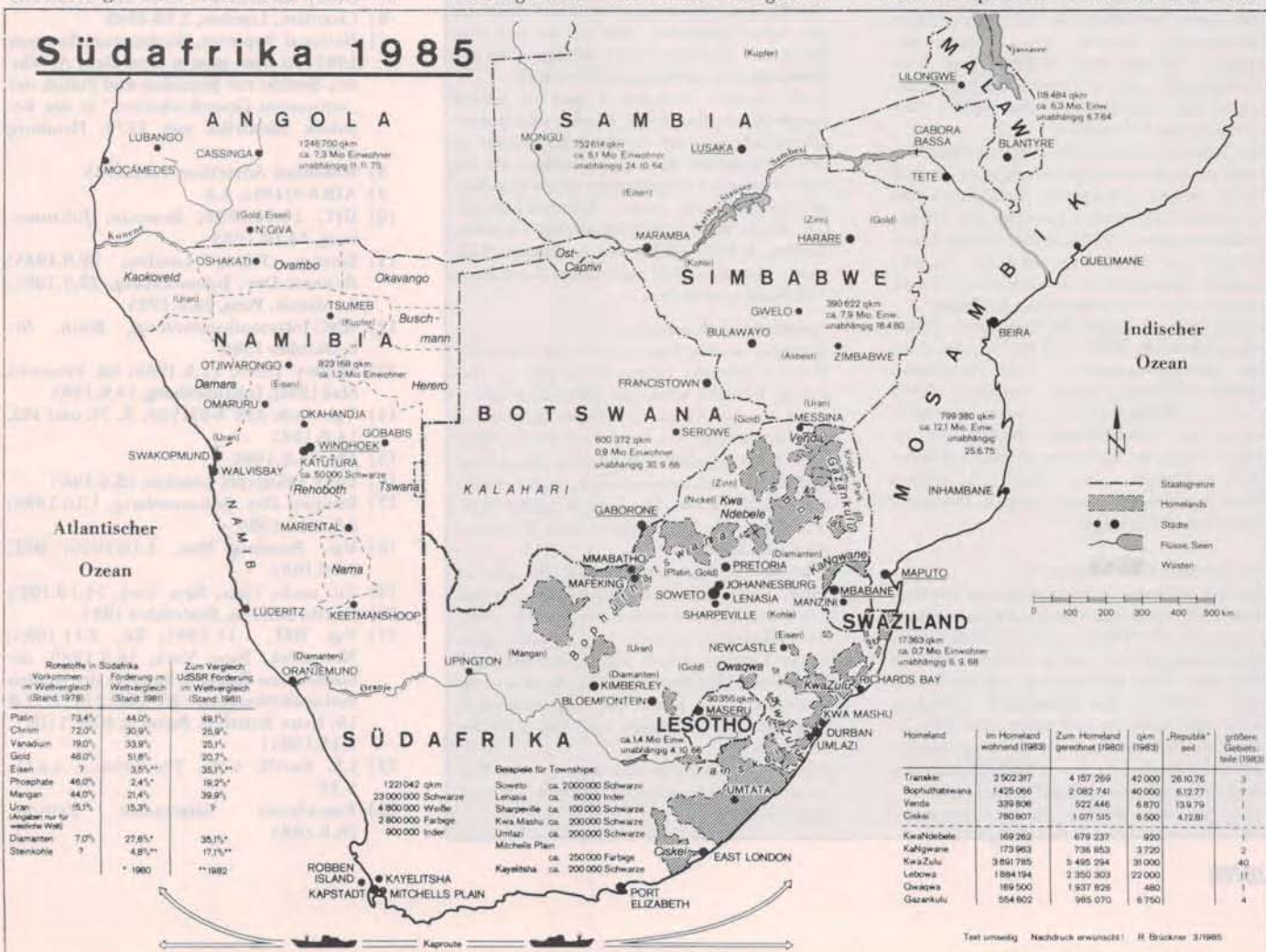
Dafür erklärt er unmißverständlich, „one man – one vote“ komme nicht in Frage. Auch eine 4. Parlamentskammer für Schwarze soll nicht eingerichtet werden. Stattdessen sollen Schwarze in den bedeutungslosen Präsidialrat aufgenom-

men werden.¹⁸ Bothas „geintes Südafrika“, so die südafrikanische Zeitung Sowetan, „spiegelt nur ein anderes glorifiziertes System von Heimatländern wider“.¹⁹ „Der Notstand“ – so Douglas Hindson von der Witwatersrand-Universität – „ist der verzweifte Versuch der Regierung, die Bedingungen zu sichern, um diese 'Reformen' – wirtschaftliche und soziale Anpassungsmaßnahmen und Fortschreibung der weißen Vorherrschaft mit modifizierten Mitteln – „fortzusetzen“.²⁰ Der Regierungskurs ist in der NP allerdings nicht unumstritten, was nicht nur Ausdruck unterschiedlicher politischer Einschätzungen, sondern auch der unterschiedlichen sozialen Kräfte innerhalb der NP ist.

Die weißen Parteien, denen selbst die „Reformen“ der NP schon zu weit gehen, sind im Aufwind. Das zeigten ihre Zugewinne bei den Nachwahlen vom September 1985, bei denen die extrem rechte Reformierte Nationale Partei (HNP) erstmals einen Parlamentssitz erlangte.²¹

In den Vorstellungen der HNP, die sich 1969 von der NP abgespaltete, und der Konservativen Partei (CP), die 1982 aus einer NP-Abspaltung entstand, spiegelt sich die Angst weißer Arbeiter, Angestellter und kleiner Selbständiger vor jeder Veränderung wider. Sie setzen allein auf noch härtere Unterdrückungsmaßnahmen.

Auf der anderen Seite des weißen politischen Spektrums ist die Zahl der-



Was ist Apartheid?

Nach Hautfarbe getrennte Parkbänke, Toiletten, Gaststätten, Taxis und Kinos halten viele für die Hauptmerkmale der Apartheid. Diese sog. „Kleine Apartheid“ ist jedoch nur das Augenfälligste eines Herrschaftssystems, das alle Lebensbereiche umfaßt.

Große Apartheid

Apartheid ist ein rassistisches Herrschaftssystem der südafrikanischen und ausländischen Großkonzerne, das sich auf eine privilegierte weiße Bevölkerungsminderheit stützt. Es versucht, seine Macht durch die Rechtlosigkeit und die soziale und regionale Aufspaltung der ausgebeuteten Mehrheit der Bevölkerung aus Schwarzen, Mischlingen und Asiaten nach Hautfarbe und angeblicher Stammeszugehörigkeit zu sichern.

Alle Menschen werden gleich nach der Geburt einer bestimmten Bevölkerungsgruppe zugeordnet. Danach gibt es in Südafrika (1983) 22,8 Mio Schwarze, 4,8 Mio Weiße, 2,8 Mio Mischlinge und 0,9 Mio Asiaten.

Allein die Weißen verfügen über politische Rechte. Nur sie dürfen ein Parlament wählen. Weiße bestimmen, wer wo wohnen und arbeiten darf. Nur sie entscheiden über wirtschaftliche Entwicklung, Bildung, Gesundheitswesen, Militär, Polizei und Justiz. Sie benachteiligen die Dunkelhäutigen in allen Lebensbereichen.

Homelands

Das Apartheidregime hat den Schwarzen über 100 Landflecken als Reservate, sog. „Homelands“ (Heimatländer) bzw. Bantustans entsprechend ihrer angeblichen Stammeszugehörigkeit zugewiesen. 13% der Staatsfläche stehen somit 73% der Bevölkerung zur Verfügung. Diese Gebiete sind durchwegs wenig fruchtbar. Hier gibt es weder Industrie noch Bodenschätze.

Hier leben vor allem die „nicht benötigten Schwarzen“: Kinder, Alte, Frauen. Die Männer müssen weit entfernt von ihren Familien die sie 11 Monate im Jahr nicht sehen, als „Gastarbeiter“ im weißen Südafrika ihr Geld verdienen.

Das Brutto sozialprodukt (BSP) pro Kopf beträgt nach Regierungsangaben dort ca. 400 Rand, wovon jedoch nur 20% dort selbst erwirtschaftet werden (weniger als 1% des südafrikanischen BSP). Hunger, hohe Sterblichkeit und Armut sind die Folge. Sie sind sowohl wirtschaftlich als auch politisch vollständig vom weißen Südafrika abhängig.

Bisher lebt die Hälfte der Schwarzen in diesen Homelands. Mehr als 2 Mio wurden dorthin zwangsumgesiedelt. Fünf Homelands (Bophuthatswana, Ciskei, Transkei, Venda und Kwa Ndebele) wurden vom Apartheidregime zu „Unabhängigen Republiken“ erklärt – und die Bewohner somit zu Ausländern deklariert –, die jedoch von keinem Staat der Welt anerkannt werden. Die restlichen fünf sollen folgen.

Vorübergehendes Wohnrecht

Jede(r) Schwarze in Südafrika muß jederzeit den „Paß“ vorzeigen können. Darin ist eingetragen, wo die Person wohnen muß, wo sie sich aufhalten darf, ob die Steuern bezahlt sind usw. Fehlt der Eintrag, daß die Person sich außerhalb des Homelands aufhalten darf, oder kann sie sich nicht ausweisen, so wird sie bestaft und in das zugewiesene Reservat abgeschoben – 2/3 aller Schwarzen sind wegen „Paßvergehens“ vorbestraft.

Wer bei den Weißen einen Arbeitsplatz

findet, kann nach 10 Jahren einen Antrag auf Wohnrecht im „weißen“ Südafrika stellen. Er muß in einem der schwarzen Wohngebiete außerhalb der weißen Metropolen wohnen. Soweto, nahe beim weißen Johannesburg, ist das größte dieser Wohnghettos. Von den etwa 2 Mio Einwohnern leben weit mehr als die Hälfte „illegal“ dort, weil sie kein Wohnrecht nachweisen können. In den Wellblechbaracken leben durchschnittlich 12 Personen auf ca. 56 qm Wohnfläche. Über die Hälfte der Familien im „reichen“ Soweto muß mit Einkommen unter dem Existenzminimum zurechtkommen.

Die Ghettos sind – gegen den Willen der Bewohner – nochmals nach sprachlichen, kulturellen und anderen Kriterien getrennt. Wenn eine xhosa-sprachige Südafrikanerin und ein Zulu-sprachiger Südafrikaner heiraten, dürfen sie nicht zusammen wohnen. Wanderarbeiter müssen – ohne Angehörige – in gefängnisartigen Wohnheimen, den „Hostels“, hausen.

Apartheid im Gesundheitswesen

Das Gesundheitswesen in Südafrika gehört zu den besten der Welt – für die Weißen. Ein Arzt steht für 330 Weiße, aber für 91.000 Schwarze zur Verfügung. Auf ein Krankbett kommen im Durchschnitt 175 Weiße, aber 600 Dunkelhäutige.

Die Lebenserwartung liegt bei 70 Jahren für Weiße, bei 65 für Asiaten, bis 59 für Mischlinge und bei 57 für Schwarze. Von 1.000 weißen Kindern sterben 12 im ersten Lebensjahr, bei schwarzen sind es 240.

Apartheid in der Bildung

Die Schulen und Lehrpläne Südafrikas sind nach Hautfarbe getrennt. Schwarze sollen dazu erzogen werden, daß sie Fragen von Weißen beantworten und entsprechende Handlungsanweisungen ausführen können. Sie sollen begreifen, daß sie nie auf eine Stufe mit Weißen stehen werden – so der ehemalige Premierminister Verwoerd.

Weiße Kinder zwischen 7 und 16 Jahren haben Schulpflicht. 18 Kinder sind durchschnittlich in einer weißen, 43 Kinder in einer schwarzen Klasse. In weniger als 1% aller schwarzen Schulbezirke herrscht Schulpflicht. Schwarze müssen Schulgeld bezahlen, Weiße nicht. 1982/83 wurden für einen weißen Schüler 1385, einen Asiaten 872, einen Mischling 593 und einen Schwarzen 192 Rand ausgegeben.

Apartheid im Berufsleben

Während weißen Jugendlichen die Türen der Berufsausbildung offenstehen, gibt es nur wenige hundert schwarze Auszubildende – aus rassistischen Gründen werden nicht mehr zugelassen. Für gleiche Arbeit wird ungleicher Lohn bezahlt – Schwarze, Mischlinge und Asiaten erhalten weniger, auch bei gleicher Qualifikation. Die Firmen zahlen Mindestlöhne, die häufig unter dem Existenzminimum liegen.

Schwarze Vorgesetzte über Weiße gibt es kaum. Viele Arbeitsplätze sind faktisch weißen Arbeitnehmer vorbehalten. 1981 betrug das Jahreseinkommen pro Beschäftigten (ohne Landwirtschaft und „unabhängige“ Homelands) für Weiße 11.252 Rand und für Schwarze 2.738 Rand. Die Arbeitslosigkeit liegt bei 1% für Weiße und bei 25% für Schwarze.

(Diese Aufstellung beruht zum großen Teil auf der AAB-Informationsserie „Was ist Apartheid?“)

jenigen Weißen, die über die Position der PFP noch hinausgehen und sich beispielsweise Mitgliedsorganisationen der Vereinigten Demokratischen Front anschließen, sehr gering. Diese Weißen sind fast alle Angehörige der Intelligenz.

Es gilt immer noch, daß „die ... politische Dimension der gegenwärtigen Krise gerade die Unfähigkeit der herrschenden Klassen ist, zu einer konsistenten und koordinierten Antwort auf die vielen Widersprüche, mit denen sie konfrontiert sind, zu kommen.“²²

Wenn die Herrschenden heute in Südafrika beginnen, die Initiative zu verlieren, heißt das nicht, daß das Ende der Apartheid unmittelbar bevorsteht.

Der südafrikanische Staat ist noch voll handlungsfähig. Und die westlichen Staaten werden alles tun, damit sich die Prophezeiung des BMW-Managements bewahrheitet, das „marktwirtschaftliche“ System werde in Südafrika überdauern.²³

Anmerkungen:

- 1) J.S. Saul/S. Gelb, The Crisis in South Africa: Class Defence, Class Revolution, New York 1981, S.41
- 2) J. Ostrowsky, Das Jahrzehnt der Entscheidung. Zum Stand des Befreiungskampfes in Südafrika. Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 9/1980, S.1092
- 3) Zit. nach: J.S. Saul/S. Gelb, The Crisis..., a.a.O., S.30
- 4) J. Ostrowsky, Das Jahrzehnt..., a.a.O., S. 1092
- 5) Vgl. Süddeutsche Zeitung (SZ), 13.9.1985; International Herald Tribune (IHT), Zürich/Paris, 13.9. und 17.9.1985
- 6) Guardian, London, 3.10.1985
- 7) National Reporter, Washington, Sommer 1985; zu dem ganzen Komplex: A. Winter, Bericht zur Situation und Politik der „schwarzen Gewerkschaften“ in der Republik Südafrika seit 1979, Hamburg 1983
- 8) Windhoek Advertiser, 1.11.1985
- 9) AIB 8-9/1985, S.9
- 10) IHT, 14.10.1985; Sowetan, Johannesburg, 14.10.1985
- 11) Sunday Times, London, 22.9.1985; Business Day, Johannesburg, 23.9.1985; Le Monde, Paris, 24.9.1985
- 12) ANC-Informationbulletin, Bonn, Nr. 8/Okttober 1985
- 13) Sunday Times, 11.8.1985; vgl. Financial Mail (FM), Johannesburg, 14.6.1985
- 14) Vgl. auch AIB 8-9/1985, S. 7f. und FM, 14.6.1985
- 15) FM, 14.6.1985
- 16) Daily Telegraph, London, 12.9.1985
- 17) Business Day, Johannesburg, 1.10.1985; SZ, 2.10.1985
- 18) Vgl. Business Day, 1.10.1985; IHT, 3.10.1985
- 19) Zit. nach: Time, New York, 14.10.1985
- 20) South, London, September 1985
- 21) Vgl. IHT, 1.11.1985; SZ, 2.11.1985; Newsweek, New York, 16.9.1985; die momentane Sitzverteilung in der weißen Parlamentskammer: NP 126; PFP 27; CP 18; Neue Republik Partei 5; HNP 1 (IHT, 1.11.1985)
- 22) J.S. Saul/S. Gelb, The Crisis..., a.a.O., S.33
- 23) Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.8.1985



Julia Kühnert

Ausbau der südafrikanischen Militärmacht

Im Weißbuch zur Verteidigung, herausgegeben vom südafrikanischen Verteidigungsministerium im Jahr 1977, findet sich die erste umfassende Darstellung der **totalen Strategie**, des Herrschaftskonzepts der südafrikanischen Regierung für die 80er Jahre.

Totale Strategie, d.h. letztendlich Lösung aller Widersprüche und Probleme inner- und außerhalb der Grenzen des Landes mit militärischen Mitteln. Alle Maßnahmen der südafrikanischen Regierung seit Ende der 70er Jahre müssen unter diesem Gesichtspunkt betrachtet werden. Das gilt auch für die hochgejubelte „Verfassungsreform“, die in Wahrheit als Stabilisierungsversuch der Apartheid anzusehen ist.

Als Pieter W. Botha 1978 Premierminister Südafrikas wurde, vertrat er – gemeinsam mit anderen einflussreichen Kabinettsmitgliedern wie General Magnus Malan – eine Politik, die einerseits auf militärische Stärke innerhalb des Landes setzte, um eine dauerhafte Stabilisierung des Apartheidsystems abzusichern. Andererseits sollten die angrenzenden Staaten durch eine kombinierte Militär- und Wirtschaftspolitik zunächst destabilisiert und dann den Bedürfnissen Südafrikas entsprechend total abhängig ge-

macht werden. Südafrika wollte hiermit vor allem den Befreiungsprozeß der 70er Jahre in den ehemaligen portugiesischen Kolonien Moçambique, Angola und in Zimbabwe stoppen und zurückdrehen.

Um dies durchsetzen zu können, wurde die neue Verfassung geschaffen, deren Dreh- und Angelpunkt gar nicht einmal die Einführung des Drei-Kammern-Parlaments (1984) mit Kammern für die Inder und Farbigen ist. Mehr noch geht es bei ihr um Kompetenzverschiebungen zugunsten des Militärs und der Industrie in den wirklich entscheidenden Gremien, so daß heute von einer Präsidialdiktatur oder auch Militärjunta gesprochen wird.

Deckmantel „Verfassungsreform“

So wurde der Staatssicherheitsrat (State Security Council – SSC), im Jahr 1972 als beratendes Gremium eingerichtet, seit 1977 mit koordinierenden Funktionen unter den Ministerien betraut. Dabei kann der SSC, der mit Militärs und Industriellen besetzt ist,¹ nicht vom Parlament kontrolliert werden. Seine Einrichtung und Kompetenzerweiterung ist ein Stück Abschaffung der bis dahin be-

stehenden „Demokratie für die Weißen“, denn die Entscheidungskompetenz des SSC führt im Zweifelsfalle jede Parlamentsdebatte ad absurdum.

Zudem hat der mit der neuen Verfassung eingeführte Staatspräsident, d.h. seit September 1984 P.W. Botha, die Vollmacht, das Parlament aufzulösen bzw. dessen Entscheidungen abzulehnen. Damit sicherten sich die hinter Botha stehenden Kräfte auf der politischen Entscheidungsebene diktatorische Möglichkeiten.

Begleitet wurde dieser Prozeß der sog. Verfassungsreform von einem massiven Ausbau des Militärs und der anderen Sicherheitsorgane. Im Haushalt 1984/85 betrug der offizielle Haushaltsanteil der Südafrikanischen Verteidigungskräfte (SADF) 15%; rechnet man die verdeckten Ausgaben für strategische Zwecke (Ausbau der militärisch nutzbaren Infrastruktur etwa) hinzu, mindestens 20%. Damit stieg der offizielle Militärhaushalt auf 3,7 Mrd Rand (Rd), eine Steigerung um 21,4%. Der Gesamthaushalt steigerte sich im Vergleich zum Vorjahr lediglich um 9,4%. Ein ebenso deutliches Zeichen für die Intensivierung der Ausgaben im Militär- und Sicherheitsbereich sind die Steigerungen bei Polizei (auf 796 Mio Rd = +41%), Justiz (141 Mio Rd = +31,8%) und Gefängnissen (312 Mio Rd = +33,9%).²

Schwerpunkte der Militärausgaben waren Luftwaffe und Marine und die Ausgaben für die innere Sicherheit, worunter – entsprechend dem Selbstverständnis der südafrikanischen Regierung – auch die Besetzung Namibias fällt.

Begleitet wurde diese Ausgabensteigerung für das Militär von einem Ausbau des militärisch-industriellen Komplexes, gestützt auf das staatliche Unternehmen ARMSCOR.

Abhängig von NATO-Waffen

„Durch die Schaffung des staatlichen Rüstungsunternehmens ARMSCOR und den rapiden Ausbau von Industrieanlagen und Rüstungsfabriken durch Privatunternehmen“ – so stellen bundesdeutsche Beobachter fest – „ist Südafrika mittlerweile im Hinblick auf viele konventionelle Waffensysteme zum Selbstversorger geworden. Das Konzept der 'strategischen ökonomischen Planung für die nationale Verteidigung' scheint sich dahingehend auszuwirken, daß das wirtschaftliche Leben in den achtziger Jahren zunehmend unter militärischer Kontrolle gerät.“³ Dies ist für Südafrika im Hinblick auf internationale Sanktionsforderungen und die Rechtfertigungsprobleme der Geberländer von hoher strategischer Bedeutung.

Es sollte jedoch nicht darüber hinweg-

täuschen, daß Südafrika auch nach 20 Jahren eigener Rüstungsproduktion von Waffenlieferungen aus dem Ausland abhängig ist. Allein aus der BRD wurden an die 400 Verstöße gegen das 1977 vom Weltsicherheitsrat beschlossene Waffenembargo bekannt (siehe Beitrag H. Paschla). Modernste Waffen und Waffensysteme sowie Technologie und Know-how zur Eigenproduktion werden auch von den USA, Großbritannien, Frankreich und – nicht zu vergessen – Israel geliefert.

Absicherung Namibias...

Aus den USA z.B. sind im Zeitraum 1981-84 militärisch nutzbare Exporte im Wert von 28 Mio US-Dollar bekannt geworden. „Die Exporte umfassen hochentwickelte Computer, Navigationsausrüstungen, Dekodierungsgeräte sowie Abwehrflugzeuge an die (sog. unabhängigen Homelands) Ciskei und Bophutatswana.“⁴ Siemens ist an der Errichtung eines Entwicklungszentrums für Microchips beteiligt.⁵

Die Spitze des Militärkomplots der NATO-Staaten mit Südafrika ist die militärisch-nukleare Zusammenarbeit. Mit dieser Hilfe, die u.a. von der Bundesrepublik geleistet wurde, konnte Südafrika 1979 eine Atombombe zünden. Südafrika ist zudem eingebunden in das NATO-Stützpunktsystem im Südatlantik und Indischen Ozean. Es stellt den NATO-Flotten die Häfen Walvis Bay (Namibia!), Simonstown und Durban zur Verfügung. Es ist an die NATO-Überwachungssysteme mit dem Luftüberwachungssystem „Projekt Drumpel“ angeschlossen, das den Luftraum nördlich Südafrikas, vor allem über Angola, ausspioniert und dem „Project Avocaat“, einem Luft-, Wasser- und Unterwasserüberwachungssystem, das die Kontrolle über den „Luft- und Seeraum des Gebietes, das an das 'offizielle NATO-Gebiet' südlich des Wendekreises des Krebses von Lateinamerika bis zum Südpol und östlich bis Bangladesch“⁶ garantiert.

Die NATO-Mächte haben in Südafrika also nicht nur wirtschaftliche, sondern auch große militärstrategische Interessen.

Der Apartheidstaat ist zudem Sprungbrett nach Norden, in die unabhängigen schwarzafrikanischen Nationalstaaten wie Angola, Moçambique usw. Hier treffen sich die Interessen des Apartheidregimes mit denen von Reagan, Thatcher und Kohl, die wieder freie Hand für die Ausbeutung der ehemaligen Kolonialgebiete des Südlichen Afrika wünschen. Diese Garantie bietet bis heute die völkerrechtswidrige Besetzung Namibias durch Südafrika.

Die Manöver der Regierung Botha, die im Juli 1985 erneut eine sog. Interimsregierung einsetzte (siehe AIB 7/1985, S. 30-32) und der Westmächte waren offensichtlich alle darauf gerichtet, eine Regierung unter Beteiligung der legitimen Vertretung des namibischen Volkes, der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO), zu verhindern. Die SWAPO erscheint ihnen als konsequente Interessenvertreterin des namibischen Volkes als Bedrohung ihrer eigenen Ausbeutungsmöglichkeiten dieses an Rohstoffen reichen Landes.

Die Sicherung Namibias für Südafrika und seine Verbündeten ist aber nur die eine Aufgabe der 100.000 Mann der Südafrikanischen Verteidigungstreitkräfte (SADF). Andererseits dient Namibia auch als Sprungbrett gegen die VR Angola, deren südliche Provinzen ständig von südafrikanischen Interventionen bedroht sind.

...und Rückeroberung Angolas

Nach der Intensivierung der bewaffneten Kämpfe durch die SWAPO (Anfang der 70er Jahre) und als Antwort auf die Unabhängigkeit Angolas (1975/76) wurden die südafrikanischen Basen im Norden Namibias ständig ausgebaut und mit modernster Waffentechnologie versehen.⁷

Gleichzeitig dienen sie als Ausbildungsstätten für die konterrevolutionäre Organisation zur totalen Unabhängigkeit Angolas (UNITA) des Jonas Savimbi.⁸ Diese wiederum ist Bestandteil der von den USA gesponsorten antikommunistischen Weltliga (siehe: AIB 12/1985, S. 4ff.).

Südafrikanische Luft- und Bodentruppen unterstützten die UNITA im September 1985 gegen die angreifenden angolanischen Truppen. Dennoch mußte die UNITA schwere Verluste an Menschen, Material und Boden hinnehmen (siehe Interview mit Angolas Iko Carreira im regulären Teil dieses Heftes). Die südafrikanische Zeitung Financial Mail schreibt am 8.10.1985: „Sicher ist nach dieser Offensive (der angolanischen Truppen; d. Red.), daß die UNITA Jamba ohne Südafrikas Hilfe nicht halten kann.“ Jamba ist das Hauptquartier der UNITA.

Und Washington läßt Südafrika auch hier nicht allein. „Einer der ersten Schritte Reagans, nachdem er Präsident geworden war, war ein Antrag an den Kongreß..., seinen Bann gegen die Unterstützung bewaffneter Gruppen wie die UNITA (das sog. Clak Amendment) aufzuheben. Im April teilte der Präsident persönlich einer Pressekonferenz mit, er sei bereit, die UNITA mit Waffen zu unterstützen. Die USA sind also einig mit

Pretorias Strategie: ständige Destabilisierung der angolanischen Regierung, die zu ihrer schließlichen Überwindung führt.“⁹

Nachdem im Sommer 1985 Senat und Kongreß das Clark Amendment aufgehoben haben, wird derzeit in den USA über je 27 Mio US-Dollar an militärischer und „humanitärer“ Hilfe für die Contra diskutiert.

Allerdings ist diese offene Aggressionspolitik in den USA mittlerweile umstritten. 101 Kongreßabgeordnete forderten im Herbst 1985 in einem Brief an Reagan, keine derartige Hilfe an die UNITA zu geben. Vielmehr sei es im Interesse der USA, Verhandlungslösungen im Südlichen Afrika zu finden.¹⁰

Die Falken in Washington sehen jedoch



Südafrikanische Kommandoaktion in Angola

in Angola einen „Testfall“, an dem die Erpressungsmöglichkeiten der USA gegenüber der Sowjetunion ausprobiert werden könnten.¹¹ Dies wurde als geeignete Vorbereitung für das Genfer Gipfeltreffen Gorbatschow-Reagan (Mitte November 1985) angesehen, um die Verhandlungs- bzw. Rückzugsbereitschaft der UdSSR, was die Haltung zu befreiten Staaten in der Dritten Welt angeht, auszutesten.

Straffaktionen gegen Botswana, Moçambique, Zimbabwe

Angola selbst wurde seitens der USA angeboten, die UNITA an der Regierung zu beteiligen. In diesem Fall, so hieß es, würde keine Hilfe an diese geleistet.¹² Angola hat diese Vorschläge abgelehnt. Auch die anderen Nachbarstaaten Südafrikas sind weiterhin von südafrikanischen Aggressionsakten bedroht, wie etwa der Überfall auf Botswanas Hauptstadt Gaborone vom 13./14. Juni 1985 bewies.

Botswana, das sich weigert, einen Nicht-

angriffsvertrag mit Südafrika wie zuvor Moçambique zu unterzeichnen und das seine Flüchtlingspolitik gegenüber Apartheidopfern beibehalten will, sollte „demonstriert“ werden; daß Pretoria solche Unbotmäßigkeiten in seinem Hinterhof zu strafen weiß. Ähnliche Angriffe kündigten die Südafrikaner gegen Lesotho und Zimbabwe an, die ebenfalls nicht auf die bilaterale Verhandlungsstrategie Südafrikas eingegangen sind.

Erklärte Absicht Südafrikas ist es hierbei, das Hinterland für die südafrikanischen Befreiungskämpfer abzuschneiden. „Doch wie der brutale Überfall im Juni“ – so resümiert Ronald Meinardus – „werden alle weiteren Schläge über die Landesgrenzen hinweg ins Leere treffen. Denn um den Widerstand gegen das



Apartheid-Regime aufzuspüren, bedarf es keiner Expeditionen ins Ausland. Der Widerstand findet innerhalb Südafrikas statt.“¹³

Moçambique, das im März 1984 den denkwürdigen Vertrag von Nkomati unterzeichnete, mußte inzwischen erfahren, daß Südafrika es mit seinem Versprechen, die Truppen des Nationalen Widerstands von Moçambique (RNM) nicht weiter zu unterstützen, nicht allzu genau nimmt. Mehrmals wurden Flugzeuge beobachtet, die – aus Richtung Südafrika kommend – Ausrüstung und Nachschub für RNM-Truppen ins Land brachten. Ebenso hat „Radio Truth“, ein gegen die zimbabwische Regierung Mugabes gerichteter Propagandasender, Radiosendungen für die RNM aufgenommen.¹⁴ Der Stopp derartiger Sendungen war Bestandteil der Absprachen vom März 1984.

Während der erfolgreichen Offensive gegen die RNM, die die mosambikanische Armee mit Unterstützung von Truppen aus Zimbabwe im Juni und August 1985 durchführte, fielen ihnen Dokumente über weiterlaufende Hilfen aus Südafrika

an die RNM in die Hände. Und sie fanden Beweise, daß die RNM seitens Südafrikas vor Abschluß des Vertrages von Nkomati bestens ausgestattet worden war, um ihr ein Durchhalten auch ohne Unterstützung für die erste Zeit nach Vertragschluß zu ermöglichen.¹⁵

Moçambique hat inzwischen eine Reorganisation seiner Streitkräfte begonnen, in deren Mittelpunkt die Bekämpfung der konterrevolutionären Truppen steht.

Im Kontext des Südlichen Afrika ist außerdem die Hilfe der zimbabwischen Armee von größter Bedeutung.¹⁶ Hier zeigt sich – ergänzend zu Kubas Hilstruppen in Angola – ein Weg, der der südafrikanischen Kriegspolitik gegenüber den Nachbarstaaten entscheidende Schwierigkeiten bereiten könnte: Gegen die militärische Kollaboration der westlichen Länder mit Südafrika und dessen ungeheures militärisches Drohpotential eine effektivere und entschlossener Solidarisierung der Frontstaaten bis hin zur Waffenhilfe zu stellen. Die Regierung Mugabe hat ein Zeichen gesetzt, das sich direkt gegen die Destabilisierungspolitik der Regierung Botha richtet.

An der Eröffnung dieser Möglichkeit hat der Widerstand in Südafrika selbst keinen geringen Anteil, denn starke Sicherheitskräfte Pretorias sind mittlerweile in der Bekämpfung des inneren Aufstands gebunden. Dieser Widerstand hat letztendlich den Schlüssel für eine friedliche Entwicklung der gesamten Region des Südlichen Afrika in der Hand, denn erst ein abgeschafftes Apartheidregime wird innen- und außenpolitisch endlich Ruhe geben.

Anmerkungen:

- 1) Einschätzung hierzu siehe in: AIB 6/1983, S. 19-21
- 2) Alle Angaben: vgl. Informationsdienst Südliches Afrika (ID), Bonn, Nr. 5/1984, S. 26ff.
- 3) Evangelisches Missionswerk im Bereich der Bundesrepublik Deutschland e.V., Südafrika in den achtziger Jahren, Hamburg 1984, S. 12
- 4) Daily Nation, Nairobi, 15.7.1984, zit. nach: ID, Nr. 5/1984, S. 27
- 5) Nachrichten für den Außenhandel, 17.5.1984, zit. nach: ebenda
- 6) ID, Nr. 1-2/1981, S. 19
- 7) Vgl. International Defence & Aid Fund, Apartheid's Army in Namibia. Fact Paper on Southern Africa Nr. 10, London 1982, S. 10-13
- 8) Vgl. AfricAsia, Paris, Nr. 24, Dezember 1985
- 9) AfricAsia, Nr. 13, Januar 1985
- 10) International Herald Tribune (IHT), Paris/Zürich, 27.11.1985; Financial Times, 18.10.1985
- 11) Financial Times, 18.10.1985
- 12) IHT, 28.11.1985
- 13) ID, Nr. 5/1985, S. 20
- 14) Mosambic News Review, Maputo, 30.10.1985
- 15) Neue Zürcher Zeitung, Zürich, 27./28.10.1985
- 16) Guardian, London, 9.10.1985

Rüstung im All



AIB/ASK-Sonderheft 4/1985

28 Seiten, Preis 2 DM

sub rosa
Frauenverlag

Ausländische und
deutsche Frauen
im Gespräch

Sind wir uns denn so fremd?

sub rosa Frauenverlag

„... ein geradezu unersetzliches Handbuch.“ (emma)
ISBN 3 - 922166 - 19 - 9

„Mein Buch ist
mein Sieg über die
Weißen in Südafrika.“

Ellen Kuzwayo

MEIN LEBEN
FRAUEN GEGEN
APARTHEID

Überleben in dem Land der
Apartheid: die Geschichte einer
mutigen, streitbaren Frau.

Jetzt im Buchhandel
DM 29,80

sub rosa Frauenverlag

NEUERSCHEINUNGEN

Marianne Kolter

ANC/UDF auf dem Vormarsch

Stärkung und Vielfalt der Apartheidgegner



In dem schwarzen Ghetto (Township bzw. Vorstadt) Mamelodi, nahe Pretoria, demonstrierten 50.000 Menschen vor dem Rathaus für Mietsenkungen und den Abzug der Streitkräfte und Polizei aus dem schwarzen Township. Sie forderten die Abschaffung der Apartheid.

Das war Südafrikas Herrschenden zuviel. Die Polizei wurde eingesetzt und schöß ohne Vorwarnung in die Menge. 13 Menschen starben, Hunderte wurden verletzt.

Nach diesem Ereignis vom November 1985 forderte Peter Soal, Mitglied der Progressiven Föderativen Partei (PFP), eine Untersuchung des Verhaltens der Polizei. Diese beschuldigte er, aus Hubschraubern wahllos in die Menge geschossen und Tränengasbomben geworfen zu haben.

An der Beerdigung der Opfer nahmen 15.000 Menschen teil. Wie so oft, gab es erneut Tote und Verletzte.¹

Arbeiter-Ultimatum an Botha

Nahezu jede Beerdigung der Opfer der Unruhen wird zu einer politischen Kundgebung. Immer öfter sieht man die Fahnen des seit 1960 verbotenen Afrikanischen Nationalkongresses (ANC). Vielleicht ist dies einer der Gründe für das vom Botha-Regime verhängte Berichter-

stattungsverbot über die Volksunruhen. Die Newsweek vom 9.12.1985 berichtete, daß seit dem Presseverbot für die Aufruhrgebiete am 2. November bis Ende November 1985 mindestens 90 Menschen in den Auseinandersetzungen getötet wurden. Die Gesamtzahl der im Jahr 1985 verzeichneten Todesopfer der Militär- und Polizeiübergriffe stieg damit auf über 900.²

Diese Nachrichten mögen genügen, um zu zeigen, daß die Unruhen in Südafrika, die vor mehr als einem Jahr einsetzten, weitergehen. Jedoch, es gibt neue Meldungen aus Südafrika, die von der Widerstandsbewegung als Erfolge verbucht werden können.

Am 30.11./1.12.1985 wurde der Gewerkschaftsdachverband (COSATU) gegründet, dem etwa eine halbe Million Mitglieder angehören. Sein Präsident Elijah Barayi stellte der Regierung Pieter W. Botha ein Ultimatum von 6 Monaten, die Paßgesetze abzuschaffen. Andernfalls werde der Gewerkschaftsverband Aktionen gegen die Apartheid bis hin zum Generalstreik angehen (siehe Beitrag Ch. Sodemanns).

Dies ist eine ernste Herausforderung des Regimes in Pretoria, denn die schwarze Arbeiterklasse ist im Grunde der Produzent des Reichtums des Landes. Südafrikanische Forschungseinrichtungen stellten fest, daß Ende der 70er Jahre die

weißen Arbeiter nur noch 28,7% der Gesamtarbeiterklasse ausmachten.³ 1983 umfaßte die schwarze Arbeiterklasse mehr als 5,5 Mio, das waren etwa 50% der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung.⁴ Die Stärke der schwarzen Arbeiterklasse und ihre Stellung im Zentrum der Apartheidwirtschaft ermöglicht ihr also ein entscheidendes Eingreifen in den Befreiungsprozeß. Die 2. beratende Konferenz des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) vom Juni 1985 in Sambia (siehe Kommuniké nachstehend) hat diese Tatsache unterstrichen und daraus die vordringliche Aufgabe abgeleitet, die Arbeiterbewegung zu vereinheitlichen und stärker als bisher in den politischen Kampf einzureihen.

Erstmals wurden die Unruhen in die weißen Stadtviertel hineingetragen.

Am 18.10.1985, dem Tag der Hinrichtung Malesela Benjamin Moloises, demonstrierten mehr als 3.000 Schwarze im weißen Johannesburg gegen die Apartheid. Die Demonstrationen wiederholten sich eine Woche später in Johannesburg und Kapstadt.

Ausweitung der Volkserhebung

Die schwarzen Stadträte, geschaffen als politisches Almosen für die rechtlosen Schwarzen und als Disziplinierungsmittel Schwarzer durch schwarze Kollaborateure, sind nahezu abgeschafft. Ihre Verwaltungen sind pleite, denn die Bewohner zahlreicher Townships halten den Mietboykott seit Sommer 1984 aufrecht.

Damit ist ein wichtiges Herrschaftsmittel der Regierung vernichtet. Ferner gelingt es in immer mehr Townships, alternative Selbstverwaltungsstrukturen aufzubauen, die nicht von Pretoria kontrolliert werden. Auch dies entspricht den Losungen der ANC-Konferenz.

Mit dem Konsumentenboykott, der viele weiße Ladenbesitzer ruinierte, gelang es, diese Gruppe, die großteils zur sozialen Basis der regierenden Nationalen Partei (NP) gehört, in Gegnerschaft zur Regierung zu bringen. Nicht nur das Big Business, auch sie fordern Verhandlungen mit den Schwarzen.⁵

Anfang Dezember 1985 gelang es dem

ANC erstmals, Landminen auf Straßen des nördlichen Transvaal zu legen. Auf die Kohleverflüssigungsanlagen SASOL 2 und 3 richteten sich Raketenangriffe mit Geschossen, wie sie vom Umkhonto We Sizwe, dem bewaffneten Flügel des ANC, bis dahin nie angewandt worden waren. Die Zahl seiner militärischen Anschläge lag in den ersten drei Quartalen 1985 doppelt so hoch (93) als im ganzen Jahr 1984 (42).

Das US-Magazin Time schlußfolgert am 9.12.1985: „Ohne Warnung scheint die lange latent geführte 24jährige Guerillakampagne, die vom Afrikanischen Nationalkongreß gegen die Regierung geführt wird, in eine neue Phase eingetreten zu sein.“

Botha allerdings hat auf all diese Ent-

wicklungen nur sattsam bekannte Antworten.

Erstes und wichtigstes Instrument zur Niederhaltung des Widerstandes ist und bleibt der Terror gegen die schwarze Bevölkerung. Und wieder einmal soll eine neue Verfassung die Probleme lösen. Hierzu traf sich Staatspräsident Botha mit vier Führern sog. unabhängiger Homelands (Heimatländer bzw. Bantustans).

Im Januar 1986, nach der Eröffnung der Parlamentsperiode, will er die dort ausgearbeiteten Vorschläge dem Parlament unterbreiten. Sie lauten im groben: Unabhängigkeit für die Homelands falls diese sie wünschen, Staatsbürgerschaft für alle und allgemeines Wahlrecht in einem föderativen System. Voraussetzung für

seine Diskussionsbereitschaft mit den Schwarzen bzw. ihren Führern sei allerdings ein Gewaltverzicht.⁶

Die Forderung „eine Person, eine Stimme“ wurde sorgfältig umgangen und es ist offensichtlich, daß Botha an eine Art Minderheitenschutz oder Vorrecht für die weiße Bevölkerung denkt. Er hat also nicht viel aus der Niederlage seiner ersten Verfassungsreform (1983) gelernt. Südafrikas schwarze Bevölkerungsmehrheit hat jedenfalls schon mehrfach deutlich gemacht, daß sie mit diesen halbherzigen Lösungen nicht einverstanden ist.

Eine weitere Waffe wirft Pretoria heute in die Auseinandersetzungen, Häuptling Gatsha Buthelezis Inkatha-Bewegung. Sie organisierte im August 1985 gewalttätige Auseinandersetzungen, „Rassen“-

Grundsatzerklärung der Vereinigten Demokratischen Front (UDF)

Wir, das freiheitsliebende Volk von Südafrika, bekunden der ganzen Welt mit einer Stimme: Wir werden an der Vision eines vereinten demokratischen Südafrika auf der Grundlage des Volkswillens festhalten und durch vereinte Aktionen gegen das Übel der Apartheid und ökonomische und alle anderen Formen von Ausbeutung für die Einheit unseres ganzen Volkes eintreten und uns auf unserem Weg zu einem freien und gerechten Südafrika von diesen ehrenhaften Idealen leiten lassen:

Wir treten ein für die Schaffung einer wirklichen Demokratie, in der alle Südafrikaner an der Regierung unseres Landes teilnehmen werden.

Wir treten ein für ein einziges, nichtrassistisches, nicht zerstückeltes Südafrika, ein Südafrika frei von Bantustans und Group Areas.

Wir sagen: alle Formen der Unterdrückung und Ausbeutung müssen enden.

In Übereinstimmung mit diesen ehrenhaften Idealen schließen wir Community-, Frauen-, Studenten-, Religions-, Sport- und andere Organisationen und Gewerkschaften uns zusammen, um nein zur Apartheid zu sagen.

Wir sagen nein zu dem Verfassungsgesetz der Republik Südafrika – ein Gesetz, daß nur noch eine weitere undemokratische Verfassung im Land unserer Geburt schaffen wird. Wir sagen nein zu den Koornhofgesetzen, die

mehr und mehr afrikanische Menschen ihres Geburtsrechts berauben werden.

Wir sagen an diesem historischen Tag ja zur Geburt der Vereinigten Demokratischen Front.

Wir wissen, daß diese Regierung entschlossen ist, die Einheit unseres Volkes zu brechen, daß unser Volk sich größter Not gegenüber sehen wird, daß unser in rassistisch getrennten und abgelegenen Gebieten lebendes Volk von dem Reichtum, den es in den Städten produziert, abgeschnitten wird, daß Mieten und andere Grundkosten steigen werden und unser Lebensstandard sinken wird, daß die arbeitende Bevölkerung getrennt wird nach Rasse, Städtische von Ländlichen, Angestellte von Arbeitslosen, Männer von Frauen.

Niedrige Löhne, schlechte Arbeitsbedingungen, Angriffe gegen unsere Gewerkschaften werden andauern, Studenten werden weiterhin unter ungleicher Erziehung leiden, die dafür geschaffen wurde, ein Reservoir an billigen Arbeitskräften zu liefern.

Ethnische Kontrolle und ungleiche Möglichkeiten werden bleiben, Apartheid wird immer noch in unseren Klassenräumen zu spüren sein.

Das religiöse und kulturelle Leben unseres Volkes wird in Mitleidenschaft gezogen.

Die Sünden der Apartheid werden weiterhin die Kultur und die Religionen unseres Volkes prägen. Die Unterdrückung und Ausbeutung der Frauen wird weitergehen.

Frauen werden unter den neuen Paßgesetzen größere Not leiden, sie werden von ihren Kindern und Familien getrennt werden.

Armut und Unterernährung werden weiterhin das Familienleben zerrütten.

Die Hauptlast der Apartheid wird immer noch von unseren Familien getragen werden, nichtrassistischer Sport wird unter ihr leiden, es wird weniger Geld für den Bau von Sporteinrichtungen geben und Zwangstrennung wird nichtrassistischem Sport einen weiteren Schlag versetzen.

Wir wissen, daß Apartheid fortbestehen wird, daß weiße Herrschaft und Ausbeutung fortbestehen werden, daß Zwangsumsiedlungen, Group Areas und Bantustans bleiben werden.

Wir wissen, daß die ungleiche Verteilung von Land, Reichtum und Ressourcen des Landes nicht beendet sein wird, daß das Wanderarbeitersystem weiterexistieren wird, um Familienleben zu zerstören.

Wir wissen, daß die Regierung immer wieder falsche Führer benutzen wird, damit sie ihre Juniorpartner werden und uns kontrollieren. Unser Leben wird immer noch voll sein von Furcht vor Verfolgung, Bannungen, Festnahmen und Tod.

Eingedenk der Tatsache, daß die neuen Verfassungsvorschläge und Koornhof-Maßnahmen Apartheid und weiße Herrschaft weiter festigen werden, verpflichten wir uns, unser ganzes Volk zu vereinen, wo auch immer es sein mag, in den Städten und auf dem Land, in den Fabriken und Bergwerken, Schulen, Hochschulen und Universitäten, Häusern und Sportplätzen, Kirchen, Moscheen und Tempeln, um für unsere Freiheit zu kämpfen.

Wir beschließen daher, in unserem gemeinsamen Kampf Schulter an Schulter zu stehen und verpflichten uns zusammenzuarbeiten, um alle Community-, Arbeiter-, Studenten-, Frauen-, Religions- und andere Organisationen unter dem Banner der Vereinten Demokratischen Front zu organisieren und zu mobilisieren, unser Volk regelmäßig und gewissenhaft zu konsultieren und unerschrocken uns dafür einzusetzen, ihre Ansichten und Wünsche zu vertreten, alle überkommene Gefahren und die Notwendigkeit zur Einheit zu unterrichten, alle Organisationen des Volkes aufzubauen und zu festigen und in der Aktion gegen diese Gesetze und andere tagtäglich unser Volk betreffende Probleme gemeinsam zu handeln.

Und deshalb geloben wir, uns in dieser Vereinigten Demokratischen Front zusammenzuschließen und Seite an Seite gegen die Verfassungsvorschläge und die Koornhofgesetze der Regierung zu kämpfen.

Verabschiedet von der Gründungsversammlung der Vereinigten Demokratischen Front in Kapstadt am Wochenende des 20./21. August 1983.

(Quelle: Informationsdienst südliches Afrika, Bonn, Nr. 9/September 1983, S.21)

UDF



Archie Gumede, Präsident der UDF

kämpfe zwischen Indern und Schwarzen. Seinen Anhängern werden Mordanschläge und Drohungen gegen Mitglieder der Widerstandsorganisationen, vor allem der Vereinigten Demokratischen Front (UDF), vorgeworfen.⁷

Die wahre Ursache der Aufstände, die ständige Verschlechterung der Lebenssituation der schwarzen Bevölkerung durch die wirtschaftliche Krise vor dem Hintergrund rassistischer Benachteiligung und Unterdrückung soll verschleiert werden.

Die UDF hat wiederholt auf diese Gefahr hingewiesen. Der ANC gab am 30.8.

1985 eine Presseerklärung heraus, in der es heißt: „Indem die Inkatha-Führung sich dazu entschloß, den Rassisten in der Verfolgung und Unterdrückung von Mitgliedern der demokratischen Bewegung nachzueifern, hat diese sich in das Lager des Feindes gestellt. Der ANC weist die demokratische Bewegung und noch abseits stehende Teile der Unterdrückten, einschließlich der Basis von Inkatha, sowie die Weltöffentlichkeit auf die gefährliche Rolle Buthelezis und der Inkatha-Führer hin.“⁸

Buthelezi selbst sieht das anders. Er beharrt weiterhin auf seinem Führungsan-

spruch und sieht keine Lösung für Südafrika ohne seine Teilnahme.⁹

Eine Umfrage der südafrikanischen Tageszeitung Beeld bestätigt die Position des ANC. Buthelezi hat zwar in Natal/Kwa Zulu eine Unterstützung von 34% der Befragten, „doch der ANC (19%), Bischof Tutu (8%) sowie die UDF (10%) zusammengenommen erhielten ebenso viele Stimmen“. In den städtischen Gebieten mit hohem Anteil an Zulus ist Buthelezis Basis schon bedeutend geringer (Buthelezi 11%, ANC 29%, Tutu 13% und UDF 13%). Landesweit findet er nur bei 3% Rückhalt.¹⁰

Afrikanischer Nationalkongreß (ANC) Appell an die internationale Gemeinschaft



Antiapartheiddemonstration in London

Die 2. Nationale Konsultativkonferenz des Afrikanischen Nationalkongresses, an der über 250 Delegierte teilnehmen, grüßt alle unsere Freunde auf der ganzen Welt, alle, die uns unterstützen und unserem Kampf Erfolg wünschen, herzlich und brüderlich. Eure fortwährende entschlossene Unterstützung unseres Kampfes spornt uns dazu an, den Kampf für die Befreiung unseres Vaterlandes mit noch größerer Energie und Entschlossenheit fortzuführen. Wir sind davon überzeugt, daß wir im gemeinsamen Handeln mit Euch unser heiß ersehntes Ziel erreichen werden — die Befreiung unseres Landes und der Welt von dem Übel der Apartheid, das schon viel zu lange bestanden hat.

Mit Beifall und Begeisterung begrüßten wir die zahlreichen Absichts- und Freundeschaftserklärungen, die wir von Staatsoberhäuptern und Außenministern, politischen Parteien, Gewerkschaften, religiösen Organisationen, Studenten-, Jugend- und Frauenverbänden, der Friedens- und Solidaritätsbewegung und internationalen Organisationen erhalten haben.

In unseren Herzen nahm die bewegende Botschaft, die wir aus dem Pollsmoor- und dem

Robben-Insel-Gefängnis erhielten und die im Namen unserer eingekerkerten Führer von Nelson Mandela unterzeichnet war, einen besonderen Platz ein.

Zusammen mit unseren in den rassistischen Kerkern gefangengehaltenen Mitgliedern bringen wir unsere tief empfundene Dankbarkeit gegenüber den Millionen von Menschen zum Ausdruck, die unseren Kampf und unsere Bewegung unterstützen. Während sich die Terroristen in Pretoria dem Haß und dem Zorn der Menschheit gegenübersehen, wird dem ANC im Land selbst und im Ausland immer größere Unterstützung zuteil.

In den Fabriken und Minen, in den Schulen und Vorstädten Südafrikas hat sich das Volk erhoben. Das rassistische Kolonialregime beantwortet die legitimen Forderungen unseres Volkes mit wachsender Gewalt, und es exportiert diese Gewalt in die Staaten des Südlichen Afrika. Der Terrorismus geht vom Rassistenregime aus. Eine weitere Zusammenarbeit mit den Rassisten ist gleichbedeutend mit einer aktiven Unterstützung und damit ebenso großer Verantwortung für den Tod und die Zerstörung, die sie in unserem Land säen.

Wir beschuldigen jene westlichen Länder und ihre multinationalen Unternehmen, die aktiv mit dem Regime zusammenarbeiten, der Komplizenschaft bei der Durchführung der verbrecherischen Apartheidpolitik. Die Zeit ist gekommen, um jegliche Zusammenarbeit mit den Rassisten einzustellen und dem ANC, der Vorhut des unterdrückten südafrikanischen Volkes, umfassende Unterstützung zu gewähren.

Das Rassistenregime hält Namibia weiterhin unrechtmäßig besetzt. Wir sind überzeugt, daß das Volk von Namibia, angeführt von unseren Waffengefährten der SWAPO (Südwestafrikanische Volksorganisation; d. Red.), bald vom rassistischen kolonialen Joch befreit sein wird. Obgleich sie den Anspruch stellen, für Frieden und Vernunft einzutreten, setzen die Mörder in Pretoria ihre barbarische Aggression gegen die Nachbarstaaten fort. Die jüngsten feigen und brutalen Angriffe auf südafrikanische Flüchtlinge und Staatsbürger von Botswana sind ein klarer Beweis dafür, daß das Rassistenregime nie eine Friedenskraft sein kann. Unsere Region wird erst dann zu einer Zone des Friedens werden, wenn wir den Urheber der Aggression — das rassistische Kolonialsystem — ver-

nichtet haben.

Wir sind uns unserer ungeheuren Verantwortung gegenüber den Völkern des Südlichen Afrika bewußt. Unsere unmittelbare Aufgabe besteht darin, den Kampf auf neuen und sogar noch höheren Stufen zu entfalten. Die Unterdrückten haben mit ihren Massenerhebungen in verschiedenen Teilen unseres Landes gezeigt, daß sie weder ihre Kraft noch ihr Leben im Kampf für die nationale Befreiung schonen werden.

Die Apartheid kann nicht reformiert werden. Sie muß beseitigt werden. Dieses Verbrechen gegen die Menschlichkeit auszulöschen, erfordert einen ständigen entschlossenen Kampf des Volkes und der internationalen Gemeinschaft. Es darf kein „konstruktives Engagement“ geben, sondern nur völlige Ablehnung des Rassistenregimes und aktive Unterstützung für und Solidarität mit unserem Kampf und dem ANC.

In diesem Jahr, in dem sich die Zerschlagung des Faschismus und die Gründung der Vereinten Nationen zum 40. Mal jähren, rufen wir die internationale Gemeinschaft auf, ihren Versprechen und Verpflichtungen gemäß der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, der Charta der Vereinten Nationen und allen Verträgen und Abkommen nachzukommen und die Abschaffung der verbrecherischen Apartheid zu fordern.

- Verstärkt die Kampagne zur Isolation des rassistischen Südafrika im wirtschaftlichen, politischen, diplomatischen, militärischen, Bildungs- und Kulturbereich!
 - Verhängt durch den UN-Sicherheitsrat verbindliche Sanktionen!
 - Beendet jegliche nukleare Zusammenarbeit mit dem Apartheidregime!
 - Fordert die sofortige und bedingungslose Freilassung Nelson Mandelas und aller anderen politischen Gefangenen!
 - Verstärkt die diplomatische, finanzielle und materielle Unterstützung und entwickelt die Solidarität mit dem ANC!
 - Fordert die sofortige Unabhängigkeit Namibias!
 - Fordert die Beendigung der Aggression des Rassistenregimes gegen die Frontstaaten und Lesotho!
 - Laßt diesen unschuldigen Opfern von faschistischer Aggression und Expansionismus jede nur mögliche Unterstützung zukommen!
- (Quelle: Mayibuye, Lusaka, Nr. 5-6/1985, S. 11-12)

Umgekehrt bestätigte die Umfrage erneut die breite Anerkennung, die der ANC trotz seines Verbots unter den Schwarzen hat. Auch die UDF, deren Spektrum von ANC-Prominenten über Gewerkschaftsführer bis hin zu einflussreichen kirchlichen Kreisen reicht, hat eine stabile Basis unter der Bevölkerung gewonnen.

Ein weiteres Indiz für die Stärke der UDF und für ihre „Gefährlichkeit“ – wie die Herrschenden es sehen –, sind die unterschiedlichsten Angriffe gegen diese Organisation. Sie reichen von den erwähnten Aktionen Inkathas bis hin zum Versuch, die organisatorische Struktur durch gezielte Verhaftungen von und Morden an UDF-Führern auf allen Ebenen zu zerschlagen.

Daß es die Regierung Botha bislang nicht wagte, dieses Bündnis von mehr als 700 Organisationen kurzerhand zu verbieten oder zu bannen, ist Ausdruck sowohl der Kraft des Widerstandes als auch der gewachsenen internationalen Isolierung des Apartheidstaates, der bei einem solchen Schritt noch mehr Druck aus dem Ausland fürchten muß.

Auch dies markiert einen wichtigen Unterschied der politischen Lage des Landes zu früher. Denn bei vorausgegangenen Krisen griff die Regierung in Pretoria mehrmals zur Waffe der Illegalisierung des Widerstandes: 1960 wurde der ANC verboten, 1977 traf es die Organisationen der Bewegung Schwarzes Bewußtsein (BCM). In der heutigen Situation hat das Rassenregime bisher nur zu selektiver Repression gegen die Organisationen des Widerstandes gegriffen. Am 28.8.1985 wurde der Kongreß südafrikanischer Schüler (COSAS), Mitglied der UDF, verboten.

Gegen 16 Führer der UDF wurde ein



12 der 16 wegen „Hochverrats“ angeklagten UDF-Führer wurden am 9. 12. 1985 freigeekämpft

Hochverratsprozeß angestrengt. Hierbei konnte die UDF einen Teilerfolg erringen. Am 9.12.1985 wurde die Anklage gegen 12 von ihnen fallengelassen.¹¹ Es gab staatlicherseits keine Begründung für diese Entscheidung, die deutlich zeigt, daß die Regierung Botha zu Zugeständnissen gegenüber der oppositionellen Massenbewegung gezwungen ist. Vielleicht hofft sie auch, damit von deren wichtigster Forderung – bezogen auf die politischen Gefangenen – abzulenken: sofortige und bedingungslose Freilassung des ANC-Führers Nelson Mandela. Zudem blieben vier der ehemals 16 Anklagen bestehen. Es ist sicher kein Zufall, daß die vier Betroffenen allesamt Gewerkschaftsvertreter sind: Sisa Njikalemi, Sam Kikine, Isaac Ngcobo und Thozamile Gqweta. Offenbar sucht Pretoria vorab, die Arbeiterbewegung einzuschüchtern, sie von einer weiteren Radi-

kalisierung abzuschrecken.

Die Tatsache, legal zu sein, ermöglicht der UDF – trotz aller Einschränkungen – ein offenes Auftreten, was für die Verbreiterung des Widerstandes und die Mobilisierung von großer Bedeutung ist. Sie leistet gegenwärtig den Hauptteil der Mobilisierung und Organisation von Massenaktionen, wie des Konsumboykotts usw. (eine detailliertere Einschätzung der UDF siehe in: AIB 10/1985, S. 4ff.).

Allerdings ist die UDF nicht die einzige derzeit legal arbeitende Organisation. Wichtigstes Bündnis neben der UDF ist das Nationale Forum (NF), das in Traditionen der Bewegung Schwarzes Bewußtsein wurzelt. Dies ist einer der Gründe, warum das NF die Zusammenarbeit mit weißen Organisationen ablehnt und nur mit Einzelpersonlichkeiten für möglich und richtig hält. Jedes weitere Zusammengehen mit Weißen, aber auch mit Mittelstandorganisationen der Schwarzen, ist nach Ansicht des NF schädlich für den Befreiungskampf, wohingegen ANC und UDF mit allen Kräften, die gegen die Apartheid sind, zusammenarbeiten.

Während UDF und ANC als absolute Priorität des gegenwärtigen Kampfes die Abschaffung der Apartheid betrachten, setzt das NF schon heute für Südafrika einen nicht näher definierten Sozialismus auf die Tagesordnung.

Abschaffung der Apartheid heißt für den ANC und weite Teile der UDF erst einmal: Erfüllung der Prinzipien der Freiheitscharta von 1955 (Wortlaut siehe Kasten). Neben dem wichtigsten Prinzip der Gleichheit aller, unabhängig von Geschlecht, Hautfarbe und Weltanschauung, steht im Mittelpunkt die Durchsetzung wirtschaftlich-politischer Maßnahmen, die eine gerechtere Wirtschaft für das Land garantieren und die heutige

Einheit des Umkhonto we Sizwe, der 1985 seine Aktivitäten mehr als verdoppelte



Freiheitscharta Südafrikas

Wir, das Volk von Südafrika, erklären vor unserem Land und der Welt:

Südafrika gehört allen, die darin leben, Schwarzen und Weißen; und keine Regierung kann sich als rechtmäßig betrachten, solange ihr Mandat nicht auf dem Willen des Volkes beruht;

unser Volk ist seiner angestammten Rechte auf Land, Freiheit und Frieden durch ein Regierungssystem beraubt worden, das auf Ungerechtigkeit und Ungleichheit beruht; unser Land wird niemals erblühen noch frei sein, solange nicht alle seine Bewohner brüderlich zusammenleben und gleiche Rechte und Möglichkeiten genießen;

nur ein demokratischer Staat, der sich auf den Willen des Volkes gründet, kann allen ihre unveräußerlichen Rechte ohne Unterscheidung nach Hautfarbe, Rasse, Geschlecht oder Glauben garantieren.

Deshalb beschließen wir, das Volk von Südafrika, Schwarze und Weiße gemeinsam, gleichermaßen Landsleute und Brüder, diese Freiheitscharta.

Wir verpflichten uns, gemeinsam danach zu streben und weder Kraft noch Mühe zu scheuen, bis die hier dargelegten demokratischen Veränderungen verwirklicht sind.

Das Volk soll regieren!

Jeder Mann und jede Frau sollen das Recht haben zu wählen, Kandidaten für alle gesetzgebenden Körperschaften aufzustellen und selbst für diese Organe zu kandidieren.

Alle sollen das Recht haben, an der Verwaltung des Landes teilzunehmen.

Alle Menschen sollen, gleich welcher Rasse, Hautfarbe oder welchen Geschlechts, die gleichen Rechte haben.

Alle Organe der Minderheitsregierung, Beratungsausschüsse, Räte und Behörden, sollen durch demokratische Selbstverwaltungsorgane ersetzt werden.

Alle nationalen Gruppen sollen die gleichen Rechte haben!

Alle nationalen Gruppen und Rassen sollen in den Institutionen des Staates, vor Gericht und in den Schulen einen gleichberechtigten Status einnehmen.

Alle Menschen sollen das Recht haben, ihre eigene Sprache zu sprechen und ihre eigenen Volkskulturen und Bräuche zu pflegen.

Alle nationalen Gruppen sollen durch Gesetz gegen Beleidigungen ihrer Rasse und ihres Nationalstolzes geschützt werden.

Die Propagierung und Praktizierung nationalisistischer, rassistischer oder auf der Hautfarbe begründeter Diskriminierung und Geringschätzung wird als Verbrechen bestraft. Alle Apartheidgesetze und -praktiken sollen beseitigt werden.

Das Volk soll am Reichtum des Landes teilhaben!

Der nationale Reichtum unseres Landes, das Erbe aller Südafrikaner, soll dem Volk zurückgegeben werden.

Die Bodenschätze, die Banken und die Monopolindustrie sollen in den Besitz des ganzen Volkes übergehen.

Alle anderen Industrie- und Handelsunternehmen sollen im Interesse des Gemeinwohls kontrolliert werden.

Alle Menschen sollen das gleiche Recht haben, Handel zu treiben, wo sie es wünschen, einem Gewerbe nachzugehen und jedes Handwerk und jeden Beruf frei zu ergreifen. **Das Land soll unter die Verteilt werden, die es bebauen!**

Beschränkungen des Bodenbesitzes aufgrund von Rassenzugehörigkeit sollen aufgehoben und aller Grund und Boden unter die aufgeteilt werden, die ihn bebauen, um

Hungersnöte zu vermeiden und die Landlosigkeit zu beenden.

Der Staat soll den Bauern mit Arbeitsgeräten, Saatgut, Traktoren und durch die Anlegung von Deichen helfen, den Boden zu erhalten und die Landbevölkerung unterstützen.

Freizügigkeit soll allen, die auf dem Lande arbeiten, gewährt werden.

Alle sollen das Recht haben, Land dort zu besitzen, wo sie es wünschen.

Niemand soll seines Viehs beraubt werden. Zwangsarbeit und Gefängnisfarmen sollen abgeschafft werden.

Alle sollen vor dem Gesetz gleich sein!

Niemand soll ohne ein ordentliches Gerichtsverfahren inhaftiert, deportiert oder mit Aufenthaltsbeschränkungen belegt werden. Niemand soll auf Anordnung irgendeines Regierungsbeamten hin verurteilt werden. Die Gerichte sollen sich aus Repräsentanten des ganzen Volkes zusammensetzen.

Haftstrafen sollen nur bei ernsten Verbrechen gegen das Volk verhängt werden und Umerziehung, nicht Vergeltung zum Ziel haben.

Polizei und Armee sollen zu gleichen Bedingungen zugänglich und sie sollen Helfer und Beschützer des Volkes sein.

Alle Gesetze, die auf Diskriminierungen der Rasse, der Hautfarbe oder des Glaubens basieren, sollen für ungültig erklärt werden. **Alle sollen die gleichen Menschenrechte genießen!**

Das Gesetz soll allen das Recht auf Meinungs-, Organisations-, Versammlung- und Pressefreiheit sowie die Freiheit der Predigt, des Gottesdienstes und der Erziehung der Kinder gewähren.

Die Unverletzlichkeit der Wohnung gegen polizeiliche Durchsuchungen soll durch Gesetz garantiert werden.

Alle sollen das Recht haben, ohne Einschränkung zwischen Land und Stadt, von Provinz zu Provinz und von Südafrika ins Ausland zu reisen.

Paßgesetze, Aufenthaltsgenehmigungen und alle anderen Gesetze, die diese Freiheiten einschränken, sollen abgeschafft werden.

Es soll Arbeit und soziale Sicherheit geben! Alle, die arbeiten, sollen nach freiem Willen Gewerkschaften bilden, Funktionäre wählen und Tarifverträge mit den Unternehmen schließen können.

Der Staat soll für jedermann das Recht auf Arbeit und die Pflicht zur Arbeit sowie das Recht auf volle Arbeitslosenunterstützung anerkennen.

Männer und Frauen aller Rassen sollen gleichen Lohn für gleiche Arbeit erhalten.

Die 40-Stunden-Woche soll eingeführt werden; ebenso ein einheitlicher Mindestlohn, bezahlter Jahresurlaub, Krankenurlaub für alle Arbeiter und für alle arbeitenden Mütter ein Schwangerschaftsurlaub bei voller Bezahlung.

Bergarbeiter, Hausangestellte, Farmarbeiter und Verwaltungsbeamte sollen dieselben Rechte wie alle anderen haben, die arbeiten. Kinderarbeit, Kasernierung von Arbeitern, das „tot-System“ und die Kontraktarbeit sollen abgeschafft werden.

Die Türen zu Bildung und Kultur sollen geöffnet werden!

Die Regierung soll im Interesse der Bereicherung unseres kulturellen Lebens nationale Begabungen entdecken, entwickeln und fördern.

Alle Kulturschätze der Menschheit sollen allen durch den ungehinderten Austausch von Büchern, Ideen und Kontakt mit anderen

Ländern zugänglich sein.

Das Ziel der Erziehung soll sein, die Jugend zur Liebe zu ihrem Volk und seiner Kultur, zur Achtung der Menschen, der Freiheit und des Friedens zu erziehen.

Schulbildung soll für alle Kinder kostenlos, obligatorisch, umfassend und gleich sein.

Höhere Schulbildung und Berufsausbildung sollen allen mit Hilfe staatlicher Zuschüsse und Stipendien nach dem Leistungsprinzip zugänglich sein. Das Analphabetentum unter Erwachsenen soll durch einen umfassenden, staatlichen Bildungsplan überwunden werden.

Die Lehrer sollen die gleichen Rechte wie alle anderen Bürger genießen.

Rassenschranken im kulturellen Leben, im Sport und im Erziehungswesen sollen beseitigt werden.

Wohnungen, Sicherheit und Wohlstand sollen geschaffen werden!

Jeder Mensch soll das Recht auf freie Wahl des Wohnortes, auf menschenwürdige Unterkunft haben sowie das Recht, mit der Familie in Wohlstand und sozialer Sicherheit zu leben.

Ungenutzter Wohnraum soll zur Verfügung gestellt werden.

Mieten und Preise sollen gesenkt werden, Lebensmittel reichlich vorhanden sein, niemand soll hungern.

Ein System staatlicher Gesundheitsvorsorge soll geschaffen werden.

Kostenlose ärztliche Versorgung und Krankenhausbehandlung sollen allen gewährt werden. Besondere Fürsorge soll den Müttern und Kleinkindern gelten.

Die Slums sollen abgerissen und neue Wohnviertel erbaut werden, die über ausreichende Verkehrsverbindungen, Straßen, Stromversorgung, Spielplätze, Kinderkrippen und soziale Einrichtungen verfügen.

Der Alten, Waisen, Invaliden und Kranken soll sich der Staat annehmen.

Alle sollen Anspruch auf Freizeit, Entspannung und Erholung haben.

Es soll keine eingezäunten Gebiete und Gettos mehr geben.

Gesetze, die Familien zwingen, getrennt zu leben, sollen aufgehoben werden.

Frieden und Freundschaft sollen herrschen! Südafrika soll ein vollkommen unabhängiger Staat sein, der die Rechte und die Souveränität anderer Staaten respektiert.

Südafrika soll einen Beitrag zur Erhaltung des Weltfriedens und zur Beilegung internationaler Konflikte auf dem Verhandlungswege und nicht durch Krieg leisten.

Frieden und Freundschaft zwischen allen Südafrikanern sollen durch die Respektierung gleicher Rechte und Möglichkeiten sowie des gleichberechtigten Status aller gesichert werden.

Die Bewohner der Protektorate — Basutoland, Betschuanaland, Swasiland — sollen in Freiheit selbst über ihre Zukunft entscheiden.

Das Recht aller Völker Afrikas auf Unabhängigkeit und Selbstbestimmung soll anerkannt werden und die Grundlage für eine enge Zusammenarbeit bilden.

Alle, die ihr Volk und ihr Land lieben, mögen gemeinsam mit uns bekennen:

Für diese Freiheiten wollen wir Seite an Seite unser Leben lang kämpfen, bis wir unsere Freiheit errungen haben.

Verabschiedet vom historischen Volkskongreß in Kliptown am 26.6.1955 als Grundsatzprogramm des nationalen Befreiungskampfes in Südafrika

Ausbeutung vor allem der schwarzen Arbeiterklasse durch südafrikanische und internationale Monopole beenden.

Oliver Tambo, Präsident des ANC, unterstrich dies in einem Interview, das der Herausgeber der liberalen südafrikanischen Zeitung Cape Times, Anthony Heard, mit ihm führte. Auf die Frage nach den Wirtschaftskonzepten des ANC für ein freies Südafrika antwortete er:

„Was wir tun, ist, das zu interpretieren, was in der Charta steht. Wir haben nicht versucht, davon irgendwie abzuweichen. Wir setzen dort an, wo die Charta uns die Richtlinien aufzeigt, und im weitesten Sinne läuft die Interpretation darauf hinaus, daß der Staat einige Industriebereiche zu kontrollieren hat, einzig und allein mit Rücksicht darauf, eine faire Verteilung unseres Reichtums zu gewährleisten, und ich bin der Ansicht, daß die Leute, die die Charta entworfen haben, dies im Auge hatten...“¹²

Zwischen UDF- und NF-Gruppen kam es anlässlich des Besuchs des US-Senators Edward Kennedy im Februar 1985 zu Auseinandersetzungen, die teilweise gewaltsam verliefen.

Das NF begriff den Besuch des US-Senators nicht als Unterstützung des Kampfes gegen die Apartheid, sondern als bloßes Manöver eines imperialistischen Politikers, der eine bestimmte Fraktion des US-amerikanischen Kapitals vertritt. Die UDF-Führung hingegen traf sich mit E. Kennedy. Und Winnie Mandela, die Ehefrau des inhaftierten ANC-Führers Nelson Mandela, hatte ein spektakuläres Treffen mit ihm.

Dialog der Apartheidgegner

Nach den Auseinandersetzungen kam es zu Gesprächen zwischen beiden Bündnissen, die auf eine Vereinheitlichung des Widerstands über die politischen und weltanschaulichen Unterschiede hinwegzielten. Inzwischen gibt es einen konstruktiven Dialog zwischen den Gruppierungen.¹³

Auch der ANC hat die Bedeutung der Einheit des Widerstandes wiederholt betont, so auf der Konferenz in Sambia. Bereits im Mai 1985 erklärte Oliver Tambo, es müsse diesen Dialog geben. Er unterstrich jedoch weiterhin: „Um dieses Ziel (die Abschaffung der Apartheid; d. Red.) zu erreichen, müssen wir in den Kampf alle demokratischen Kräfte aus allen rassischen Gruppen und Klassen unserer Bevölkerung einbeziehen. Über dieses Prinzip kann es keinen Kompromiß geben.“¹⁴

ANC und UDF räumen damit den Indern und Farbigen einen gleichberechtigten Platz im Prozeß der nationalen Befreiung ein. Für die Führungskräfte der NF-Organisationen hingegen sind enge Bündnis-

Mandela befreien !



Nelson Mandela muß unverzüglich und bedingungslos freigelassen werden! Telegramme, Briefe, Solidaritätserklärungen mit dieser Forderung treffen nahezu jeden Tag aus allen Teilen der Welt in Südafrika ein.
UNO-Generalsekretär Javier Pérez de Cuéllar

forderte im August 1985 von der Regierung Botha die Freilassung des 67jährigen, seit 23 Jahren eingekerkerten ANC-Führers und der anderen politischen Gefangenen des Apartheidstaates. Und er sandte ein Solidaritätstelegramm an Winnie Mandela, die gebannte Ehefrau des Langzeitgefangenen. Der Präsident des neugegründeten Gewerkschaftsdachverbandes COSATU, Elijah Barayi, forderte auf einer Beerdigung von Opfern des rassistischen Terrors u.a. die unverzügliche Freilassung Mandelas und die Aufhebung des ANC-Verbots.

Die Kampagne „Laßt Mandela frei!“ ist fester Bestandteil der zahlreichen Widerstandsaktionen der Anti-Apartheid-Bewegung in Südafrika selbst. Mandela richtete an die 2. beratende Konferenz des ANC vom Juni 1985 namens aller inhaftierten Führer dieser Organisation eine Botschaft, in der es heißt: „Insbesondere teilen wir uneingeschränkt die Ansicht, daß der ANC das politische Massenbewußtsein auf eine noch nie da gewesene Stufe gehoben hat. In diesem Sinne senden wir Euch unsere Grüße und besten Wünsche. Über die Meilen hinweg reichen wir Euch die Hände.“

Als Teil der internationalen Handreichung versteht sich auch die AIB-Postkartenaktion „Freiheit für Nelson Mandela“ (Vordruck siehe Hefmitte).

vorstellungen typisch. Zake Mofokeng, Vertreter der Azanischen Volksorganisation (AZAPO): „Die AZAPO war auch die treibende Kraft bei der Gründung des Nationalen Forums, eines Forums für Diskussionen und Beratungen aller Organisationen des Schwarzen Bewußtseins.“¹⁵

Der ANC wie bedeutende Teile der UDF betrachten die Freiheitscharta von 1955 als das Grundlagendokument ihrer Politik. Und in dieser ist ausdrücklich festgeschrieben: „Südafrika gehört allen, die darin wohnen.“ Dies schließt auch die Weißen mit ein.

Der ANC ist heute neben der ihm verbündeten Südafrikanischen Kommunistischen Partei (SACP) und den legalen Organisationen die einzige Gruppe, die über eine arbeitsfähige Struktur innerhalb des Landes verfügt. Der ebenfalls 1960 verbotene Panafrikanische Kongreß (PAC) hingegen operiert fast nur noch im Exil.¹⁶

Deutlichstes öffentliches Indiz für die Präsenz und Arbeit des ANC im Inland sind seit Jahren die ausschließlich von ihm getragenen bewaffneten Aktionen sowie die Vielzahl von Prozessen, die gegen seine Mitglieder geführt werden. Seit Beginn der Volkserhebungen in den Townships im Sommer 1984 sind auch immer wieder Fahnen des ANC auf politischen Kundgebungen zu sehen und seine Losungen zu hören.

So konnte die ANC-Konferenz vom Juni 1985 nicht nur eine positive Bilanz für den Befreiungskampf in Südafrika all-

gemein ziehen, sondern auch für die eigene Organisation, ihre Verankerung in Volk und Widerstand.

Es ist dem ANC 1984/85 zunehmend gelungen, alle Kampfformen des Befreiungskampfes zu kombinieren, die politische und diplomatische Arbeit mit bewaffneten Aktionen zu verknüpfen. Priorität hat für diese Strategie der politische Kampf, in den alles andere, auch die bewaffneten Aktionen eingebunden sind. Hierin und im Zusammenwirken aller Apartheidgegner sieht der ANC die Chance, das Apartheidregime zu überwinden.

Anmerkungen:

- 1) Daten nach: Süddeutsche Zeitung (SZ), 24.11.1985 und 2.12.1985
- 2) Laut: Time, New York, 16.12.1985
- 3) Brian Levy, Industrialisation and Inequality in South Africa, Cape Town 1981, S. 16
- 4) ANC (Hrsg.), Sechaba, London, Mai 1984, S. 27/28
- 5) ANC-Informationbulletin (IB), Bonn Nr. 7, September 1985, S.29
- 6) Frankfurter Rundschau, 2.12.1985; SZ, 2.12.1985
- 7) Informationsdienst Südliches Afrika (ISSA), Bonn, Nr. 6/1985, S. 9 und 11
- 8) Ebenda, S. 10
- 9) U.S. News & World Report, Washington, 1.12.1985
- 10) IB, Nr. 9, November 1985, S.34
- 11) SZ, 10.12.1985
- 12) Monitor-Dienst, 8.11.1985, S.6
- 13) ISSA, Nr. 6/1985, S.11
- 14) ISSA, Nr. 5, 1985, S.24
- 15) kämpfendes Afrika, Zürich, November 1985, S.9
- 16) Vgl. H. Orbon, Die Lage der Schwarzen in Südafrika/Azania, Berlin 1980, S. 531

Kommuniqué der 2. Nationalen Konsultativkonferenz des ANC

Die 2. Nationale Konsultativkonferenz des ANC (in Kabwe/Sambia; d. Red.) hat stattgefunden. Sie begann am 16. Juni, dem 9. Jahrestag des Aufstandes von Soweto von 1976, und endete am 23. Juni 1985. (...)

Das Motto unserer Konferenz war: Von der Konferenz zum Sieg. Deshalb bestanden die Hauptaufgaben unserer Konferenz darin, die Situation, insbesondere in Südafrika, einzuschätzen und die Maßnahmen zu beschließen, die wir ergreifen müssen, um das Apartheidregime zu besiegen. Wir charakterisierten die Konferenz als Kriegsrat – aus dem naheliegenden Grund, daß noch während der Eröffnung unseres Treffens das fortwährende Massaker an unserem Volk, das in unseren Gedanken breiten Raum einnahm, durch die Invasion in Botswana und die Ermordung Unschuldiger in Gaborone einen neuen Höhepunkt erfuhr. Ob wir den Krieg wollten oder nicht – das Regime in Pretoria zeigte uns mit seinem Vorgehen, daß wir nur eine einzige Möglichkeit haben, das Blutvergießen zu beenden: in den Krieg zu ziehen.

Auch unsere inhaftierten Führer, deren Freilassung Botha noch immer ablehnt, haben sich auf unserer Konferenz zu Wort gemeldet. Wenige Tage vor dem Beginn der Konferenz hatten wir eine Botschaft von unseren Führern aus den Gefängnissen von Pollsmoor und Robben Island erhalten, die stellvertretend für alle von Nelson Mandela unterzeichnet war. (...) Und die Konferenz „arbeitete die Richtlinien für unser künftiges Voranschreiten aus“. Worin bestehen diese Richtlinien?

Unsere Konferenz war der einhelligen Meinung, daß das Botha-Regime nach wie vor entschlossen ist, das Apartheidssystem der weißen Minderheitsherrschaft mit Waffengewalt zu verteidigen. Dementsprechend kam sie überein, daß es keinen Grund gibt, unsere allgemeine Strategie zu ändern, die das Ziel der Machtübernahme durch das Volk über die Verbindung von politischem Massenkampf und bewaffnetem Kampf verfolgt.

Sie war jedoch auch der Meinung, daß die Möglichkeit eines Sieges heute größer ist, als sie es jemals in unserer Geschichte war. Dies erfordert eine deutliche und unverzügliche Verstärkung unserer umfassenden politischen und militärischen Offensive. Die Massen unseres Volkes befanden und befinden sich in einem Kampf von historischer Bedeutung, der darauf gerichtet ist, die Apartheid funktionsunfähig und das Land unregierbar zu machen. Sie schaffen die Bedingungen für eine Eskalierung unseres Angriffs, die zu einer Situation führen wird, in der wir imstande sein werden, das Apartheidregime zu stürzen.

Die Delegierten hielten es für lebenswichtig, daß wir alle für eine weitere Stärkung von ANC und Umkhonto We Sizwe notwendigen Maßnahmen ergreifen, um den Erfordernissen der Situation und den Forderungen unseres Volkes nach einer verstärkten und koordinierten politischen und militärischen Offensive Rechnung zu tragen.

Die Konferenz beschloß auch, daß wir eine Verhandlungslösung für die Südafrika-Frage nicht einmal in Betracht ziehen können, solange unsere Führer in den Gefängnissen sitzen. Sie war sich einig, daß wir unsere Kampagne für die sofortige und bedingungslose Freilassung dieser Führer fortsetzen sollten.

Die Konferenz war der Meinung, daß in der in Südafrika herrschenden Situation, die von einer Krise des Apartheidsystems gekennzeichnet ist, die Freiheitscharta die Basis für eine



Oliver Tambo, auf der Konferenz bestätigter ANC-Präsident

Erfüllung der Wünsche und Hoffnungen der überwiegenden Mehrheit unseres Volkes darstellt. Diesbezüglich kamen die Teilnehmer überein, daß es wichtig ist, so viele Weiße wie möglich für uns zu gewinnen. Wir sollten auch weiterhin in unserem Widerstand und unserem Kampf gegen die Bantustans sowie gegen das Drei-Kammern-Parlament und ähnliche Institutionen der Apartheid festhalten. Wir müssen auch in Zukunft die Alternative eines vereinigten, demokratischen und nicht-rassistischen Südafrika aufzeigen.

Die Konferenz bekräftigte die von unseren eingekerkerten Führern geäußerte Ansicht zur Bedeutung der Einheit. In einem an unser Volk gerichteten Aufruf sagten die Delegierten: „Diejenigen von uns, die wirkliche Befreier sind, sollten sich nicht gegenseitig bekämpfen. Lassen wir es nicht zu, daß es dem Feind mit seinen schmutzigen Tricks gelingt, uns gegeneinander aufzuhetzen.“

Die Konferenz unterstrich und würdigte den Beitrag, den die Vereinigte Demokratische Front zur Stärkung der Einheit der demokratischen Bewegung unseres Landes geleistet hat, und verurteilte die Verhaftung und Verfolgung ihrer Führer und Aktivisten.

Die Teilnehmer stimmten auch darin überein, daß diese Einheit in den Massenaktivitäten unseres Volkes gegen das Apartheidregime Ausdruck finden muß. Es ist also wichtig, daß unser gesamtes Volk, in den Städten, auf dem Land und auch in den Bantustans organisiert und mobilisiert wird. Den schwarzen Arbeitern kommt in dieser Hinsicht besondere Bedeutung zu. Sie sind, wie wir bereits früher gesagt haben, das Rückgrat und die führende Kraft in unserem Kampf für nationale Befreiung.

Die Konferenz nahm auch eine Einschätzung der internationalen Lage vor. Sie kam überein, daß wir unser System internationaler Beziehungen weiter ausbauen und auch auf Regionen, Länder und Regierungen ausdehnen sollten, mit denen wir bisher noch keinen Kontakt hatten. Sie forderte die internationale Gemeinschaft auf, „das weiße Minderheitsregime für unrechtmäßig zu erklären“.

Bezüglich der konkreten Frage der geplanten Tournee des neuseeländischen Rugbyteams durch Südafrika bekräftigte die Konferenz, daß „sollte die Tournee stattfinden, die Ver-

antwortung für alle nachteiligen Konsequenzen für Neuseeland, seinen Ruf und seine zukünftige Teilnahme an internationalen Sportveranstaltungen ebenso wie für jegliche Gefährdung des Lebens der Spieler allein beim neuseeländischen Rugbybund liegt“. Sie begrüßte zwar die Ablehnung der Tournee seitens der neuseeländischen Regierung, forderte diese jedoch gleichzeitig auf, weitere Maßnahmen zu ergreifen, um die Reise zu verhindern.

Die Konferenz richtete u.a. auch Grußbotschaften an alle Frontstaaten, an Lesotho, die OAU (Organisation für Afrikanische Einheit; d. Red.) und die SWAPO (Südwesafrikanische Volksorganisation; d. Red.). Sie einigte sich auch auf einen Appell an die internationale Gemeinschaft. Der Konferenz gingen zahlreiche Solidaritätsadressen der internationalen Gemeinschaft, von Regierungen und Organisationen aus allen Erdteilen zu, darunter Botschaften der Präsidenten von Botswana, Algerien, der Deutschen Demokratischen Republik, von Guinea-Bissau und Senegal; den Außenministern Finnlands, Ghanas und Zimbabwes; den Zentralkomitees bzw. den entsprechenden Gremien der ZANU (PF), der FRELIMO-Partei, der britischen Labour Party, der schwedischen Sozialdemokratischen Partei, der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, den Kommunistischen Parteien der Sowjetunion, Rumäniens, Bulgariens und anderer Länder, von Gewerkschaften, Studenten-, Frauen-, Jugend-, religiösen und Solidaritätsorganisationen sowie der Friedensbewegung.

Natürlich diskutierten wir auch über Fragen, die unsere Strukturen und die personellen Kräfte betrafen, die erforderlich sind, um die von der Konferenz gefaßten historischen Beschlüsse umzusetzen. Es wurden Satzungsrichtlinien verabschiedet, die festlegen, daß wir wenigstens alle 5 Jahre einmal zu einer Konferenz zusammentreffen und daß das nationale Exekutivkomitee sein Amt ebenfalls für 5 Jahre ausübt. Die Konferenz bestätigte die in früheren Satzungen des ANC verankerte Position, daß Südafrikaner aller Rassen, die die politischen Richtlinien unserer Bewegung anerkennen, Mitglied werden können.

Die Konferenz beschloß darüber hinaus, das Nationale Exekutivkomitee auf 30 Mitglieder zu vergrößern und ermächtigte die Exekutive, fünf zusätzliche Mitglieder zu kooptieren, falls dies notwendig sein sollte. Die Konferenz wählte 19 der 22 Mitglieder des abtretenden Nationalen Exekutivkomitees wieder. Von den drei anderen stand einer nicht mehr zur Wahl. Die Konferenz wählte deshalb 11 neue Mitglieder in das Nationale Exekutivkomitee, darunter einen weißen Genossen, zwei Inder und zwei Farbige. Die drei ranghöchsten Vertreter des ANC, der Präsident, der Generalsekretär und der Schatzmeister, wurden alle ohne Gegenkandidaten und einstimmig wiedergewählt.

Wir sind aus unserer Konferenz geschlossener hervorgegangen, als wir es jemals gewesen sind. Wenn unser Volk und die internationale Gemeinschaft morgen, am 26. Juni, Südafrikas Freiheitstag, den 30. Jahrestag der Verabschiedung der Freiheitscharta, begehen, wird der ANC beträchtlich gestärkt an ihrer Seite sein, einig in allen Fragen und entschlossen, den Feind anzugreifen und den Kampf bis zum Sieg fortzusetzen.

(Quelle: Mayibuye, Lusaka, Nr. 5-6/1985, S. 5-7)

Absender:

POSTKARTE



Bitte mit
Postkartenporto
freimachen

An

Solidaritätsshop

Dritte Welt

Hamburger Allee 52

6000 Frankfurt/Main 90

Vertrauensgarantie: Ich bin berechtigt, diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen gegenüber der Solidshop GmbH, Hamburger Allee 52, 6000 Frankfurt, in schriftlicher Form zu widerrufen

Postum/Unterschrift

Der umseitig aufgeführte neue AIB-Abonnent wurde von mir erworben:

Mein Name: _____

Meine Adresse: _____

Mein Prämienwunsch aus dem AIB-Angebot:



Bitte mit
Postkartenporto
freimachen

An

AIB-Weltkreis-Verlag

Liebigstr. 46

3550 Marburg 1

Mit Bankeinzug Zeit und Geld sparen

Für Sie und uns der einfachste Weg: Lastschriftverfahren

- Sie brauchen sich künftig nicht mehr um die rechtzeitige Bezahlung Ihres Abonnements zu kümmern.
- Sie sparen Zeit und Geld, denn das Ausfüllen von Zahlkarten, Überweisungen und Schecks wird überflüssig.
- Wir ersparen uns das Versenden von Rechnungen und Mahnungen und haben eine Kostenerleichterung.

Abbuchungsvollmacht

Ich ermächtige Sie hiermit – widerruflich –, die AIB-Abgebühren von meinem Konto einzuziehen.

Beginn ab _____

Name, Vorname

Straße

Postleitzahl, Ort Nr. des Zustellpostamtes

(Unterschrift)

(Datum)

Mein Bank-/Postscheckkonto bei

in

Kto.-Nr. BLZ

Freiheit

für

Nelson

Mandela



**Ich fordere die sofortige Freilassung
des ANC-Führers Nelson Mandela und
aller anderen politischen Gefangenen!**

**I demand the immediate release of
ANC leader Nelson Mandela and all
other political prisoners!**

(Ort und Datum)

(Unterschrift)

Absender:

70 PF

Ich bitte um Zusendung von Probeexemplaren an:

(Name) _____

(Straße/Hausnummer) _____

(Ort) _____

(Name) _____

(Straße/Hausnummer) _____

(Ort) _____

(Name) _____

(Straße/Hausnummer) _____

(Ort) _____

Bitte mit
Postkartenporto
freimachen

An

AIB-Weltkreis-Verlag

Liebigstr. 46

3550 Marburg 1

**P. W. Botha
Union Buildings
Pretoria
SOUTH AFRICA**



Gründungskongreß der Zentralgewerkschaft COSATU Ende 1985 in Durban

Christoph Sodemann Die Arbeiterbewegung formiert sich

„Ein nüchterner Beobachter“, so kommentierte die New York Times Anfang Dezember 1985 die Situation in Südafrika, „muß eines mit Gewißheit sehen: Ein wirklicher Wechsel ist im Kommen.“¹

Die Zeitung beruft sich in ihrer Einschätzung vor allem auf die wenige Tage zuvor erfolgte Gründung des neuen Kongresses Südafrikanischer Gewerkschaften (COSATU) und auf das überaus beeindruckende Selbstbewußtsein, mit dem schwarze Gewerkschafter dort dem Apartheidregime den Kampf ansagten: „Ein derart mutiges Einbringen gewerkschaftlicher Stärke in die Politik des Landes wäre vor einem Jahr noch unmöglich gewesen.“²

Signal COSATU-Gründung

In der Tat hat nach fünfzehnmonatiger Dauer des schwarzen Aufstandes die Widerstandsbewegung mit der Bildung von COSATU eine neue, in ihrer ganzen Bedeutung noch unanschätzbare Inspiration gewonnen.

Rund 1.000 Delegierte von 36 Einzelgewerkschaften versammelten sich am Wochenende des 30. November/1. Dezember 1985 in der Industrie- und Hafenstadt Durban, um die neue gewerkschaftliche Dachorganisation ins Leben zu rufen. COSATU repräsentiert 450.520 zahlende und insgesamt etwa 520.000 eingetretene, überwiegend schwarze Mitglieder.³ Sie ist damit die mit Abstand größte Gewerkschaftsorganisation, die es jemals im Lande gegeben hat.

Nach über vierjährigen, oft gefährdeten

Verhandlungen zwischen den unabhängigen Gewerkschaften wurde der Einigungsprozeß allerdings nicht von den an der Bewegung Schwarzes Selbstbewußtsein (BCM) orientierten Gewerkschaftsverbänden mitvollzogen. Der Rat der Gewerkschaften Südafrikas (CUSA) und die Azanische Gewerkschaftskonföderation (AZACTU), die zusammen mit über 20 Gewerkschaften etwa 200.000 Mitglieder vertreten, blieben draußen. Sie verweigerten die Beteiligung an COSATU, weil der neue Gewerkschaftsverband auch weißen Mitgliedern offensteht.⁴

Zum Präsidenten von COSATU wurde Elijah Barayi, Vizepräsident der kämpferischen Bergarbeitergewerkschaft Nationalunion der Bergbauarbeiter (NUM), gewählt; Vizepräsident wurde Chris Dlamini, von der Föderation Südafrikanischer Gewerkschaften (FOSATU) und Generalsekretär Jay Naidoo, der von der NUM kommt.

Nach zwölfstündigen Beratungen billigten die Delegierten ein Grundsatzdoku-

E. Barayi, militanter Präsident der COSATU



ment, in dem COSATU sich aus der Ablehnung der rassistischen Wirtschaftsstruktur und der dadurch verursachten Spaltung der Arbeiterklasse zum Prinzip des Nichtrassismus in der Gewerkschaftsbewegung bekennt.

Das Statut sieht vor, daß die einzelnen Mitgliedsgewerkschaften entsprechend ihrer jeweiligen Größe in allen Gremien der Dachorganisation repräsentiert sind. Als eine der Hauptaufgaben auf der gewerkschaftlichen Ebene wird die baldige Schaffung von einheitlichen und landesweiten Industriegewerkschaften definiert, wobei die gegenwärtige Zahl von 36 Verbänden langfristig auf etwa 14 reduziert werden soll.

Im Anschluß an den Kongreß formulierte der neue Gewerkschaftsvorsitzende auf einer Kundgebung in einem Stadion von Durban vor über 15.000 Arbeitern die aktuellen Forderungen von COSATU.

Elijah Barayi verlangte die sofortige Abschaffung der Paßgesetze, die Schwarze zwingen, ständig einen Paß bei sich zu tragen und ihre Bewegungsfreiheit empfindlich einschränken. Sollte die Regierung nicht innerhalb von 6 Monaten die Paßgesetze und die damit verbundenen Zuzugskontrollen in die weißen Industriegebiete beseitigen, würden die Schwarzen massenhaft ihre Pässe verbrennen.

Paßgesetze angreifen

Mit diesem Angriff auf das wichtigste staatliche Instrumentarium zur Durchsetzung des besonders profitträchtigen Systems der Wanderarbeit greift die COSATU politische Kampfziele und insbesondere Aktionsformen des zivilen Ungehorsams auf, die bereits in den 50er Jahren während der vom Afrikanischen Nationalkongreß (ANC) organisierten „Defiance-Campaign“ (Herausforderungs-Kampagne) mit einem gewaltigen Aufschwung der Widerstandsbewegung verbunden waren. Einer der Aktivisten von damals war Elijah Barayi.

Die COSATU unterstützt einen sofortigen Stopp ausländischer Investitionen und alle Formen internationalen wirtschaftlichen Drucks auf Südafrika. Mit einer für die internen Verhältnisse bemerkenswerten Offenheit mobilisiert sie die südafrikanische Arbeiterklasse und die internationale Gemeinschaft zum Sturz des Apartheidregimes.

„Botha und seine Regierung von Trunkenbolden und Kriminellen müssen zurücktreten und Platz machen für solche rechtmäßigen Führer wie Nelson Mandela“, erklärte Barayi unter begeistertem Jubel der Anwesenden.⁵

Schon in einer Grundsatzrede zum Auftakt des Kongresses hatte NUM-Führer

Cyril Ramaphosa betont, daß der gewerkschaftliche Kampf sich nicht auf die Verbesserung von Löhnen und Arbeitsbedingungen beschränken dürfe, sondern auch den politischen Kampf gegen das Apartheidssystem beinhalten müsse. Mit der erklärten politischen Ausrichtung von COSATU hat die neue Gewerkschaftsorganisation das jahrzehntlang gesetzlich verordnete Tabu des „Keine Politik in den Gewerkschaften“ durchbrochen.

Sie hat damit eine deutliche Abkehr von reformistischen Positionen vollzogen, die aufgrund des durch staatliche Repression herbeigeführten Anpassungsdrucks bis weit in die unabhängige schwarze Gewerkschaftsbewegung hineingereicht haben. In der Frage der Bündnispolitik wollte sich COSATU allerdings noch nicht auf irgendeine konkrete Form von Zusammenschluß mit der Oppositionsbewegung Vereinigte Demokratische Front (UDF) festlegen – wie dies langfristig wohl zu erwarten ist. Vielmehr will sie vorerst mit „allen fortschrittlichen, politischen Gruppen“ zusammenarbeiten.

Für die wirtschaftliche Zukunft des Landes orientiert COSATU auf die Verstaatlichung großer Industriekonzerne, wie Generalsekretär Jay Naidoo auf einer Pressekonferenz erläuterte: „Das System der sogenannten freien Marktwirtschaft war für uns ein grausames Erlebnis. Wir haben kaum noch Vertrauen in dieses System.“⁶

Von dem im Untergrund und im Exil tätigen Südafrikanischen Kongreß der Gewerkschaften (SACTU) wurde der neuen Gewerkschaftsorganisation volle Unterstützung zugesichert.⁷ Die SACTU wurde im März 1955 ebenfalls als gewerkschaftliche Dachorganisation gegründet und war zusammen mit anderen Organisationen in der Kongreß-Allianz ein enges Bündnis mit dem Afrikanischen Nationalkongreß (ANC) eingegangen.

Die SACTU war der erste Zusammenschluß nicht-rassistischer Gewerkschaften, die sich zudem als Nichtregistrierte



Wegen ihres Streiks im September 1985 gefeuerte Minenarbeiter in Johannesburg

der staatlichen Kontrolle nicht unterwerfen wollten. 1961 waren der Organisation 35 Einzelgewerkschaften mit 53.000 Mitgliedern angeschlossen.⁸ Obwohl die SACTU niemals offiziell verboten wurde, wurde sie aufgrund der politischen Verfolgung der meisten ihrer Funktionäre in den 60er Jahren in den Untergrund gezwungen.

Die Gewerkschaften, die sich heute zu COSATU vereinigt haben, sind erst mit den seit 1973 wiederauflebenden Streiks und Arbeiterkämpfen entstanden.

Die junge Gewerkschaftsbewegung mußte bei der Organisation der schwarzen Arbeiter und beim Kampf um eine zunächst betriebliche Respektierung zahllose Schwierigkeiten überwinden. Diese waren neben der Spaltung der Arbeiterschaft durch die Wanderarbeit in der rassistischen und repressiven Arbeitsgesetzgebung begründet.

Deren Funktion besteht vor allem in:

- der Institutionalisierung einer Schlichtungsmaschinerie, mit der bei betrieblichen Konflikten Gewerkschaften ausgeschaltet werden sollen;

- der Nichtanerkennung – bis 1979 gültig – von afrikanischen Gewerkschaften und der Tolerierung von Afrikanern ausschließlich in sog. „Parallel-Gewerkschaften“, die dem systemkonformen Rat der Gewerkschaften Südafrikas (TUCSA) angeschlossen waren;⁹

- einer bis heute noch wirksamen Illegalisierung nahezu aller Streiks.

Trotz dieser Hindernisse vollzog sich der weitere Aufstieg der unabhängigen schwarzen Gewerkschaftsbewegung unaufhaltsam, auch wenn sie zunächst sehr zersplittert blieb.

Einem Generalstreik entgegen?

Die vom Botha-Regime 1979 eingeführte „Reform“ der Arbeitsgesetzgebung, die unter Anerkennung bestimmter Realitäten u.a. zum ersten Mal eine offizielle Zulassung schwarzer Gewerkschaften vorsah, scheiterte letztlich bei dem Versuch, die unabhängigen Gewerkschaften durch eine Integration in das System der Apartheid-Ökonomie zu kontrollieren. Vielmehr wuchs unter den schwarzen Gewerkschaften die Tendenz zur Einheit.

Im April 1979 gründeten neun nicht-rassistische Gewerkschaften die Föderation Südafrikanischer Gewerkschaften (FOSATU), die sich vor allem auf den Aufbau starker Betriebsorganisationen konzentrierte und der zuletzt etwa 130.000 zahlende Mitglieder angehörten.¹⁰ Von den eher an der Bewegung Schwarzes Selbstbewußtsein orientierten Gewerkschaften wurde 1980 der Rat der Gewerkschaften Südafrikas (CUSA) gebildet, der insbesondere durch die Organisation der Bergarbeiter in der NUM Ende 1983 bereits etwa 150.000 Mitglie-

Weißer Vorarbeiter und dunkelhäutiger Facharbeiter bei Opel in Port Elizabeth



der hatte.¹¹

Daneben entstanden eine Reihe von bedeutenden regionalen Gewerkschaften (meist nicht nach dem Industrieprinzip organisiert), die durch die Erfahrung des gemeinsamen Kampfes groß geworden sind, so z.B. die Südafrikanische Vereinigte Arbeiterunion (SAAWU), die 1984 insbesondere im Großraum von East London etwa 100.000 Arbeiter organisiert hatte.¹²

1981 wurden Einheitsgespräche zur Schaffung einer „Superföderation“ aufgenommen.

Drohte die Vereinigung zunächst an der sehr kontrovers diskutierten Frage der offiziellen Registrierung zu platzen, so stand seit 1983 die mögliche Beteiligung an der UDF im Zentrum der Auseinandersetzungen. Nachdem die insgesamt 11 der UDF angeschlossenen Gewerkschaften nach einem vorübergehenden Rückzug aus dem Diskussionsprozeß schließlich der Formierung von COSATU zustimmten, kann es als etwas überraschend gelten, daß CUSA wegen der bis dahin kaum umstrittenen Frage der Beteiligung von Weißen aus der gemeinsamen Front ausscherete.

CUSA mußte jedoch eine empfindliche Schwächung hinnehmen, weil die NUM, die größte Gewerkschaft im Land, diese Politik nicht mitmachte und sich dem COSATU anschloß. Es bleibt abzuwarten, wie schnell COSATU eine politische und organisatorische Konsolidierung gelingt.

Mögliche Perspektiven wurden kürzlich in einem Interview von Joe Slovo, Mitglied des ANC-Exekutivkomitees, umrissen: „Die Kraft der Arbeiterklasse und ihre Aktivität im Befreiungskampf eröffnen die Möglichkeit für einen landesweiten, politischen Generalstreik, der zum gegebenen Zeitpunkt die künftige Umgruppierung der revolutionären Kräfte und die Vorbereitung eines Aufstandes merklich beeinflussen könnte.“¹³

Anmerkungen:

- 1) Zit. nach: International Herald Tribune (IHT), Paris/Zürich, 6.12.1985
- 2) Ebenda
- 3) Zahlen nach: Times, London, 2.12.1985. Insgesamt gibt es etwa 6 Mio schwarze Arbeiter.
- 4) Zahlen nach: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 2.12.1985
- 5) Zit. nach: Times, 2.12.1985
- 6) Zit. nach: Die Tageszeitung, 3.12.1985
- 7) Unsere Zeit, 3.12.1985
- 8) Angaben nach: K. Luckhardt/B. Wall, Arbeiter gegen Apartheid, Bonn 1984, S.26
- 9) TUCSA hat etwa 360.000 Mitglieder. Daneben gibt es noch eine rein weiße Südafrikanische Konföderation der Arbeit (SACLA) mit 200.000 Mitgliedern. FAZ, 2.12.1985
- 10) K. Luckhardt/B. Wall, Arbeiter gegen Apartheid..., a.a.O., S. 113
- 11) Ebenda, S. 114
- 12) Ebenda, S. 117
- 13) Zit. nach: Probleme des Friedens und Sozialismus, Prag, Nr. 10/1985, S. 1358

Rainer Falk Westmächte und Sanktionsfrage

Auch das Jahr 1985 hat die Verhängung umfassender und bindender Wirtschaftssanktionen gegen das Apartheidregime nicht gebracht, wie sie seit Jahren von den legitimen Vertretern des südafrikanischen Volkes und der überwältigenden Mehrheit der internationalen Gemeinschaft gefordert werden.

Doch der Druck in Richtung einer internationalen Isolierung Südafrikas ist spürbar gewachsen, und die Sanktionsfrage wurde noch nie so heftig debattiert wie unter dem Eindruck des anhaltenden Massenwiderstands gegen die Apartheidpolitik Pretorias. Die internationale Boykottkampagne zeitigte erste konkrete Wirkungen.

Teilsanktionen des Sicherheitsrats

Es gab kaum eine Regierung der westlichen Welt, die sich unter dem internationalen Druck nicht veranlaßt gesehen hätte, in der Sanktionsfrage Initiativen zu ergreifen. Wenngleich dies in der Regel geschah, um weiterreichenden wirtschaftlichen Boykottmaßnahmen gegen Südafrika vorzuzukommen, ist doch etwas in Bewegung gekommen.

Es begann im Juli 1985 im UN-Sicherheitsrat nach der Verkündung des Ausnahmezustands. Nachdem die USA und Großbritannien einen Antrag Burkina Fasos auf obligatorische Wirtschafts-

sanktionen durch Veto zu Fall gebracht hatten, brachten Frankreich und Dänemark einen Resolutionstext ein, der die UN-Mitgliedsstaaten „eindringlich bittet“, freiwillig Sanktionen gegen Südafrika zu ergreifen.

Die vom Sicherheitsrat (bei Enthaltung der USA und Großbritanniens) verabschiedete Resolution 569 vom 26.7.1985 sieht den Stopp aller Neuinvestitionen in Südafrika vor; desweiteren ein Importverbot für Krügergolds, Beschränkungen auf dem Gebiet der Sport- und Kulturbeziehungen, die Einstellung staatlich garantierter Exportkredite sowie Verbote für alle neuen Verträge auf nuklearem Gebiet und für den Verkauf von Computergeräten, die von südafrikanischer Polizei und Militär benutzt werden können.

Um einer verbindlichen Sanktionsgesetzgebung, auf die sich der Washingtoner Kongreß und Senat geeinigt hatten, vorzuzukommen, verkündete die Reagan-Administration im September 1985 ihr eigenes Maßnahmenpaket gegen Südafrika. Es verbietet den Export von Computern an die südafrikanische Polizei und die Sicherheitskräfte, die Ausfuhr von Nukleartechnik, solange Südafrika nicht dem Atomwaffensperrvertrag beitrifft und die Vergabe von Krediten an die südafrikanische Regierung (es sei denn, die Kredite kämen den Schwarzen zugute). Kurze Zeit später ordnete die Re-

Sanktionskundgebung in New York: „USA raus!“, „Freiheit für Südafrika“



gan-Administration zusätzlich ein Importverbot für Krügergoldmünzen an.

Etwa zeitgleich beschloß die Luxemburger Außenministerkonferenz der Europäischen Gemeinschaft am 10. September 1985 ein Minimalprogramm gegen Südafrika, das nicht nur hinter den Forderungen des Sicherheitsrats, sondern selbst hinter dem Paket der Regierung Reagan zurückbleibt. Es sieht die Einstellung aller Öltransporte nach Südafrika über EG-Gebiet vor sowie ein Lieferverbot für paramilitärische Ausrüstungen, ein Verbot neuer Verträge im nuklearen Bereich und eine Beschränkung der kulturellen und sportlichen Kontakte zum Apartheidstaat.¹

Weitergehende Sanktionen, die vor allem Frankreich gefordert hatte, etwa die Einführung einer Visumpflicht für Südafrikaner, eines Krügergoldimportverbots und eines Investitionsboykotts gegen Südafrika, scheiterten vor allem am Einspruch der Bonner und der Londoner Regierung.

Bei näherem Hinsehen fällt auf, daß keines der drei Sanktionspakete dem Apartheidregime an die Substanz geht, wie es bei umfassenden und bindenden Sanktionen der Fall wäre.

Das sollen sie freilich auch gar nicht. Ihre Urheber wollen sie vielmehr als deutliches politisches Signal an das Apartheidregime verstanden wissen, als Aufforderung gleichsam, das überkommene System der Apartheid nun endlich im (westlichen) systemkonformen Sinne zu „reformieren“.

Die Apartheid „reformieren“

Daran, das rassistische Regime durch die Anwendung effektiver wirtschaftlicher Druckmittel in die Knie zu zwingen und auf diese Weise seinen Sturz zu beschleunigen, ist nicht gedacht. Wie ein Londoner Afrika-Magazin formulierte, wollen sowohl Washington und London als auch Bonn und Paris im Falle Südafrikas heute vor allem eines sichergestellt wissen: „Das Kind des Kapitalismus darf nicht mit dem Bade der Apartheid ausgeschüttet werden.“²

Und das „Kind des Kapitalismus“ ist in diesem Falle weitgehend identisch mit den weitgesteckten Interessen jener westlichen Konzerne und Banken, die in der Vergangenheit weidlich vom System der Apartheid profitiert haben.

Es ist mithin nicht verwunderlich, daß etwa Frankreich, das mit nur 10% des in Südafrika angelegten Auslandskapitals den geringsten Anteil an Direktinvestitionen unter den westlichen Hauptmächten hält, zu den vergleichsweise weitreichendsten Sanktionsmaßnahmen bereit ist (Investitionsboykott), während

Die Geschäftemacher mit der Apartheid

„Jedes Handelsabkommen, jede Bankleihe, jede neue Investition ist ein weiterer Baustein unseres Fortbestehens“, so meinte der ehemalige südafrikanische Premierminister B.J. Vorster im Jahr 1972.¹ Das Ausmaß, in dem transnationale Kapital dem Apartheidstaat solche Bausteine zur Verfügung gestellt und auf die Apartheid gesetzt hat, dokumentieren wir in dem folgenden von uns auszugsweise wiedergegebenen Artikel der International Herald Tribune vom 8.8.1985. Wir mußten jedoch einige Berichtigungen und Ergänzungen vornehmen, die als solche kenntlich gemacht sind (kursiv!).

Nach einem Bericht mit Angaben von verschiedenen Regierungen, Außenministerien, der UNO und internationalen Agenturen werden mehr als 90% der Investitionen in Südafrika von Großbritannien, den USA, der BRD, Frankreich und der Schweiz durchgeführt. (...)

Mit besonderer Schärfe sprechen sich die bundesdeutsche und britische Regierung gegen Sanktionen aus – dies erklärt sich z.T. aus der Tatsache, daß in beiden Fällen nicht nur transnationale Konzerne, sondern auch mittelständische Unternehmen, die weniger flexibel sind, in Südafrika investiert haben. Dennoch – die Entscheidung Frankreichs, weitere Investitionen einzufrieren, der Rückruf der Botschafter von EG-Ländern, um gemeinsame Aktionen in der Zukunft ins Auge zu fassen und die von US-Präsident Reagan verkündeten teilweisen Sanktionen, um weitergehenden Beschlüssen des Kongresses vorzuzukommen – all dies hat die Frage darüber, wer und wieviel in Südafrika investiert, neu aufgeworfen. Südafrika selbst liefert keine Aufgliederung nach Ländern, sondern informiert nur über regionale Investitionen. (...)

Aus einem Vorauszugsbeispiel der UN-Kommission über transnationale Konzerne, das vermutlich demnächst veröffentlicht wird, geht hervor, daß Ende 1983 die Direktinvestitionen vom Ausland in Südafrika ungefähr 15,5-17 Mrd US-Dollar betragen.

Dies sei etwa 10% der Gesamtinvestitionen. Weitere 20% des Kapitalstocks wurden vom Ausland in Wertpapieren angelegt.

Nach Angaben von Ann Seidman und Neva Seidman Makgetla halten transnationale Konzerne 40% des Kapitals in der verarbeitenden Industrie, wo sie vor allem in strategischen Sektoren wie Eisen und Stahl, Computer, Chemie, Maschinenbau, Elektrotechnik und PKWs ein großes Gewicht haben, und 63% im Bankwesen.² Der *Guia do terceiro mundo* 1984/85 kommt sogar auf eine ausländische Kontrolle von 60% im Bergbau, 30% in der Landwirtschaft, 88% bei den Banken und 68% in der Industrie.³

Gemäß dem UN-Bericht waren 1984 1.068 transnationale Konzerne mit Tochtergesellschaften in Südafrika ansässig.

Diese UN-Angabe von 1.068 ist eher eine Unterschätzung der in Südafrika tätigen Firmen. Nach anderen Angaben operieren allein 1.200 britische, 375 nordamerikanische und 350 bundesdeutsche Firmen in Südafrika.⁴ Aufgrund dieser Angaben und weiterer Berichte und Interviews wurden die folgenden Informationen über das Investitionsgeschehen und den Handel in Südafrika zusammengestellt:

Großbritannien

(...) Im März 1985 berichtete das britische Nachrichtenmagazin 'The Economist', daß britische Gesellschaften die größten Kapitalanleger in Südafrika seien. Ihre Anlage beträgt ca. 8 Mrd Dollar. Nach Angaben des britischen Ministeriums für Handel und Industrie investierte Großbritannien direkt bzw. indirekt 14 Mrd Dollar in Südafrika.

Nach Angaben der Londoner Zeitschrift *South* vom Juli 1981 entfallen auf Großbritannien allerdings „nur“ 34% aller Auslandsinvestitionen⁵, nach der *Rand Daily Mail* vom 15.11.1984 etwa 40%. Britische Unternehmen sind praktisch in allen Wirtschaftsbereichen Südafrikas zu finden und auf das Engste mit südafrikanischem Kapital verflochten.

Nach einem Bericht eines südafrikanischen Presseorgans, der *Financial Mail* vom November 1984, entfallen 10% der britischen gesamten Auslandsinvestitionen auf Südafrika. Großbritannien ist Südafrikas viertgrößter Handelspartner.⁶

John de Sr. Jorre vom Institut für Strategische und Internationale Studien an der Georgetown-Universität veröffentlichte kürzlich einen Artikel in *Africa Notes*. Er schätzt die Zahl der Arbeitsplätze, die direkt vom Handel mit Südafrika abhängen, auf ca. 150.000. Das Institut für Europäische Wirtschaftsstudien in London kam auf eine höhe-

Demonstration in Wisconsin (USA) unter den Forderungen „Vollständiger Abzug der Investitionen“



re Zahl, nämlich auf 250.000.

Diese Zahlen sind wieder einmal kräftig übertrieben. Die sehr seriöse Untersuchung von Barbara Rogers und Brian Bolton kommt nur auf 13.000-14.000 vom Export nach Südafrika abhängige Arbeitsplätze in Großbritannien.⁷

Die USA

Gemäß verschiedenen Berichten sind die USA der zweitgrößte Kapitalanleger mit 18-20% von allen Direktinvestitionen nach Südafrika.

Nach der bereits zitierten Zeitschrift *South* halten US-Konzerne 25% aller Auslandsinvestitionen.⁸ Besonders wichtig sind US-Konzerne bei Computern, wo sie 70% des Markts kontrollieren, Ölprodukten (40%) und PKWs (33%).⁹

Die Direktinvestitionen der USA in Südafrika betragen 1966 490 Mio Dollar, waren 1981 mit 2,6 Mrd Dollar am höchsten, und gingen schließlich Ende 1983 auf 2,3 Mrd Dollar zurück.

Nach Angaben des Forschungsinstituts für die Verantwortung der Investoren beträgt der Anteil Südafrikas an den Gesamtauslandsinvestitionen der USA etwa 1%. (...)

Obwohl die Zahlen variieren, „scheint sich ein Rückgang der US-Investitionen in Handelsgeschäften abzuzeichnen“, sagte Herr Chettle von der South African Foundation. Sie ist eine Agentur mit Sitz in Washington, welche die südafrikanische Geschäftswelt vertritt. (...)

Die USA sind Südafrikas größter Handelspartner. Südafrika exportierte im vergangenen Jahr in die USA im Wert von 1,45 Mrd Dollar und importierte von dort im Wert von insgesamt 2,37 Dollar. (...)

Westdeutschland

Der Anteil Westdeutschlands an den Gesamtinvestitionen in Südafrika beträgt etwa 10%. Nach Angaben der südafrikanischen Botschaft in London betragen 1983 die Direktinvestitionen der BRD in Südafrika 1,4 Mrd Dollar.

Nach Angaben der Zeitschrift *South* liegt dieser Anteil hingegen bei etwa 25%.¹⁰ *Der Economist* (30.3.1985) berichtet, die bundesdeutschen Direktinvestitionen seien größer als die US-amerikanischen. Die BRD-Investitionen konzentrieren sich in Schlüsselbereichen.

Gemäß dem Bericht der UN-Kommission über transnationale Konzerne erhöhten sich die Investitionen im Jahr 1983 sprunghaft um 30%, hauptsächlich aufgrund der vermehrten Investitionen in der Automobilindustrie. Nach den Zahlen des IMF betragen Südafrikas Exporte nach Westdeutschland 676 Mio Dollar und die Importe 2,3 Mrd Dollar. (...)

Die BRD ist der drittgrößte Handelspartner Südafrikas, war aber im vergangenen Jahr sein wichtigster Lieferant.

Frankreich

Nach Angaben der französischen Botschaft in Washington beträgt der Anteil Frankreichs an den ausländischen Gesamtinvestitionen in Südafrika zwischen 5% und 10%. 1984 beliefen sich Frankreichs Auslandsinvestitionen insgesamt auf 1,66 Mrd Dollar; der Anteil an den Direktinvestitionen ist 10%.¹¹

Vor 2 Wochen kündigte die französische Regierung an, sie würde weitere Investitionen in Südafrika einfrieren. Der französische Botschafter in Südafrika wurde zurückgerufen. 1984 exportierte Südafrika nach Frankreich

im Wert von insgesamt 385 Mio Dollar und importierte von dort im Wert von 568 Mio Dollar.

Schweiz

Experten schätzen den Anteil der Schweiz an dem Gesamtvolumen der Direktinvestitionen in Südafrika auf etwa 5%.

Der südafrikanische Handelsverband in London berichtet, daß 1982 die Gesamtinvestitionen der Schweiz in Südafrika 1,34 Mrd Dollar betragen.

Herausragende Bedeutung für den südafrikanischen Goldexport hat der Züricher Goldpool dreier schweizer Banken. Wenig überraschend ist daher die Schweiz der drittgrößte Exportmarkt des Apartheidstaats.

Kanada

Gemäß den Angaben von Clifford Garrard, politischer Berater an der kanadischen Botschaft in Washington, betragen Kanadas Direktinvestitionen 1984 99,9 Mio Dollar. 1983 waren es 140 Mio Dollar und 1982 148 Mio Dollar. Er sagte, daß der Anteil Kanadas an den Gesamtauslandsinvestitionen in Südafrika 1% betragen haben und daß die Tendenz fallend sei. (...)

Japan

Japans offizielle Politik verbietet Direktinvestitionen in Südafrika, aber sie verbietet japanischen Unternehmen nicht, Tochtergesellschaften zu errichten. (...)

Gemäß Angaben des IMF exportierte Südafrika 1984 nach Japan im Wert von 1,3 Mrd Dollar und importierte im Wert von 1,9 Mrd Dollar.

Japan ist damit Südafrikas zweitgrößter Handelspartner.

Andere

Dänemark und Schweden stoppten weitere Investitionen in Südafrika, und das holländische Parlament diskutiert noch ähnliche Schritte.

(Quelle: International Herald Tribune, Zürich/Paris, 8.8.1985)

Anmerkungen:

- 1) Zit. nach: Anti-Apartheidbewegung (Hrsg.), *Banken und Apartheid – Unser Geld in Südafrika*. 2. Auflage, Bonn 1985.
- 2) A. Seidman/N. Seidman Makgetla, *Outposts of Monopoly Capitalism. Southern Africa in the Changing Global Economy*, Westport/London 1980, S.134ff. bzw. 202f.
- 3) Nach: *Blätter des iz3w*, Juni 1985, S.47
- 4) *cadernos do terceiro mundo*, Lissabon, März 1985, S.55
- 5) R. Falk, *Das Apartheid-Geschäft...*, in: *Reader zur Südafrika-Konferenz*, 12.-14. Oktober 1984 in Köln/Bonn, S. 27-40, hier S.31
- 6) S. Breuer, *Weltwirtschaft zur Jahresmitte 1985 – Südafrika* Mitteilungen der Bundesstelle für Außenhandelsinformation, Köln, August 1985, S.4 für alle Außenhandelsdaten
- 7) B. Rogers/B. Bolton, *Sanctions against South Africa. Exploding the Myths*, Manchester 1981, S.52ff.
- 8) Nach: R. Falk, *Das Apartheid-Geschäft...*, a.a.O., S.31
- 9) E. Schmidt, *Decoding Corporate Camouflage. U.S. Business Support for Apartheid*, Washington D.C. 1980, S.59
- 10) Nach: R. Falk, *Das Apartheid-Geschäft...*, a.a.O., S.31
- 11) Vgl. z.B. A. Seidman/N. Seidman Makgetla, *Outposts...*, a.a.O., S.176



Aus: *Der Spiegel*, 16. 9. und 21. 1. 1985

Großbritannien, die USA und die Bundesrepublik (mit Anteilen von 34 bzw. je 25%) die größten Bremser spielen.

Zwischen den USA und den beiden europäischen Hardlinern sticht zusätzlich eine unterschiedliche Interessenlage der jeweiligen Banken ins Auge:

Während verschiedene US-Banken sich inzwischen an die Spitze der Disinvestmentkampagne gestellt haben und durch ihre Weigerung, kurzfristige Kredite an Pretoria zu verlängern, die Zahlungsunfähigkeit Südafrikas im letzten Sommer mit ausgelöst haben, behandeln die europäischen Großbanken Südafrika immer noch in scheinbar unpolitischer Manier wie einen ganz normalen Kreditkunden. Wie eine Untersuchung des Ökumenischen Rats der Kirchen ergeben hat, sprangen sie in den letzten beiden Jahren mit ihrem Wissen und Management sogar überall dort ein, wo die US-Banken auf dem teilweisen Rückzug waren.³

Zum Befremden Anlaß gibt freilich, daß die Maßnahmepakete, die den südafrikanischen Stellvertretern die Ungeduld der großen westlichen Bündnispartner demonstrieren sollen, auch Verbote der Lieferung von paramilitärischer Ausrüstung und militärisch verwendbarer Technologie enthalten. Da derartige Ausfuhren schon durch das 1977 vom UN-Sicherheitsrat beschlossene Waffenembargo eindeutig verboten worden waren, können derlei „Verschärfungen“ wohl nur als indirektes Eingeständnis gewertet werden, wie wenig sich die betreffenden Länder die bislang schon verbindlichen internationalen Beschlüsse befolgt haben.

Ein ähnliches Eingeständnis fällt auch bei der medienträchtig zum Koalitionskrach hochstilisierten Bonner Diskussion um die sog. Änderungskündigung des Kulturabkommens ab. Wenn die Bundesregierung im Anschluß an die Luxemburger EG-Beschlüsse ein neues Kulturabkommen mit Südafrika aushan-

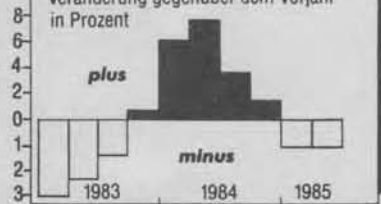
DIE RESERVEN SCHWINDEN

Wirtschaftsdaten aus Südafrika



Bruttoinlandsprodukt

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent



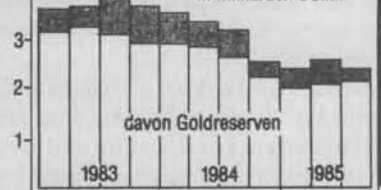
Leistungsbilanz

in Milliarden Rand



Gold- und Devisenreserven

in Milliarden Dollar



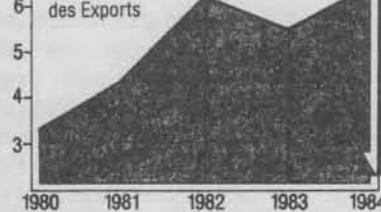
Auslandsschulden

in Milliarden Dollar



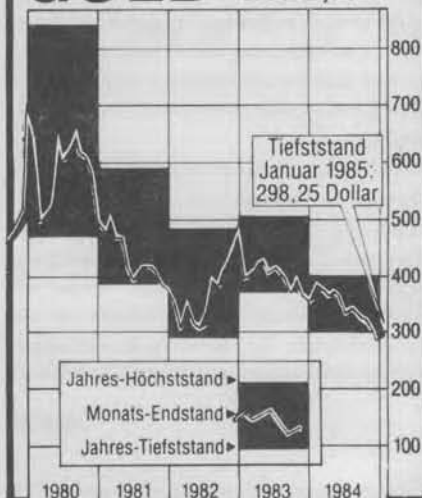
Schuldendienst (Zinsen)

in Prozent des Exports



GOLD

Goldpreis an der Londoner Börse in Dollar je Unze



Mit der Aktion „Blutgeld Krugerrand“ gelang es in den Niederlanden, dessen Verkaufsstopp bei den drei größten Banken zu erreichen

deln will, das „allen Rassen“ zugute kommt, so heißt dies ja wohl, daß das alte Kulturabkommen vornehmlich den Weißen genützt hat – ein Umstand, der bislang gegenüber Kritikern stets abgestritten worden war.

Dies führt zum Grunddilemma des in Washington, Bonn und London nach wie vor gleichermaßen verfolgten Kurses gegenüber Südafrika, heißt dieser nun „kritischer Dialog“ oder „konstruktives Engagement“ oder seit neuestem „aktives konstruktives Engagement“. Der privilegierte Dialogpartner der westlichen Hauptmächte bleibt in jedem Fall die rassistische Regierung Botha, an der vorbei es nach Auffassung der Bundesregierung „keinen friedlichen Wandel“ geben könne, der seinerseits „in erster Linie vom Mut und der Weitsicht(!) seiner Regierung“ abhängt.⁴

Koalitionskrach in Bonn?

Diese Linie hat Bundesaußenminister Genscher (FDP), der sich auf internationalem Parkett gerne mit dem Flair eines Apartheidkritikers umgibt, auch in der Debatte mit Franz-Josef Strauß (CSU) noch einmal in aller Deutlichkeit

bekräftigt: „Wir haben immer davor gewarnt, den Reformprozeß hinauszuzögern, weil die geschichtliche Erfahrung zeigt, daß verzögerte Reformen revolutionären Entwicklungen Vorschub leisten... Die Regierung Südafrikas, in der ein Umdenkungsprozeß in vollem Gange ist, muß zu weitergehenden Schritten ermutigt werden.“⁵

Von Strauß unterscheidet sich Genscher hier nur dadurch, daß ersterer (aufgrund welcher Fakten bleibt freilich sein Geheimnis) davon ausgeht, daß in Südafrika eine Entwicklung bereits in vollem Gange sei, „die zur Gleichstellung aller Volksgruppen, aller rassischen Gruppen führt“.⁶

Beide Kontrahenten gehen in ihrer Spiegelfechtereierlei freilich wider besseres Wissen von falschen Voraussetzungen aus: Wie die alltägliche Unterdrückungspraxis des Botha-Regimes stets von Neuem unter Beweis stellt, ist dieses Regime weder faktisch noch potentiell reformerisch. Es kämpft vielmehr mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln um sein Überleben, um die Anpassung und damit die Stabilisierung des Apartheidsystems angesichts veränderter innerer und äußerer Bedingungen. Die westlichen Hauptmächte kämpfen vorerst mit

ihm, und daß es daher auch zu Meinungsverschiedenheiten über den besten Weg und die adäquaten Mittel zur Rettung der jeweiligen Interessen kommt, ist aufgrund der unterschiedlichen Perspektive nichts besonderes.

Dieser Aspekt muß betont werden, weil die Interessenlage der unterdrückten Mehrheit in Südafrika bei der Festlegung der westlichen Strategie in der Sanktionsfrage tatsächlich bestenfalls von untergeordneter Bedeutung ist. Denn immer noch wird das heuchlerische Argument strapaziert, daß die Leidtragenden umfassender Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika in erster Linie die Schwarzen seien. Dabei haben nicht nur die wirklichen Führer dieser Mehrheit längst erklärt, daß sie bereit sind, diesen Preis zu zahlen, „wenn der Boykott eine Methode ist, die das Blutvergießen in Südafrika verkürzt“ (Luthuli).

Wie die angesehene britische Sunday Times durch eine Umfrage unter der schwarzen Township-Bevölkerung ermittelte, fordern heute drei von vier Schwarzen Zwangsmaßnahmen des Auslands gegen „ihren“ Staat.⁷

Anmerkungen:

- 1) Vgl. auch den Überblick von R. Meinardus, Sanktionen gegen Südafrika, in: Informationsdienst Südliches Afrika, Nr. 6/1985, S.12f.
- 2) African Business, London, November 1985
- 3) Vgl. E. Miltz, Bank Loans to South Africa – Mid 1982 – End 1984, Genf 1985
- 4) Vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Abgeordneten Hauchler u.a., Politik der Bundesregierung im Südlichen Afrika, Bundestagsdrucksache 10/833 vom 21.12.1983
- 5) Zit. nach: Die Zeit, 27.9.1985
- 6) Zit. nach: Monitor, ARD, 6.8.1985 (Tonbandabschrift)
- 7) Sunday Times, London, 25.8.1985

Wolfram Brönner / Helmut Paschla Enge Kollaboration BRD-Südafrika



„Freundlich konstruktiv“ wertete man die Gespräche Bundeskanzler Kohls mit Präsident P. W. Botha bei dessen Bonn-Besuch 1984.

In einer Situation, da selbst US-Präsident Reagan unter massivem innerem Druck einige Maßnahmen gegen das verbündete Apartheidregime ergreifen und die Regierung Thatcher sich Sanktionen des Commonwealth anschließen mußte, zählt die Rechtskoalition Kohl/Genscher zu den weltgrößten Bremsern in Sachen Sanktionen gegen die Apartheid.

Zusammen mit der britischen Eisernen Lady sorgten die Bonner Konservativen innerhalb der Europäischen Gemeinschaft (EG) im Herbst 1985 maßgeblich dafür, daß diese mit ihrem Entscheid, die kulturelle, nukleartechnologische und paramilitärische Zusammenarbeit einzuschränken bzw. zu beenden, hinter Washington zurückblieb.

UNO-Verurteilungen zuhaufl

Gerade Bonn aber hätte Grund genug, sich den von Frankreich, den skandinavischen Ländern, Australien u.a. verhängten einzelnen wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technischen und militärischen Boykottmaßnahmen gegen Südafrika anzuschließen. Immerhin gehören bundesdeutsche Konzerne, Banken und Regierungsstellen neben jenen der USA und Großbritannien zu den herausragenden Stützen des Apartheidsystems.

Die Verurteilungen seitens der Vereinten Nationen, die die Bundesrepublik wiederholt wegen der ausgedehnten militä-

risch-nuklearen und wirtschaftlichen Kollaboration wiederholt auf sich zog, setzten freilich nicht erst mit der Regierungsübernahme der CDU/CSU/FDP-Koalition vom Oktober 1982 ein. Vielmehr reichen sie weit in die 70er Jahre, die Ära der sozialliberalen Koalition Schmidt/Genscher, zurück.

Militärisch-nuklearer Topflieferant

Die Reaktionen der sozialliberalen wie der konservativen Bundesregierungen auf die UN-Verurteilungen, vor allem wegen verbotener Rüstungslieferungen, bestanden in der Regel nicht etwa im Unterbinden der Lieferungen von Rüstungsgütern aller Art nach Südafrika. In Bonn verlegte man sich stattdessen darauf, massiven diplomatisch-wirtschaftlichen Druck gegenüber den afrikanischen Staaten, die es gewagt hatten, diese Fälle an die Öffentlichkeit zu tragen, auszuüben.

Noch heute klagt die Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) — inzwischen vor dem Bundesverfassungsgericht — gegen die Verleumdung der sozialliberalen Bundesregierung von 1978. Diese behauptete damals, die AAB unterschiebe der Regierung wider besseres Wissen eine militärische und nukleare Zusammenarbeit, die in Wahrheit nicht bestehe, und es komme ihr mithin in erster Linie nicht auf den Kampf gegen die Apart-

SÜDAFRIKA BRENNT!

Wir setzen uns gegen Apartheid ein, dafür brauchen wir auch Ihre Unterstützung. Werden Sie Mitglied in der

Anti-Apartheid-Bewegung
in der BRD und West-Berlin e.V.
Blücherstraße 14 · 5300 Bonn 1

Konten: Bank für Gemeinwirtschaft, Bonn (380 10111)
Konto: 101 989 4500
Postscheckamt Köln (370 100 50), Konto: 12979-501

Name: _____

Anschrift: _____

Ich möchte die Anti-Apartheid-Bewegung unterstützen:

Durch eine Spende Durch Mitgliedschaft

Bitte senden Sie mir die Unterlagen.



**ANTI-APARTHEID
BEWEGUNG**
in der BRD und West Berlin e.V.



MBB-Rüstungsexportgut BO 105, von dem 1985 erneut vier an Pretoria geliefert wurden

heidpolitik an.

Der Afrikanische Nationalkongreß (ANC) und die AAB hatten und haben indessen eine Vielzahl von Beweisen¹ vorgelegt für:

- Lieferungen von Waffen, Rüstungslizenzen, militärischer und nuklearer Güter oder ganzer Systeme durch bundesdeutsche Unternehmen, die mit Wissen, Duldung und teils rechtswidriger Genehmigung durch die Bundesregierung erfolgten;

- eine rüstungstechnische und nuklear-technologische Wissenschaftler- und Techniker- und Technikerausbildung von Südafrikanern in der BRD;

- die Beteiligung bundesdeutscher Kernforschungszentren und Unternehmen an der atomaren Aufrüstung Südafrikas;

- die teilweise Einbindung Südafrikas in Planung, Materialbeschaffung und Observierung durch die NATO;

- und schließlich für die laufende Nichteinhaltung des von der UN-Vollversammlung 1979 beschlossenen Ölembargos durch bundesdeutsche Spediteure. Kurz: Aus keinem anderen Land sind so viele Verstöße gegen das Rüstungs-embargo des UN-Sicherheitsrates von 1977 bekannt, wie aus der Bundesrepublik (siehe Kasten).

Irreführung mit „Güter“ exporten

Was die sozialliberale Bundesregierung stets bestritt, gesteht der vormalige FDP-Generalsekretär und nunmehrige SPD-Bundestagsabgeordnete Jürgen Verheugen heute ein mit der Aussage, es habe „einige Fälle“ von Verstößen gegeben. Ebenso als Eingeständnis ist es zu werten, daß die SPD in ihrer Adresse an die Bundesregierung vom August 1985 eine „Einhaltung des Rüstungs-embargos“ und ein Ausfuhrverbot für „Nukleartechnologie“ forderte² – warum fordern, was angeblich immer strikt befolgt (Rüstungs-embargo) wurde und nie erfolgte (Nuklearexporte)?

Zeitiger kam hingegen das Eingeständnis der CDU/CSU/FDP-Regierung, man habe 1984 Genehmigungen für den Export „strategischer Güter“ nach Südafrika für 242 Mio DM (1983: 350 Mio

DM) erteilt.

Der reale Wert der bundesdeutschen Exporte strategisch-militärischer Waren nach Südafrika dürfte allerdings weit höher gelegen haben. Davon zeugen z.B. 30 Panzertransporte, die von der Firma Goldhofer (Memmingen) nach Südafrika ausgeführt, aber wegen ihrer listigen Titulierung als „Baustellenfahrzeuge“ genehmigungsfrei belassen, daher nicht als „strategisch“ miterfaßt worden waren. Ebenso verfuhr man mit einer von der Firma Kärcher (Winnenden) 1984 an das Apartheidregime gelieferten Anlage zur „Abwehr“ von ABC-Waffen.³

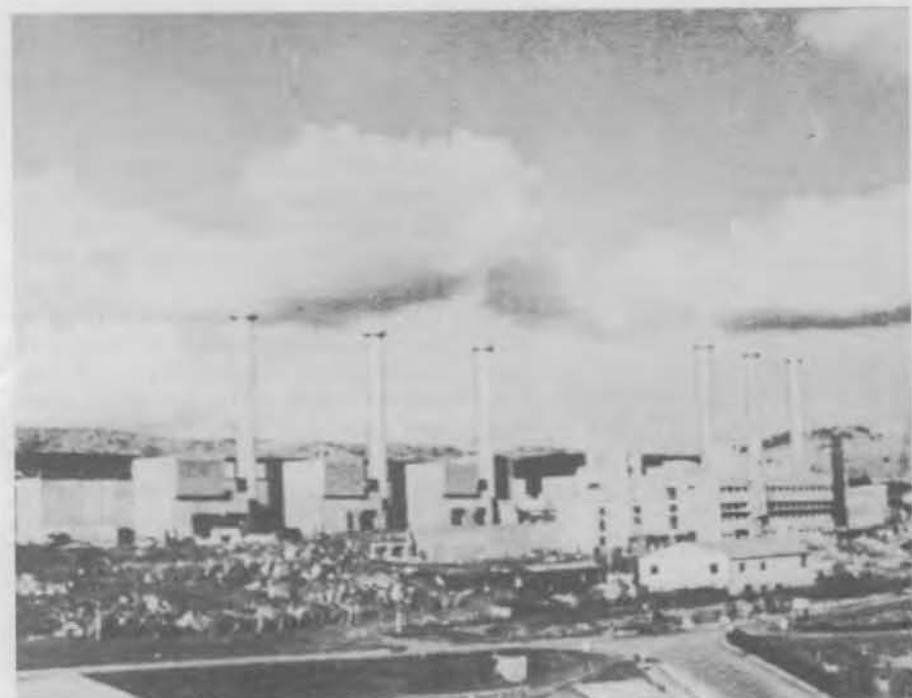
Wenn Bonner Beteiligte nun anregen zu „prüfen“, welche dieser Exportgüter militärische seien, so gehen sie am Kern vorbei. Hier schimmern wieder die wahrheitswidrigen Behauptungen durch, es gebe im bundesdeutschen Kriegswaffenkontroll- und (Rüstungs-)Güterausfuhr-Recht „Grauzonen“, und außerdem betreffe dies nur die Exporte von Gütern, die speziell für militärische Belange konstruiert (und nicht nur geeignet und/oder für den Militäreinsatz bestimmt) seien.⁴ Die Nichtlieferung auch nur einer militärisch nutzbaren Spezialschraube an die Sowjetunion ist der Gegenbeweis.

embargos auch dessen Anwendung auf den Polizeibereich, umfaßt dieses doch ausdrücklich auch den polizeilichen und den paramilitärischen Sektor. Die Lieferung von fünf MBB-Hubschraubern an die südafrikanische Polizei vom August 1985 ist also eindeutig wider geltendes Völkerrecht.

Nicht von ungefähr bezichtigten Südafrikas Apartheidgegner – so im Herbst 1985 Bischof Tutu vor der UNO – die Bundesrepublik, sie sei auch eine der wichtigsten Wirtschaftsstützen des Apartheidregimes.

In der Tat rangelt die Bundesrepublik mit den USA seit Jahren um Platz 1 auf der Weltrangliste der Handelspartner Südafrikas. Japan drängelt sich in jüngster Zeit (1984/85) dazwischen.

1985 wird der bundesdeutsche Export – insbesondere von Investitionsgütern – nach Südafrika den Umfang von 6 Mrd DM (wegen sinkender Konjunktur minus 13% gegen Vorjahr), der Import aus Südafrika (60% Bergbauerzeugnisse, 15% Goldmünzen, 18% Nahrungs- und Genußmittel) etwa 3 Mrd DM (+ 5% gegen Vorjahr) erreichen. Das Außenhandelsvolumen mit Südafrika ist damit mehr als doppelt so hoch wie 1978 (4,17 Mrd DM).⁵



Urananreicherungsanlage Pelindaba, mit maßgeblicher BRD-Hilfe aufgebaut

Es wäre an der Zeit, daß sich in Bonn die Erkenntnis durchsetzt: jede militärisch-nukleare Zusammenarbeit mit und Rüstungslieferungen an die Machthaber in Pretoria sind Beihilfe zum Massenmord unter der schwarzen Bevölkerungsmehrheit Südafrikas und zur Kriegführung gegen die Nachbar- und Frontstaaten im Süden Afrikas.

Im übrigen erfordert eine konsequente Bonner Einhaltung des UN-Rüstungs-

Aus bundesdeutscher Sicht liegt Südafrika als Exportkunde auf Rang 17, als Exporteur weit dahinter. Aus südafrikanischer Sicht aber sind die BRD, Japan und USA „best“.

Die Bundesregierung fördert Ausfuhren nach Südafrika durch – letztlich vom Steuerzahler – gebürgte Hermes-Exportversicherungen. Die Haftsumme betrug Ende 1984 etwa 6 Mrd DM.

Die Bundesrepublik ist ferner mit ca.

BRD-Verstöße gegen das Rüstungsembargo

Verletzungen des Rüstungsembargos bis 1981

Bereits in einer Pressemeldung der AAB anlässlich der Bekanntmachung, daß zwei Minenkampfboote und die Lizenz zum Bau weiterer derartiger Boote durch die Bremer Werft Abeking & Rasmussen an Südafrika geliefert wurden, die die AAB am 29.6.1981 herausgab, wurden folgende Brüche des Rüstungsembargos aufgelistet:

- Isotopenmeß- und Überwachungsgerät für die Urananreicherungsanlage durch die Fa. GHH, Oberhausen-Sterkrade
- Elektrostrahlperforiermaschine für die Urananreicherungsanlage durch Fa. Steigerwald in München
- Spezialmotoren für Raketenschnellboote durch MTU, Friedrichshafen
- Airbus Flugzeuge mit Verwundetentransport- und Auftankausrüstung, durch Beteiligung der Deutsche Airbus, München an dem Airbus-Konsortium
- 3.000 Militärfahrzeuge durch Magirus-Deutz, Ulm
- 300 Unimog-Militärfahrzeuge durch Daimler-Benz, Stuttgart
- ein militärisches Verschlüsselungsgerät durch die schweizer Tochter Crypto
- 150.000 in Portugal mit bundesdeutscher Lizenz gefertigte und mit Genehmigung an Apartheid-Südafrika gelieferte G-3 Gewehre
- Jeep-Produktion durch die südafrikanische VW-Tochtergesellschaft
- Produktion von Motoren für gepanzerte Fahrzeuge und Militär-LKW nach Daimler-Benz-Lizenz in der durch hauptsächlich bundesdeutsche Firmen errichteten Fabrik Atlantis Diesel Engines
- Produktion von Militärelektronik durch die Siemens Tochter SAMES
- Produktion von Treibstoff für die Rassisten-Streitkräfte und von Sprengstoff-Ausgangsprodukten durch die nach BRD-Technologie und von BRD-Firmen hauptsächlich erbauten Sasol-Fabriken.

Verletzungen des Rüstungsembargos, die nach 1981 bekannt wurden

- Inzwischen sind 10.000 Militärfahrzeuge von Magirus-Deutz, Ulm, angeliefert worden (Angabe von Werksangehörigen).
- Schätzungsweise 6.000 Unimogs wurden geliefert (Berechnung nach Angaben im Bundestag). Es sind Fahrzeuge, die für die Aufnahme von Waffen, z.B. den Raketenwerfer Valkiri, speziell ausgerüstet sind und daher nur mit Genehmigung Bonn's ausgeführt werden dürfen.
- Die Kanone G-5 wird in der Selbstfahrversion von einem 75 PS Magirus Deutz Motor gezogen (Armed Forces December 82 und Janes Defense Review, Vol.4, No. 1, 1983).
- Die 525 PS für die Panzerhaubitze G-6, die nach Auskunft von Rassisten-Verteidigungsminister Malan auch Atomgeschosse verschießen kann (The Citizen, 13.9.1982), werden ebenfalls von einem luftgekühlten Motor von Magirus Deutz erbracht.
- Die Firmen Rheinmetall, Wasag, Otto Junker, Düsseldorf, Süddeutsche Baubeschlägefabrik, München, lieferten die Munitionsfüllanlage für die Artilleriegeschosse, die durch die G-5 bzw. G-6 verschossen werden (eigene Information).
- Die Luftwaffe des Marionettenstaates Bophuthatswana ist mit einem Aufklärungsflugzeug P 68 B Observer, das von einer italienischen Firma in Zusammenarbeit mit



Bundesdeutsche Militär-Lkws Magirus Deutz gingen zu Tausenden nach Südafrika.

der MBB Tochter Sportavia-Pützer gebaut wurde, ausgerüstet (Milavnews, Aviation Advisory Services, S. 20, January 1983; Janes All The World's Aircraft, 1981-1982, S. 137/138).

- Der Marionetten-Staat Transkei ist mit einem Militär-LKW von MAN ausgerüstet (eigene Information).
- Die Marionetten-Armee Namibia National Home Guard ist mit G-3 Gewehren und HH-21 Maschinengewehren, deren Verkaufsrechte die Firma Heckler & Koch hat, ausgerüstet (mehrere Communiques der SWAPO).
- Fa. Mahr, Eßlingen, lieferte ein Präzisionsmeßgerät zur Prüfung von schwerer Munition an den Armscor Betrieb Naschem (Factory Equipment & Material, July 83).
- SEL, Stuttgart, lieferte fiberoptische Systeme (Sunday Times, Johannesburg, 30. Aug. 81, S.5). Die Ausfuhr ist genehmigungsbedürftig.
- Fa. Jost, Neu-Isenburg, ist mit der Herstellung von Flugzeugfahrgeräten in der Niederlassung in Kempton Park beschäftigt (Factory Equipment & Materials, Johannesburg, July 83 und Transport & Traffic, July 83).
- Die Sonder-Einheit Special Commandos der rassistischen Streitkräfte ist mit G-3 Gewehren, Schlauchbooten von BMW und Romika Gummi-Schuhen ausgerüstet (Augenzeugen).
- Im Marionetten-Staat Ciskei haben bundesdeutsche Firmen eine Waffenfabrik errichtet (Argus, 24.6.83, Radio Südafrika, Johannesburg, 21.00 gmt, 22.6.83).
- BMW lieferte an die Apartheid-Streitkräfte 40 Motorräder (Rand Daily Mail, 7.1.84).
- Die Fa. Siemens installierte den Streitkräften der Rassisten ein hochmodernes Telefonsystem (Uniform, 27.2.84; = Zeitschrift der rassistischen Streitkräfte). Der-

artige Zentralen dürfen als „strategische Waren“ nicht in die Sowjetunion geliefert werden (Die Welt, 23.7.84).

- Die Fa. Liebherr lieferte Maschinen „zum Bau von Rollbahnen und Flächen für zwei Flugplätze (Construction Week, Johannesburg, 30.1.84).
- Die Hamburger Fa. Servotech des Großaktionärs der Fa. Otrag Press lieferte 1980 100.000 Granaten, 1981 13.000 Gewehre, Granaten, 100.000 Schuß Munition aus Süd-Korea und stellte mit den Flugzeugen der Frankfurter Fa. FG Flugleasing die Transportmittel (z.B. Neue Kronen Zeitung, Wien, 14.5.81; Times, London, 14.5.81; Observer, London, 17.5.81; General Anzeiger, Bonn, 25.2.82; Suda Tribune, Johannesburg, 14.10.82).
- Auch die Bremer Speditionsfirma Kühne & Nagel war durch eine Niederlassung in London mindestens 31 mal an diesen Waffentransporten beteiligt (Die Wochenzeitung, Zürich, 21.1.83).
- Und auch die südafrikanische Niederlassung der Duisburger Fa. Haniel diente sich als Spediteur der staatlichen Waffenfirma Armscor an (Finance Week, Johannesburg, 26.5.83).
- Die Fa. IBCOL, Ottobrunn, eine Verkaufsgesellschaft der Fa. MBB, vertreibt auch angeblich in Südafrika hergestellte, ferngelenkte Kleinflugzeuge (Interavia 4/83, S. 345). Da die Rassisten nur Bruchteile derartiger Flugzeuge selber produzieren, dürften wohl in Wirklichkeit MBB/IBCOL-Flugzeuge in Ottobrunn und in Südafrika ausgeliefert werden.

(Quelle: W. Geisler, Rüstung für Südafrika, in: Reader zur Konferenz „Frieden für das Südliche Afrika!“, Bonn, Oktober 1984, S. 41-48, Ausschnitt S. 44-47)

25% an den ausländischen Investitionen in Südafrika nach Großbritannien (34%) und neben den USA (ebenfalls 25%) das zweitgrößte Investorland. Die Schätzungen über die Investitionssumme schwanken zwischen 2 und 14 Mrd DM, je nachdem, was gemessen und was verschwiegen werden soll. Bereits 1981 übertrafen die bundesdeutschen Investitionen in Südafrika die in allen anderen afrikanischen Ländern. Das Hauptgewicht haben einige wenige Großunternehmen in militärisch-strategischen Schlüsselbereichen (Automobil- und Motorenbau, Chemie, Elektrotechnik/Elektronik, Energie).⁶ Während sich Investoren anderer Länder wegen des neuerdings erhöhten Risikos deutlich erkennbar zurückziehen, reagieren die bundesdeutschen Unternehmen mit einem markigen „Trotzdem“.⁷ 1982 wies beispielsweise ein Daimler-Benz-Vorstandsmitglied daraufhin, daß auf der Basis von Daimler-Lizenzen in der Fabrik Atlantis-Diesel-Engines bei Kapstadt Motoren hergestellt würden

und daß dies u.a. zur Minderung der Anfälligkeit Südafrikas gegenüber Sanktionen gedacht sei. Während der Konzern bereits Anfang 1985 seinen Kapitalanteil an Mercedes of South Africa auf 51% erhöhte, schoß er Anfang November 1985 nochmals 150 Mio DM zu.⁸ Die Bundesregierung fördert die Investitionstätigkeit bundesdeutscher Firmen in Südafrika, indem sie aufgrund des „Doppelbesteuerungsvermeidungsabkommens“ auf Steuereinnahmen von Südafrika-Investoren verzichtet.

BRD-Kapital ist Weltspitze

Schließlich gehört die Bundesrepublik zu den wichtigsten Bankenländern für Südafrika. Bundesdeutsche Banken sind nach Anzahl der für den südafrikanischen Staat und seine fünf Schlüsselunternehmen des militärisch-strategischen Sektors gemanagten Anleihen Weltnum-

mer 1, nach Wert dieser Anleihen Nummer 3. Unter den 20 börsennotierten DM-Auslandsanleihen mit Spitzenrenditen besetzen südafrikanische Titel die Plätze 1 (Rendite 9,17%) und 3 bis 9.⁹ Der Umfang gegebener Kredite ist nicht bekannt, dürfte aber den Anleihen in keiner Weise nachstehen. Trotz nicht ganz einheitlichen Zahlenmaterials kann gesagt werden, daß die Bundesbürger beim Kaufen von Krügergold-Goldstücken besonders eifrig sind.

An der Finanzierung der Apartheid beteiligt ist nicht nur die „Fünfergang“: Dresdner, Deutsche, Commerz-, Bayerische Vereins- und Bayerische Hypotheken- und Wechselbank. Mit von der Partie sind auch Sparkassen über ihre Girozentralen und Volks- und Raiffeisenbanken über die regionalen Zentralbanken und die DG-Deutsche Genossenschaftsbank.

Während sich Banken anderer Länder, insbesondere der USA, aus dem Südafrikageschäft zurückziehen (müssen), verstärken die bundesdeutschen Banken ihr Engagement und stoßen in die erzwungene Lücke. Es ist zu vermuten, daß gerade die bundesdeutschen Banken sich bei den derzeitigen Umschuldungsverhandlungen wegen Südafrikas Zahlungsunfähigkeit bezüglich der Tilgung kurzfristiger Kredite „besonders flexibel“ zeigen werden.

„Änderungskündigung“ – eine List

Nicht vergessen seien die 50.000 bundesdeutschen Touristen in Südafrika und Namibia – wieder Weltspitze. Sie bringen nicht nur Devisen hin, sondern lupenreine Propaganda her.

Den Regierungsparteien CDU, CSU und FDP geht es bei ihrem fortdauernden Bemühen, einen drohenden Wirtschaftsboykott gegen das Apartheidsystem zu unterlaufen, um die Wahrung massiver bundesdeutscher Kapitalinteressen.

Nicht von ungefähr hat der UN-Sonderausschuß gegen Apartheid Anfang Oktober 1985 die USA, Großbritannien und die Bundesrepublik namentlich verurteilt, „eines der stärksten Hindernisse für internationale Aktionen gegen Apartheid“ zu sein.¹⁰

Seit Jahren wird die ersatzlose Kündigung des 1962 abgeschlossenen Kulturabkommens BRD-Südafrika gefordert. Die Bundesrepublik ist das einzige Land, das ein solches Abkommen bis vor kurzem noch unterhielt.

Dabei geht es nicht nur um die Erforschung der deutschen und der burschen(!) Sprache oder den Austausch einer Zulu-Folkloregruppe gegen die Bamberger Symphoniker. Es geht um die oben erwähnte Wissenschaftlerausbildung in Kernforschungszentren und bei



Siemens-Werk in Rosslyn, nahe Pretoria



Demonstration im Mai 1985 vor der Bonner Botschaft Südafrikas: J. Jackson, Bundestagsabgeordnete von Grünen und SPD (r. J. Verheugen), AAB-Vertreter

Militärkongressen, das ungehinderte Einströmen von südafrikanischer Propaganda und das millionenschwere Finanzieren von vier Deutschen Schulen in Südafrika und zweier in Namibia – allesamt ein Hort des Rassismus –, in denen 0,5% dunkelhäutige Schüler unterrichtet werden.

Hier „ein bißchen mehr für Schwarze“ übertüncht, daß die mit dem Abkommen verbundene politische Stützung des Regimes in Pretoria erhalten bleiben soll. Hinter der von der Bundesregierung im September 1985 ausgesprochenen sog. „Änderungskündigung“ des Kulturabkommens (Kündigung mit dem Ziel, es in einigen Punkten zu ändern), verbirgt sich ein Ausweichmanöver; eine „Änderungskündigung“ ist nach internationalem Völkerrecht nicht möglich.

Bonn: Die „Reformer“ stützen!

Hatten die EG-Außenminister bei ihren „Boykottmaßnahmen“ vom 10.9.1985 klar die ersatzlose Streichung des Abkommens im Auge, so hat die Bundesregierung dies wegen der Intervention des CSU-Vorsitzenden und „größten Afrikakenners“ F.J. Strauß und seiner Klientel flugs in eine (innenpolitische) Änderung und eine (außenpolitische) Kündigung verwandelt.¹¹

Für den außenpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist die Änderungskündigung des Kulturabkommens denn auch „das Gegenteil einer Sanktion“, soll sie doch die kulturellen Beziehungen jetzt auch auf die Schwarzen Südafrikas ausweiten, unter dem Botha-Regime versteht sich.¹²

Ähnlich peinlich ist das Abstimmungsverhalten der Bundesregierung in den Vereinten Nationen. Bisweilen beklagen Bonner Vertreter zwar wortradikal die

„widerwärtige und feindselige Politik der Rassentrennung“ und die „Weltfriedensgefährdung durch Südafrika“ (so etwa auf der Weltkonferenz gegen Rassismus 1983).

Nie aber haben sie für konkrete Sanktionsschritte gestimmt. Bis heute ist Bonn nicht der Konvention der Vereinten Nationen von 1973 beigetreten, in der die Apartheid als „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ verurteilt und damit auf einer Stufe mit dem Hitler-Faschismus gestellt wurde.

Angesichts der Krisenzuspitzung in Apartheid-Südafrika stellte die Rechtskoalition in einer Bundestagsdebatte vom September 1985 klar: Man wolle nicht durch verstärkten Druck (effektive Sanktionen) auf Pretoria zu einem Wandel beitragen, sondern die „Reformer“ stützen, also Botha und das Big Business. Die im August und Oktober/November 1985 von der SPD-Bundestagsfraktion der SPD vorgelegten Südafrika-Forde-

rungen (Stopp neuer Investitionen, Exportbürgschaften und Kredite u.a.) gehen gewiß hierüber wie über die Positionen der SPD in ihrer sozialliberalen Regierungsära hinaus. Aber von Sanktionen bzw. Strafmaßnahmen will sie – so J. Verheugen – bewußt noch immer nicht reden, vom Totalboykott des Apartheidregimes nichts wissen.¹³

So stehen die Grünen mit ihren Forderungen nach umfassenden Sanktionen gegen den Apartheidstaat vorerst im Bonner Bundeshaus allein. Und es wird eines erheblich gesteigerten außerparlamentarischen Drucks bedürfen, um Bewegung in die unnachgiebige Haltung der Regierung Kohl/Genscher und die SPD-Führung auf Sanktionskurs gegen die Apartheid zu bringen.

Anmerkungen:

- 1) AAB (Hrsg.), Erwiderung – Antwort auf ein Dementi der Bundesregierung zur militärisch-nuklearen Zusammenarbeit Bundesrepublik Deutschland Südafrika, Bonn 1979 sowie Pressemitteilungen der AAB, 22.2.1983 und 21.3.1985
- 2) MdB Verheugen auf einer Podiumsdiskussion des SPD-Kreisverbandes München-Nord am 10.11.1985; Presseerklärung der SPD, Bonn, 28.8.1985; Frankfurter Rundschau (FR), 30.8.1985
- 3) Nach: Informationsdienst Südliches Afrika (ISSA), Bonn, Nr. 6/1985, S.19
- 4) AAB (Hrsg.), Die gesetzlichen Bestimmungen für den Rüstungsexport der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1983
- 5) Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11.9.1985
- 6) R. Falk, Das Apartheid-Geschäft, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 9/1985, S. 1045-1056
- 7) metall. Zeitschrift der Industrie-Gewerkschaft Metall, September 1985
- 8) FR, 9.11.1985
- 9) Handelsblatt, 11./12.10.1985; vgl. ferner: AAB (Hrsg.), Banken und Apartheid – Unser Geld in Südafrika, Bonn 1985
- 10) FR, 11.10.1985
- 11) Vgl. zur Rolle des Außenministers Genscher hierzu: FR, 27.9.1985; Die Zeit, 27.9.1985 und FR, 12.9.1985
- 12) Nach: ISSA, Nr. 6/1985, S.21
- 13) Ebenda, S.20



JAMES MATTHEWS

Schatten
tage

ROMAN

Schonungslos sezirt James Matthews die deprimierenden Komponenten im Alltag der Schwarzen in Südafrika. Er verkürrt ihr Elend sowenig, wie er seinen Charakteren edle, heroische Züge andichtet. Vielmehr stellt er ihren kleinlichen Egoismus und ihre Unfähigkeit zur Veränderung bloß und besorgt doch nicht das Geschäft der weißen Herrenmenschen, die dem „Nigger“ solches ja als unveräußerliche Wesenszüge andichten.

Schatten
tage

JAMES MATTHEWS
SCHATTENTAGE
ROMAN
176 SEITEN
9,80 DM

Gesamtverzeichnis
anfordern!

Weltkreis-Verlags-GmbH
Postfach 789,
4600 Dortmund 1



Luke Smith

Rock gegen Apartheid

Konzerte und Schallplatten für die Afrika-Hungerhilfe, für in ihrer Existenz bedrohte US-Farmer, für AIDS-Kranke... Alles nur zur Beruhigung Dollar-belasteter Gewissen der Stars der Rockmusik? Oder noch dreister: ein Clou zur Imagepflege zwecks Füllung privater Bankkonten? Benefiz-Biz?

„Jahrelang haben Rockstars Drogenkonsum und exzessives Leben zum modischen Trend hochstilisiert. Es wird an der Zeit, daß wir nun menschliche Anteilnahme in Mode bringen“, kontert Bob Geldof, der Organisator des weltweit ausgestrahlten „Live Aid“-Konzerts für die Afrika-Hungerhilfe.

Noch geht es vorerst eher um Wohltätigkeit als um politisch engagierte Inhalte der Rockmusik wie in der Vietnam- und Woodstock-Ära. Aber eine Wende deutet sich bereits an.

Über 50 Rockmusiker/innen haben sich als „Artists United Against Apartheid“ zusammengefunden, um erheblich zorniger und politisch engagierter als bei bisherigen Benefiz-Aktionen ihre Ablehnung des Rassismus zu bekunden. Das Ergebnis liegt als LP unter dem zunächst irritierenden Titel „Sun City“ vor.

„Ich werde nicht in Sun City auftreten“

Die Rockstars machen ihre Ablehnung an dem Punkt fest, wo sich die Konfrontation mit der Apartheid für Rockstars am ehesten ergibt; sie versprechen, nie da auftreten zu wollen, wo sie Traumgagen einspielen könnten, nämlich in Sun City.

„Bophuthatswana ist weit entfernt; aber was immer sie erzählen, wir wissen, es liegt in Südafrika. Was immer Ihr zahlt, mich könnt ihr nicht kaufen; Sun City, frag mich nicht erst, denn ich werde nicht auftreten. Ich werde nicht in Sun City auftreten.“

Sun City, das ist „Las Vegas unter südafrikanischer Sonne“. Hier können sich Südafrikaner – soweit die Cheques reichen –, dank des Umstandes, daß es in angeblich unabhängigen Homeland Bophuthatswana liegt, in aller Anonymität (Grenzkontrollen gibt es nicht) alles holen, was ihnen Rassismus und Puritanismus daheim in den weißen Gebieten verwehren:

Drogen, Glücksspiel, Sex. Ganz abgesehen von „auftreten“ abgeschworen: Pat Benatar, Ruben Blades, Jackson Browne, Jimmy Cliff, Miles Davis, Bob Dylan, Peter Gabriel, Bob Geldof, Herbie Hancock, John Oates, Lou Reed, Bruce Springsteen, Ringo Starr und Sohn Zak Starkey, Peter Townshend, Bono Vox von den U2 usw., um nur einige zu nennen.

dem „Wir-sind-ja-gar-nicht-so-Gefühl“, wenn selbst die farbigen US-Stars Ray Charles, Chick Corea und Tina Turner dort auftreten (wie geschehen).

Sich und ihren Namen für die Apartheid mißbrauchen zu lassen, haben nun einige Berühmtheiten mit ihrem „Ich werde nicht in Sun City Initiator des Projekts war Steve van Zandt, bekannter als „Little Steven“ aus Bruce Springsteen's „East Street Band“ und Texter und Komponist des Titelsongs „Sun City“.

„Sun City“ ist ein formidabler Disco-Hit. Wer allerdings vom Text und der Musik der Platte was mitkriegen will, greife gleich zum Kopfhörer. Leider kommt erst dann hinter der kolossalen Schallmauer der Inhalt rüber.

In der Einspielung „Revolutionary Situation“ werden auf Rap-Grundlage Redeausschnitte von Nelson Mandela, Desmond Tutu, Ronald Reagan u.a. zu einer Collage montiert. „Revolution ... Revolution ... schafft eine revolutionäre Situation“, ist zu vernehmen, und: „Es ist sinn- und zwecklos, wenn wir Frieden und Gewaltlosigkeit gegen eine Regierung das Wort reden, deren einzige Antwort barbarische Angriffe sind.“ Winnie Mandela deklamiert: „Ich bin Mitglied des Afrikanischen Nationalkongresses!“ Donnernder Applaus.

Wenn die Anerkennung der Musiker gilt, zeigt auch die von ihnen verfügte Aufteilung der gesamten Einkünfte aus der LP und dem Video: Jeweils zu einem Drittel gehen sie an Flüchtlingsprojekte des ANC, an Anti-Apartheid-Organisationen in den USA sowie zur Unterstützung politischer Gefangener und ihrer Familien in Südafrika.

Die LP „Sun City“ ist vorläufiger Höhepunkt einer Auseinandersetzung von Rockmusikern mit der Apartheid, die ihren Anfang genommen hatte mit Peter Gabriels Hymne auf den 1977 ermordeten südafrikanischen Widerstandskämpfer Steve Biko.

Es folgte 1982 von Manfred Mann's Earth Band die LP „Somewhere in Africa“, zu der auch Bob Marley, Al Stewart und „Police“-Kopf Sting Kompositionen und Texte beigetragen hatten.

Dem aus Südafrika stammenden und dort vor seiner Rock-Karriere als Jazzpianist bekannten Synthesizer-Meister Manfred Mann gelang eine sehr sensible musikalische und textliche Darstellung von Armut, Einsamkeit, Trostlosigkeit in den Homelands, von Gewalt, Polizeiteror, Unterdrückung in schwarzen Arbeitersiedlungen und vom allerorten aufflackernden Widerstand, der sich ausbreitet wie ein Schmelbrand.

Stevie Wonder und Roberta Flack wurden von der UNO für Antipartheidengagement geehrt.



1984 lancierte erstmals die Studioformation Special AKA mit „Free Nelson Mandela“ einen dezidiert politischen Song in die Spitze der britischen Charts. 1985 verweigerte Bob Geldof der staatlichen südafrikanischen TV- und Rundfunkanstalt SABC die Lizenz zur Übertragung des „Live Aid“-Konzerts.

Seine jüngste Grammy-Auszeichnung, eine Art Oskar der Schallplattenindustrie, widmete Stevie Wonder Nelson Mandela. Prompt durften bis vor kurzem seine Platten in Südafrika nicht mehr gesendet werden. Wonder hat inzwischen auf seiner letzten LP, „In square circle“, mit dem Song „It's wrong (Apartheid)“ erneut seine Ablehnung des Rassistenregimes verdeutlicht.

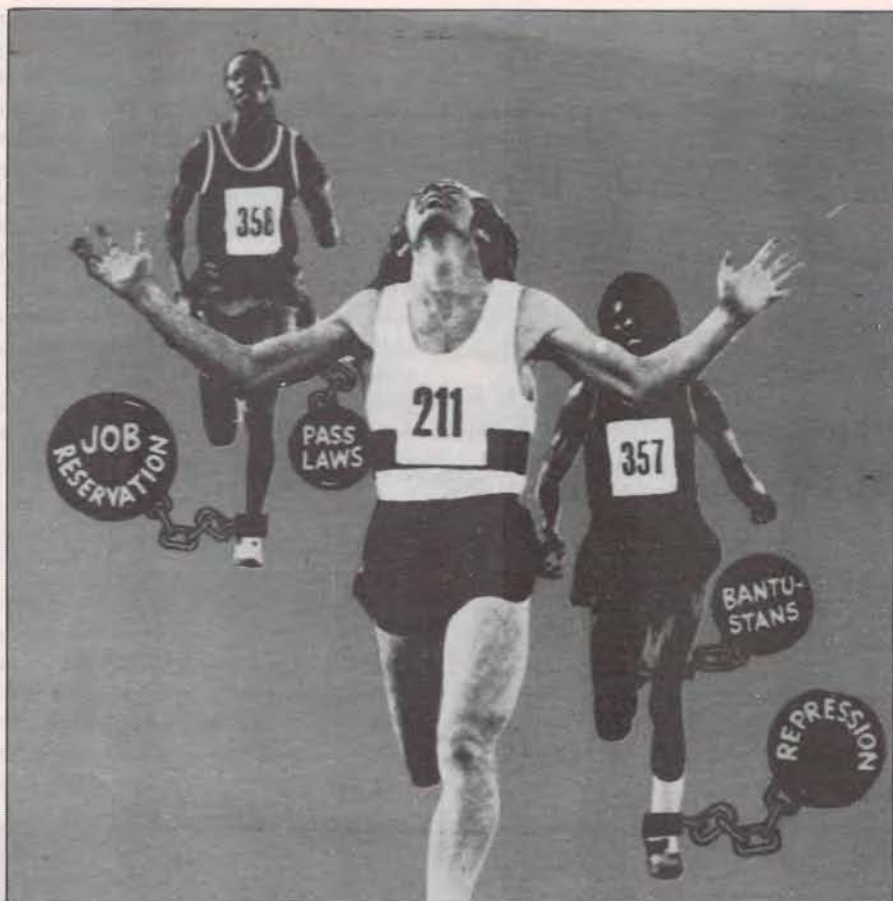
Musiker aus dem Kreis des 1983 gegründeten US-Komitees „Künstler und Sportler gegen Apartheid“, zu denen sich auch die Beteiligten des „Sun City“-Projekts zählen, arbeiten zur Zeit an einem sechs LP's umfassenden Album gegen Rassismus in Südafrika.

Der an die Künstlerkollegen gerichtete Aufruf der Mitwirkenden am „Sun City“-Projekt, nicht in der Apartheid-Glamour-World aufzutreten („Wir haben erkannt, daß wir nur eins tun können... Es ist an der Zeit, unsere Verantwortung zu erkennen.“), zeigt Wirkung. Unter anhaltendem Boykottdruck, und diese LP ist ein Gewicht mehr, hat es seit Mitte letzten Jahres kein internationaler Pop-Star mehr gewagt, in Sun City aufzutreten.

Auch in der Bundesrepublik tut sich etwas. Im vergangenen Oktober wurde eine „Kulturinitiative gegen Apartheid“ gegründet.

Weil Apartheid kulturell Isolierung nach Rassenkriterien bedeutet, fordert die Initiative die internationale Isolierung des Apartheidregimes auf kultureller Ebene. Das heißt im Fall der BRD die ersatzlose Streichung des Kulturabkommens. Das Erscheinen einer LP ist angesagt.

Es darf nicht unerwähnt bleiben, daß weltweite Auftritte ins Exil verbannter südafrikanischer Musiker in einer gemeinsamen „Cultural Action Against South Africa“ erheblich zur Sensibilisierung ihrer Musiker-Kollegen beigetragen haben. Organisator: der exilierte südafrikanische Percussionist Julian Bahula.



Georg Diederichs

Sportboykott gegen Südafrika

„Herr Vorsitzender, Exzellenzen, Mitbürger der internationalen Gemeinschaft. Ich bringe Ihnen herzliche Grüße von der Anti-Apartheid-Bewegung in Aotearoa. Vielleicht kennen Sie unser Land besser unter der Bezeichnung Neuseeland.“

Viele von Ihnen werden von unserer Kampagne gehört haben, die Reise der Rugby-Nationalmannschaft nach Südafrika im Juli d.J. zu verhindern. Ich komme aus einem kleinen Land auf der anderen Seite des Globus, um unsere Solidarität mit der Weltgemeinschaft in unserem Haß gegenüber dem Apartheidsystem zu bekunden. Und ich will unsere Entschlossenheit unterstreichen, einen Weg zu finden, um wirksamen Druck auf Pretoria auszuüben und so einen wirklichen Wandel zu erzwingen.“

Diese deutlichen Worte des Neuseeländers Kevin Hagues fanden auf der Konferenz zur Intensivierung und Ausweitung des Sportboykotts gegen Südafrika, die Mitte Mai 1985 am Sitz der UN-Kulturorganisation UNESCO in Paris tagte, lebhaften Beifall. Veranstalter dieses Treffens war der UN-Sonderausschuß gegen Apartheid in Zusammenarbeit mit dem nicht-rassischen Olympischen Komitee Südafrikas (SANROC).

Ca. 200 Delegierte aus mehr als 40 Ländern, darunter die Sportminister aus Ghana, Indien, Äthiopien, Zimbabwe und Burkina Fasso, Präsidenten, Generalsekretäre und Mitglieder der Nationa-

len Olympischen Komitees (NOKs) sowie Vertreter der Anti-Apartheid-Bewegung hatten auf dieser Konferenz Gelegenheit, ihre Entschlossenheit im Kampf gegen die Apartheidpolitik Südafrikas zu verdeutlichen.

Verstoß gegen olympische Charta

So konnte sich UNESCO-Generaldirektor Amadou Mahtar M'bow der Zustimmung aller Anwesenden sicher sein, als er sagte: „Das System der Rassendiskriminierung, das in Südafrika zur Grundlage der Verfassung wurde, stellt eine Beleidigung des Gewissens der Menschheit dar. Wenn daher von Boykott die Rede ist, dann nicht von Boykott gegen den Sport, sondern gegen den Rassismus.“

1960 nahm Südafrika zum letzten Mal an Olympischen Spielen teil. 1964 und 1968 wurde dem Apartheidstaat nach internationalen Protesten die Zulassung verwehrt, da das Land keine Zusage geben wollte, sein Team ohne Berücksichtigung der Hautfarbe zusammenzustellen.

1970 wurde Südafrika schließlich aus dem Internationalen Olympischen Komitee (IOC) mit der Begründung aus-

geschlossen, daß die Rassendiskriminierung fundamental gegen die Prinzipien der Olympischen Charta verstoße. Heute unterstützen nahezu alle Mitgliedsstaaten der UNO den Sportboykott gegen Südafrika. Die UNO geht davon aus, daß in 80% der Welt Südafrika nicht an Sportveranstaltungen teilnehmen kann.

DSB, CDU unterlaufen Südafrikaboykott

Die Mehrzahl der Weltfachverbände (so z.B. der Internationale Leichtathletik-Verband) haben Südafrika ausgeschlossen und Sanktionen für nationale Mitgliedsorganisationen vorgesehen, die diesen Boykott unterlaufen.

Um internationale Konflikte zu vermeiden, hat auch der Deutsche Sportbund (DSB) nach eigener Aussage „seit fast einem Jahrzehnt seinen Mitgliedsorganisationen nachdrücklich empfohlen, keinen Sportverkehr mit Südafrika durchzuführen.“



Südafrikanisches Rugbyteam beim Gastspiel in Heidelberg

Wie wenig von dieser eigentlich doch recht eindeutigen Stellungnahme des DSB in der Praxis zu halten ist, verdeutlichen u.a. die Auseinandersetzungen um die geplante Teilnahme des Fußball-Bundesligisten Borussia Mönchengladbach an einem „internationalen“ Fußballturnier im „Homeland“ Bophuthatswana (Dezember 1985) oder die Tour einer bundesdeutschen Rugby-Nationalmannschaft durch Südafrika (geplant für Mitte 1986). Beide Engagements konnten erst durch massive Proteste aus dem In- und Ausland verhindert werden.

Bezeichnend für die Doppelmoral führender bundesdeutscher Sportfunktionäre und erst recht der derzeitigen Bonner Regierungskoalition in Sachen Sportboykott gegen Südafrika ist auch die Tatsache, daß an der Pariser Sportboykottkonferenz weder Regierungsvertreter noch Sportfunktionäre aus der Bundesrepublik teilgenommen haben. So drückte denn auch der Ex-Grünen-MdB Walter Schwenninger, der als Mitglied der Vereinigung westeuropäischer Parlamentarier gegen Apartheid (AWEPA) an der Konferenz teilnahm, seine Befürchtung aus, daß gerade die Bundesrepublik eine Vorreiterrolle bei der Aufweichung des Sportboykotts spielen könnte.

Beispiel neuseeländischer Rugby-Verband

Eine Befürchtung, die wahrlich nicht unbegründet ist. So lamentiert z.B. DSB-Präsident Willi Weyer schon seit geraumer Zeit, daß ausschließlich der Sport die Last des Boykotts zu tragen habe. Wortgewandt weist er daraufhin,

rechtem Protest sind, die Bedrohung für die internationale Sportboykottfront geht auch von Sportverbänden anderer Länder aus. Unrühmlichstes Beispiel ist in diesem Zusammenhang der Rugby-Verband Neuseelands.

Die Nationalmannschaft dieses Landes, ohnehin berüchtigt wegen ihrer intensiven Südafrika-Kontakte (sie lösten 1976 auch die Nichtteilnahme der meisten Länder Schwarzafrikas an den Olympischen Spielen in Montreal aus) hatte ab Juli 1985 erneut eine mehrmonatige Tour durch Südafrika vor. Weder durch öffentlichen Druck noch durch eine scharfe Verurteilung seitens der neuseeländischen Labour-Regierung ließ sich die „Gang alter Kolonialisten“ (so Kevin Hague auf der Pariser Sportboykottkonferenz) an der Spitze des Verbandes umstimmen.

Erst ein gerichtlicher Entscheid konnte die Reise verhindern. Die Kontakte des neuseeländischen Rugby-Verbandes zu Südafrika gehen jedoch munter weiter. Für jede Regierung, insbesondere aber die nationalen Sportverbände, gäbe es eine Fülle von Möglichkeiten, den Sportboykott zu einem wirksamen Druckmittel auf das Apartheidregime in Südafrika werden zu lassen, heißt es in der Abschlußerklärung der Pariser Konferenz. So sollten Sportler, die trotz Verbots für oft hohe Summen an Wettkämpfen in Südafrika teilnehmen, generell gesperrt werden. Dabei sollten auch die vom UN-Sonderausschuß gegen Apartheid seit 1980 halbjährlich herausgegebenen Berichte über Sportkontakte zu Südafrika stärkere Berücksichtigung finden.

Boykott-Richtlinien für Regierungen, Sportverbände

Weiterhin sollten durch Druck auf staatlich kontrollierte Fernsehanstalten Verträge für Übertragungsrechte von Sportveranstaltungen in Südafrika vereitelt werden. Südafrikanischen Sportlern, Funktionären und Teams, die zu Wettbewerben ins Ausland reisen, sollten künftig die Ein- oder Durchreise durch Visaverweigerung unmöglich gemacht werden.

„Ist der politische Wille vorhanden, kann jedes Land seinen Beitrag zur Isolierung Südafrikas leisten“, meinte denn auch der zum Konferenzvorsitzenden gewählte ehemalige australische Premierminister Gough Whitlam. Die Eiertänze führender bundesdeutscher Sportfunktionäre und maßgeblicher Politiker der Bonner Regierungskoalition in Sachen Sportboykott gegen Südafrika lassen demnach nur die Schlußfolgerung zu, daß ihnen der politische Wille zur Isolierung des verbrecherischen Apartheidregimes in Südafrika fehlt.

daß die wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Verbindungen prächtig gedeihen, den Sportverbänden aber weiterhin die Zügel angelegt werden sollen. Sein Generalsekretär Karl-Heinz Gieseler bringt es sogar fertig, einerseits zu beteuern, daß die Boykottempfehlung des DSB „im Prinzip“ aufrechterhalten bleiben, andererseits aber die Sportverbände schamlos aufzufordern, diese Richtlinie zu unterlaufen.

Unterstützt wird diese Haltung insbesondere von der CSU und dem rechten Flügel der CDU.

So sehr diese Entwicklungen in der Bundesrepublik Anlaß zu Besorgnis und be-

Sachbücher

Mit dem Aufschwung des Befreiungskampfes in Südafrika versuchen einige Verlage mit Neuerscheinungen dem erhöhten Informationsbedürfnis gerecht zu werden. Dazu gehören auch einige Überblicksbücher, die in diesen Tagen erscheinen oder bereits erhältlich sind. Rainer Falk, *Südafrika – Was will der Widerstand? Analyse und Dokumentation*. Mit einem Anhang zur Rolle der Bundesrepublik, Pahl-Rugenstein Verlag, Köln, erscheint Ende Februar 1986, ca. 220 S., 14,80 DM.

Das Buch informiert über Ziele, Geschichte, Stand und Perspektiven des Widerstands. Dokumentiert werden die programmatischen Grundlagen und aktuellen Orientierungen von ANC und UDF. Dokumente aus der Arbeiter-, Gewerkschafts- und Frauenbewegung sowie Texte von Nelson Mandela, Oliver Tambo, Albert Luthuli, Allan Boesak und Desmond Tutu runden das Bild ab.

Gisela Albrecht/Reinhard Brückner, *Südafrika: „Wir sind bereit zu sterben“*, Reihe *rororo* aktuell 5736, Rowohlt-Taschenbuchverlag, Reinbek, erscheint voraussichtlich im März 1986.

Dieses Buch bietet anhand von Interviews, Portraits, Erlebnisberichten, Dokumenten und Analysen eine lebendige Darstellung der momentanen Lage des Apartheidstaates. Themen sind Widerstand und weißes Lager, Wirtschaft und Sanktionen, Homelands und Gewerkschaften u.v.m.

Christoph Sodemann, *Die Gesetze der Apartheid*, edition südliches afrika 17, informationsstelle südliches afrika, Bonn, erscheint im Januar 1986, ca. 200 S., 17,80 DM.

Ch. Sodemann stellt in seinem Buch die wichtigsten Gesetze des Apartheidstaats vor sowie ihren Zweck, ihre Anwendung und Wirkung dar.

Ken Luckhardt/Brenda Wall, *Arbeiter gegen Apartheid*. Die neue Gewerkschaftsbewegung in Südafrika, ergänzt und aktualisiert von Sigrid Thomsen, edition südliches afrika 13, informationsstelle südliches afrika, Bonn 1984, 137 S., 19,80 DM

ist eine exzellente Darstellung der Geschichte der südafrikanischen Gewerkschaften, ihrer aktuellen Entwicklung und Politik, der Beziehungen zwischen den unabhängigen Gewerkschaften und den internationalen Gewerkschaftsverbänden sowie der Strategie des Kapitals und des Staates gegenüber den unabhängigen Gewerkschaften. Ergänzt wird diese Darstellung durch Dokumente zur politischen Rolle der Gewerkschaften

Wolff Geisler/Gottfried Wellmer, *DM-Investitionen in Südafrika, ISSA – wissenschaftliche Reihe 10, informationsstelle südliches afrika, Bonn 1983, 320 S., 17,80 DM.*

Dies ist ein unentbehrliches Referenzwerk zu den Wirtschaftsbeziehungen BRD-Südafrika. Den Hauptteil des Buches bildet eine minutiöse Auflistung bundesdeutscher Firmen, die in Südafrika investiert haben. Ergänzt wird diese Liste durch einen Aufsatz Gottfried Wellmers, in dem dieser detaillierter auf die Rolle transnationalen, insbesondere bundesdeutschen Kapitals im Apartheidstaat eingeht.

Baldwin Sjollema, *Die Isolation der Apartheid*. Texte zum kirchlichen Entwicklungsdienst 26, Lembeck-Verlag, Frankfurt 1983, 176 S., 9,50 DM.

Baldwin Sjollema, 1970-81 Direktor des Antirassismus-Programms des Weltkirchenrats, dokumentiert im ersten Teil des Buches die Kollaboration der westlichen Staaten mit dem Apartheidstaat und stellt in einem zweiten Teil die Aktivitäten des Weltkirchenrats und einiger seiner Mitgliedskirchen gegen die Apartheid dar.

Elisabeth Adler (Hrsg.), *Wie lange noch? Apartheid als Herausforderung für Südafrikas Christen und Kirchen*. Dokumente 1970 bis 1980, Union Verlag, Berlin (DDR) 1982, 256 S., 12,80 DM.

Dies ist die derzeit umfangreichste Sammlung von Dokumenten zur Position der südafrikanischen Kirchen und Christen. Neben Erklärungen kirchlicher Institutionen enthält es Reden und Aufsätze u.a. von Desmond Tutu, Allan Boesak, Nomzamo Mandela, Steve Biko und Beyers Naudé.

Desmond Tutu, „Gott segne Afrika“. Texte und Predigten des Friedensnobelpreisträgers, Reihe *rororo* aktuell 5926, Rowohlt-Taschenbuchverlag, Reinbek 1984, 156 S., 9,80 DM. In diesem Taschenbuch sind neuere Texte und Predigten Bischof Tutus, die zum Verständnis seiner theologischen und politischen Position beitragen, zusammengestellt.

Nelson Mandela, *Wofür ich bereit bin, zu leben und zu sterben*. Verteidigungsrede von Nelson Mandela im Rivonia-Prozess in Pretoria, Südafrika, Stuttgart 1980, 45 S., 3 DM (Bezug: Aktion „Freiheit für Nelson Mandela“, Altenburger Steige 20, 7000 Stuttgart 50 sowie bei der AAB).

Sehr eindrucksvoll stellt Nelson Mandela den Hintergrund des Befreiungskampfes, die Geschichte des ANC, die Notwendigkeit der Aufnahme des bewaffneten Kampfes und die Ziele der Befreiungsbewegung in seiner Verteidigungsrede dar.

Belletristik

Als Taschenbuch- oder broschürierte Ausgabe sind einige bemerkenswerte belletristische Arbeiten aus Südafrika erschienen:

Zindzi Mandela/Peter Magubane, *Schwarz wie ich bin*. Gedichte und Fotos aus Soweto, Lamuv Verlag, Bornheim-Merten 1984, 106 S., 14,80 DM.

Peter Schütt (Hrsg.), *Amandla Maatla*. Neue Gedichte aus dem südafrikanischen Widerstand, Weltkreis Verlag, Dortmund 1984, 160 S., 12,80 DM.

James Matthews, *Schattentage*. Roman, Weltkreis Verlag, Dortmund 1985, 176 S., 12,80 DM.

Einen bedrückenden Eindruck des schwarzen Alltags in Kapstadt, Apartheid-Südafrika, vermittelt Matthews' Roman (vgl. die Rezension in AIB 10/1985, S. 54f.).

Breyten Breytenbach, *Augenblicke im Paradies*. Roman, Fischer Taschenbuch 5887, Frankfurt 1985, 288 S., 9,80 DM.

Breytenbach ist afrikaanssprachiger Schriftsteller. Dieses Buch faßt seine Reiseeindrücke, Kindheitserinnerungen, Poesie und politischen Reflexionen als Ergebnis seines ersten Aufenthalts in Südafrika im Jahre 1972/73, nach jahrelanger erzwungener Abwesenheit, zusammen.

Nadine Gordimer, *July's Leute*. Roman, Fischer Taschenbuch 5902, S. Fischer Verlag, Frankfurt 1985, 208 S., 7,80 DM.

In diesem Buch steht Südafrika kurz vor der Befreiung. Eine gutbürgerliche, „liberale“ Familie flieht vor den Kämpfen zu den ländlichen Verwandten ihres Hausangestellten. Sie ist mit völlig neuen gesellschaftlichen Verhältnissen konfrontiert...

Weitere, ebenfalls im S. Fischer Verlag erschienene Taschenbücher derselben Autorin sind: *Anlaß zu lieben*, Burgers Tochter u.a.

Autobiographien

Einige sehr wichtige autobiographische Berichte von Südafrikanern sind in den letzten beiden Jahren in der BRD erschienen:

Winnie Mandela, *Ein Stück meiner Seele ging mit ihm*, Reihe *rororo* aktuell 5533, Rowohlt-Taschenbuchverlag, Reinbek 1984, 222 S., 10,80 DM.

Winnie Nomzamo Mandela, die Frau Nelson Mandelas und selbst eine der herausragenden Führerinnen des Widerstands, berichtet über ihre Kindheit, ihr Leben mit Nelson Mandela, das – wie sie sagt – immer ein Leben ohne ihn war, die politische Verfolgung durch den südafrikanischen Staat, Haft und Widerstand.

Ellen Kuzwayo, *Mein Leben*. Frauen gegen Apartheid, sub rosa Frauenverlag, Berlin (West) 1985, 317 S., 29,80 DM.

Diese Autobiographie ist ebenfalls eine enorm beeindruckende Schilderung des Apartheidalltags. Ellen Kuzwayo, die in vielen politischen Organisationen tätig ist, hat insbesondere eine wichtige Rolle bei der Initiierung von Selbsthilfegruppen in Soweto gespielt.

Indres Naidoo/Albie Sachs: *Insel in Ketten*. Bericht aus Südafrika, Lamuv Verlag, Bornheim-Merten 1984, 280 S., 18,80 DM.

Indres Naidoo, Mitglied des ANC, enthüllt die brutalen Bedingungen, unter denen die politischen Gefangenen inhaftiert sind. Er berichtet von ihrem Kampf, diese Bedingungen zu ändern und ihre Würde zu wahren. Indres Naidoo war 10 Jahre auf der Gefängnis-Insel Robben Island, der „Insel in Ketten“, inhaftiert.



Spenden

Spenden können direkt an den ANC für die Flüchtlingslager in Morogoro und Dakawa (Tansania) gegeben werden. Das ASK unterhält ein Sonderkonto (s.o.) für den Nothilfefonds des ANC. Bei der AAB kann für die Schule in Morogoro gespendet werden: Bank für Gemeinwirtschaft, Bonn, Kto-Nr. 101 9894 500

Genauere Informationen über Material und Aktionsmöglichkeiten gibt es bei den genannten Adressen.

Wer sich einen Überblick über alle verfügbaren Quellen von Informationsmaterial verschaffen möchte, sollte das „Südafrika-Handbuch“, Jugenddienst Verlag, Wuppertal 1982, 436 S., 19,80 DM zur Hand nehmen.

Buttons/Plakate

ANC, AAB, ASK und Solishop liefern Buttons, Plakate, Aufkleber usw. zu unterschiedlichen Themen. Ein vielfarbiges Kunstdruckplakat zu Nelson Mandela (6 DM) kann beim Solishop 3. Welt bezogen werden. Die AAB bietet verschiedene Plakate zum Thema „Boykottiert Südafrika“ an.

Unterschriftenkampagnen

Für die Freilassung Nelson Mandelas setzt sich eine internationale Unterschriftensammlung ein. Unterschriftenlisten können ebenso wie für die Kampagne „Kündigt das Kulturabkommen“ bei der AAB angefordert werden.

Broschüren

Einführende Literatur kann bei der AAB bezogen werden: z.B. „Südafrika in den achtziger Jahren“ (hrsg. vom Ev. Missionswerk) für 1 DM; „Banken und Apartheid – Unser Geld in Südafrika“ (hrsg. von der AAB) für 1,50 DM; Informationsblätter „Was ist Apartheid?“ (1,50 DM) und Material zu einzelnen Fragen der Solidaritätsarbeit wie Banken, Kulturabkommen und Rüstungsexport. Der ANC hat die Broschüre „Apartheid – Unterdrückung und Widerstand“ (2,50 DM) herausgegeben, sowie Einführungsmaterial zu den Themen „Zwangsumsiedlungen“, „Frauen in Südafrika“.

Filme/Dias/Videos

Bei der AAB kann für Solidaritätsveranstaltungen die Monitor-Sendung „MBB-Hubschrauber“ mit Kommentar ausgeliehen werden. Die EFD hat ein Faltblatt mit Filmvorschlägen veröffentlicht, ebenso kann beim ANC eine Liste von Filmen angefordert werden. Die AAB verleiht mehrere Diaserien, u.a. „Was ist Apartheid?“, „Militärisch-Nukleare Zusammenarbeit BRD-Südafrika“.

Fotoausstellungen

Der ANC bietet Fotoausstellungen zu den Themen „Frauen in Südafrika“, „Zwangsumsiedlungen“, „Jugend“ und „Kinder“ an. Sie können gegen Übernahme der Unkosten und eine Spende ausgeliehen werden.

Südafrikanische Musiker

Die Eigenschaft der Apartheid, kulturelle Dynamik und Entwicklung – im Gegensatz zu den Phrasen von „getrennter Entwicklung“ – zu behindern, hat Südafrikas größte musikalische Talente, darunter auch einige Weiße, früh in Opposition zum Apartheidregime gebracht. Die international anerkanntesten Musiker aus Südafrika sind im Ausland tätig. Allesamt eint sie, deren renommierteste **Miriam Makeba** ist



(siehe u.a. ihre LP „African Convention“), ihr Bemühen, in ihre musikalischen Ausdrucksformen Themen traditioneller, schwarzer südafrikanischer Musik einfließen zu lassen. Dies macht als ungewohntes, oft sehr rhythmisches Element ihren Reiz aus.

Die meisten der hierzulande bekannten südafrikanischen Musiker sind Jazzer. Da ist zunächst der Pianist **Abdullah Ibrahim (Dollar Brand)**, dessen Plattenproduktion längst unüberschaubar ist. Aus seinen in den 70er Jahren vorgelegten Werken gibt es eine hervorragend zusammengestellte Auswahl auf Cassette (leider nur als MC „Good News from Africa“; zu bestellen bei: Network Medien Cooperative, Hallgarten 69, 6000 Frankfurt, 16,80 DM Vorauszahlung). Aus neuerer Zeit ist wegen sehr engagierter Texte und vorzüglicher Verarbeitung „klassischer“ südafrikanischer Folklemente die LP „South African Sunshine“ erwähnenswert.

Auf der oben erwähnten MC finden sich auch als LPs nicht mehr erhältliche Koproduktionen mit dem genialen südafrikanischen Bassisten **Johnny Dyani**. Dessen beste LP „Witchdoctor's Son“ ist ebenso nur noch mit viel Glück auf Plattenbörsen zu finden.

Mit von der Partie bei dieser Produktion war der Saxophonist **Dudu Pukwana**, der inzwischen mit einer eigenen Band die vielbeachtete LP „Zila“ vorgelegt hat.

Es gibt kaum ein Festival südafrikanischen Jazz', bei dem nicht drei Namen angekündigt wären: Der eine ist der Posaunist **Hugh Masekela**, dessen jüngste LP „TechnoBush“ betitelt ist. Die beiden anderen sind der Percussionist **Julian Bahula** und der Gitarrist **Lucky Ranku**. Beide sind bekannt geworden mit der Gruppe **Jabula** (LPs „Let Us Be Free“ und „African Soul“), die sie nach zahlreichen Umbesetzungen inzwischen neubelebt haben und in der beide unverändert spielen. Nebenbei hat Julian Bahula inzwischen eine wieder stärker Jazzorientierte Gruppe **Jazz Africa** ins Leben gerufen.

Einige Grundthemen dieser Musiker wird man

Malibongwe Südafrikakonzerte



Wer ein Solidaritätskonzert mit Südafrika durchführen will, sollte sich an die Künstler wenden, die die LP „Malibongwe“ für den ANC eingespielt haben.

Malibongwe ist das einzige Programm südafrikanischer Volks- und Widerstandslieder, das derzeit in der Bundesrepublik existiert. Es wird von zwei Gruppen zur Aufführung gebracht:

Argus & Zeitgenossen

Diese Gruppe aus dem Bremer Chor-Die Zeitgenossen und der Rockformation Argus treten mit einem Doppelquartett und fünf

Musikern auf. Wenn es möglich ist, bringen sie das Programm auch mit dem vollständigen 40köpfigen Chor und dem südafrikanischen Sänger **James Madhlope Phillips** zur Aufführung.

Kontakt: Winfried Dippel, Fürther Str. 109, 2800 Bremen, Tel. 0421/375270

Bremer Chor-Kollektiv

Das Malibongwe-Programm wird ebenfalls von diesem Chor aufgeführt. **James Madhlope Phillips** nimmt auch an diesen Aufführungen teil, wenn es ihm möglich ist.

Kontakt: Jutta Puppe, Weissenburgerstr. 10, 2800 Bremen, Tel. 0421/459341

Arno Armgort

Aktionsbeispiel Bankenblockade

wiedererkennen im Repertoire südafrikanischer Volks- und Widerstandslieder, welche vom Bremer Chor „Die Zeitgenossen“ unter Leitung des exilierten südafrikanischen Sängers James Madhlope Phillips eingespielt worden sind.

Ihre zweite LP „Malibongwe“, die Anfang des Jahres über den ANC produziert wurde, kann bezogen werden bei: Bremer Chor – Die Zeitgenossen, c/o Edgar Zimmer, Gustav-Freytag-Str. 15, 2800 Bremen oder beim ANC, Postfach 190140, 5300 Bonn.



Kontakte

Der Afrikanische Nationalkongress (ANC) hat eine Vertretung in der BRD. Sie gibt gegen Spende ein monatliches Informationsbulletin heraus. Adresse: ANC, Postfach 190140, 5300 Bonn 1, Tel. 0228/ 352295, Konto: Post-scheckamt Köln 312 813-509

Bundesweite Aktionen und Hilfe für lokale Gruppen organisiert die Geschäftsstelle der Anti-Apartheid-Bewegung (AAB): 5300 Bonn, Blücherstr. 14, Tel. 0228/211355. Sie wird ab Januar 1986 eine monatliche Anti-Apartheid-Zeitung herausgeben.

Die Informationsstelle Südliches Afrika (ISSA), Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1 gibt gemeinsam mit der AAB den zweimonatlich erscheinenden Informationsdienst Südliches Afrika sowie Bücher und Broschüren zum Südlichen Afrika heraus.

Beim Antiimperialistischen Solidaritätskomitee (ASK), Hamburger Allee 52, 6000 Frankfurt/M. 90, Tel. 069/ 709060 kann ebenfalls Aktions- und Informationsmaterial bestellt werden. Das ASK hat ein Spendenkonto für den Nothilfefonds des ANC eingerichtet, mit dem der Befreiungskampf unterstützt werden soll. Sonderkonto Prof. Erich Wulff, Postgiroamt Frankfurt/M., Kto.Nr. 527 055-602, Kennwort Südafrika.

Ebenfalls unter der Adresse Hamburger Allee 52, 6000 Frankfurt/M. 90 ist der Solishop 3. Welt zu erreichen, der Materialien zur Südafrikasolidarität vertreibt (siehe Anzeige in diesem Heft).

Die Südafrika-Projektgruppe Frauen gegen Apartheid“ der Evangelischen Frauenarbeit in Deutschland (EFD), Unterlindau 80, 6000 Frankfurt/M. 1 gibt zweimonatlich den „Boykott-Rundbrief“ heraus.

Die Christliche Initiative – Freiheit für Südafrika und Namibia organisiert Mahnwachen und Protestaktionen gegen die südafrikanischen Vertretungen in der Bundesrepublik. Kontaktadresse: Pfarrer Jörg Baumgarten, Zeughausstraße 7, 5200 Siegburg.

Im August und September 1985 führte das „Bremer Aktionsbündnis gegen Apartheid“ dreimal Blockadeaktionen vor den Eingängen großer Bankhäuser durch. Damit sollte auf die besondere Rolle bundesdeutscher Großbanken bei der Finanzierung des Rassistenregimes hingewiesen werden.

Die Auslandsabhängigkeit des Apartheidsystems wird im Finanzbereich besonders deutlich: 24 Mrd Rand Auslandsverschuldung (ca. 1/3 des Bruttozialprodukts), wovon 14 Mrd Rand in den kommenden 10 Monaten fällig werden. Die Rassisten hatten Ende August 1985 ein einseitiges Schulden-Moratorium bis Dezember 1985 beschlossen, das jetzt ins Jahr 1986 hinein verlängert wurde.

Aus den Banketagen war kein Protest zu vernehmen (man stelle sich gleiches Verhalten mal für Nikaragua oder Äthiopien vor), das Geschäft läuft offenbar zu gut.

Seit die Rassisten begannen, den Widerstand in den Straßen der schwarzen Vorstädte zusammenzuschießen (August 1985), haben bundesdeutsche Banken diese Politik mit Krediten von mehr als 1 Mrd DM unterstützt. Sie haben ihre Positionen in dieser Zeit noch ausgebaut, indem sie die Lücken schlossen, die durch den Rückzug z.B. US-amerikanischer Banken aus dem Apartheidgeschäft entstanden waren.

Unsere Empörung über die gelassene Offenheit, mit der diese schmutzigen Geschäfte betrieben wurden, brachte uns auf die Blockade-Idee. Der reibungslose und ungestörte Geschäftsbetrieb mit Südafrika sollte stärker ins Licht der Öffentlichkeit gerückt werden.

Die Hauptfilialen aller großen Banken in Bremen befinden sich am Domshof (einem Platz in der Innenstadt), genauso wie das südafrikanische Konsulat. Unter der Parole „Gegen das Geschäft mit der Apartheid“ wurde eine Blockade der Domshofbanken vorbereitet.

Geplant war, den Eingang einer oder mehrerer Banken zu blockieren und diese Aktion zu nutzen, um über die Situation in Südafrika, die wirtschaftliche und politische Unterstützung der BRD und besonders Bremens sowie über die Finanzgeschäfte der betroffenen Banken mit den Rassisten zu informieren. Gefordert wurde die Kündigung aller Kredite für Südafrika, die Beendigung des Krügerland-Verkaufs und ein allgemeiner Boykott des Rassistenregimes.

Die Blockadeaktionen wurden jeweils durch Flugblätter und Plakate in der Öffentlichkeit angekündigt. Zur ersten Blockade am 19. September versammelten sich ca. 400 Leute auf

dem Domshof und blockierten sitzend den Eingang der Deutschen Bank.

Auf Transparenten und Plakaten wurde die Kreditpolitik der Banken gegenüber Südafrika verurteilt. Die Passanten wurden per Megaphon über Hintergrund und Ziele der Aktion informiert.

Auf Seiten der Ordnungshüter ließ man sich von diesen Argumenten nicht beeindrucken. Die zahlreich erschienenen Polizeikräfte sahen ihre Aufgabe in der Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebes. Bei der Durchführung dieser Aufgabe kam es wiederholt zu brutalen Übergriffen von Polizeibeamten.

Die Blockierer hielten allerdings am Konzept des gewaltfreien Widerstands fest und verlegten zwischenzeitlich den Ort des Geschehens vor die Commerzbank.

Die Aktion wurde von uns als erfolgreich eingeschätzt und deshalb eine Wiederholung beschlossen. Die Situation am folgenden Donnerstag unterschied sich vor allem durch ein massiveres Polizeiaufgebot und dem Umstand, daß die Aktion unmittelbar vor Beginn verboten wurde. Wir ließen uns davon allerdings nicht beeindrucken.

Die Handgreiflichkeiten seitens der Polizeikräfte nahmen zu. Aber weder dies, noch Absperrgitter, Hundestaffeln und Videoüberwachung konnten etwas daran ändern, daß von einem ruhigen Bankennachmittag keine Rede sein konnte. Die dann folgende, vorläufig letzte Blockade wurde mit einer anschließenden Demonstration verbunden, die das gesamte Spektrum der Bremer Apartheidgegner repräsentieren und mobilisieren sollte.

1.500 Bremer/innen folgten dem Aufruf zur Demonstration, zu der ein breites Personenbündnis aufgerufen hatte. Gefordert wurde ein umfassender Boykott des Rassistenregimes und diese Forderung bremenspezifisch präzisiert.

Im Aufruf und den Reden wurde auf die wenig glaubwürdige Politik des SPD-Senats hingewiesen, die sich zwar verbal vom Botha-Regime absetzt, den Worten aber keine Taten folgen läßt. Die Beziehungen Bremens zum Rassistenregime sind vielfältig und eng und es würde sozialdemokratischer Oppositionspolitik nicht schlecht anstehen, von den SPD-regierten Bundesländern aus, Zeichen in Richtung Bonn zu setzen, vor allem wenn von der Bundesregierung zurecht Taten gefordert werden.

Wortreiche Distanzierungen haben wir lange genug gehört, Taten sind gefragt, nicht nur aus Bonn.



Wir schenken jedem ein Buch...

... der uns einen **neuen Abonnenten** nennt oder das AIB verschenkt.

Das Ganze ist denkbar einfach: **Abokarte** in der Heftmitte ausfüllen, eines der unten abgebildeten aktuellen Dritte-Welt-Bücher angeben (oder die vollständige Liste anfordern) und abschicken. Das Buch wird sofort ausgeliefert (bei Erteilung einer **Abbuchungsvollmacht**) oder nach Bezahlung des Abopreises von 29 DM (zzgl. 4 DM Porto).



R. Falk
Die heimliche Kolonialmacht
Bundesrepublik und Dritte Welt
Pahl-Rugenstein Verlag
220 Seiten, 14,80 DM

James Matthews
Schattentage
Roman aus Südafrika
Weltkreis Verlag
144 Seiten, 9,80 DM

K.P. Wolf
Tage, die wie Wunden brennen
Roman aus Nicaragua
Weltkreis Verlag
140 Seiten, 14,80 DM

Tansania	
J. Nyerere, Eine neue Schuldenregelung ist nötig	11/43
J. Becker, Abschied von Ujamaa?	12/31
Kurzinformation	7/43
Tschad	
Kurzinformation	1/55
Türkei	
Gründung der Linken Einheit	4/43
Plattform zur demokratischen Zusammenarbeit	4/44
D. Falk, Hungern für Sultan	
Özals Größe	12/39
BRD-Infodienst	4/53, 11/49
Kurzinformation	8-9/71
Uganda	
F. Makumbi-Kidza, Palastrevolte?	10/14

Regionen

Afrika/Südliches Afrika	
Westsahara-OAU (KI)	1/54
Angola-Namibia (KI)	1/55
A. Conchiglia, Alternative zum Namibia-, „Linkage“	2/32
Brief von J.E. dos Santos an J. Peres de Cuellar	2/34
C. Sodemann, Symposium „100 Jahre Berliner Kongokonferenz“	3/27
A. Conchiglia, Westliche Arbeitsteilung mit der UNITA und dem RNM	4/10
Afrika-Spenden (ID)	5/49
Mittelamerika/Karibik	
Mittelamerika-Symposium (ID)	3/41
U. Kampmann, US-„Friedens“initiative zu Nicaragua? (K)	5/ 3
Sonderheft 3/1985:	
Krise in Mittelamerika	6/13
U. Kampmann, Bonn und Mittelamerika	6/14

Stichworte

Ausländerpolitik	
H. Özcan, „Wir fordern Gleichberechtigung“	1/49
Hände weg vom Asylrecht! (ID)	6/53
Asylrechtsänderung (ID)	10/57
Ausländer in der BRD (ID)	11/49
BRD-Entwicklungspolitik – Dritte Welt	
W. Geisler, Militärische Zusammenarbeit BRD-Südafrika	1/11
R. Falk, Seerecht – Bonn steigt aus	1/47
W. Brönnner, UNESCO-Austritte	2/ 4
Rüstungsexporte (ID)	2/41
Nahostreise der Grünen (ID)	2/41
M. Kolter, Vom Sinn der Hungerhilfe (K)	3/ 3
C. Sodemann, Symposium „100 Jahre Berliner Kongokonferenz“	3/27
Ein Diktator steht ins Haus (Paraguay)	3/30
Buchtips: Rüstungsexporte (ID)	3/41
Irak-Waffengeschäft (ID)	3/41
Nahostreise Weizsäckers (KI)	3/43
N. Biver, Reagans Besuch – der Gipfel (K)	4/ 3
Rüstungsexporte (ID)	4/53

Uruguay	
A. Gonzales, Die Schwelle zur Demokratie	1/20
A. Gonzales, Generalamnestie	5/39
A.L. Benetti, Wirtschaftlicher Balanceakt	8-9/58
Vietnam	
Sonderheft 1/1985:	
10 Jahre befreites Vietnam	4/15
G. Giesenfeld, Vietnam? Vietnam!	4/16
G. Ellenberg, Das Vietnam-Trauma	4/17
J. Ostrowsky, Die Befreiung Saigons	4/19
B. Bartoldus, Aus den Ruinen	4/23
G. Giesenfeld, Wende in der Kampucheafrage?	4/31
Interview mit Nguyen Co Thach	4/34
N. Co Thach, Vietnams Bilanz	4/35
Pham Van Dong, Ambitionen Pekings	4/35
F. Werkmeister, Die Vietnam-Solidaritätsbewegung	4/36

G. Aguilera, Mittelamerika – Bilanz und Perspektiven	6/17
Material- und Aktionsspiegel	6/43
Contadora-Verhandlungen (KI)	10/58
B. Robben, Kaffeekampagne	11/14
Contadora-Verhandlungen (KI)	11/50

Naher und Mittlerer Osten	
G. Stein, Der Nationalrat von Amman	1/33
Interview mit Abu Jihad	1/35
Tagung der Nahostkomitees (ID)	1/53
Nahostkonflikt (KI)	1/54
Nahostreise der Grünen (ID)	2/41
M. Wenger, Das US-Zentralkommando Südwestasien	3/ 7
US-Stützpunktring um Südwestasien	3/12
T. Toubi, Was gefährdet die PLO?	3/14
Nahostreise Weizsäckers (KI)	3/43
Demokratische Allianz, Erklärung zum Arafat-Hussein-Abkommen	4/13
K.D. Fischer, Nahostsolidarität ist alles andere als exotisch!	5/16
Treffen der Nahostkomitees (ID)	6/53
W. Brönnner, Die „jordanische Option“	7/ 9

R. Falk, Der getrübbte Reagan-Besuch (K)	6/ 3
R. Falk, Der Bonner Wirtschaftsgipfel	6/ 4
U. Kampmann, Bonn und die Mittelamerikakrise (K)	6/14
J. Becker, Bankenboykott: „Kein Geld für Apartheid!“	6/50
U. Rupp, Stroessner verschont Bonn (K)	7/ 3
Beziehungen BRD-Moçambique	7/28
S. Nujoma, Das Doppelspiel der BRD	7/32
E. Schneider, Fluchtweg Massentourismus	7/33
Tansania – BRD (KI)	7/43
R. Falk, Die CSU bilanziert die „Wende“	8-9/61
Bayer in der Dritten Welt (ID)	8-9/69
tdh: alternative Entwicklungspolitik (ID)	8-9/69
Atombombe – made in Germany (ID)	8-9/69
Türkeireise Kohls (KI)	8-9/71
M. Kolter, Südafrikasanktionen – kein Thema für Bonn? (K)	10/ 3
Rüstungsexport nach Südafrika (ID)	10/57
Buchtips BRD und 3. Welt (ID)	12/48

Entwicklungsländer/wirtschaftliche, soziale und globale Probleme	
J. Ostrowsky, Äthiopien – ein gefundenes Fressen (K)	1/ 3
R. Falk, Seerecht – Bonn steigt aus	1/47

Förderungen der Freundschaftsgesellschaft BRD-SRV	4/37
G. Giesenfeld, Symbol Ho Chi Minh	4/38
Aktions- und Materialspiegel	4/41
Rambo II – Revanche für Vietnam	10/54
W. Hühn, Narben des Krieges	12/36
BRD-Infodienst	2/41, 7/41, 12/49

Westsahara	
L.A. Heinrich, Marschiert Hassan gegen Algerien?	3/23
Interview mit Mohammed Abdelaziz	3/24
Kurzinformation	1/54

Zimbabwe	
J. Becker, Wahlen mit Überraschungen	8-9/15
Kurzinformation	12/51

Zypern	
Kurzinformationen	3/43, 4/55

I. Lübben-Pistofidis, Jordaniens palästinensische Karten	7/13
Arabische Gipfelkonferenz (KI)	10/58
U. Schnell, Ist das Amman-Abkommen passé? (K)	12/ 3

Südamerika	
Papstbesuch in Lateinamerika (KI)	3/42
N. Boukari, Vor einem Schuldnerstreik?	11/37
F. Castro, Die Schulden sind unbezahlbar!	11/38
Akte von Havanna	11/41

Süd- und Ostasien, Pazifik	
Pazifik/ANZUS-Krise (KI)	3/43
Pazifik/ANZUS-Krise (KI)	4/54
G. Diederichs, Der ANZUS-Pakt vor dem Ende?	5/10
G. Diederichs, Bomben gegen einen atomwaffenfreien Südpazifik	10/16
N. Biver, Frankreichs Ambitionen im Südpazifik	11/22

G. Diederichs, Ein Film über den Bluthandel	1/51
Informationsordnung (KI)	1/55
AKP-Abkommen (KI)	1/55
W. Brönnner, Reagans Krieg um die Köpfe (K)	2/ 3
W. Brönnner, UNESCO-Austritte	2/ 4
AAPSO-Konferenz zur Neuen Internationalen Informationsordnung	2/ 7
G. Diederichs, Die Giftgaskatastrophe von Bhopal	2/27
P. Clay, Zweischneidiges Lomé III	2/35
M. Kolter, Vom Sinn der Hungerhilfe (K)	3/ 3
N. Biver, Reagans Besuch – Der Gipfel (K)	4/ 3
R. Falk, Der Bonner Wirtschaftsgipfel	6/ 4
I. Bestushew-Lada, Ausweg aus der Rückständigkeit – eine soziale Frage!	8-9/34
N. Boukari, Vor einem Schuldnerstreik?	11/37
F. Castro, Die Schulden sind unbezahlbar!	11/38
Akte von Havanna – Gewerkschaftskonferenz zur Verschuldungskrise	11/41
J. Nyerere, Eine neue Schuldenregelung ist nötig	11/43

Frankreich und Dritte Welt	
Tschad-Konflikt (KI)	1/55

Neukaledonien (KI)	1/55	Dokumente zur Weltraumrüstung	10/39	Forderungen der Freundschaftsgesellschaft BRD-SRV	4/36
J.M. Becker, Kanaken fordern Unabhängigkeit für Neukaledonien	2/29	Material- und Aktionspiegel	10/42	K.D. Fischer, Nahost-Solidarität ist alles andere als exotisch! (K)	5/17
Französische Kolonien (KI)	5/50	Weltkoalition gegen Rüstung im All (K)	11/ 3	P. Gingold, Was jüdische Antifaschisten so getroffen macht	5/36
G. Diederichs, „Testet die Bombe in Frankreich!“	8-9/24	N. Biver, Frankreichs Ambitionen im Südpazifik	11/22	9. BUKO im Zeichen der Ökologiedebatte	7/37
G. Diederichs, Bomben gegen einen atomwaffenfreien Südpazifik	10/16	A. Geiges, Weltliga der „Contras“	12/ 4	Aktionen gegen das Apartheidregime in den USA, Westeuropa	8-9/10
N. Biver, Frankreichs Ambitionen im Südpazifik	11/22	J. Scheffran, Der ASAT-Test und die Osterinsel	12/42	P. Grund, 12. Weltjugendfestspiele	10/51
		40. UN-Vollversammlung – Abrüstung (KI)	12/50	B. Robben, Kaffeekampagne	11/14
Frauen		Kultur		UdSSR und Dritte Welt	
M. Kolter, Weltforen von Nairobi	10/52	G. Diederichs, Film „Bluterte“	1/51	Beziehungen UdSSR-China (KI)	2/43
Internationale Organisationen und Konferenzen		P. Sittig, Kalter-Kriegs-Film „Die rote Flut“	2/13	P. Wahl, Thesen: Sowjetunion in der Dritten Welt	8-9/27
R. Falk, Seerecht – Bonn steigt aus 20. Gipfel der OAU (KI)	1/47	V. Teitelboim, Pablo Neruda	2/37	D. Boris, Bedroht die Sowjetunion die Dritte Welt?	8-9/42
AAPSO-Konferenz zur Neuen Internationalen Informationsordnung (NIIO) (KI)	1/55	Gespräch mit Jean-Marie Adiaffi	3/38	R. Falk, Handel und Hilfe (Teil 1)	10/48
AKP-Abkommen (KI)	1/55	H. Mayer, Kampuchea-Film „Schreiendes Land“	4/51	R. Falk, Handel und Hilfe (Teil 2)	11/45
W. Brönner, Reagans Krieg um die Köpfe (UNESCO) (K)	2/ 3	H. Mayer, Morengafilm	5/46	Diskussionsforum	12/44
W. Brönner, UNESCO-Austritte	2/ 4	Suleiman Monsour – Maler Palästinas	6/51	USA und Dritte Welt	
Nichtpaktgebundene zur UNESCO	2/ 6	P. Schütt, Weltliteratur aus Marokko	7/38	R. Werning, Korea in der „neuen Pazifikära“	1/43
AAPSO-Konferenz zur NIIO	2/ 7	Gespräch mit dem chilenischen Maler Pato Madeira	8-9/64	Buchtip (ID)	1/53
P. Clay, Zweischneidiges Lomé III	2/35	P. Sittig, Rambo II	10/55	W. Brönner, Reagans Krieg um die Köpfe	2/ 3
Ch. Sodemann, Symposium „100 Jahre Berliner Kongokonferenz“	3/27	Gespräch mit Ernesto Cardenal	12/46	W. Brönner, UNESCO-Austritte	2/ 4
Sondersitzung UNESCO (KI)	4/54	Religion/Kirchen		P. Sittig, Kalter-Kriegs-Film „Die rote Flut“	2/13
R. Falk, Der Bonner Wirtschaftsgipfel	6/ 4	Papst-Reise nach Lateinamerika (KI)	3/42	M. Haun, Wahlsieg der Besatzer	2/14
Gewerkschaftskongreß über die Verschuldungskrise	11/41	Bußschweigen für L. Boff (KI)	6/55	Abkommen Kuba-USA (KI)	2/47
8. Konferenz der Nichtpaktgebundenen (KI)	11/50	Rezensionen		E. Kennedy in Südafrika (KI)	2/43
Japan und Dritte Welt		F. Niess, Der Koloß im Norden	1/52	M. Wenger, Das US-Zentralkommando Südwestasien	3/ 7
R. Werning, Korea in der „Neuen Pazifikära“	1/43	J. Hippler, Menschenrechte und „Politik der Stärke“	1/52	US-Interessen im Nahen und Mittleren Osten	3/ 8
Krieg/Frieden und Dritte Welt		Ngugi wa Thiong'o, Der Fluß dazwischen	2/40	US-Stützpunktring um Südwestasien	3/12
R. Werning, Korea in der „neuen Pazifikära“	1/43	Buchi Emecheta, Nnu Ego – zwanzig Säcke Muschelgeld	2/40	N. Biver, Reagans Besuch – der Gipfel (K)	4/ 3
AirLand Battle (ID)	1/53	Task Force Detainees of the Philippines, Risse im Paradies	3/27	W. Brönner, Staatsterrorismus	4/ 4
Forum gegen Krieg (ID)	1/53	R. Werning, US-Imperialismus auf den Philippinen	3/27	E. Ray/B. Schaap, Reagan greift den „Terrorismus“ an (I)	4/ 6
Rüstungsexporte (ID)	2/41	R. Werning, Agrarreform und Kriegerecht auf den Philippinen	3/37	K. Ege, Greifarme des CIA	4/ 8
M. Wenger, Das US-Zentralkommando Südwestasien	3/ 7	L. Luger/B. Sulzbacher, SOMOS. Nicaraguas Frauen	4/52	A. Conchiglia, Westliche Arbeitsteilung mit der UNITA und dem RNM	4/10
Deklaration von Delhi	3/36	R. Steinweg/J. Becker, Medienmacht im Nord-Süd-Konflikt	7/40	G. Ellenberg, Das Vietnam-Trauma	4/17
Buchtips: Rüstungsexporte (ID)	3/41	Jörg Becker, Informationstechnologie in der Dritten Welt	7/40	G. Diederichs, Der ANZUS-Pakt vor dem Ende?	5/10
Irak-Waffengeschäft (ID)	3/41	K.H. Mölich, Der Entstehungsprozeß der neuen Internationalen Informationsordnung	7/40	E. Ray/B. Schaap, Reagan greift... (II)	5/42
Pazifik: ANZUS-Krise (KI)	3/43	A. Feid, Chilenischer September	8-9/67	Friedensbewegung (ID)	5/49
W. Brönner, Staatsterrorismus	4/ 4	A. Gamboa, Eine Reise durch die Hölle	8-9/67	R. Ward, Die heimliche Allianz China-USA	6/ 7
E. Ray/B. Schaap, Reagan greift den Terrorismus an (I)	4/ 6	J. Matthews, Schattentage	10/54	Special Forces in Jordanien	7/17
A. Conchiglia, Westliche Arbeitsteilung mit der UNITA und dem RNM	4/10	Pepetela: Mayombe	11/48	W. Brönner, Der „andere“ Terrorismus (K)	8-9/ 3
G. Ellenberg, Das Vietnam-Trauma	4/17	F.V. Grunfeld, Spiele der Welt (2 Bde)	12/47	G. Diederichs, „Testet die Bombe in Frankreich!“	8-9/24
BRD-Rüstungsexporte	4/53	A. Lukács, Spiele aus aller Welt	12/47	G. Diederichs, Bomben gegen einen atomwaffenfreien Südpazifik	10/16
G. Diederichs, Der ANZUS Pakt vor dem Ende?	5/10	Truus Nijhuis, Afrikanische Kinderspiele	12/47	Sonderheft 4/1985: Rüstung im All – Gefahren für die Dritte Welt	10/17
E. Ray/B. Schaap, Reagan greift... (II)	5/42	L. Foellbach, Märchenspiele aus aller Welt	12/47	W. Brönner, Die Nichtmilitarisierung des Weltraums miterzwingen!	10/18
Friedensbewegung (ID)	5/49	Solidaritätsbewegung		H. Huß/S. Mausfeld, SDI – Reagans Programm für den Erstschatz	10/19
R. Ward, Die heimliche Allianz China-USA	6/ 7	BRD-Infodienst (Kurzmeldungen und Hinweise zur Solidaritätsbewegung in jedem Heft; siehe: Länder, Regionen und Stichworte)		ABC der Weltraumrüstung	10/21
Special Forces in Jordanien	7/17	Aktionswoche gegen militärische Zusammenarbeit BRD-Südafrika	1/13	Eureka – eine zivile Alternative?	10/24
W. Brönner, Der „andere“ Terrorismus (K)	8-9/ 3	M. Kolter, Vom Sinn der Hungerhilfe (K)	3/ 3	P. Wahl, Die Hölle auf Erden	10/26
G. Diederichs, „Testet die Bombe in Frankreich!“	8-9/24	G. Giesenfeld, Vietnam? Vietnam!	4/16	D. Engels, Weltraumrüstung und Kriege in der Dritten Welt	10/34
G. Diederichs, Bomben gegen einen atomwaffenfreien Südpazifik	10/16	F. Werkmeister, Die Vietnam-Solidaritätsbewegung	4/36		





Iko Carreira (l.), angolischer Luftwaffenchef; Mi-25-Kampfhubschrauber lehren der UNITA das Fürchten

Interview mit Iko Carreira

Angola schlägt zurück

Die Hintergründe und den Verlauf der Offensive der angolischen Regierungstruppen gegen die Union für die vollständige Unabhängigkeit Angolas (UNITA) im Sommer und Frühherbst 1985 stellt Iko Carreira, Kommandant der angolischen Luftwaffe mit seltener Anschaulichkeit dar. Iko Carreira, ein Veteran des Befreiungskampfes, wurde nach der Unabhängigkeit 1975 Verteidigungsminister. Er verließ sein Amt 5 Jahre später, um ein militärwissenschaftliches Studium in Osteuropa aufzunehmen. Nach seiner Rückkehr im Jahr 1983 nahm er an der Umstrukturierung der angolischen Streitkräfte teil, in deren Verlauf er auf seinem jetzigen Posten bestätigt wurde.

Die Armee der Volksrepublik Angola konnte mit ihrer Offensive im äußersten Osten und Südosten die UNITA aus großen Gebieten vertreiben. Ende September/Anfang Oktober 1985 wurde die Offensive durch massives südafrikanisches Eingreifen bei Mavinga zum Halten gebracht. Das angesehene Südafrikanische Wirtschaftsblatt *Financial Mail* (18.10.1985) resümiert: „Die UNITA verlor dieses Mal viele wertvolle Männer, Material und einiges an Boden und wenn ihr ihre westlichen Unterstützer nicht schnell und in großem Stil zur Hilfe kommen, könnte die nächste Runde für die FAPLA (d.h. die angolischen Streitkräfte; d. Red.) viel leichter sein.“

Bereits im September 1985 war eine südafrikanische Regierungsdelegation in Washington, um – wie Beobachter meinen – ein Unterstützungspaket für die UNITA zu sichern. Inzwischen liegt dem Kongreß ein Gesetzentwurf über eine 27-Mio-Dollar-Hilfe für die UNITA vor. Der CIA und das Verteidigungsministerium favorisieren allerdings eine „verdeckte“ Hilfe – und zwar in Höhe von etwa 300 Mio Dollar. Diese Form der Unterstützung soll von Präsident Reagan und anderen Regierungsmitgliedern befürwortet werden.

FRAGE: Die UNITA behauptet, daß die jüngste Offensive der angolischen Armee fehlgeschlagen sei.

I. CARREIRA: Ohne die Intervention der südafrikanischen Armee und vor allem ihrer Luftwaffe hätte die UNITA keine Chance gehabt, unserem Vormarsch zu widerstehen.

Ihre bedeutungslosen Erklärungen dienen nur dazu, sowohl die schwere Niederlage der UNITA bei Cazombo als auch die Zerstörung nahezu aller ihrer Stützpunkte, Kommandoposten und regulärer Einheiten in der Provinz Kuando Kubango zu verschleiern.

Obwohl Cazombo ziemlich weit von den wichtigsten Zonen wirtschaftlichen Interesses und den größeren Bevölkerungszentren entfernt ist, lag es günstiger als Jamba, sofern es um die Infiltration von UNITA-Gruppen nach Angola hinein

und auch um ausländische Propagandazwecke geht.

FRAGE: War Cazombo in gewissem Sinn Angolas Garongosa (vor kurzem zerstörter Hauptstützpunkt der MNR-Terroristen in Moçambique)?

I. CARREIRA: Das hätte es sein sollen, wenn es nach den Taktiken in Pretoria gegangen wäre. Aber das funktionierte nicht, weil es der UNITA nicht gelungen war, die Kontrolle über strategische Punkte in der Region zu erlangen, wie zum Beispiel Luau, eine Grenzstation mit Zaire an der Benguela-Eisenbahnlinie. Dazu kommt, daß Cazombo seit dem nationalen Befreiungskrieg enge Verbindungen mit der MPLA (Volksbewegung für die Befreiung Angolas; d. Red.) hatte.

Der Soba (traditioneller Häuptling) in Cazombo z.B. kehrte nach der Ankunft

der FAPLA dorthin zurück und übergab den angolischen Truppen die MPLA-Fahne, die er herabgeholt und während der Besetzung durch die UNITA und ihre südafrikanischen „Berater“ versteckt hatte.

Trotzdem war die UNITA in der Lage, sich durch reine Waffengewalt durchzusetzen und die Bauern dazu zu zwingen, für ihre Leute Nahrung zu produzieren. Das ist in Mavinga kaum möglich, und schon gar nicht in Jamba. Diese Region ist sehr dünn besiedelt und war niemals wirklich von den Portugiesen besetzt. Sogar in der Kolonialzeit kamen ihre Versorgungsgüter hauptsächlich aus Namibia.

Die andauernden Aggressionshandlungen, die unserer Unabhängigkeit folgten, haben uns daran gehindert, ein volle verwaltungsmäßige Kontrolle und eine Infrastruktur in diesen Gebieten aufzubauen. Besonders das Fehlen von Verkehrsverbindungen in Kuando Kubango stellt eines der Haupthindernisse für unseren Vormarsch in Richtung auf die Grenze mit Namibia dar.

Ein strategischer Sieg

FRAGE: Was ist das Ziel der Offensive, die Sie seit August (1985; d. Red.) aufrechterhalten?

I. CARREIRA: Cazombo zu befreien und zur gleichen Zeit die Versorgungslinie der UNITA abzuschneiden. Sie verlief vom Caprivi-Streifen in Namibia nach Cazombo und anderen Regionen, wobei sie durch Mavinga und Rivungo und dicht an der sambischen Grenze entlang führte.

Die Südafrikaner konnten jedoch nicht das Risiko eingehen, daß wir nach der Einnahme von Cazombo die UNITA aus Kuando Kubango vertreiben würden. UNITA-Gruppen, die ohne Führung und ohne Nachschub über die Region zerstreut waren, wären zusammengebrochen und hätten am Ende entweder desertieren oder sich ergeben können.

FRAGE: Hat Südafrika Ihren Weg nach Mavinga blockiert?

I. CARREIRA: Wir standen 8 km vor Mavinga. Und wir hatten die Mittel, die letzte Verteidigungslinie der UNITA zu durchbrechen, als die südafrikanische Luftwaffe und Artillerie einen massiven Angriff führten. Deshalb war uns der Weg vorübergehend versperrt.

Es muß jedoch daran erinnert werden, daß Mavinga selbst nicht sehr wichtig ist. Das Zentrum ist seit langer Zeit nicht mehr bewohnt, und sogar die UNITA benutzt es nur als Durchgangsstation, wobei sie sich gelegentlich unter dem Schutz der Südafrikaner im Busch versteckt.

Seit unsere Luftwaffe moderne Aus-

rüstungen erhalten hat, ist es der UNITA nicht mehr möglich gewesen, ihre Kräfte aufzubauen, stark zu konzentrieren und neue, feste Stützpunkte zu schaffen.

Im letzten September (1985; d. Red.) zerstörte die angolische Luftwaffe fast vollständig Licva, das – als Hauptversorgungsstützpunkt der UNITA in Kuando Kubango, 50 km von Jamba – sehr viel wichtiger als Mavinga war.

FRAGE: Wie dem auch sei, Savimbi hat erklärt, daß andere „Jambas“ über das ganze Land hinweg entstehen würden, wenn Sie Jamba auslöschen.

I. CARREIRA: An dem Tag, an dem wir nach Jamba kommen – das wird früher oder später eintreten und vom Ausmaß der direkten südafrikanischen Einmischung abhängen – wird kein anderer Stützpunkt dieser Art straflos errichtet werden.

UNITA im „Niemandland“

Wie ich gerade sagte, hat unsere Luftwaffe die militärischen Hauptstützpunkte der UNITA in dieser Region zerstört. Jamba ist kaum mehr als ein Brennpunkt für Savimbis Propaganda. Der Hauptteil des Nachschubsystems der UNITA wurde nach Namibia selbst zurückgedrängt – das ist genau das, was Pretoria vermeiden wollte.

Es stimmt, daß die Anwesenheit südafrikanischer Streitkräfte und Flugzeuge den Anschein erwecken kann, daß die UNITA eine „Front“ verteidigt, die von der namibischen Grenze aus 250 km weit im Innern Angolas verläuft.

Das ist nur eine Illusion. Das Gebiet war schon immer eine Art „Niemandland“. Und die Versuche der UNITA, dort eine politische Kontrolle zu errichten, sind ziemlich bedeutungslos. Sie hält sich dort überhaupt nur dank der massiven Unterstützung durch die südafrikanische Luftwaffe auf.

FRAGE: Gibt es immer noch Kämpfe in der Region?

I. CARREIRA: Die südafrikanische Luftwaffe führt weiterhin Nachtangriffe

durch, besonders gegen unsere vorderen Linien. Die südafrikanische bewegliche „Kentron“-Artillerie feuert ebenfalls auf unsere Stellungen.

Da es unklug wäre, unsere Truppen während des Tages anzugreifen, wo wir wirkungsvollen Luftschutz leisten können, hat Pretoria systematisch damit begonnen, sich auf Nachtoperationen zu beschränken.

FRAGE: Stellt die angolische Luftabwehr für die Südafrikaner keine Bedrohung dar?

I. CARREIRA: Natürlich tut sie das. Wegen ihr hat Pretoria zu der Vorsichtsmaßnahme gegriffen, uns aus einer Höhe von mehr als 3.000 m zu bombardieren. Manchmal fliegen südafrikanische Flugzeuge unsere Stellungen in sehr niedriger Höhe an, um der Entdeckung durch unsere Radarsysteme zu entgehen. Diese Lage kann jedoch nicht mehr sehr lange andauern. Wir werden bald in der Lage sein, wirkungsvoller auf südafrikanische Angriffe zu antworten, sogar bei Nacht. Pretoria weiß, daß es nicht mehr viel Zeit hat und daß der Niedergang der UNITA unausweichlich ist.

FRAGE: Was ist Pretorias kurzfristige Strategie?

I. CARREIRA: Es hat zwei Möglichkeiten.

Es kann entweder der UNITA helfen, in Kuando Kubango solange wie möglich durchzuhalten und gleichzeitig auch versuchen, die Unterstützung von isolierten Gruppen im Norden und Osten des Landes fortzusetzen. Oder es könnte die unmittelbare Konfrontation steigern, um zu versuchen, unsere Armee und Luftwaffe daran zu hindern, aus den bevorstehenden Verstärkungen Nutzen zu ziehen.

Es könnte sogar versuchen, unser modernstes Material zu zerstören, wie das P.W. Botha selbst gesagt hat.

FRAGE: Spielt die Luftwaffe eine wesentliche Rolle im Kampf gegen Pretoria?

I. CARREIRA: Ja. Unsere Armee leistete schon dem Einmarsch im Dezember 1983 starken Widerstand, während unsere kubanischen Verbündeten immer

noch hier sind, um uns zu helfen, einer Aggression noch größeren Ausmaßes zu widerstehen.

Wir müssen jetzt gegen Südafrikas Luftüberlegenheit kämpfen. Im Ergebnis unserer Anstrengungen seit 1983 sind wir jetzt in der Lage, unser Territorium aus der Luft zu verteidigen, und Pretoria ist weit davon entfernt, in dieser Hinsicht die ausschließliche Kontrolle zu haben. Während es sicher eine größere Anzahl von Flugzeugen besitzt, von denen einige im Land selbst gebaut wurden, können wir jetzt qualitativ mit der südafrikanischen Luftwaffe gleichziehen. Sie hat jedoch den Vorteil, von ultramodernen Stützpunkten aus zu operieren, die gerade auf der anderen Seite der Grenze mit Namibia liegen.

Uns hingegen zwingt das Fehlen einer Infrastruktur in Kuando Kubango, Stützpunkte zu benutzen, die weiter von Mavinga entfernt sind. Das ist es, warum die Südafrikaner versuchen, uns daran zu hindern, unsere Stellungen in der Mavinga-Region zu festigen aus Furcht, daß wir einen „vorgeschobenen“ Stützpunkt einrichten könnten, von dem aus wir die Nachschubverbindungen der UNITA mit Namibia ein für allemal abschneiden könnten.

Luftwaffe ist Pretoria gewachsen

FRAGE: Haben Sie das ausgebildete Personal, das notwendig ist, um die komplexe Technologie moderner Flugzeuge zu handhaben?

I. CARREIRA: Wir mußten unser Personal in Rekordzeit ausbilden.

Das ist natürlich nicht das, was wir uns gewünscht hätten. Der Aggressionskrieg gegen uns zwingt jedoch unsere Piloten und Techniker, in den Einsatz zu gehen, sobald sie ihre Ausbildung abgeschlossen haben.

Die Südafrikaner haben es geschafft, einen unserer Piloten gefangenzunehmen, als sie sein Flugzeug abgeschossen hatten. Sie haben ihn daraufhin der UNITA für die üblichen Propagandazwecke „ausgeliehen“. Er ist ein 22 Jahre alter Mann, ein Jugendlicher wie die vielen anderen, die bereit sind, den Kampf aufzunehmen.

Eines ist sicher. Solange die Südafrikaner darauf bestehen, ihre heimischen Widersprüche zu verschärfen, indem sie diesen Krieg gegen uns führen und Menschen verlieren, wird es uns niemals an der menschlichen Energie mangeln, um uns zu verteidigen.

Das ist ganz einfach so, weil, wie in den vergangenen 10 Jahren bewiesen wurde, das Volk Angolas in Freiheit und Frieden leben will.

(Quelle: *Afric Asia*, Paris, Nr. 23/November 1985, S. 22-23)

Die südafrikanischen Mirages können Angola nicht mehr ungestraft angreifen



Stephen D. Goose

US-Aufrüstung gegen die vietnamesische „Bedrohung“

Es scheint so, als ob sich die USA ein weiteres Mal darauf vorbereiten, Thailand als Startrampe für einen Krieg gegen vietnamesische Streitkräfte in Südostasien zu benutzen.

Als Teil ihrer neuen Doktrin für einen „Konflikt geringer Intensität“, die von Präsident Reagan, Außenminister Shultz und anderen offiziellen Vertretern verkündet wurde, gehen die USA gegenüber „sowjetisch unterstützten“ Regierungen rund um die Welt zur Offensive über, indem sie antikommunistische Gruppen offen und verdeckt unterstützen.

Kampuchea und Laos sind, zusammen mit Nicaragua, Afghanistan und Angola, die Hauptziele.

Regierungsfeindliche Kräfte aus Kampuchea und Laos haben Thailand seit 1979 schon immer als Rückzugsgebiet und als Operationsbasis benutzt, nachdem vietnamesische Truppen in Kampuchea eingedrungen waren, um mitzuhelfen, das Völkermordregime Pol Pot (gestürzt im Januar 1979; d. Red.) zu entfernen.

Während seiner Fernostreise Anfang Juli 1985, als Shultz einen höchst ungewöhnlichen Besuch in kampucheanischen Rebellenlagern in Thailand machte, enthüllte die Washington Post, daß der CIA regierungsfeindlichen Khmer-Kräften jedes Jahr Mio von Dollar an „nichttödlicher“ Hilfe zur Verfügung gestellt hat, darunter mehr als 5 Mio Dollar im Jahr 1985.

Operationsbasis für die Contras

Die Post schrieb, daß die Hilfe durch Thailand geschleust wurde und daß CIA-Personal in diesem Programm eng mit den thailändischen Militäroffizieren zusammenarbeitete. Etwa zur gleichen Zeit stimmte der US-ongreß einem weiteren 5-Mio-Dollar-Hilfsprogramm für zwei der kampucheanischen Gruppen, die in Thailand ihre Stützpunkte haben, zu.

Soweit ist diese US-amerikanische Hilfe für die in Thailand stationierten kampucheanischen Kräfte verhältnismäßig klein, verglichen mit der US-Militärhilfe für Thailand selbst, die nach der Behauptung von offiziellen US-amerikanischen



Thailändische Militärs nehmen am Bangkoker Flughafen Haubitzen aus den USA in Empfang.

Vertretern für die Abschreckung und gegebenenfalls Niederschlagung eines Angriffes Vietnams bestimmt ist.

Wohlgemerkt, es gab seit 1979 eine Anzahl von Artillerieduellen und gelegentlichen Zusammenstößen zwischen thailändischen und vietnamesischen Streitkräften an der thailändisch-kampucheanischen Grenze. Aber diese standen im Zusammenhang mit Aktionen gegen in Thailand stationierte kampucheanische Kräfte.

Trotzdem hat Thailand seit der vietnamesischen Intervention in Kampuchea schnell aufgerüstet.

Thailands Militärhaushalt verdreifachte sich seit 1978 nahezu und hat derzeit eine Höhe von 1,7 Mrd Dollar. Im Zeitraum 1973-77 importierte Thailand Waffen im Gegenwert von 310 Mio Dollar; für die nächsten 5 Jahre (1978-82) schnellte die Gesamtsumme auf mehr als 1,1 Mrd Dollar hoch. Die USA haben zu diesem Aufbau ermutigt und den größten Teil der Militärausrüstung zur Verfügung gestellt.

Seit langer Zeit gab es enge Verbindungen zwischen den zwei Nationen, besonders zwischen den zwei Streitkräften.

Die USA und Thailand sind durch den „Manila-Pakt“ verbunden, ein 1954 unterzeichneter gegenseitiger Verteidigungsvertrag.

US- und thailändische Streitkräfte führen seit 30 Jahren gemeinsame Manöver durch, und kämpften zusammen in Korea und Vietnam. Die thailändischen Streitkräfte sind nach US-amerikanischen Richtlinien organisiert, und die meisten Militärausrüstungen und Waffen Thailands stammen aus den USA. Hunderte von thailändischen Offizieren und Offiziersanwärtern erhalten jedes Jahr eine Ausbildung in US-Militärdoktrin und Strategie.

Jetzt wächst die US-thailändische militärische Zusammenarbeit rasch an. Man betrachte die folgenden Ereignisse, die alle 1985 stattfanden:

Thailand war eines der wichtigsten Ziele der Asienreise Shultz' im Juli 1985. Er bekräftigte dabei die starke Verpflichtung Amerikas für Thailands Sicherheit und Wohlstand. (...)

Während Shultz' Thailand-Besuch führten die US- und Thai-Streitkräfte ihr großes jährliches Militärmanöver mit dem Code-Namen „Cobra Gold“ durch,

an dem ungefähr 10.000 Mann beteiligt waren (6.450 Amerikaner).

Es wurde als eine Übung zur Verbesserung der Fähigkeiten und des Zusammenwirkens der US- und Thai-Streitkräfte und als ein Symbol von US-Unterstützung bezeichnet. Die Übung erreichte ihren Höhepunkt in einem amphibischen „Sturmangriff“ von Marineinfanteristen, zum ersten Male unterstützt durch F-15-Flugzeuge der US-Luftwaffe. (...)

„Cobra Gold“ ist das größte gemeinsame US-thailändische Manöver, aber nicht das einzige. Es wurden auch logistische Manöver durchgeführt, wie zum Beispiel LOGEX-2 im Juni 1984 im Grenzgebiet zu Kampuchea. Es war auf die Erprobung von Verfahren zur US-amerikanischen Notversorgung von thailändischen Streitkräften in Kriegszeiten gerichtet. Am 21. Juni 1985 verkündeten thailändische Offizielle eine langerwartete Entscheidung, 12 F-16-Hochleistungs-Kampfflugzeuge von den USA zu kaufen – der erste Verkauf von solch modernen Flugzeugen an irgendeine Nation in Südostasien. (...)

Die USA sind dabei, die Modernisierung von Thailands gesamtem Luftabwehrsystem landesweit zu leiten. Die Thai-Luftwaffe wird mit der Abteilung für Elektronische Systeme (ESD) der US-Luftwaffe zusammenarbeiten, um das Luftabwehrsystem durch Automatisierung des bestehenden Systems, den Kauf von Befehls-, Kontroll- und Fernmelde-Hardware und Software, Ausbildung von Spezialisten und Einrichtungen zum Datenaustausch für die wechselseitige Bedienung mit US-Streitkräften zu verbessern.

Die ESD wird 1987 in Thailand eine Niederlassung vor Ort einrichten, um die Aktivitäten zu koordinieren. (...)

„Bedrohung“ Vietnams?

Ende März 1985 beschleunigte Washington, unter dem Vorwand vietnamesischer Einfälle an der Grenze, eine geplante Waffenlieferung nach Thailand, darunter Schützenpanzer, Artillerie und Munition. „Notfall“-Transporte nach Thailand (oft direkt aus US-Armee-Vorräten stammend) als Antwort auf vietnamesische Angriffe gegen regierungsfeindliche Khmer-Kräfte sind zu einem jährlichen „Ritual“ geworden.

Bei einem Besuch im Februar 1985 enthielt Richard Armitage, stellvertretender Staatssekretär für internationale Sicherheitsangelegenheiten, daß die Reagan-Administration erwog, Kriegsreservematerial (alles von Munition bis zu Raketen) in Thailand auf Vorrat zu lagern – außerhalb Europas sind Kriegsreserven nur in Südkorea auf Vorrat gelagert – und Thailand außerdem den Zu-

gang zu Ausrüstungen des Sonderbeschaffungsfonds für Verteidigung (SDAF) zu gewähren. (...)

Trotz ihrer engen militärischen Zusammenarbeit war der Verkauf von F 16 sowohl in Amerika als auch in Thailand umstritten. Die Carter-Administration hatte eine Politik festgelegt, keine modernen Kampfflugzeuge in eine Region einzuführen, in der keine existierten. Wenn südostasiatische Länder neue Kampfflugzeuge wünschten, wurden sie ermuntert, eines von den „FX“-Flugzeugen zu kaufen, die speziell für den Export entwickelt wurden – entweder die F 16/J79 (die ein weniger starkes Triebwerk besitzt als die F 16) oder die F 20 (eine verbesserte Version des Exportflugzeuges der 70er Jahre, der F 5).

Washingtons Sinneswandel

In den frühen 80er Jahren, als Thailand beschloß, seine F 5 ersetzen, versuchte die Reagan-Administration anfänglich, die Thai-Luftwaffe für das FX-Flugzeug zu interessieren.

Die Königlich Thailändische Luftwaffe (RTAF) jedoch interessierte sich nicht für Flugzeuge, die nicht von den US-Streitkräften verwendet werden. Sie konnte nicht verstehen, warum die F 16 an Südkorea, Pakistan und Venezuela, und auch an NATO-Länder verkauft werden konnte, aber nicht an Thailand. Nach der ersten Anforderung im Jahre 1983 brachte Thailand Washington nach mehreren Jahren Lobby-Tätigkeit dazu, einer Lieferung der Flugzeuge zuzustimmen. Washingtons Begründung für den Sinneswandel war die Behauptung einer gewachsenen Invasionsgefahr durch Vietnam, und der Stationierungsbeginn von MiG 23 in Vietnam durch die Sowjetunion im Januar 1985.

Das 360-Mio-Dollar-Geschäft sieht acht einsitzige F 16A und vier zweisitzige F 16B vor, dazu ein Paket von Ersatzteilen, Zusatzausrüstungen, Wartung und Pilotenausbildung in den USA. Die Maschinen werden 1988 und 1989 ausgeliefert.

Die F 16 ist eines der besten Kampfflugzeuge der Welt. Es ist ein Mehrzweckflugzeug (Bodenkampf und Abfangjäger) mit ausgezeichneter Reichweite. Es fliegt doppelte Schallgeschwindigkeit und kann eine Waffenladung von bis zu 5.450 kg tragen, darunter 20-mm-Kanonen, Raketen und die besten US-Luft-Luft- und Luft-Boden-Raketen (Sidewinder, Sparrow und Maverick).

Sowohl in den USA als auch in Thailand wurden überall ernste Einwände bezüglich der Klugheit des Verkaufes vorgebracht. Es gab die Befürchtung, daß der Verkauf einen Rüstungswettlauf in Südostasien hervorrufen wird.

Vietnam könnte jetzt die Sowjetunion um MiG-23-Flugzeuge bitten, während andere Länder der Vereinigung Südostasiatischer Nationen (ASEAN, der ferner Indonesien, Malaysia, die Philippinen, Singapur und Brunei angehören; d. Red.) sich nach der F 16 drängeln und sich nicht mit der F 20 oder F 16/J79 zufriedengeben würden. Die Administration hat den Verkauf als „Ausnahme“ bezeichnet, aber fast sicher werden auch für die anderen ASEAN-Länder Ausnahmen gemacht werden. (...)

Es wurden auch Zweifel über Thailands Fähigkeit geäußert, das Flugzeug zu handhaben und vor allem zu warten. Die F 16 ist außerordentlich komplex, und es ist keine leichte Aufgabe, sie in funktionsfähigem Zustand zu halten und zu fliegen.

Kritiker fragen: Warum Flugzeuge kaufen, die zu teuer und zu hochentwickelt sind, wenn die „Bedrohung“ – eine vietnamesische Invasion – äußerst unwahrscheinlich ist?

Tatsächlich sagte ein hoher thailändischer Militärbeamter im Juli 1985 zur Far Eastern Economic Review: „Unsere Einschätzung ist immer noch die, daß die Vietnamesen mit uns keinen Krieg beginnen wollen.“ (...)

Seit 1979 haben sich die militärischen Zuschüsse und Darlehen für Thailand mehr als verdreifacht, von 32,4 Mio Dollar im Finanzjahr 1979 auf 102,3 Mio Dollar im Finanzjahr 1985. Die gesamte Militärunterstützung (Barverkäufe, Darlehen, und Zuschüsse für Waffen, Ausrüstung und Ausbildung) seit 1979 übertrifft die der letzten 30 Jahre zusammengekommen, die die US-Unterstützung für Thailand sowohl während des Koreakrieges als auch während des Vietnamkrieges einschloß.

In mancher Hinsicht ist die Reagan-Administration über die Belastung der thailändischen Volkswirtschaft durch Militärausgaben besorgt. Sie bietet mehr militärische Hilfe auf der Grundlage von Zuschüssen an und fordert den Kongreß auf, militärische Darlehen an Thailand auf einer Konzessionsbasis zu gewähren, mit einem zehnjährigen Stundungszeitraum und einem zwanzigjährigen Rückzahlungszeitraum. Es sieht so aus, als ob der Kongreß dieser Aufforderung folgen würde.

Wenn jedoch die USA und Thailand nicht an dem Versuch beteiligt wären, die kampucheanische Regierung zu unterterminieren, stellten die thailändischen Militärausgaben eine weniger große wirtschaftliche Belastung dar. Denn es wäre weniger erforderlich, sich auf einen vietnamesischen Einmarsch vorzubereiten, von dem jedenfalls nicht bewiesen wurde, daß er eine reale Möglichkeit ist.

(Quelle: AfricAsia, Paris, Nr. 21/September 1985, S. 46-47)

Marc Edelman

Hilfe zum Überleben Nikaragua und das sozialistische Lager (I)



Die Sandinistas setzen auf Nichtpaktgebundenheit: Demonstration aus Anlaß der Tagung der Außenminister der Nichtpaktgebundenen in Managua Anfang 1983

Der Krieg der Contras, das Wirtschaftsembargo Washingtons, der Boykott durch internationale Finanzinstitutionen und die Weltwirtschaftskrise haben Nikaraguas Wirtschaftslage dramatisch verschlechtert. Mehr noch als andere Entwicklungsländer ist es daher auf Unterstützung aus dem Ausland angewiesen.

Dabei zeigt sich, daß die Nichtpaktgebundenen und vor allem die sozialistischen Staaten eine Schlüsselrolle für die Überlebensfähigkeit der Revolution spielen. Während immer mehr Staaten Westeuropas und auch einige Entwicklungsländer sich dem Druck Washingtons beugen, ihre Hilfe streichen und ihre Handelsbeziehungen mit Managua einschränken, kommt es zu einer zügigen Ausweitung der wirtschaftlichen Beziehungen zum sozialistischen Lager. Es stellt zudem der nikaraguanischen Revolution das Gros der Waffen zur Verfügung, die sie zu ihrer Verteidigung braucht.

Die folgende Studie Marc Edelmanns schildert die Entwicklung der Beziehungen zwischen Nicaragua und dem sozialistischen Lager aus linksliberaler Sicht. Es ist die bislang wohl detaillierteste und fundierteste Darstellung zu diesem Thema, die uns trotz einiger fragwürdiger Interpretationen und Begrifflichkeiten sehr aufschlußreich und veröffentlichenswert erscheint. Auf die generelle Anlage der Beziehungen der UdSSR bzw. des sozialistischen Lagers zu revolutionären Staaten der Dritten Welt, die diese Analyse nur streift, wird ein späterer Beitrag unserer Serie „Sowjetunion und Dritte Welt“ gesondert eingehen.

Der in AIB 3/1986 folgende Teil befaßt sich mit der Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen seit 1980.

Jahre vor dem Triumph der nikaraguanischen Revolution vom Juli 1979 zitierte Carlos Fonseca (Gründer der Sandinistischen Front der Nationalen Befreiung (FSLN); d.Red.) eine Passage aus Che Guevaras „Krieg der Guerilleros“, die auf Augusto Cesar Sandinos Kampf gegen die US-Marines als ein Vorläufer der kubanischen revolutionären Bewegung in den 50er Jahren hinwies. Es war nicht

Kuba, das die Nikaraguaner beeinflußt hatte, meinte Fonseca. Es sei eher umgekehrt gewesen.¹ (...)

Genau wie das Beispiel Sandinos die Bewegung des 26. Juli Kubas (von Fidel Castro gegründete 1959 siegreiche Rebellenbewegung; d. Red.) inspirierte, brachte der Sturz des kubanischen Diktators Batista Hoffnung für die Gegner von Diktatoren anderswo in der Hemi-

sphäre, darunter Nicaragua.

Im August 1958, Monate bevor kubanische Kämpfer in Havanna einmarschierten, und 3 Jahre vor der Gründung der FSLN, verließ der 68 Jahre alte weißbärtige Ramón Raudales, ein früherer General in Sandinos Armee, sein honduranisches Exil und führte eine bewaffnete Gruppe in die Dschungel Nikaraguas. Im folgenden Oktober wurde Raudales im Kampf getötet und seine kleine Guerillatruppe wurde durch die Nationalgarde aufgerieben. (...)

Alles in allem versuchten zwischen 1958 und 1963 ungefähr 20 bewaffnete Bewegungen die Somoza-Dynastie zu kippen. Einige, darunter die Chaparral-Gruppe und Chamorros Gruppe der Konservativen Partei, hatten sich in Havanna gesammelt, bevor sie Nicaragua betraten. Die Chaparral-Gruppe erfreute sich einiger kubanischer Unterstützung in der Form von Waffen, Beratung und Nachschubhilfe, sowie der Rückendeckung des honduranischen Präsidenten Ramón Villeda Morales – wenn auch nicht seiner Streitkräfte.² (...)

Antidiktatorisches Fanal Kuba

Aus der antidiktatorischen Aufwallung der 50er Jahre entstand eine Anzahl von Organisationen – die Bewegung Neues Nicaragua, die Nikaraguanische Patriotische Jugend, und die Nationale Befreiungsfront – alle zutiefst unzufrieden sowohl mit der traditionellen Anti-Somoza-Opposition als auch mit der moskautreuen PSN. Diese Vorläufer verschmolzen während der Jahre 1961-63 zur FSLN.

Obleich die Anregung und Unterstützung durch die Kubaner früh einsetzte,³ erreichte die FSLN zunächst wenige politische Erfolge und erlitt ernste militärische Niederlagen bei Bocay 1963 und Pancasán 1967.⁴ (...)

Kuba blieb ein Zufluchtsort für diejenigen, die der Unterdrückung in Nicaragua und anderswo entflohen. Bayardo Arce (FSLN-Führungsmitglied; d. Red.) erinnerte sich später:

„Als der Name Nicaragua nirgendwo in der Welt bekannt war oder erwähnt wur-

de, als das nikaraguanische Volk zum Völkermord verdammt war, als die Leute vor Hunger, Ausbeutung und Armut starben, als sich niemand in der Welt um ihre Menschenrechte kümmerte, und als ihre Kampfanstrengungen in anderen Ländern schlicht ignoriert wurden, war Kuba im Grunde der einzige sichere Ort in der Welt, wo sich die sandinistischen Führer des Volkes von ihren Wunden erholen konnten, um weiterzukämpfen. In den dunklen Jahren des Kampfes fanden wir nur in Kuba die brüderliche Solidarität, die unsere Entschlossenheit zu kämpfen stimulierte."⁵

Waffen Kubas, Panamas

Carlos Fonseca und mehrere andere Sandinistas gelangten schließlich 1970 nach Kuba, nachdem sie im Austausch gegen einige leitende Angestellte der United Fruit Company, die in einer Geiselnahmeaktion der FSLN gefangengenommen worden waren, aus einem kostarikanischen Gefängnis befreit worden waren. Das gleiche taten die Teilnehmer der Aktion „Weihnachtsfeier“ der FSLN im Jahr 1974, durch die hochrangige somozistische Geiseln gegen sandinistische politische Gefangene, Bargeld, und die Veröffentlichung von Manifesten ausgetauscht wurden. Mit Ausnahme von Mexiko, wo linke Exilanten – oft nur widerwillig – empfangen wurden, war Kuba fast buchstäblich „der einzige sichere Ort in der Welt“ für die Sandinistas. Kleine Gruppen von nikaraguanischen Exilanten und Kämpfern veröffentlichten dort Zeitschriften, gaben Erklärungen heraus und träumten vom Sturz der Somozas.

Erst im Jahr 1978, als sich ein Konsens in der Hemisphäre gegen Somoza herauszubilden begann, war es für sie möglich gewesen, ähnliche Aktivitäten in Kostarika, Panama und anderen Ländern zu entfalten. (...)

Daniel Ortega und Fidel Castro



Gegen Ende 1978 begannen Venezuela, Panama und Kuba Waffen sowohl an die FSLN als auch an Kostarika zu liefern, das durch Somoza mit einer Invasion bedroht wurde, nachdem es den Sandinistas Stützpunkte zur Verfügung gestellt hatte.⁶

Der venezolanische Präsident Carlos Andrés Pérez reiste im Juni 1979 nach Havanna, um die Versicherung Kubas zu erbitten, in Nicaragua nicht massiv zu intervenieren. Die Kubaner, die die durch Panama, Venezuela und Kostarika geleistete Unterstützung zur Kenntnis nahmen, entsandten keine großangelegte Hilfe.⁷

Im Jahr 1981 fand eine kostarikanische Parlamentskommission heraus, daß von 1978-79 mindestens 21 Waffenflüge aus Kuba in Kostarika gelandet waren, mit vollem Wissen der Regierung. Die Sendungen, mit einem Wert von jeweils zwischen 8.000-12.000 Dollar, waren wahrscheinlich bedeutend weniger wert als die von Venezuela und Panama gelieferten Waffen.⁸

Die verwendeten Flugzeuge gehörten der kostarikanischen Gesellschaft EXACO und waren von Edén Pastora unter Vertrag genommen worden. Nach der Ankunft wurden die Waffen vom kostarikanischen Sicherheitsministerium in Lagerhäusern gelagert und später zwischen der FSLN und der kostarikanischen Regierung aufgeteilt.⁹

Kurs der Nichtpaktgebundenheit

Obwohl die FSLN 1979 dreimal um weitere Waffensendungen bat, weigerten sich die Kubaner jedesmal, wobei sie angeblich feststellten: „Die beste Hilfe, die wir Euch geben können, ist Euch überhaupt nicht zu helfen.“¹⁰ (...)

In den Monaten nach dem Sieg vom Juli 1979 signalisierten die nikaraguanischen Führer ihre Absicht, einen Kurs der Nichtpaktgebundenheit zu verfolgen, und diplomatische Beziehungen mit jedem Land herzustellen, das für die Beziehungen keine Bedingungen stellte. Sie eröffneten einen Wirbel diplomatischer Aktivitäten, wodurch sich innerhalb eines Jahres die Anzahl der Länder mit denen Nicaragua Beziehungen unterhielt, verdoppelte.

Das Herangehen hatte auch seine Probleme. China zum Beispiel verlangte einen diplomatischen Bruch mit Taiwan, mit dem unter Somoza diplomatische Beziehungen hergestellt worden waren, um mit Nicaragua Beziehungen aufzunehmen. Die Nicaraguaner fanden die Bedingung unannehmbar. (Trotzdem wurde China später ein Hauptkäufer von nikaraguanischer Baumwolle.) (...)

Obwohl Nicaragua die Sowjetunion 1944 anerkannte, wurden niemals Bot-



Der Sieg über den Somozismus wurde u. a. mit Waffen aus Kuba errungen

schafter ausgetauscht, und die Beziehungen hatten praktisch keine politische oder wirtschaftliche Bedeutung. Nach dem sandinistischen Sieg waren die ersten sozialistischen Länder, die Botschaften in Managua einrichteten, Kuba Anfang August und Vietnam im September.¹¹

Als „Beweis“ für eine schnellwachsende sowjetische Verwicklung unterstellen einige Analytiker fälschlich, daß die UdSSR Nicaragua einen Tag nach dem Triumph anerkannt hätte.¹² In Wirklichkeit wurden Beziehungen nicht vor dem 18. Oktober aufgenommen, und eine bedeutsame Anzahl sowjetischen Botschaftspersonals begann nicht vor dem Januar 1980 einzureisen.¹³

Im Oktober stellten einige osteuropäische Länder und die Mongolei ebenfalls Beziehungen her. Andere sozialistische und nichtpaktgebundene Länder und radikale Bewegungen, die Nicaragua anerkannten, waren u.a. der Südjemen (August 1979), Kampuchea und die Arabische Demokratische Republik Sahara oder Polisario-Front (September 1979), Albanien (November 1979), Nordkorea (Dezember 1979), Jugoslawien (März 1980), die Palästinensische Befreiungsorganisation – PLO (Juli 1980), Polen (August 1980) und Libyen (Mai 1981).

In den ersten 8 Monaten der Revolution war Kuba das einzige sozialistische Land, das Nicaragua nennenswerte Hilfe leistete oder wichtige nikaraguanische diplomatische Delegationen empfing.

Am 26. Juli, dem Jahrestag des Moncada-Aufstandes, mit dem die kubanische Revolution begann, und gerade eine Woche nach dem Sieg der Sandinistas,

nahm eine hochrangige nikaraguanische Delegation an den Feierlichkeiten in Holguín teil. Sie hörte Fidel Castro die nikaraguanische Revolution als „das außergewöhnlichste, bedeutendste und inhaltsschwerste Ereignis dieser Zeiten“ preisen. Castro pries auch die Klugheit der USA, von militärischer Intervention abzusehen und Nachkriegs-Unterstützungshilfen zu schicken.¹⁴

Es wird berichtet, daß er den Nikaraguaniern riet, gute Beziehungen mit dem privaten Sektor und mit Washington zu unterhalten, um die wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten zu vermeiden, die Kuba erdulden mußte.

Sofort nach dem Krieg begann Kuba, Unterstützung im Wert von etwa 10 Mio Dollar zur Verfügung zu stellen und sandte Nicaragua bitter benötigte Gesundheitsgruppen – in vieler Hinsicht die gleiche Art von Hilfe, die es vorher schon anderen Ländern in der Region, wie z.B. Jamaika und Guayana, geleistet hatte.

Im September 1979 wurde ein Abkommen geschlossen, demzufolge Kuba 1.200 Lehrer zur Arbeit im nikaraguanischen Bildungssystem und in der Massenkampagne gegen das Analphabetentum entsenden sollte. 600 nikaraguanische Hochschulstudenten erhielten Studienplätze in Kuba. Im Oktober und November 1979 wurden neue Abkommen geschlossen, die kubanische Hilfe im Rundfunkwesen, beim Agrarflugzeugeinsatz und in der Technologie für die Zuckerindustrie vorsahen.

Kuba schenkte Bücher, Bauausrüstungen und Fischerboote. Am 21.2.1980 sorgte die erste größere Übereinkunft über technische und wirtschaftliche Zusammenarbeit für kubanische Hilfe auf den Gebieten Landreform, Bildung, Bauwesen, Transport, Sozialwesen und Gesundheitswesen.

„Fidel stellt keine Bedingungen“

Alle Sektoren der Anti-Somoza-Allianz, nicht nur das Direktorium der FSLN, erkannten an, daß dies eine besondere Beziehung war. Das Junta-Mitglied Alfonso Robelo, der sich später gegen die Sandinistas wandte, erklärte in seiner in Holguín gehaltenen Rede, daß Kuba eine „Vorzugsstellung“ in den Anstrengungen zum Wiederaufbau haben würde, und daß „Kuba und Nicaragua immer Brudervölker waren und sein werden“.¹⁵

Bei seiner Rückkehr nach Managua rühmte Robelo die „Klarheit des Denkens von Comandante Castro“ und beschrieb die Moncada-Jahresfeier als „das außergewöhnlichste politische Ereignis, an dem ich jemals teilgenommen habe“.¹⁶ Der panamaische Führer Omar

Torrijos äußerte sich während eines Besuches in der nikaraguanischen Stadt Estelí im August 1979 sehr wohlwollend über die kubanische Wiederaufbauhilfe. „Viele Leute erzählen eine Menge Blödsinn über Fidel“, erklärte Torrijos, „aber er stellt keine Bedingungen für die Hilfe für andere Völker.“¹⁷

Die langen Beziehungen zwischen Kuba und den Sandinistas waren ohne Beispiel im Vergleich zu anderen sozialistischen Ländern. Folglich entwickelten sich die Beziehungen langsamer, und diplomatische Kontakte waren begrenzt.

RGW-Hilfe läuft an

Der ostdeutsche Außenminister Oskar Fischer besuchte Nicaragua im September, und im Oktober/November reiste FSLN-Direktoriumsmitglied Henry Ruíz kurz in die Sowjetunion und nach Bulgarien sowie nach Algerien und Libyen.¹⁸ Kurz nach dem sandinistischen Sieg schickte Bulgarien einige Ärzte, und einige sozialistische Länder machten kleine Schenkungen von Hilfsmaterial.

Aber außer einem kleinen Abkommen über Handel, Gesundheitswesen und Bildung mit Ostdeutschland, das am 31.10.1979 unterzeichnet wurde, zeichnete sich keine bedeutsame Hilfe ab. In der Tat erhielt Nicaragua 1979 keinerlei Kredite vom sozialistischen Block. Erst zu Beginn des Jahres 1980, als Ausein-

andersetzungen im Kongreß über das von der Carter-Administration vorgeschlagene 75-Mio-Dollar-Darlehenspaket die Beziehungen mit den USA belasteten, suchte Nicaragua nach ernsthafteren Hilfsverpflichtungen seitens der sozialistischen Länder.

Am 12. März, kurz nachdem der Senat das US-Darlehen durch den Stopp aller Bewilligungen für Auslandshilfe tatsächlich eingefroren hatte, kündigte Nicaragua seine erste größere hochrangige Delegation in die Sowjetunion, nach Bulgarien, der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) und der Tschechoslowakei an. Regierungsjunta-Mitglied Moisés Hassán, Planungsminister Henry Ruíz, Verteidigungsminister Humberto Ortega und Innenminister Tomás Borge reisten zuerst in die Sowjetunion.

Dort unterzeichneten sie am 19. März acht Kooperationsabkommen über Handel, Hilfe, kulturelle, wissenschaftliche und diplomatische Verbindungen, über die Aufnahme regelmäßiger kommerzieller Flüge zwischen der Sowjetunion und Nicaragua, und die Entwicklung von Kontakten zwischen der FSLN und der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU).¹⁹ Ähnliche Hilfs- und Parteiabkommen folgten in Bulgarien, Ostdeutschland und der Tschechoslowakei.

Zur selben Zeit, in einem bewußten Bemühen, internationale Verbindungen in verschiedene Richtungen zu entfalten,

CIA-Angriff auf ein Treibstofflager in Corinto



bereste eine zweite hochrangige nikaraguanische Delegation, geführt von Juntamitglied Sergio Ramírez, dem Politischen Sekretär der FSLN, Boyardo Arce, und Finanzminister Joaquín Cuadra, Westeuropa.

Dieses Muster, Reisen in Länder des sozialistischen Blocks durch Besuche in Westeuropa oder Lateinamerika auszugleichen, blieb ein auffallendes Merkmal nikaraguanischer Politik.²⁰ (...)

Obwohl die Hilfe der Sowjetunion und ihrer Verbündeten nach dem April 1980 bedeutsam anwuchs, brauchte es Zeit, bilaterale Einrichtungen zu entwickeln, um die Hilfsprotokolle zu erfüllen. Noch im Dezember 1980 beklagte Ruíz, daß „die (bulgarischen) Abkommen nicht in die Tat umgesetzt wurden, zum Teil wegen der Langsamkeit, mit denen wir versucht haben, sie zu erfüllen“.²¹

Außenwirtschaft diversifiziert

Der Moskau-Besuch vom März 1980 ließ darauf schließen, daß die sozialistischen Länder ein Bestandteil der Bemühungen der Sandinistas sein würden, wirtschaftliche Beziehungen zu diversifizieren. Aber es änderte nichts an Nikaraguas Politik internationaler Nichtpaktgebundenheit.

In einigen kürzlich erschienenen Berichten wurde die Behauptung aufgestellt, daß Nicaragua „der kubanischen und sowjetischen Linie ... in Bezug auf die sowjetische Invasion in Afghanistan gläubig folgte“.²² Aber in Wirklichkeit hat sich Nicaragua in Abstimmungen der Vereinten Nationen über die Afghanistanfrage wiederholt der Stimme enthalten. (...)

Häuserfabrik in der Nähe Managuas – ein Geschenk Kubas



Von den Übereinkünften des März 1980 war das Abkommen über „Kontakte“ zwischen der FSLN und der KPdSU mit Sicherheit das umstrittenste. Die sandinistische Armeezeitung „Patria Libre“ wertete das Abkommen als Teil der Bemühungen der FSLN, ihre politischen Beziehungen zu diversifizieren:

„In Übereinstimmung mit dem Grundsatz der Stärkung von Verbindungen der Freundschaft und Zusammenarbeit mit demokratischen, fortschrittlichen und revolutionären Parteien und Bewegungen ... (haben wir) unsere politischen Beziehungen mit verschiedenen kommunistischen Parteien des sozialistischen Lagers verstärkt, mit denen wir Freundschafts- und Zusammenarbeitsabkommen unterzeichnet haben.

Gleichermaßen haben wir unsere Beziehungen mit der Sozialistischen Internationale verstärkt, wo unsere Führer an verschiedenen Treffen als Beobachter teilnehmen... (Wir haben ebenfalls) an verschiedenen Treffen der (von Mexiko geförderten) Ständigen Konferenz der Lateinamerikanischen Politischen Parteien (COPPPAL) teilgenommen, in der unsere Avantgarde eine der Vizepräsidentenschaften innehat.“²³

Ein zweiter Beweggrund war unzweifelhaft die Hoffnung der FSLN, daß das sozialistische Lager die potentielle Bedrohung, die durch die USA besteht, ein wenig zügeln könnte. Ein höherer Beamter des US-Außenministeriums, der zu der Zeit mit nikaraguanischen Angelegenheiten befaßt war, betrachtete die Übereinkunft FSLN-KPdSU als „eher effektvoller denn wesentlich“, und als eine klare Bemühung der Sandinistas, ihre Unabhängigkeit von den USA zur Geltung zu bringen.²⁴

Die Partei- und Hilfsabkommen mit der Sowjetunion kamen zu einer Zeit, als US-freundliche Personen noch herausragende Posten in der nikaraguanischen Regierung bekleideten. Arturo Cruz, damals Direktor der Zentralbank, schien sich nicht an ihnen zu stören; nur Alfonso Robelo brachte Vorbehalte zum Aus-Analytiker der KPdSU wie Karen Brutents sahen die Parteiabkommen in einem anderen Licht. Brutents bemerkte 1983, daß „die KPdSU jetzt Kontakte mit mehr als 20 revolutionärdemokratischen Parteien in Asien, Afrika und Mittelamerika hat“ sowie mit „Organisationen, die antiimperialistische Positionen in einigen spezifischen Fragen einnehmen oder einnehmen können.“²⁶ (...) Laut Brutents tragen die Kontakte der KPdSU mit diesen Parteien dazu bei, ihre „ideologische, politische und organisatorische Konsolidierung zu fördern und die Zusammenarbeit ... auf nationaler und internationaler Ebene im Kampf gegen Imperialismus und für nationale Unabhängigkeit, Frieden und sozialen Fortschritt auszuweiten.“²⁷

Gemeinsame Ziele

Andere sowjetische und osteuropäische Quellen bestätigen Brutents Aussage ..., daß lateinamerikanische und sozialistische Länder das gemeinsame Ziel haben, die US-Vorherrschaft in der westlichen Hemisphäre abzubauen.²⁸ Trotzdem rangiert Nicaragua vergleichsweise niedrig auf der Skala der Länder der Dritten Welt, mit denen der UdSSR politische Beziehungen unterhält. Die Sowjets haben keine stärkere Bindung durch die Unterzeichnung eines langfristigen Freundschaftsvertrages mit Nicaragua angedeutet, wie sie es mit solchen Ländern wie Indien, Irak, Angola, Moçambique, Vietnam, Äthiopien, Afghanistan, Südjemen, Syrien und Nordkorea getan haben.²⁹ (...)

Nicaraguas furchtbare wirtschaftliche Lage ist zugleich ähnlich und schlimmer als die seiner mittelamerikanischen Nachbarn.

Genau wie sie steht es fallenden Preisen für die wenigen landwirtschaftlichen Ausfuhren gegenüber, die die meisten seiner Dollar-Einnahmen bringen, steigenden Preisen für Einfuhren von Industriewaren, steigenden Energierechnungen, traditionsbedingter Abhängigkeit von einer kleinen Anzahl von Märkten, einer riesigen Schuldenlast, verschärft durch hohe Zinssätze, und einem chronischen Zahlungsproblem.

Im Gegensatz zu ihnen hatte es mit den Zerstörungen zu kämpfen, die durch das Erdbeben von 1972, den Aufstand von 1978-79, den schweren Überschwem-



Sowjetische Warenlieferungen helfen die Folgen des US-Embargos zu lindern; Staatschef D. Ortega traf Ende April 1985 mit KPdSU-Generalsekretär M. Gorbatschow in Moskau zusammen

mungen von 1982 und den neueren Contra-Krieg hervorgerufen wurden; mit dem Diebstahl der bis auf 3,5 Mio Dollar gesamten Währungsreserve des Landes durch die flüchtigen Somozisten, mit den Anstrengungen der USA, multinationale Kredite zu blockieren und den Handel erst zu begrenzen und dann mit einem völligen Embargo zu belegen, und mit der Notwendigkeit, 40% seines Jahreshaushaltes in Verteidigungsanstrengungen zu leiten.

Um diesen Problemen zu begegnen, suchte Nicaragua viele kommerzielle Beziehungen, Hilfsprojekte und technische Zusammenarbeitsabkommen der gleichen Art wie andere unterentwickelte Länder auch. Der internationale politische Spielraum, der durch die Revolution gewonnen wurde, erlaubte es Nicaragua, engere wirtschaftliche Beziehungen mit sozialistischen und nichtpaktgebundenen Ländern aufzunehmen, als ein Mittel, einige seiner grundlegenden Entwicklungserfordernisse abzudecken. Der Handel mit den sozialistischen Ländern bietet Nicaragua Vor- und Nachteile. Darlehen sozialistischer Länder zur Finanzierung ihrer Ausfuhren beinhalten im allgemeinen Respektfristen von 1-3 Jahren, Rückzahlungen von 2,5-7%. Das ist günstig im Vergleich mit den Darlehen, die mit lateinamerikanischen Ländern vereinbart wurden. Die-

se berechnen einen etwas höheren Zinssatz und räumen normalerweise keine Respektfristen ein.

Westeuropäische und kanadische Darlehen beinhalten im allgemeinen jedoch großzügigere Respekt-, Rückzahlungsfristen und Zinssätze.³⁰ Aber obwohl die Handelsbilanz die RGW-Länder begünstigt und die Verschuldung ihnen gegenüber wahrscheinlich anwachsen wird, wird sich wahrscheinlich herausstellen, daß RGW-Darlehen leichter umzuschulden sind als Kredite aus anderen Quellen.³¹

Ein weiterer Handelsvorteil mit den RGW-Ländern besteht darin, daß viele Handelsabkommen die Zahlung in Waren erlauben, anstatt in rarer konvertibler Währung.

Diese „Kompensations“-Bedingungen sind im wesentlichen Tauschvereinbarungen, wobei Nicaragua Grunderzeugnisse – wie Baumwolle, Kaffee oder Sesamsaaten – gegen Investitionsgüter, Industriewaren und Erdöl aus sozialistischen und nichtpaktgebundenen Ländern eintauscht.³² In anderen Fällen können Produktionsanlagen der Leichtindustrie, die durch RGW-Länder in Nicaragua errichtet wurden, mit den von ihnen hergestellten Erzeugnissen bezahlt werden.

Nur in einem bekanntgewordenen Fall – einem DDR-Abkommen mit unbekann-

tem Umfang – hat ein RGW-Land Nicaragua ausdrücklich Vorzugspreise für seine Erzeugnisse angeboten.³³ Trotzdem hat die langfristige Natur vieler kommerzieller Übereinkünfte Nikaraguas mit RGW-Ländern stabilisierende Auswirkungen; die Nachfrage ist für mehrere Jahre sichergestellt und Preise können nach Weltmarktsätzen zu Beginn des Abkommens festgesetzt und für die gesamte Laufzeit beibehalten werden, selbst wenn die Weltpreise absinken.

Verglichen mit Weltstandards neigen Preise für Industrieerzeugnisse von RGW-Ländern ebenfalls dazu, vorteilhaft zu sein. Angesichts des akuten Mangels Nikaraguas an ausländischer Währung sind Übereinkünfte über Kompensation und langfristigen Handel offensichtlich hilfreich.

Nikaraguas Handelsbeziehungen mit den sozialistischen Ländern leiden jedoch unter dem Fehlen vorheriger Verbindungen. Außenhandelsinstitutionen der RGW-Länder sind ungewohnt. Die Technologie sozialistischer Länder wird schwer in eine Volkswirtschaft einzubinden sein, die lange von US- und japanischer Maschinerie abhing. (...)

Die Zusammensetzung der Einfuhren Nikaraguas aus RGW-Ländern widerspiegelt in großem Umfang die wirtschaftlichen Spezialisierungen und Fähigkeiten der Mitgliedsländer. Bulgarien zum Beispiel hatte im Rahmen der RGW-Beziehungen mit Mexiko seit 1978 die Verantwortung für agroindustrielle Entwicklung; gegenüber Nicaragua hat es eine ähnliche Rolle gespielt.³⁴

Kuba hat eine lange Erfahrung als Zuckerhersteller. Die Sowjetunion hat die größte und am breitesten gefächerte Volkswirtschaft des sozialistischen Blocks.

Wird fortgesetzt

(Quelle: NACLA. Report on the Americas, New York, Nr. 3/Mai-Juni 1985, S. 33-56)

Hauptausfuhren sozialistischer Länder nach Nicaragua

Sowjetunion

Ausrüstungen und Maschinen für Landwirtschaft, Bergbau, Erdölindustrie, Fernmeldewesen und Fischerei. Nikaraguas Hauptöllieferant seit Anfang 1984

Kuba

Maschinerie für die Zuckerraffinerie, Fischerboote, Zement, Geflügel und Anlagen für die Viehwirtschaft

Tschechoslowakei

Ausrüstungen für die Bekleidungsindustrie

Ungarn

Medizinische Ausrüstungen

Bulgarien

Betriebe zur Nahrungsmittelverarbeitung, pharmazeutische Erzeugnisse, Wasserkraftwerksanlagen, Fernmeldeanlagen, Busse

DDR

LKWs, Maschinen für die chemische Industrie und das Bauwesen

Nordkorea

Eisenbarren; plante die Einrichtung von Nicaraguas erstem Stahlwerk

Anmerkungen:

- 1) C. Fonseca, Viva Sandino, hrsg. von der Abteilung für Propaganda und Politische Erziehung der FSLN (DPEP), Managua 1984, S.7
- 2) J.M. Blandón, Entre Sandino y Fonseca, hrsg. von DPEP, Managua 1981, S. 86-109
- 3) Diese frühe kubanische Unterstützung, die in erster Linie in militärischer Ausbildung für einige wenige Kader bestand, wird von Borge offen diskutiert in: T. Borge, Carlos, el amanecer yo no es una tentación, Casa de las Americas, Havanna 1980, und in einem Interview mit Julio Suñol, Insurrección en Nicaragua! La historia no contada, Editorial Costarika, San José 1981, S. 48-49, vgl. auch: C. Fonseca, Obras, Band 1, Nueva Nicaragua, Managua 1982, S.197
- 4) Siehe: W. LeoGrande, Cuba and Nicaragua: From the Somozas to the Sandinistas, in: B. Levine (Hg.), The New Cuban Presence in The Caribbean, Westview, Bouloler 1983, S.44
- 5) Barricada, Managua, 7.1.1984
- 6) Zwischen einem Viertel und der Hälfte der Waffen waren für die kostarikanische Regierung bestimmt, obwohl genaue Inventarlisten oft nicht geführt wurden. Vgl. S. Early, Arms and Politics in Costa Rica and Nicaragua, 1948-81, Research Paper Series, Nr.9, University of New Mexico, 1982, S.37
- 7) W. LeoGrande, Cuba..., a.a.O., S.46; J.N. Goodsell, „Nicaragua“, in: R.F. Staar (Hrsg.), Yearbook on International Communist Affairs 1980, Hoover Institution, Stanford 1980, S. 379
- 8) Schätzungen zufolge sollen die panamaischen Lieferungen zwischen einer viertel und einer halben Mio Pfund (1 Pfund = 372,4 g) gewogen haben; das Gewicht der kubanischen Sendungen betrug über 600.000 Pfund (siehe: S. Early, Arms..., a.a.O., S. 34 und 37). Aber die von Panama nach Kostarika geschickten acht Flugabwehrbatterien z.B. wurden auf 6,4 Mio Dollar geschätzt. J. Suñol, Insurrección..., a.a.O., S. 183. Siehe auch: La Nación, San José, 15.5.1981
- 9) La Nación, 15.5.1981
- 10) W. LeoGrande, Cuba..., a.a.O., S.46
- 11) Der Ausdruck „sozialistische Länder“ wird hier sowohl für die Vollmitglieder des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) verwendet als auch für andere Länder, die sich selbst als sozialistisch verstehen, wie z.B. Jugoslawien, Nordkorea, China und Albanien. „Nichtpaktgebundene Länder“ bezieht sich auf Mitglieder der Bewegung der Nichtpaktgebundenen. Einige sozialistische Länder, die nicht Mitglieder des Warschauer Paktes sind, wie z.B. Kuba, Vietnam und Jugoslawien, sind auch Mitglieder der Bewegung der Nichtpaktgebundenen.
- 12) Siehe: R.S. Leiken, The USSR and Central America: Great Expectations Dampened?, in: J. Ciricione (Hrsg.), Central America and the Western Alliance, Holmes & Meier, New York 1985, S.155; auch P. Clement, Moscow and Nicaragua: Two Sides of Soviet Policy, Comparative Strategy, Band V, Nr. 1, 1985, S.76
- 13) ACAN, Panama, in: FBIS-LAM, 19.10.1979 und AFP, Paris, in: FBIS-LAM, 9.1.1980
- 14) FSLN, Iremos hacia el sol de la libertad... Sandino, hrsg. von der FSLN, Managua 1979, S. 27-29
- 15) Ebenda, S.45
- 16) Latin America Political Report, London, 3.8.1979

- 17) J. de Jesús Martínez (Hrsg.), Ideario Omar Torrijos, EDUCA, San José 1982, S.120
- 18) Radio Havanna, in: FBIS-LAM, 16.11.1979
- 19) Radio Moskau, in: FBIS-Soviet Union, 20.3.1980
- 20) T.P. Anderson, Nicaragua, in: R.F. Staar (Hrsg.), Yearbook on International Communist Affairs 1984, Hoover Institution, Stanford 1984, S. 157-158
- 21) Barricada, 21.12.1980
- 22) D. Nolan, The Ideology of the Sandinistas and the Nicaraguan Revolution, University of Miami, Coral Gables 1984, S.117
- 23) Patria Libre, Managua, Nr. 10/Januar 1981, S.32-33
- 24) Interview des Autors mit einem ehemaligen Beamten des Außenministeriums, 1.4.1985
- 25) Radio Sandino, in: FBIS-LAM, 24.6.1980; Diario Las Américas, Miami, 15.5.1980
- 26) K. Brutents, The Newly Free Countries in the Seventies, Progress Verlag, Moskau 1983, S. 260-261
- 27) Ebenda, S.260
- 28) J. Drechsler, La República Democrática Alemana y América Latina, in: Los Países

- del CAME y América Latina, Editorial Progreso, Moskau 1983, S.94; M. Gornow/J. Koroljow, El torbellino centroamericano, in: América Latina, Moskau, Nr. 6/1984
- 29) Z. Iman, Soviet Treaties with Third World Countries, in: Soviet Studies, Band 35, Nr. 1/1983
 - 30) Angaben des nikaraguanischen Ministeriums für Auswärtige Zusammenarbeit
 - 31) R. Berríos, Economic Relations Between Nicaragua and the Socialist Countries, Arbeitspapier Nr. 166, The Wilson Center, Washington 1985
 - 32) Eine Besprechung dieser Übereinkommen in Lateinamerika ist nachzulesen in: Comisión Económica para América Latina, Relaciones económicas de América Latina con los países miembros del „Consejo de Asistencia Mútua Económica“ (CAME), Estudios e Informes de la CEPAL, Santiago, Nr. 12/1982
 - 33) Latin America Commodities Report, London, 14.9.1984
 - 34) P. Karaiwanowa, La República Popular de Bulgaria y América Latina, in: Los países del CAME y América Latina, S.58

Ein Kontinent im Aufbruch



R. Falk
Die heimliche Kolonialmacht.
Bundesrepublik und Dritte Welt.
KB 352, 260 Seiten, 14,80 DM

D. Boris/P. Hiedl
Argentinien
Geschichte und politische Gegenwart
KB 133, 210 Seiten, 14,80 DM

L. Lawrezky
Simón Bolívar
Eine Biographie
494 Seiten mit zahlreichen Illustrationen
Lernen mit Schutzumschlag 19,80 DM

K. Schnelle
José Martí
Apostel und Märtyrer der Freiheit.
KB 256, 124 Seiten mit 70 Abb.
Lernen mit Schutzumschlag 14,80 DM

C.L.R. James
Die schwarzen Jakobiner.
Toussaint L'Ouverture und die Unabhängigkeitsrevolution in Haiti.
KB 341, 447 Seiten mit zahlreichen Abbildungen, 16,80 DM

W. Brönnert/H. J. Nieth
Der Kampf um El Salvador.
Volkserhebung und Intervention.
KB 256, 180 Seiten, 10,00 DM

Frank Niess
DER KOLOSS IM NORDEN
Geschichte der Lateinamerikapolitik der USA



F. Niess
Der Koloss im Norden.
Geschichte der Lateinamerikapolitik der USA.
KB 292, 294 Seiten, 16,80 DM

Wilfried Huismann
Dieser Augenblick rückt näher
Reportagen aus Chile
KB 283, 200 Seiten, 14,80 DM



D. Boris/Renate Rausch (Hrsg.)
Zentralamerika
El Salvador, Guatemala, Nicaragua, Honduras, Costa Rica
KB 269, 400 Seiten, 16,80 DM

Hrsg.: H.-W. Bartsch, G. Stuby, M. Buschmann, E. Wulff
Chile. Ein Schwarzbuch
3. unveränderte Auflage
228 Seiten mit 200 lfdw. ganzseitigen Abbildungen Großformat 16,80 DM

M. Franzbach
Kuba
Die neue Welt der Literatur in der Karibik
KB 330, 214 Seiten mit Fotos, 16,80 DM

Pahl-Rugenstein Verlag

Gottesweg 54 • 5000 Köln 51, Tel. (0221) 36 40 51

Diskussionsforum Sowjetunion-Dritte Welt

Mit den folgenden Anmerkungen zum Beitrag von Klaus Fritsche in AIB 12/1985 (S. 44f.) zur Handelspolitik der UdSSR gegenüber Entwicklungsländern setzen wir das Diskussionsforum Sowjetunion – Dritte Welt fort. Wir bitten darum, uns weitere Beiträge zu den aufgeworfenen Fragen bis zum 31.1.1986 (für AIB 3/1986) und bis zum 28.2.1986 (für AIB 4/1986) zukommen zu lassen (Länge bitte maximal 160 Zeilen à 43 Anschläge).

Nonsens-Moral

Zunächst eine Vorbemerkung zur Logik des Außenhandels der sozialistischen Länder. Für ein sozialistisches Land ist der Außenhandel so lange sinnvoll, wie es die im Austausch gegen eigene Exporte erworbenen Importgüter im Inland entweder überhaupt nicht oder nur mit einem höheren Aufwand als die entsprechenden Exportgüter herstellen kann. Damit sich der Außenhandel für ein sozialistisches Land lohnt, ist daher ein Export zu Weltmarktpreisen nicht unbedingt nötig.

Anders als für ein kapitalistisches Unternehmen kann für ein sozialistisches Land ein Verkauf unter dem Weltmarktpreis sinnvoll sein, um den Devisenbedarf für eine bestimmte Importmenge zu befriedigen; Verkäufe unter dem Weltmarktpreis dürften eher bei technischen Produkten vorkommen (man vergleiche etwa die einschlägigen Autopreise) als bei homogenen Produkten wie Energieträgern, für die ein aufnahmefähiger Markt besteht. Unterstellt man technologische Vergleichbarkeit der Produkte, dürfte der Bezug von Industriegütern aus sozialistischen Staaten daher für die Entwicklungsländer tendenziell günstiger sein als entsprechende Einkäufe auf dem kapitalistischen Weltmarkt.

In seinem Leserbrief wirft Fritsche nun der UdSSR eine imperialistische Außenhandelspolitik analog den kapitalistischen Staaten (und dem AIB Doppelmoral) vor.

Zunächst bestreitet er den besonderen Wert der Sowjetunion als aufnahmefähigen und stabilen Absatzmarkt für die Exporte von Entwicklungsländern und setzt ihn mit einer „Öffnung der Märkte der westlichen Industrieländer“ gleich. Abgesehen davon, daß diese „Öffnung“ in Anbetracht der protektionistischen Tendenzen in den USA und Westeuropa allenfalls in der Phantasie des Autors stattfindet, verkennt eine derartige Betrachtungsweise die negativen Wirkungen, die von in Preisen und Mengen stark schwankenden Absatzmärkten ausgehen. Langfristig stabile Exportbedingungen bedeuten aber für die Entwicklungsländer, die häufig nur über einige wenige exportfähige Produkte (meist Rohstoffe) verfügen, überhaupt erst die Voraussetzung, die Kalkulationsgrundlage für langfristige Entwicklungsvorhaben – und dies zunächst unabhängig von dem absoluten Preisniveau, das sie für eigene Exporte erzielen.

In einem weiteren Argument versucht Fritsche aus der angeblichen Tatsache, daß immer mehr Länder der Dritten Welt für ihre Exporte in die UdSSR Devisen verlangen und auf Kompensationsgeschäfte verzichten, den Schluß zu ziehen, daß diese Kompensationsgeschäfte für die Entwicklungsländer ungünstig seien. Aber könnte es nicht sein, daß der Wunsch der Entwicklungsländer nach Zahlung in Devisen zusammenhängt mit dem Wunsch des internationalen Bankensystems, um jeden Preis und in bar die Zins- und Tilgungszahlungen für seine Kredite an die Dritte Welt einzustreichen? Und ist es nicht so, daß in der realen Welt (anders als in der Welt von K. Fritsche) durchaus ein Interesse der Entwicklungsländer an Kompensationsgeschäften mit der UdSSR besteht, und zwar in solchen Fällen, in denen sie Devisen dadurch sparen können, daß sie Im-

porte aus der UdSSR mit ansonsten auf dem Weltmarkt nur schwer verkäuflichen Produkten (man denke an die Vermarktungsprobleme beim Zucker!) bezahlen?

Ein weiterer Kritikpunkt von Fritsche zielt auf die mit der sozialistischen Wirtschaftshilfe der UdSSR verbundene „strikte Lieferbedingung“, die die Entwicklungsländer zum Empfang der Hilfe in Form von Waren und Expertenunterstützung aus der UdSSR und zur Rückzahlung der Kredite in Naturalform und aus der Produktion des jeweiligen Investitionsprojekts verpflichtet. Dies sei gleichzusetzen mit den Lieferbindungen, die an die Entwicklungshilfe der kapitalistischen Staaten, etwa der BRD, geknüpft sind.

Dazu ist zu sagen, daß Fritsches Gedankenführung darunter etwas leidet, daß er weder die Logik der kapitalistischen noch die der sozialistischen Entwicklungshilfe verstanden hat. Außerdem wirft er offensichtlich eine Lieferbindung, die in Form einer Kaufverpflichtung beim Empfang einer Entwicklungshilfeleistung auferlegt wird, mit einer „Lieferbindung“ durcheinander, die sich aus einer vertraglich vereinbarten Kreditrückzahlung in Naturalform ergibt.

In ökonomischer Hinsicht dient die Entwicklungshilfe der kapitalistischen Staaten (ob als Zuschuß oder als Kredit) im wesentlichen zwei Zielsetzungen: der Absatzförderung für die heimische Industrie und dem direkten Zugriff auf die Ressourcen der Entwicklungsländer. Dem ersten Ziel dienen die Lieferbindungen, dem zweiten die Förderung von Direktinvestitionen sowie die vielfältigen, auf Marktöffnung und freie Entfaltung der „Privatwirtschaft“ gerichteten Auflagen etwa des IMF. Die UdSSR hat demgegenüber nicht das Problem, Absatzmärkte für überschüssige Industriegüter zu erobern. Diese könnten im Gegenteil gute Dienste leisten, um die Rohstoffvorräte aufzutauen, die in der UdSSR in allen Kategorien reichlich vorhanden sind. Auch ist es unüblich, daß die UdSSR (analog den multinationalen Konzernen) Direktinvestitionen in Entwicklungsländern vornimmt; die jeweiligen Investitionsvorhaben bleiben vielmehr im Eigentum des betreffenden Entwicklungslandes.

Ein unmittelbarer Zugriff auf die Ressourcen findet nicht statt; die Rückzahlung der Hilfskredite in naturaler Form und aus den Produktionsergebnissen des jeweiligen Projekts bedeutet vielmehr eine Erleichterung des Schuldendienstes und zugleich eine Gewähr dafür, daß die UdSSR als Gläubiger das Interesse an technischen und wirtschaftlichen Funktionalen des Projekts nicht verliert. Die Entwicklungshilfe des Westens bürdet demgegenüber den Entwicklungsländern nicht nur die Last auf, Zins und Tilgung für die Hilfskredite (und den Gewinntransfer aus komplementären Direktinvestitionen) „irgendwie“ auf dem Weltmarkt zu erwirtschaften, sondern legt auch wenig wert auf das tatsächliche Funktionieren der geförderten Projekte – die Zahl der Entwicklungsruinen ist Legion.

Wenn Fritsche die Vergabe von Krediten in Naturalform im Rahmen der sozialistischen Entwicklungshilfe kritisiert und sie fälschlicherweise mit einer „Lieferbindung“ in Zusammenhang bringt, verkennt er aber nicht nur

die Vorzüge dieses Vorgehens für die Entwicklungsländer, sondern auch seine Vorzüge für die UdSSR. Denn die alternative Vergabe des Entwicklungshilfekredits in Form konvertibler Devisen würde die UdSSR zwingen, die Devisen auf dem Weltmarkt zuvor zu erwirtschaften.

Der eingangs geschilderte Mechanismus des sozialistischen Außenhandels, der auch den Verkauf unter Weltmarktpreisen unter bestimmten Bedingungen für die UdSSR sinnvoll macht, und die Notwendigkeit für die Entwicklungsländer, ihren Importbedarf zu Weltmarktpreisen zu decken, hätten dann den Effekt, daß die UdSSR u.U. zwei Industrieanlagen auf dem Weltmarkt verkaufen müßte, damit sich das Entwicklungsland eine einzige auf dem Weltmarkt kaufen könnte.

Der Hauptkritikpunkt von Fritsche schließlich richtet sich gegen die Praxis der UdSSR, ihren Außenhandel mit kapitalistischen Entwicklungsländern zu Weltmarktpreisen abzuwickeln; dies sei das gleiche Verhalten wie das der kapitalistischen Industrieländer und ebenfalls imperialistisch. Diese Gleichsetzung ist jedoch falsch. Zum einen übersieht der Autor, daß der Imperialismus neben dem Instrument des Welthandels über weitere und mindestens ebenso wirksame Mechanismen der Ausbeutung verfügt – die Kreditvergabe (und die dazu passende Hochzinspolitik) und den unmittelbaren Zugriff auf die Ressourcen durch Direktinvestitionen. Zum zweiten wirkt die eingangs geschilderte Logik des Außenhandels der sozialistischen Länder in Richtung auf eine Abkoppelung vom Weltmarktpreisniveau, zumindest was die Industriegüter angeht, deren Exportchancen in erster Linie vom Preis abhängen dürften.

Aber auch wenn man Handel zu Weltmarktpreisen unterstellt, bleibt die Frage, warum die UdSSR kapitalistischen Entwicklungsländern Sonderkonditionen einräumen sollte. Es existiert kein ökonomischer Mechanismus, der so etwas wie einen „gerechten“ Weltmarktpreis ermitteln könnte. Das gilt für den Außenhandel der sozialistischen Staaten untereinander – dies würde andernfalls eine zentrale ökonomische Planung im RGW-Maßstab voraussetzen, die aber erst in Ansätzen existiert. Das gilt für den Außenhandel mit sozialistischen Entwicklungsländern und es gilt auch für den Handel mit kapitalistischen Staaten (auf jedem Entwicklungsniveau). Die relative ökonomische Schwäche der sozialistischen Staaten gegenüber der kapitalistischen Welt spiegelt sich in ihrem Unvermögen wider, selbst in nennenswerter Weise die Weltmarktpreisbildung beeinflussen zu können, anstatt sich ihr unterwerfen zu müssen.

Sieht man von dem o.g. (tendenziell die Industriegüterexportpreise der UdSSR vermindern) Mechanismus ab, so wäre jedes Abweichen von den gegebenen Weltmarktpreisen durch die UdSSR allein politisch zu begründen – und aus welchen politischen Gründen sollte die UdSSR etwa ein Regime wie das auf den Philippinen beispielsweise durch niedrige Erdölpreise subventionieren? Um die Lage der Bevölkerung zu verbessern? Oder um das Auslandshilfebudget der USA zu entlasten und die Zinseinnahmen des internationalen Bankensystems zu garantieren?

Sonderkonditionen sind da angebracht, wo die Unterstützung tatsächlich auch denjenigen zugute kommt, die sie nötig haben – was die Zahl der in Frage kommenden Entwicklungsländer beträchtlich vermindert. Fritsche macht den Fehler, vom Standpunkt einer abstrakten Gerechtigkeit aus zu argumentieren und kann daraus natürlich nur eine Nonsens-Moral entwickeln. Er verwechselt einfach die rote Fahne des Sozialismus mit dem roten Mantel des Weihnachtsmanns. Rainer Münch, Neuss

Pia Grund

23. UNESCO-Generalkonferenz Grenada der Vereinten Nationen ?

„Eine Welt ohne Vereinte Nationen wäre eine bessere Welt.“¹ Unter diesem Motto blasen in den USA pünktlich zum 40. Jahrestag der UNO-Gründung die Rechtskräfte um Ronald Reagan, in diesem Falle die konservative Heritage-Foundation, zum Generalangriff auf die Weltorganisation.

Vorspiel und Testballon waren die Angriffe auf die UN-Spezialorganisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO), oder wie Charles Maynes, Chefredakteur der Monatszeitschrift Foreign Policy formulierte: „Sie haben als Ziel die kleinste, schwächste Organisation gewählt: die UNESCO ist sozusagen das Grenada der Vereinten Nationen.“²

Ausverkauf in Sofia?

Vor diesem Hintergrund ist die 23. Generalkonferenz der UNESCO zu bewerten, die vom 9.-12. November 1985 in der bulgarischen Hauptstadt Sofia stattfand.

Viel Wirbel hatten im Vorfeld die Austrittsdrohungen einiger westlicher Länder gemacht, allen voran wie meist in solchen Fällen die britische Premierministerin Maggie Thatcher und die Bonner Konservativen.

In der Bundesrepublik konnte sich die CSU mit ihrem Grafen Huyn nicht durchsetzen, der dem Austritt der USA vom Januar 1985 (siehe AIB 2/1985, S. 4-8) folgen wollte. Bedenken gab es u.a. beim Präsidenten der bundesdeutschen UNESCO-Kommission, Otto von Simson, der auf das Ansehen der Bundesrepublik in der Dritten Welt hinwies. Dieses würde – so Simson – durch den Austritt angeschlagen.

Andere kritische Stimmen wiesen auf die Probleme hin, die sich aus der dann folgenden Isolation für die bundesdeutschen Wissenschaftler ergeben würde. Diese seien schließlich auf einen internationalen Informationsaustausch, wie die UNESCO ihn organisiert, angewiesen.³

Großbritannien hat sich Anfang Dezember 1985 zum Alleingang entschlossen und ist zum 31. Dezember 1985 aus der



Site der UNESCO in Paris

UNESCO ausgetreten. Noch im Juni 1985 hatte sich eine extra zur Prüfung dieser Frage zu Verhandlungen nach Paris entsandte Delegation des britischen Unterhausausschusses für Auswärtige Angelegenheiten gegen diesen Schritt ausgesprochen, desgleichen der Unterhausausschuß selbst Ende Oktober 1985. Eine ähnliche Position wird Außenminister Howe nachgesagt.

Bis auf Holland äußerten alle EG-Länder ihr Unverständnis über den Schritt der Briten, ebenso die Länder des Common-

wealth. Vasallentreue zu Reagan scheint der britischen Premierministerin wichtiger gewesen zu sein als bündnispolitische Rücksichtnahme.

Vor dem Hintergrund dieser Austrittsdrohungen sind die Ergebnisse der Konferenz als ausgesprochen positiv zu bewerten.

Die 14 Hauptprogramme, die im mittelfristigen Plan für 1982-89 festgeschrieben sind, wurden bestätigt, der Haushalt für die beiden nächsten Jahre verabschiedet. Dem Haushalt war eine 9 Monate

Hauptprogramme der UNESCO

- I. Reflexion über Weltprobleme und zukunftsorientierte Studien
- II. Bildung für alle
- III. Die Kommunikation im Dienste des Menschen
- IV. Formulierung und Durchführung bildungspolitischer Maßnahmen
- V. Erziehung, Bildung und Gesellschaft
- VI. Die Wissenschaft und ihre Anwendung für die Entwicklung
- VII. Informationssysteme und Zugang zum Wissen
- VIII. Prinzipien, Methoden und Strategien für die Entwicklung

- IX. Wissenschaft, Technik und Gesellschaft
- X. Die menschliche Umwelt, Land- und Meeresressourcen
- XI. Kultur und Zukunft
- XII. Beseitigung von Vorurteilen, Intoleranz, Rassismus und Apartheid
- XIII. Frieden, internationale Verständigung, Menschenrechte und Rechte der Völker
- XIV. Status der Frau

(Quelle: W. Kleinwächter/F. Raaz, UNESCO: Szenarium einer Erpressung, Berlin 1985, S.13)

während die Diskussion vorangegangen, da er aufgrund des Austritts der USA um 25% gekürzt werden mußte.

Dabei gab es wohl im Haushalt Akzentverschiebungen zugunsten der nicht unter Beschuß geratenen Programme 9 und 10 (siehe Kasten). Doch konnte mit der Verabschiedung der Fortbestand der UNESCO erst einmal gesichert werden, ohne inhaltlichen Ausverkauf.

Die inhaltliche Kritik machte sich vor allem an den Programmen zur Friedenssicherung bzw. Abrüstung und der Diskussion um eine Neue Internationale Informations- und Kommunikationsordnung (NIICO) fest (siehe AIB 2/1985, S. 4ff.). Das Recht der UNESCO, Positionen zu Friedensfragen zu beziehen und entsprechende Forschungsprogramme zu finanzieren, konnte nicht beschnitten werden, ist es doch in der Grundsatzklärung verankert.

Im Bereich der NIICO mußten Zugeständnisse gemacht werden. Es wurde bei der Feststellung der ungleichen Verteilung belassen, die Entwicklung als „kontinuierlicher Prozeß“ bezeichnet. Das hatte zur Konsequenz, daß vorerst keine konkreten Schritte eingeleitet werden. Es wurde lediglich eine Konferenz beschlossen, auf der gemeinsam mit dem Departement für Öffentlichkeitsarbeit der UNO diese Frage neu diskutiert werden soll.

Den Austritt der USA hatte der Vertreter Frankreichs im Exekutivrat der UNESCO, Jean Pierre Cot, seinerzeit als „Ausdruck isolationistischen und imperialen Willens“ bezeichnet.⁴ Das trifft aber auch auf Boykott- oder Austrittsdrohungen gegenüber anderen UN-Organisationen zu.

Crane: „Ganz raus aus der UNO!“

Im Frühjahr 1984 wurde der Konferenz für Handel und Entwicklung der Vereinten Nationen (UNCTAD) ein US-Memorandum vorgelegt, in dem ähnliche Vorwürfe wie heute gegen die UNESCO erhoben wurden. Auch hier drohten die USA mit Austritt.

Ähnliches gilt für den Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD) und die Internationale Entwicklungsorganisation (IDA).

Die Angriffe gelten jedoch der UNO insgesamt.

Das Kongreßmitglied Philip M. Crane hatte dem Kongreß eine Petition der Heritage-Foundation vorgelegt, in der gefordert wurde, „die finanzielle Beteiligung der USA an der UNO grundsätzlich zu beschneiden... Ich persönlich sähe es gerne, wenn wir völlig aus den Vereinten Nationen austreten würden. Aber ich weiß, daß der Kongreß dieses Jahr noch nicht so weit gehen wird.“⁵



Alphabetisierungsprogramme werden von der UNESCO unterstützt

Der Reagan-Administration paßt an der UNO u.a. das gewachsene Selbstbewußtsein und eigenständige Auftreten der Entwicklungsländer nicht in den Kram. Ein anderer Kritikpunkt ist die Unterstützung für die von den USA ganz einfach als „terroristische Vereinigungen“ klassifizierten Befreiungsbewegungen Afrikanischer Nationalkongreß Südafrikas (ANC), Südwestafrikanische Volksorganisation (SWAPO) und Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO), obgleich diese von der UNO als authentische Repräsentanten ihrer Völker anerkannt sind.

Zum anderen ist Washington mit dem Abstimmungsverhalten der Nichtpaktgebundenen nicht zufrieden. Der neue UN-Botschafter der USA, Vernon Walters, bezeichnenderweise ein Generalleutnant a.D. und vormaliger Vizedirektor des CIA, maßte sich an zu definieren, was für ein Abstimmungsverhalten sich die Nichtpaktgebundenen leisten dürften, falls sie von den USA noch als solche anerkannt werden wollten: „Aber die seltsame Sache ist, daß die Nichtpaktgebundenen dazu tendieren, in 86,2% aller Fälle mit der Sowjetunion zu stimmen. Das ist keine Nichtpaktgebundenheit.“⁶

Yale Pines, Vizepräsident der Heritage Foundation, erklärte die Entwicklungsländer für inkompetent: Sie hätten eben keine Erfahrung auf internationaler Ebene.⁷

Und noch einmal Vernon Walters, zu der Frage, ob die USA ihre 25%-Beteiligung am UN-Budget als Drohpotential einsetzen sollten: „Das ist ein Knüppel, und ich bin nicht sicher, ob wir ihn einsetzen sollten... Nur wenn alles andere fehlschlägt, ist das vielleicht der Weg.“⁸

Die Angriffe auf die Weltorganisation häufen sich nicht zufällig an ihrem 40. Jahrestag und während der Amtszeit Ronald Reagans. Nach dem Willen der USA sollte die UNO nach 1945 ein Instrument zur Durchsetzung von US-Interessen werden. Unterdessen aber ist mit der Veränderung des Kräfteverhältnisses innerhalb der Weltorganisation,

die durch den Eintritt der unabhängig gewordenen ehemaligen Kolonialstaaten erfolgte, klar geworden, daß die USA dort nicht mehr das Sagen haben.

Es entspricht der Kreuzzugsmentalität der Regierung Reagan nun auch mit Hilfe des großen Knüppels in den Vereinten Nationen die Fronten zu ihren Gunsten verändern zu wollen. Da es ihr jedoch noch nicht gelungen ist, diesen Vorstoß bei ihren Verbündeten zu verankern, dürften die Drohungen gegen die UNO vorerst leere Drohungen bleiben.

Anmerkungen:

- 1) Le Monde Diplomatique (LMD), Paris, Oktober 1985
- 2) Ebenda
- 3) Die Zeit, Hamburg, 11.10.1985
- 4) W. Kleinwächter/F. Raaz, USA gegen UNESCO: Szenarium einer Erpressung, Berlin 1985, S.53
- 5) LMD, a.a.O.
- 6) US News & World Report (USNWR), Washington, 23.9.1985
- 7) LMD, a.a.O.
- 8) USNWR, a.a.O.

TRIALOG

Zeitschrift für das Planen und Bauen in der Dritten Welt

Zur Diskussion theoretischer Ansätze und beruflicher Erfahrungen im Bereich räumlicher und sozialer Entwicklungen in der Dritten Welt - ein Journal für Planer, Soziologen, Ökonomen, Geographen und Architekten.

Bisher erschienen:

- Heft 1 Wohnungsbau für die Armen
Urbanisierung, Selbsthilfe und integrierte Entwicklung
- Heft 2 Regionalplanung
Urbanisierungsstrategien, Mittelstadtförderung und ländliche Regionalentwicklung
- Heft 3 Ausbildung und Berufsbild
Die Rolle von Planern in armen Ländern
- Heft 4 Die Häuser der Revolution
Wohnungspolitik in Kuba, Chile, Angola, Mocambique, Algerien und China
- Heft 5 Ausgrenzungen / Arbeitstitel "Ghettos"
Räumlich-soziale Segregation ethnischer und religiöser Minderheiten
- Vorschau:
Heft 6 Socialist Housing?
Sondernummer (in englisch) zur Trialog-Tagung: "Shelter Policies in Socialist Third World Nations" (August 1985)
- Heft 7 Raumordnungen (Oktober 1985)
- Heft 8 Behutsame Erneuerung historischer Stadtzentren
- Heft 9 Entwicklung von Mittelstädten
- Heft 10 Frauen

Bezug über: Vereinigung zur wissenschaftlichen Erforschung des Planens und Bauens in Entwicklungsländern e.V., Petersenstr. 15, 6100 Darmstadt

Frauenhandel Der neue Sklavenmarkt

Heinz G. Schmidt
**Der neue
Sklavenmarkt**

Geschäfte mit Frauen
aus Übersee



Mit einem Vorwort
von Günter Wallraff

LENOS

„Wenn es heute noch immer Sklaverei gibt – oder wie manche glauben, wieder gibt –, dann liegt das sicher auch daran, daß ihre Ächtung nur vordergründig war...“ (S.8) So meint Günter Wallraff in seinem Vorwort zu dem Buch

Heinz G. Schmidt, Der neue Sklavenmarkt. Geschäfte mit Frauen aus Übersee, LENOS Verlag, Basel 1985, 24,- DM.

Entstanden ist der Frauenhandel auf Thailand und den Philippinen als Folge des Vietnamkriegs, als im Zeitraum von 1964-75 US-Soldaten zur „Erholung“ geschickt worden waren. Nach dem Abzug der Soldaten kamen die Touristen, der heutige Sextourismus entstand. Im Jahr 1983 wurde das Thema in Europa mit der Dokumentation „Tourismus, Prostitution, Entwicklung“ vom „Zentrum für Entwicklungsbezogene Bildung“ (Stuttgart) und der „Erklärung von Bern“ (Zürich) erstmals aufgegriffen.

Nun, in H.G. Schmidts Tatsachenbericht, werden die Spielarten des neuen Sklavenmarktes, des Frauenhandels, anhand von Fallbeispielen und Geschäftspraktiken aus der Bundesrepublik und der Schweiz aufgezeigt. Die beschriebenen Spielarten reichen von den sog. „Bumsbomben“, wo westliche Männer zwecks Bordellbesuch nach Fernost (Philippinen, Taiwan) oder in die Karibik geflogen werden, über die sog. „Massagesalons“ mit exotischer Bedienung in bundesdeutschen Großstädten bis hin zu der katalogisierten Heiratsvermittlung sog. „heiratswilliger“ fernöstlicher Damen.

In der Sammlung einer ganzen Palette von Verhörerungstechniken von Frauen wird immer wieder aufgezeigt, daß hier Menschen zur Ware erniedrigt und ganz nach dem marktwirtschaftlichen Prinzip von Angebot und Nachfrage verkauft werden. Der Autor nennt dabei Namen von Händlern, Importgesellschaften und Agenturen, die größtenteils durchaus legal arbeiten, oder, falls sie sich gerade nicht in einer Gesetzeslücke bewegen, doch mehr oder weniger augenzwinkernd geduldet werden.

Und das trotz der UNO-Konvention aus dem Jahr 1949 „zur Unterdrückung des Handels mit Personen und zur Verhinderung der Prostitution“ (S.22).

Ein Beispiel: Die Begrenzungsverordnung der Einreise von Gogo-Girls wird eben durch die Einreise von „Künstlerinnen“ umgangen (S. 165ff.). Und hilft alles nichts, gehört die Heirat auch zu den Geschäftspraktiken, damit die Frauen nicht ausgewiesen werden und für den Sexmarkt zur Verfügung stehen.

Auf der anderen Seite blüht der Markt der Heiratsvermittlung von fernöstlichen Damen, die sich dadurch erhoffen, aus ihrer wirtschaftlichen Misere herauszukommen. Eine Heirat mit einem Bundesdeutschen oder einem Schweizer verheißt ihnen ein Leben in Wohlstand und die Versorgung ihrer Familie in der Heimat noch dazu. Hauptsache die Heiratsvermittlung bringt den nötigen Profit. Wie es den Frauen geht, die dann Ehefrauen in dem ihnen völlig fremden Europa sind, interessiert da nicht. G. Wallraff: „In Wirklichkeit sind denn auch diese Frauen 'Wirtschaftsflüchtlinge', genauso wie die Asylbewerber, die der zunehmenden materiellen Verelendung und Hungersnot zu Hause durch die Flucht in ein Industrieland zu entkommen trachten.“ (S.11)

Es sind dies zwei Seiten einer Medaille. Ob Vermarktung von Menschen als Sex oder Heiratsware, wobei oft beides sich gegenseitig nicht ausschließt, immer geht es – so der Autor – um das „Angebot von Menschen aus den Ländern der sogenannten Dritten Welt und eine Nachfrage von den Menschen in den sogenannten Industrieländern“. (S.16) In der Einleitung des Buches wird dies deutlich gesagt, die Fallbeispiele belegen es.

Der Autor endet schließlich mit der Forderung, die Sklaverei endgültig abzuschaffen und der „Ideologie der Marktwirtschaft als Instrument der Ausbeutung“ eine Absage zu erteilen (S.204). Aber nur Wallraff, nicht der Autor H.G. Schmidt selbst, stellt den gesamten Zusammenhang dar: Wallraff vergleicht den heutigen Frauenhandel mit der Ausbeutung von Menschen in der Dritten Welt als Billig Arbeitskräfte mit dem einstigen Sklavenhandel in den USA. Und auch die Bhopal-Katastrophe liege auf diesem Level der „imperialistischen Ausplünderungsstrategien“ (S. 8/9).

Rassismus wird dabei in seiner Doppelfunktion benannt: „Verschleierung der Klassengesetze, Kompensation der eigenen sozialen Misere.“ (S.10) Und der Sextourismus wird als moderne Spielart des Rassismus enttarnt. Dabei macht Wallraff auch deutlich, daß es zwar darauf ankommt, „wenigstens die schlimmsten Mißstände zu beseitigen“ und die „Männerkumpaneie zwischen legalen und illegalen Frauenhändlern einerseits und den Ausländer- und anderen Behörden andererseits“ zu beenden (S.12).

Das jedoch reiche nicht aus. Der Kampf gegen den Menschenhandel muß an den „ökonomischen und ideologischen Wurzeln“ geführt werden: „gegen eine Weltwirtschaftsordnung, die den Süden immer mehr der materiellen Verelendung überläßt, gegen einen Rassismus, der Menschen aus anderen Kulturen benutzt, um soziale und psychische Deformationen zu Karikaturen des Größenwahnsinns umzumünzen.“ (S.13)

Petra Sittig



In Angola erbeuteter UNIMOG der Südafrikaner

Aktion Umrüstung

Am 28.11.1985 wurde ein Militärlastwagen der Firma Daimler-Benz vom Typ Unimog, der zu einer Ambulanz für das Flüchtlingslager Cuanza Sul/Angola der namibischen Befreiungsbewegung SWAPO umgerüstet worden ist, voll mit Medikamenten, medizinischen Geräten, Kleidung und Schuhen auf den Weg nach Angola geschickt. In dem Flüchtlingslager Cuanza Sul, wo die SWAPO das Leben für 70.000 namibische Flüchtlinge organisiert, wird die Ambulanz dringend gebraucht.

Die Aktion wurde von 10 Solidaritätsorganisationen, kirchlichen und Friedensgruppen getragen (siehe: AIB 7/1985, S. 21 und 32). Sie war während des 21. Evangelischen Kirchentages begonnen worden. Dort und in vielen Städten hatte man für die Aktion gesammelt. Die eigentliche Umrüstungsarbeit wurde in einem Solidaritätscamp von Service Civil International geleistet.

Nikaragua muß überleben

Die Basisorganisationen Nikaraguas sind mit einer Kampagne „Nikaragua muß überleben“ an die Weltöffentlichkeit getreten. Ziel dieser Initiative ist es, die durch die US-Aggression

KAFFEE
AUS NICARAGUA

*Eine starke Sache,
die gut schmeckt!*

Preis: 100% reiner Nicaragua-Kaffee, der schmeckt nicht nur gut, sondern hilft mit beim Aufbau: Im Kaffeepreis enthalten ist eine Spende zur Finanzierung eines Ausbildungsprojektes der Landarbeitergewerkschaft. Der Kaffee wird ohne Einschaltung des Zwischenhandels vertrieben.

Solidaritätshop Dritte Welt
Hamburger Allee 52, 6000 Ffm.-90
Tel. 069/77 88 63

verursachte Wirtschaftskrise zumindest teilweise zu überwinden.

Die grundlegende Idee der Kampagne besteht darin, daß jedes Solidaritätskomitee, jede kirchliche, Jugend- oder Friedensorganisation, jede Partei oder andere interessierte Gruppe sich einen Bereich oder Teilbereich des Projekts aussucht.

Die Kampagne besteht darin, Waren für die unterschiedlichsten Bereiche zu spenden: Schulmaterial (Bleistifte, Schreibhefte u.a.), Medikamente, Vorprodukte für die Nahrungsmittel- und Textilproduktion, Waren für die Landwirtschaft, Well- und Feinbleche für den Bau von Dächern, Schreinerwerkzeuge und -material für die Schreinerei.

Nähere Informationen und die detaillierten Bedarfslisten können bei der Botschaft Nikaraguas (Konstantinstr. 41, 5300 Bonn 2) angefordert werden.

Atomwaffen als Entwicklungshilfe

Seit einigen Jahren kooperiert die Bundesrepublik Deutschland mit Brasilien, Argentinien und Indien auf dem Gebiet der Raketentechnologie. Ein weiterer Punkt intensiver Zusammenarbeit ist der Transfer von Nukleartechnologie vor allem nach Argentinien und Brasilien. Offiziell als „rein wissenschaftliche Kooperation“ bzw. „friedliche Atomenergienutzung“ bezeichnet, wurden Technologien exportiert, die den militärischen Ambitionen der Empfängerländer entgegenkamen.

In einer vom Forum Naturwissenschaftler für Frieden und Abrüstung herausgegebenen Broschüre „Atomraketen als Entwicklungshilfe – Rüstungstechnologie aus der Bundesrepublik für Brasilien, Indien und Argentinien“ dokumentieren die Autoren R. Rudert, K. Schichl und S. Seeger, wie die von der Deutschen Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt (DFVLR) unterstützte und von der bundesdeutschen Raumfahrtindustrie (Messerschmitt-Bölkow-Blohm) gewährte Nachhilfe im Raketenbau dazu führte, daß die nuklearen Schwellenstaaten beschleunigt den Aufbau von Atomwaffensystemen vorantreiben können. Dabei sind Brasilien, Argentinien und Indien nur Beispiele.

Die Broschüre kann für 6 DM plus Portokosten beim Forum Naturwissenschaftler für Frieden und Abrüstung, Friedrich-Ebert-Str. 114, 4400 Münster, bezogen werden.

Nikaraguakaffee im Zwielficht

Im November 1985 lieferte die Gesellschaft zur Förderung der Partnerschaft mit der Dritten Welt mbH (GEPa) ihren Nikaraguakaffee plötzlich mit einem neuen Packungstext aus. In ihm wurde die Gefährdung des Aufbaus einer neuen Gesellschaft im befreiten Nicaragua auf den Ost-West-Konflikt zurückgeführt. Gestrichen hatte man die Passage: „Der eigenständige Weg des nicaraguanischen Volkes wird besonders von der US-Regierung nicht geduldet. Mit militärischen, politischen, wirtschaftlichen und publizistischen Mitteln versucht sie, das Modell Nicaragua in die Knie zu zwingen. Nur durch unsere aktive Solidarität hat das freie Nicaragua eine Chance zu überleben.“ Stattdessen hieß es jetzt: „Nicaragua droht ein Opfer des Ost-West-Konfliktes zu werden. Die UdSSR und Kuba versuchen Einfluß auf den politischen Kurs der Regierung zu

gewinnen, während die USA die gegen die Regierung kämpfenden 'Contras' unterstützen. In dieser kriegerischen Auseinandersetzung verdient das leidgeplagte Volk Nikaraguas um so mehr Unterstützung.“

Mitgliederversammlung und Vorstand der Arbeitsgemeinschaft Dritte Welt Läden (AG3WL) kritisierten den GEPa-Coup und forderten, den Solidaritätsarbeit verunmöglichten Text sofort zurückzuziehen: „Damit begibt sich die GEPa in gefährliche Nähe der Reagan'schen Administration, die mit derselben Begründung den Krieg der Contras gegen Nicaragua finanziert. Diese Änderung wurde auf Druck des Gesellschafters MISEREOR ohne Rücksprache mit den anderen Gesellschaftern durchgezogen.“ Verschiedene Dritte-Welt-Läden schickten Kaffee mit dem neuen Aufdruck an GEPa zurück.

Am 6. Dezember 1985 setzten die AG3WL-Vertreter dann auf der GEPa-Gesellschafterversammlung durch, daß die strittigen Formulierungen zurückgenommen, die damit versehenen Verpackungen eingestampft werden. Die Stoßrichtung gegen die Interventionsmacht USA wurde wieder hinein-, die gegen Kuba und die UdSSR wieder herausgenommen.

Buchtip: Last Aid

E. und S. Chivian/R.J. Lifton/J.E. Mack (Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs, IPPNW); Last Aid – Die medizinischen Auswirkungen eines Atomkriegs; Jungjohann Verlagsgesellschaft, Neckarsulm 1985, 338 S., 24.80 DM.

Dieses Buch, herausgegeben von Medizinprofessoren der Harvard-University (Boston), führt aus ärztlicher Sicht den wissenschaftlichen Nachweis, daß ein politisch nutzbarer Sieg im Atomkrieg unmöglich ist. Die einflussreichen Beiträge der IPPNW-Koprasidenten Lown (Boston) und Tschasow (Moskau) be-

LAST AID

Letzte Hilfe Die medizinischen Auswirkungen eines Atomkrieges

Herausgegeben von:
Eric Chivian, M.D., Sumner Chwatt,
Robert Jay Lifton, M.D., John E. Mack, M.D.
Vorwort von:
Yorosh Lewis Thomas, M.D.
Vorwort zur deutschen Ausgabe: Prof. Dr. med. Ulrich Lown



IPPNW International Physicians for the Prevention of Nuclear War
Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges

leuchten die spezifische ärztliche Verantwortung bei der Verhinderung des atomaren Holocaust. Im folgenden werden die medizinischen und psychologischen Auswirkungen der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki sowie die zu erwartenden Folgen eines nuklearen Schlagabtauschs in der Gegenwart analysiert. Unter den verschiedensten Aspekten – medizinische Soforthilfe, Ausbreitung von Krankheiten, Folgen des radioaktiven Fallout, psychologischer und sozialer Zusammenbruch – kristallisiert sich immer wieder ein Fazit heraus: „Wir werden euch nicht helfen können“ – deshalb müssen wir alles dafür tun, den Atomkrieg zu verhindern. Möge die Verleihung des Friedensnobelpreis 1985 an die IPPNW dazu beitragen, diese unverzichtbare Erkenntnis bei noch mehr Menschen zu verankern.

Zeitschriftenschau

FORUM entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Nr. 97/November 1985

In einem 16seitigen Sonderteil der Agro-Koordination wird die 1. Aktionswoche der Kampagne gegen Futtermittelimporte ausgewertet ● Die Pharma-Kampagne arbeitet weiter zur Firma Hoechst, was sich in den Artikeln „Hoechst Depressiv“, „Arm aber glücklich“, „Kriminelles Bionellen“, u.a. ausdrückt ● Weiter finden sich ein Artikel zur Alphabetisierung in Ecuador und die Rolle, die die GTZ dabei spielt, ein Aufruf zum Widerstand gegen die WAA, ein Bericht über ein Treffen von Nicht-Regierungsorganisationen in Frankreich, das Protokoll der letzten BUKO-KA-Sitzung, 3 Seiten Kultur, viele Materialhinweise, ein Aktionsbericht und Aktionsvorschläge u.v.a.

Einzelpreis 3 DM; Abo 36 bzw. 50 DM

Bezug: IG 3. Welt, Ruhrstr. 14, 4040 Neuss 21

Informationsdienst Südliches Afrika, Nr. 7/November 1985

Schwerpunkt: Krise am Kap ● Steht Südafrika vor der politischen Entscheidung und ist seine Wirtschaft am Ende? Diesen Fragen widmen sich die leitenden Artikel des Schwerpunktes ● Welche Taktik verfolgt der ANC bei seinen Gesprächen mit Wirtschaft und Liberalen? ● Weiße geraten zunehmend über die Frage der Wehrpflicht in Gewissensnot ● Die Aktualität der Wehrdienstverweigerung in Südafrika, ein Interview und Statement eines Wehrpflichtigen ● Außerdem: Namibia – Entwicklungshilfe vor der Unabhängigkeit? ● Angola – Die MPLA in der Offensive ● Zimbabwe – Das Resettlement-Programm – Ergebnisse und Tendenzen nach 5 Jahren

Einzelpreis 5 DM; Abo 40 DM

Bezug: ISSA, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1

Lateinamerika-Nachrichten, Nr. 143/Dezember 1985

BRD: Zensur in Berlin-West ● Anmerkungen zum 'Nicaragua-Report' der CDU ● Kolumbien: Drei Jahre Friedensbemühungen in Schutt und Asche ● Argentinien: Ausnahmezustand und Parlamentswahlen ● Chile: Generalstreik in Sicht? (Interview) ● USA: Sendungsmythos, politische Weltmission und die Medienkirchen der 'Neuen Moral' (I) ● Nicaragua: Notstand mit vielen??? – 2 Jahre Gesundheitsbrigaden in Nicaragua ● Schwerpunkt: 'Kaffee – gut gelaunt genießen!': Zur Geschichte des Kaffees ● „Kaffee, unser Schweiß, den andere stehlen“ ● Ein Hundeleben ● Im neuen Nicaragua nicht viel anders? ● Schwierigkeiten – und kein Ende ● Dollars für die Kaffeeproduzenten! ● Neue Bohnen braucht das Land? ● Vom Kaffeestrauch zum Haufen ● Der große Coup mit dem Kaffee ● Nachteile zur bundesdeutschen Aktionswoche: Gegen die Macht der Kaffeekonzerne.

Einzelpreis 4,50 DM; Abo 50 DM

Bezug: FDCL, Gneissaustr. 2, 1000 Berlin 61

Südasiens

Auf einer Tagung am 7./8. Dezember 1985 in Dhaka, der Hauptstadt Bangladeshs, beschloßen die Staatschefs Indiens, Bangladeshs, Pakistans, Sri Lankas, Nepals, Bhutans und der Malediven, die Südasiatische Assoziation für Regionale Kooperation (SAARC) zu gründen. Der neue regionale Zusammenschluß will die Spannungen zwischen den Mitgliedern abbauen sowie die Zusammenarbeit in den Bereichen Landwirtschaft, ländliche Entwicklung, Fernmeldewesen, Transport, Sport und Kultur verstärken. Zudem wollen die Mitgliedsstaaten ihre Positionen in internationalen Gremien bei Fragen gemeinsamen Interesses besser abstimmen. Die Staatschefs der SAARC werden sich einmal jährlich zu einem Gipfel treffen und die Außenminister jedes halbe Jahr zusammenkommen.

In einer „Erklärung von Dhaka“ sprachen sich die Staatschefs für einen Atomwaffenteststopp, für einen Neubeginn des Nord-Süd-Dialogs und eine Neue Internationale Wirtschaftsordnung aus. Sie forderten zudem eine Währungs- und Finanzkonferenz mit weltweiter Beteiligung.

Philippinen

Eine Stunde vor Ablauf der Frist zur Einreichung der Kandidaturen gelang es am 11.12.1985 der bürgerlichen Opposition, sich auf gemeinsame Kandidaten für die für den 7. Februar d.J. angesetzten vorfristigen Präsidentschaftswahlen zu einigen (siehe AIB 12/1985, S. 50).

Die Witwe des 1983 ermordeten Oppositionsführers Benigno Aquino, Corazon Aquino, wird als einzige Kandidatin gegen Diktator Ferdinand Marcos antreten. Um die zusätzliche Kandidatur von Salvador Laurel, eines Vertreters der traditionellen Rechten, zu verhindern, mußte sie diesen als Vizepräsidentschaftskandidaten akzeptieren und zustimmen, für dessen Parteienkoalition, die Vereinigte Nationalistische Demokratische Organisation (UNIDO), zu kandidieren.

Präsident Marcos: Stürzt das Denkmal?



Damit wird Marcos, der gehofft hatte, gegen eine gespaltene Opposition antreten zu können, erneut zum Wahlschwindel greifen müssen. Seine Vertreter in den Provinzen und die von ihm persönlich eingesetzte Wahlkommission machen ihm das möglich.

Wie wenig Marcos von der Forderung der Reagan-Administration hält, zu rechtsstaatlichen Methoden zurückzukehren, um den Vormarsch der Linksoption – vor allem der Neuen Volksarmee (NPA) und der Nationaldemokratischen Front (NDF) – aufzuhalten, zeigte auch der Freispruch gegen die 25 Militärs, die der Beteiligung am Mord an B. Aquino angeklagt waren, im Dezember 1985. Eine Untersuchungskommission hatte eindeutige Beweise für ihre Schuld vorgelegt.

Entgegen den Wünschen Washingtons setzte Marcos außerdem den mitangeklagten Generalstabschef der Armee, Fabian Ver, wieder in Amt und Würden ein.

Zypern

Eindeutiger Wahlsieger der Parlamentswahlen vom 8.12.1985 wurde die Demokratische Partei (DIKO) des derzeitigen Staatspräsidenten Spiros Kyprianou.

Auf die Mitte-Rechts-Partei entfielen 27,6% (1981: 19,5%) der Stimmen. Stärkste Partei wurde die konservative Demokratische Sammlung (DISY) mit 33,6% (31,9%). Verluste mußte die kommunistische Fortschrittspartei des Werktätigen Volkes (AKEL) hinnehmen, die 27,4% (32,8%) erhielt. Auf die sozialdemokratische Einheitliche Demokratische Zentrumsunion (EDEK) entfielen 11,1% (8,2%). Die vorfristigen Wahlen waren auf Bestreben der AKEL und der DISY durchgesetzt worden, nachdem es ihnen nicht gelungen war, Kyprianou aufgrund seiner unnachgiebigen Haltung in den Verhandlungen über die Lösung der Zypernfrage zum Rücktritt zu bewegen.

Kyprianou hatte am 17.1.1985 einen Kompromißvorschlag des UN-Generalsekretärs über die Bildung einer griechisch-türkischen Föderation abgelehnt, die vom Führer des türkisch besetzten Nordens Rauf Denktaş akzeptiert worden war. Kyprianou kritisierte,

daß weder der sofortige Rückzug der türkischen Truppen noch die Rückkehr aller Flüchtlinge in den Norden vorgesehen war. Das Ziel von AKEL und DISY, eine 2/3-Mehrheit zu erzielen, um damit die Verfassung zu ändern und den Präsidenten absetzen zu können, wurde nicht erreicht. Stattdessen wurden die unnachgiebigen Parteien DIKO und EDEK gestärkt.

Die Zypern-Verhandlungen unter Beteiligung der UNO, die in der ersten Januarhälfte d.J. fortgesetzt werden sollen, bieten deshalb wenige Aussichten auf einen schnellen Erfolg.

Mittelamerika

Am 6.12.1985 stimmte die UN-Vollversammlung mit überwältigender Mehrheit einer Resolution der sich um eine friedliche Lösung des Mittelamerikakonflikts bemühenden Contadora-Gruppe (Mexiko, Kolumbien, Venezuela und Panama) zu, in welcher das von den USA gegen Nicaragua verhängte Handelsembargo verurteilt wird. Zudem wurde ein Ende ausländischer (d.h. solcher der USA) Militärmanöver in der Region und der Unterstützung der Contras sowie eine Wiederaufnahme der von den USA unterbrochenen Gespräche mit Nicaragua verlangt.

Die Resolution, die bereits Ende November 1985 eingebracht worden war, war zuerst auf Druck der USA, El Salvadors, Honduras' und Kostarikas zurückgezogen worden. Am Rande der Sondersitzung der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) in Cartagena (2.-4.12.1985) einigten sich dann aber die Contadora-Staaten mit der sie unterstützenden Gruppe von Lima (Argentinien, Brasilien, Peru und Uruguay) darauf, die Resolution erneut einzubringen.

Nicaragua hat unterdessen darum gebeten, die Contadora-Verhandlungen für 5 Monate auszusetzen, bis die Regierungswechsel in Guatemala, Honduras und Kostarika abgeschlossen sind. Die Verhandlungen waren zudem in eine Sackgasse geraten, nachdem in den ursprünglichen Entwurf vom September 1984, dem lediglich Nicaragua zugestimmt hatte, auf Druck der USA hin für Nicaragua unannehmable Forderungen aufgenommen worden waren. Nicaragua kritisierte vor allem, daß keine Beendigung der Militärmanöver mehr vorgesehen ist, und daß zwar Rüstungsbeschränkungen, aber kein Ende der Aggression gegen Nicaragua gefordert werden.

Dagegen konnten die Verhandlungen zwischen der EG und den mittelamerikanischen Staaten zum Abschluß gebracht werden. Am 15.11.1985 unterzeichneten in Luxemburg die 21 Außenminister der EG, Spaniens, Portugals, der fünf mittelamerikanischen Staaten und der Contadora-Gruppe ein Rahmenabkommen über die wirtschaftliche Zusammenarbeit und die Institutionalisierung des politischen Dialogs zwischen den beiden Regionen. Der Bundesregierung gelang es nicht, Nicaragua von der finanziellen Unterstützung auszuschließen oder dies an bestimmte Bedingungen zu knüpfen.

Guyana

Wie bei allen Abstimmungen seit 1964 konnte der Nationale Volkskongreß (PNC) aufgrund massiver Wahlfälschungen auch bei den Parlamentswahlen vom 9.12.1985 einen haushohen Sieg erringen. Nach Auszählung vom

95% der Wahlzettel erhielt die Partei des Präsidenten Desmond Hoyte 76% der Stimmen. Damit wurde auch Hoyte in seinem Präsidentenamt bestätigt. Er hatte das Amt übernommen, nachdem der langjährige Präsident Forbes Burnham am 6.8.1985 verstorben war.

Auf die marxistische Fortschrittliche Volkspartei (PPP) des ehemaligen Premierministers Cheddi Jagan entfielen 16%, auf die rechtsgerichtete Vereinigte Kraft (UF) 3,4% und auf die erstmals kandidierende linke Allianz des Werktätigen Volkes (WPA) 1,5% der Stimmen. Die PPP und die WPA hatten ihre Wahlbeobachter aus den Abstimmungslökalen abgezogen und die Wahlen für ungültig erklärt, nachdem in vielen Wahllokalen das Militär aufmarschiert war und die Mitglieder der Oppositionsparteien hinausgeworfen hatten. Die Regierung hatte eine Auszählung in den Wahllokalen und die Zulassung internationaler Beobachter abgelehnt.

Die PPP und die WPA wollen ihre Sitze im Parlament nicht annehmen und mit Massenaaktionen für den Sturz der Regierung kämpfen.

Honduras

Am 24.11.1985 fanden in Honduras Präsidentschafts-, Parlaments- und Kommunalwahlen statt. Vier Parteien und neun Präsidentschaftskandidaten stellten sich zur Wahl. Da auf die regierende Liberale Partei die meisten Stimmen (ca. 51,5%) entfielen, wurde nach den Bestimmungen des neuen Wahlgesetzes, der bestplatzierte ihrer vier Kandidaten, José Ascona Hoyo (ca. 416.000 Stimmen), zum Wahlsieger erklärt.

Auf den Spitzenreiter unter den drei Kandidaten der unterlegenen Nationalen Partei (45,1%), Rafael Leonardo Callejas, entfielen jedoch mehr Stimmen (ca. 640.000) als auf Ascona. Damit ist vor dem Amtsantritt noch mit einem Rechtsstreit zu rechnen, spricht doch die Verfassung dem insgesamt Bestplatzierten den Wahlsieg zu.

Die Liberale Partei erhielt 66 der 132 Parlamentssitze, die Nationale Partei 62. Auf die mittellinks angesiedelte Christdemokratische Partei (PDCH) und Partei der Erneuerung und Einheit (PINU) entfielen jeweils zwei Sitze.

An den engen Verbindungen zu den USA, der Stationierung der Contras und der US-Truppen sowie der aggressiven Haltung gegenüber Nicaragua dürfte sich unter dem neuen Präsidenten nichts ändern. Bereits vor der Wahl hatten die aussichtsreichsten Kandidaten erklärt, sie würden diese Politik des bisherigen Präsidenten Roberto Suazo Cordova fortsetzen.

Guatemala

Nachdem bei den Präsidentschaftswahlen vom November 1985 keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit erreicht hatte (siehe AIB 12/1985, S. 51), kam es am 8.12.1985 zu einer Stichwahl zwischen den beiden bestplatzierten. Zum ersten zivilen Präsidenten seit 15 Jahren und Nachfolger General Oscar Mejias wurde der Christdemokrat Vinicio Cerezo gewählt. Mit 68,5% der Stimmen distanzierte er seinen Kontrahenten von der Union des Nationalen Zentrums (UCN), Jorge Carpio (31,5%), klar. Bei den vorausgegangenen Parlamentswahlen hatte die rechtsgerichtete guatemalteckische Christdemokratie bereits 51 von 100 Parla-



Vinicio Cerezo, neuer Präsident Guatemalas

mentssitzen erringen können.

Mit der Wahl Cerezos sind die Hoffnungen der Militärs und Washingtons aufgegangen, dem Regime – ähnlich jenem in El Salvador – eine demokratische Fassade zu geben. Damit eröffnet sich jetzt die Möglichkeit, daß die USA und westeuropäische Staaten wirtschaftliche und militärische Hilfe gewähren und Guatemala stärker die US-Politik gegen Nicaragua unterstützt. Da das Militär weiterhin der eigentliche Machtfaktor bleibt, da es sich in der Verfassung alle Entscheidungsgewalt in Fragen der Nationalen Sicherheit und damit der Repression vorbehalten hat, sind Cerezos Demokratisierungsbekundungen enge Grenzen gesetzt.

Chile

Am 12.12.1985 erklärte sich die chilenische Regierung bereit, Gespräche mit den Unterzeichnern der „Nationalen Übereinkunft“ (11 Parteien der Rechten bis zur linken Mitte) über ihre Forderungen aufzunehmen. Grund für diese Wende ist die zunehmende Isolierung Pinochets (siehe AIB 12/1985, S. 23f.). Bereits am 4.12.1985 hatte Luftwaffenchef und Juntamitglied Fernando Matthei sich für einen Dialog mit diesem Teil der Opposition eingesetzt, während gleichzeitig Pinochet bekundete, bis 1989 an der Macht bleiben zu wollen. Der Druck auf die Diktatur war durch die Protesttage vom 5./6. November 1985 verstärkt worden, die generalstreikähnliche Züge annahmen. Fünf Menschen wurden ermordet und über 800 verhaftet. Ein Streik der Hafentarbeiter, der sich seit dem 30.10.1985 auf das ganze Land ausgeweitet hatte, dauerte Mitte Dezember noch an.

Die Stärke der Opposition wurde nicht zuletzt durch eine Massenkundgebung von über einer halben Mio Menschen am 23.11.1985 in Santiago deutlich. Auf diese Veranstaltung, die der Demokratischen Allianz (ihre Mitgliedsparteien sind Unterzeichner der Nationalen Übereinkunft) gestattet worden war, hatte auch die linke Demokratische Volksbewegung (MDP) mobilisiert.

Ägypten – Malta

61 Menschenleben forderte am 24.11.1985 die Kommandoaktion einer ägyptischen Eliteeinheit auf dem Malteser Flughafen La Valetta. Ohne sich länger auf Verhandlungen einzulas-

sen, hatten die Ägypter mit Billigung der maltesischen Regierung eine Linienmaschine der „Egypt Air“, die von fünf arabischen Flugzeugführern gekapert und in La Valetta zur Landung gezwungen worden war, gestürmt.

Gerechtfertigt wurde die Maßnahme damit, daß es sich bei den Geiselnehmern um „zu allem entschlossene Killer erster Klasse“ gehandelt habe. Wie verlautete, haben die USA die ägyptische Aktion sowohl politisch gutgeheißen als auch technische und personelle Unterstützung für das „Befreiungs“kommando bereitgestellt.

Von der ägyptischen Opposition wurde der Beschluß zu stürmen, als „voreilig“ und „totaler“ Mißerfolg kritisiert. Offenbar unter diesem Druck beschuldigte die ägyptische Regierung wenig später Libyen, durch seinen Geheimdienst die Entführung der Verkehrsmaschine organisiert zu haben, und drohte mit Strafmaßnahmen. Von libyscher Seite wurden diese Angriffe kategorisch zurückgewiesen und die Flugzeugentführung klar verurteilt. Ägyptens innenpolitisch explosive Lage und das Fiasko ihrer „Rettungsaktion“ zwängen das Mubarak-Regime, einen Sündenbock außerhalb der eigenen Reihen zu suchen.

Im Dunkeln bleiben nach wie vor die politischen Hintergründe der Flugzeugentführung. Politische Forderungen wurden allem Anschein nach nicht gestellt. Unklar bleibt auch weiter die Nationalität der Terroristen und ihre Zugehörigkeit zu irgendeiner Organisation. Vier verschiedene Gruppen haben sich inzwischen zu dem Anschlag bekannt.

Zimbabwe – UdSSR

Vom 2.-4. Dezember 1985 weilte Zimbabwes Premierminister Robert Mugabe zu einem Staatsbesuch in Moskau. Es war seine erste Sowjetunion-Visite, während er seit seinem Amtsantritt (April 1980) die VR China bereits viermal und die USA zweimal besuchte. Der wohl wichtigste Grund für die Verzögerung des Ausbaus der Beziehungen Zimbabwe-UdSSR ist darin zu suchen, daß die UdSSR während des zimbabwischen Unabhängigkeitskriegs vornehmlich J. Nkomos Afrikanische Volksunion Zimbabwes (ZAPU) und nicht die von Mugabe geführte, jetzt regierende Afrikanische Nationalunion Zimbabwes – Patriotische Front (ZANU-PF) unterstützt hatte.

In Moskau unterzeichnete man nun ein Protokoll über die Kooperation zwischen KPdSU und ZANU-PF. Weiter einigte man sich auf Abkommen über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit, eine Art Rahmenvertrag über später auszuarbeitende Einzelprojekte.

R. Mugabe stellte fest, man habe eine überraschende Annäherung der weltpolitischen Standpunkte erzielt. Als vordringliche Bereiche nannte er für die sowjetische Wirtschaftshilfe jene der Landwirtschaft, Produktion, Kohleindustrie sowie des Transportwesens. Außerdem habe er – so Mugabe in Moskau – mit der sowjetischen Führung über mögliche Militärhilfe diskutiert, um sich der Gefahr eines südafrikanischen Angriffs erwehren zu können.

Bislang fungieren Großbritannien als größter Rüstungslieferant Zimbabwes, die USA als erster Geldgeber. Allerdings kürzte die Reagan-Administration, wegen Mugabes zunehmender Kritik am „konstruktiven Engagement“ Washingtons auf Seiten Südafrikas, diese Hilfe zuletzt drastisch.

D 7426 E

Postvertriebsstück

Zeitungsgebühr bezahlt
AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg



Unser Thema: die „DRITTE“ WELT in Literatur, Film, Grafik, Musik und Fotografie

- IKA 22 ASYL, EXIL, EMIGRATION
- IKA 23 FRANTZ FANON/KULTURZERSTÖRUNG UND WIDERSTAND
- IKA 24 KULTUR DES FRIEDENS UND DES KRIEGES/MEDIEN-IMPERIALISMUS
- IKA 25 FARBIGE IN BRASILIEN: GESCHICHTE UND GEGENWART
- IKA 26 DIE HEIMATLÄNDER DER ARBEITSEMIGRANTEN
- IKA 27 KULTUR UND POLITIK IN NORDAFRIKA
- IKA 28 IDEOLOGIEEXPORT AM BEISPIEL VON COKE, MC'DONALD, MEDIENHILFE UND WERBUNG IN DER „DRITTEN WELT“

Im Abonnement: DM 20,- (4 Hefte)
Einzelheft: DM 5,- (+ Porto)

CON-VERTRIEB
Westerdeich 38
2800 Bremen

Redaktion: Schwarzgasse 16
62 Wiesbaden-Bierstadt

Joseph Collins u.a.
Nicaragua: Was hat sich durch die Revolution verändert?
Agrarreform und Ernährung im neuen Nicaragua
Mit einem Vorwort von Roshan Dhunjibhoy.
Etwa 280 S. m. zahlr. Tabellen.
Etwa DM 24,00 (Jan. 86),

„... Sogar Konservative tun gut daran, dieses Buch zu lesen. Denn es handelt von der wirklichen Poesie dieser Revolution ... von Korn und Fleisch und Bohnen. Es ist ein echtes Revolutionslied ... ein Lied von Brot und Butter.“
Roshan Dhunjibhoy

Informationsbüro Nicaragua (Hrsg.)
Krisenregion Zentralamerika
Costa Rica – El Salvador –
Guatemala – Honduras – Nicaragua
148 S. m. zahlr. Fotos, Tabellen u.
Karten. DM 16,00 (Dez. 85)

Eine Auswahl aus der Fülle der den Isthmus betreffenden Probleme und Zusammenstellung der politischen Positionen der USA, der BRD, der Kirchen und der Solidaritätsbewegung in der BRD zu den Konflikten der Region.

Informationsbüro Nicaragua (Hrsg.)
Das Tal von Pantasma
Die trotzigen Bemühungen um die Freiheit
Etwa 96 S. m. Fotos. Etwa DM 6,00
(Feb. 86)

Ein bewegender Bericht über die Menschen im Norden Nicaraguas und ihren Überlebenskampf zwischen Contra-terror und Wiederaufbau.

Vorankündigung
Informationsstelle El Salvador (Hrsg.)
Das Modell El Salvador
Reform, Repression und Befreiung
Etwa 128 S. m. zahlr. Fotos, Tabellen u. Karten. Etwa DM 14,80 (Mai 86)
Dieses Buch will nicht nur zur Diskussion in der Linken die nötigen Informationen zu einer realistischen Einschätzung des Befreiungspotentials liefern; es bietet dem allgemein an El Salvador Interessierten eine detaillierte Betrachtung der jüngeren Geschichte von 1979 bis heute.

Ricardo Lagos u.a.
Garnison Honduras
Ein bettelarmes Land im Griff des Pentagon
Etwa 200 S. m. Karten.
Etwa DM 20,00 (Mai 86)
Die erste zusammenhängende Darstellung der jüngeren Geschichte dieses Landes bis einschließlich der November-Wahlen.

SOZIALISMUS



Dies ist ein Sonderheft der marxistischen Zeitschrift **SOZIALISMUS** anlässlich des Todes von Wolfgang Abendroth. Über die Bedeutung Abendroths für die Entwicklung der Arbeiterbewegung und der politischen Linken in der BRD schreiben: Franz Steinkühler, Heiner Halberstadt, Jakob Moneta, Gerd Lobodda, Frank Deppe, Arno Klönne, Heinz Brake-meier, Joachim Perels, Detlef Albers, Heinz Jung, Georg Fülberth, Oskar Negt, Joachim Bischoff, Karl Hermann Tjaden, Mechthild Jansen, Heinrich Hannover, Jürgen Seifert, Norman Paech, Gerhard Stuby und Leo Kofler.

SOZIALISMUS ist ein Forum für die politisch-theoretische Debatte der Linken.

SOZIALISMUS informiert regelmäßig über folgende Themen:

- Weltwirtschaft vor einer neuen Krise — Alternativen für die Erste und Dritte Welt
- Was leistet der Sozialstaat — was nicht? Argumente zur Erneuerung
- Umwelt und Technik: Erfordernisse einer ökologischen Gesamtreform
- Kultur: Die Zeichen der Zeit — Kunst, Kultur, Gesellschaft
- Gesellschaftspolitische Alternativen der Linken in GB, Italien, Frankreich etc.
- Reformen in den sozialistischen Ländern: Sowjetunion, China usw.

SOZIALISMUS erscheint monatlich mit 60 Seiten im Großformat zum Preis von DM 6,- (Einzelheft). Das Jahresabonnement kostet DM 55,- (+ Porto), ein Förderabonnement zur besonderen Unterstützung der Zeitschrift DM 100,-.

SOZIALISMUS wird herausgegeben von den Sozialistischen Studiengruppen (SOST) und erscheint im VSA-Verlag, Hamburg. Die Redaktionsanschrift lautet: VSA-Verlag, Stresemannstr. 384a, 2000 Hamburg 50, Tel.: 040/899 25 61

Edition Nahua
Postfach 10 13 20
5600 Wuppertal 1